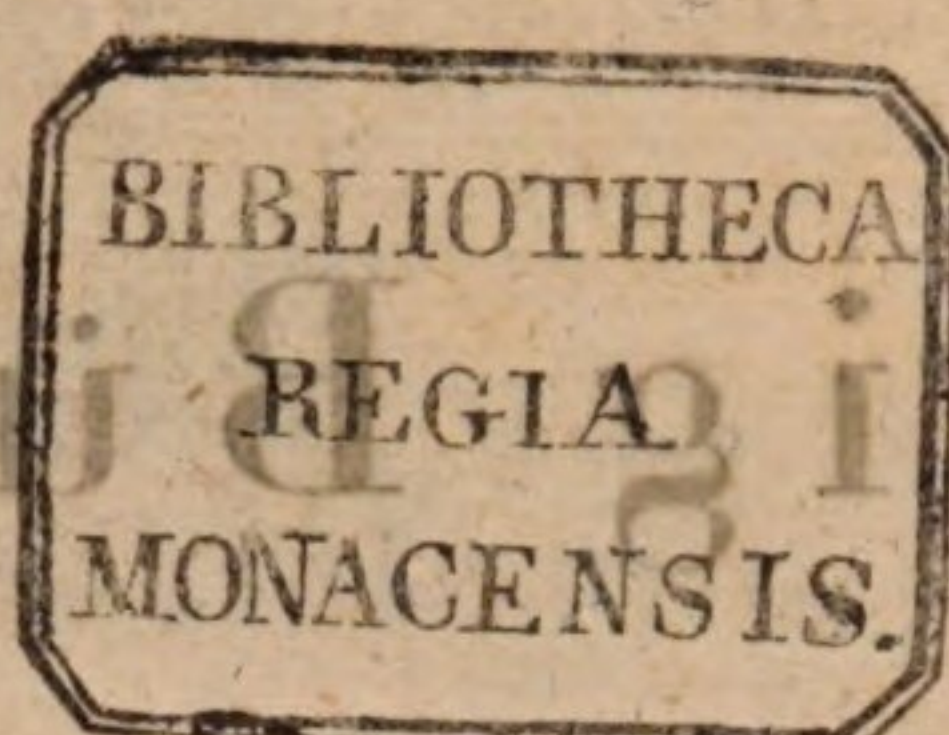


D. Karl Salomo Zachariae's

Großherzog. Badenschen Erb. Rathes, ord. öffentl. Rechtslehrers
an der Universität in Heidelberg, Command. des Großherz.
Bad. Ordens des Zähringer Löwen



vom

2 t a e.

Vierter Band.

Erste Abtheilung.

Heidelberg.

Druck und Verlag von August Oswald.

1829.

Regierungslehre.

Von

D. KARL SALOMO ZACHARIÄ

Großherzogl. Badenschem Geh. Rathe, ord. öffentl. Rechtslehrer
auf der Universität in Heidelberg, Command. des Großherz.
Bad. Ordens des Zähringer Löwens.

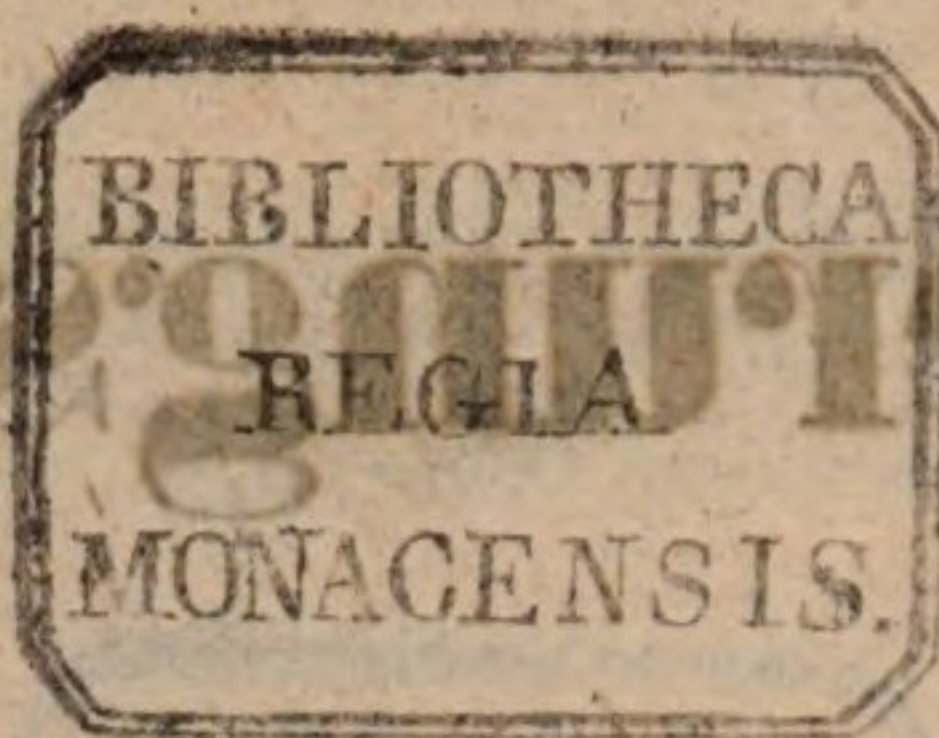
Z W E I T E R B A N D.

Erste Abtheilung.

Heidelberg,

Druk und Verlag von AUGUST OSSWALD.

1 8 2 9.



Regierungsgelände.

Von

D. KARL SALOMO SACHS

Großherzog. Badenschen Geh. Rath, ord. öffentl. Rechtslehrer
an der Universität in Heidelberg, Command. des Großherz.
Bad. Ordens des Zähringer Löwen.

ZWEITER BAND.

Erste Abtheilung.

Verlag

Druck und Verlag von August Oeswald

1829.

Das
ACHT UND ZWANZIGSTE BUCH
VOM STAATE

oder
DER REGIERUNGSLEHRE ACHTES BUCH

*Von dem Rechte des Krieges und des Friedens oder
von den Verhältnissen unter Völkern, welche im
Stande der Natur leben.*

EINLEITUNG.

Ein Volk ist die Gesamtheit der Mitglieder eines und desselben Staatsvereines. Es kommt aber den Mitgliedern eines und desselben Staatsvereines die Eigenschaft einer Gesamtheit, (einer *universitas*) — mit andern Worten, die Eigenschaft der moralischen Persönlichkeit — zu, weil und in wie fern der Wille des Staatsherrschers dem Rechte nach zugleich als der Wille eines jeden einzelnen Mitgliedes des Staatsvereines zu betrachten ist.

Man verwechsle den Begriff eines Volkes nicht mit dem des Staates. Der Staat ist der Grund, daß die und die Menschen zusammen ein Volk bilden; es giebt so viele Völker als Staaten. Aber der Staat

ist das Verhältniß zwischen dem Herrscher und den Beherrschten; sein Wesen ist ein Gegensatz. In dem Begriffe eines Volkes verschwindet dieser Gegensatz; in diesem Begriffe werden beyde, der Herrscher und die Unterthanen, als vereinigt, der Wille des Herrschers als der Wille eines jeden einzelnen Mitgliedes des Staatsvereines, das Verhältniß, das im Staate (*de jure*) bestehn soll, als wirklich (*de facto*) bestehend gedacht; ein Volk ist gleichsam (wenn anders der Ausdruck nicht zu gesucht ist,) ein künstlich zusammengesetzter Mensch. Staatsgenossen stehen als solche nur unter sich in einem Rechtsverhältnisse. Die Glieder eines Volkes, (eines lebendigen Körpers,) können als solche nur zu dritten Personen in einem Rechtsverhältnisse stehen.

Ein Volk ist ganz so, wie der einzelne Mensch, eine Person, dieses Wort in seiner rechtlichen Bedeutung genommen; also ein Subjekt, welchem Rechte zukommen, Rechtsverbindlichkeiten obliegen und auferlegt werden können. Das folgt unmittelbar aus dem Begriffe eines Volkes. Denn das Recht der einzelnen Menschen, aus welchen ein Volk besteht, ist kraft der Willenseinheit, durch welche diese Menschen ein und dasselbe Volk sind, zugleich das Recht der Gesamtheit. Und diese Folgerung ist ein Rechtssatz d. i. sie spricht eine einem jeden Dritten obliegende Rechtsverbindlichkeit aus, die Verbindlichkeit, einem Volke die Eigenschaft der Persönlichkeit beyzulegen. Denn der Staat, welcher die Menschen zu einem Volke

vereinigt, beruht nicht auf einer willkürlichen Uebereinkunft, sondern auf einer Rechtspflicht; die Staaten sind so viele Versuche, die Idee des Rechts in der Wirklichkeit darzustellen. Dritte Personen können zwar den Mitgliedern einer Gesellschaft, nicht aber denen, welche sich zu einem Volke vereinigt haben, die Einrede entgegenhalten: *Rem inter alios esse actam*.

Obwohl die einzelnen Menschen, aus welchen ein Volk besteht, unaufhörlich wechseln, ein Geschlecht nach dem andern seine kurze Rolle auf dem Schauplatze der Staatenwelt spielt, so ist ein Volk dennoch als ein bleibendes Subjekt, seine Persönlichkeit dennoch als fortdauernd eine und dieselbe zu betrachten. Denn indem die Natur die Menschengattung ununterbrochen und allmählig erneuert, vereinigt sie alle die Geschlechter, welche nach einander auftreten, gleichsam zu einem einzigen Geschlechte, (zu einer einzigen Generation,) die gesamte Menschheit, ein jedes einzelne Volk, ungeachtet des Wechsels der Individuen, zu einer gleichzeitig existirenden Genossenschaft. Diese Einheit unserer Gattung — diese Einheit der einzelnen Völker in der Zeit wird dann durch die Idee des Staates, als welcher die Schranken der Zeit fremd sind, in eine rechtliche verwandelt oder dient der Idee der Ewigkeit des Staates, in ihrer Anwendung auf die in der Erfahrung bestehenden Staaten und Völker, zur Grundlage. Allerdings wird ein Volk die Identität seiner Persön-

lichkeit, die Stetigkeit seiner äusseren Rechtsverhältnisse ungeachtet des ewigen Wechsels der Individuen, in dem Grade besser erkennen und anerkennen, in welchem die Stetigkeit seiner inneren Verhältnisse, z. B. durch die Staatsverfassung, durch die Verwandlung persönlicher Rechte in dingliche, durch das Erbrecht, wohl selbst durch Symbole, (durch Reichskleinodien u. s. w.) besser verbürgt ist. Auch deswegen sind ungebildete Völker immer und ewig mit einander im Kriege, weil ihren inneren Verhältnissen der Charakter der Stetigkeit abgeht.¹⁾ Auch deswegen ist ein Fürst, welcher seinem guten Schwerdte den Scepter verdankt, seinen Nachbarn so gefährlich, weil seine Herrschaft, ein plötzlich aufgeschossener Stamm, nicht in der Vergangenheit des Volkes ihre Wurzeln hat. Aber alle die Einrichtungen, welche für die Stetigkeit der inneren und mit dieser für die Stetigkeit der äusseren Verhältnisse der Staaten Bürgschaft leisten, haben am Ende dieselben Grundlagen, welche die Identität der Völker bey dem sich unaufhörlich wiederholenden Wechsel der Individuen hat. Andererseits ist allerdings auch der Fall möglich, daß ein Volk bloß künstlich, — durch Fremd-

1) Die Deutschen Völkerschaften, welche das Weströmische Reich zerstörten, kennt Tacitus nicht einmal dem Namen nach oder doch nicht als Hauptvölker. So sehr hatte sich Alles in Deutschland verändert! Und welchen Scheu hatten die Eroberer vor der ewigen Roma! Ihre Könige hielten sich für geehrt durch eine Römische Amtswürde; sie schlugen Münzen mit dem Bildnisse der Römischen Kaiser.

linge, die es in seine Mitte aufnähme, — sein Daseyn auf die Dauer erhielte. Die Buccaniers, die Kriegsgenossenschaften, welche über Algier, Tunis und Tripolis herrschen, die Mamelucken, die vormals in Aegypten gebothen, sind sogar geschichtliche Beyspiele dieses Falles; zugleich aber so viele Beweise, daß, wenn die Idee der Ewigkeit der Staaten und der Völker nicht eine natürliche Grundlage hat, die Idee des Staates überhaupt in ein zweifelhaftes Zwielficht verschwimmt. — Nur dann stirbt ein Volk, wenn es durch ein Naturereigniß vernichtet oder von einem andern Volke gänzlich ausgerottet wird.²⁾ Wenn ein Volk in mehrere zerfällt oder wenn mehrere Völker zu einem einzigen vereinigt werden, so tritt, dem Völkerrechte nach, in dem ersteren Falle ein jeder einzelne Theil (und zwar *in solidum*) an die Stelle des Ganzen und eben so in dem letzteren Falle das Ganze an die Stelle der Theile, aus welchen es entstanden ist.

Die Rechte und die Rechtsverbindlichkeiten eines Volkes kann man eben so wohl als Rechte und Rechtsverbindlichkeiten des Souverains betrachten; mit andern Worten, in den auswärtigen Verhältnissen vertritt der Staatsherrscher sein Volk. Denn ein Volk ist deswegen ein Volk, (eine moralische Person,) weil der Wille des Staatsherrschers

2) Vergl. Heyne *Opusc. academ. T. IV. Gott. 1796. 8. comm. 28. De bellis internecinis.* — Das Volk Israel, die Neger auf St. Domingo, die aus Europa eingewanderten Nordamerikaner — ein sonderbares Zusammentreffen!

dem Rechte nach zugleich der Wille der Unterthanen ist. Eben so kann man die Rechte und die Rechtsverbindlichkeiten eines Volkes, welches sich einen Theil des Erdbodens zugeeignet hat, zugleich als auf dem Lande haftend, gleichsam als dingliche Rechte und Lasten, betrachten. Denn der Staatsherrscher ist als solcher zugleich Landesherr und in Beziehung auf die auswärtigen Verhältnisse ist er schon als Landesherr Staatsherrscher. Daher werden auch in der diplomatischen Sprache die Worte: Das Volk, der Souverain, (der Kaiser, der König u. s. w.) das Land, als gleichbedeutend gebraucht. — Wenn auch diese Verschiedenheit der Arten, wie man das Subjekt des Völkerrechts auffassen und bezeichnen kann, nur auf einer Verschiedenheit des Standpunktes der Betrachtung beruht, so kann und wird sich doch das positive Völkerrecht verschieden gestalten, je nachdem der Standpunkt beschaffen ist, von welchem die Völker bey der Beurtheilung ihrer gegenseitigen Verhältnisse ausgehn. Beweise, aus der Geschichte des Europäischen Völkerrechts entlehnt, unten.

Es giebt also ein Völkerrecht, wie und weil es ein Recht der einzelnen Menschen giebt.³⁾ Beyde

3) Ueber die Geschichte und die Literatur des Völkerrechts vgl. v. Ompteda Literatur des Völkerrechts. Regensb. 1785. 8. v. Kamptz neue Literatur des Völkerrechts, als Fortsetzung und Ergänzung des Werks des Ministers v. Ompteda. Berlin 1817. 8. — Für die Ausbildung des philoso-

sind nicht den Grundsätzen oder ihren Theilen nach, sondern nur den Subjekten nach, von deren Rechtsverhältnissen sie handeln, von einander verschieden. Jedoch hat das Recht der Völker im Stande der Natur ein unmittelbar praktisches Interesse, ein Interesse, welches das Naturrecht, das Recht der einzelnen Menschen im Stande der Natur, nicht hat. (Das vorliegende Buch wird die Völker im Stande der Natur, das nächstfolgende die Völker vereint zu einem Völkerstaate in Betrachtung ziehn. Daher ist das Wort: Völkerrecht, so oft es in dem vorliegenden Buche vorkommt, jederzeit von dem Naturrechte der Völker zu verstehn.)

Es giebt ein Völkerrecht, aber nicht eine Völkermoral, nicht eine Tugendlehre für Völker. In Sachen des Rechts können die Menschen eine Gesamtheit bilden und bilden sie als ein Volk eine Gesamtheit; in Gewissenssachen steht ein jeder einzelne Mensch und soll ein jeder einzelne Mensch für sich stehn. Die Menschen haben einzeln, so wie als Glieder eines Staatsvereines, (als obrigkeitliche Personen, als Unterthanen,) so als Glieder eines Volkes besondere Gewissenspflichten; sie sollen im Verhältnisse zum Auslande eines Herzens und Sinnes seyn, ihre Zwistigkeiten und Feind-

phischen Völkerrechts scheint in den neueren Zeiten weniger, als für die der übrigen Theile des philosophischen Rechts, geschehn zu seyn. Das beste Handbuch über das Europäische Völkerrecht ist das von Klüber. (Stuttgart. Französisch 1819. Deutsch 1821. 8.)

schaften und Beschwerden, wenn der Feind droht oder hereinbricht, einstweilen, wie es die Römer in der Blüthezeit ihres Freystaates hielten, in Vergessenheit begraben, die Dazwischenkunft einer auswärtigen Regierung auch dann fürchten, wenn die Fremdlinge goldne Tage verheifsen. (*Metuo Danaos et dona ferentes!*) Aber ein Volk, als solches, hat nur Rechts — nicht Gewissenspflichten.

Schon oben (Bch. IV. Hptst. 2.) ist bemerkt worden, daß man den Begriff eines Volkes nicht mit dem einer Nation oder eines Menschenstammes zu verwechseln habe. Die Menschen sind nach Völkern geschaart und gesondert, weil und in wie fern die einen dieser, die andern einer andern Rechtsgenossenschaft angehören; nach Nationen, weil und in wie fern sie, kraft ihrer — obwohl nicht unmittelbar (nicht direkt) erweislichen — Abkunft von denselben oder von verschiedenen Stammeltern beziehungsweise eine gemeinsame oder eine verschiedene Denk — und Gemüthsart haben. Die Mehrheit und Verschiedenheit der Völker beruht auf den Gesetzen des Rechts, die der Nationen auf denen der Natur. Die Völker scheidet das Gesetz; die Nationen die Sprache, die Urkunde und die Grundlage der Nationaleinheit.⁴⁾ — Gleichwohl

4) Von den Völkern handelt die Rechtslehre, von den Nationen die Naturlehre, die Anthropologie. Diese theilt die Menschengattung nach Rassen und nach Nationen ein. Sind diese beyden Eintheilungen einander verwandt? — Vgl. über die Nationalcharaktere: *L'esprit des nations*. Haag. 1752.

greifen beyde Verhältnisse, daß die Menschen nach Völkern, und daß sie nach Stämmen und Nationen geschaart und gesondert sind, mannigfaltig und wesentlich in einander ein.⁵⁾ Die Verbindung unter den Menschen, welche, unmittelbar das Werk der Natur, der menschlichen Gesellschaft überhaupt zum Grunde liegt, ist die unter den Gliedern eines und desselben Geschlechts. Als die Menschenzahl zunahm, mußten sich die Geschlechter von selbst zu Stämmen, diese zu Nationen vergrößern. Oft spaltete sich auch ein Stamm, (denn die Bande der Verwandschaft für sich sind nur ein lockeres Gewebe,) in mehrere, bald in Unfrieden, bald durch äußere Verhältnisse genöthiget, bald schon deswegen, weil er sich nach und nach weiter ausbreitete. Wie leicht sich in dem Kindesalter der menschlichen Gesellschaft Stämme bilden und spalten, läßt sich an dem Beyspiele der Indianerstämme in Nordamerika sogar geschicht-

II. T. 12. *La physique de l'histoire ou considérations générales sur les principes élémentaires du temperament et caractère naturel des peuples. Par l'abbé Pichon.* Amsterd. 1765. v. Hopffgarten Versuch über den Charakter der Menschen und eines Volkes überhaupt. Lpz. 1773. 8. Iselin über die Geschichte der Menschheit. II. B. Zürich 1768. 8. Platner's Anthropologie. Kant's Anthropologie in pragmatischer Hinsicht. Königsb. 1798. 8. — Die Sprichwörter, die bey einem Volke im Umlauf sind, werden mit gutem Grund als Kennmahle des Volkscharakters betrachtet. Die Schimpfwörter sind vielleicht nicht minder beachtungswerth.

5) Darauf deutet auch der Name: *Jus gentium, droit des gens*, (nicht *jus populorum, droit des peuples*,) hin.

lich nachweisen. Nun kann aber überall kein Verein ohne irgend eine Regierung, wäre diese auch nur das Vorbild oder der Grundriss einer Regierung in der eigentlichen Bedeutung, bestehn. Ueberdies hat ein jedes Geschlecht, — und ein Stamm ist nur ein Geschlecht nach einem vergrößerten Mafsstabe, — schon sein ihm von der Natur selbst gesetztes Oberhaupt. So ist also ein jeder Stammesverein ursprünglich zugleich ein Staatsverein, eine Völkerschaft. Und die Beschaffenheit dieses Staatsvereines ist ursprünglich nur eine Frucht oder eine physisch nothwendige Folge des Stammesvereines, nur das unmittelbare Resultat der physischen Ursachen, welche dem Stamme seinen eigenthümlichen Charakter geben, und der Einwirkung dieser Ursachen auf den Trieb der Selbsterhaltung. — Daher ist der Verein bald nur ein Schutz und Trutzbündniß gegen den auswärtigen Feind, bald noch überdies ein wenn auch unsicherer und unvollkommener Friede, welchen die Stammesgenossen unter sich abgeschlossen haben. Daher sind es bald, wie bey den Stämmen der Indianer in Nordamerika, die geschicktesten Jäger und die tapfersten Krieger, bald, wie bey den Stämmen, die von der Viehzucht leben, z. B. bey den Beduinen, die Reichsten des Stammes, bald die Aeltesten, welche dem Stamme vorstehn. Mit einem Worte, in dem Kindesalter der menschlichen Gesellschaft giebt es nur Stammesvereine, giebt es, wenn überhaupt, nur deswegen eine Re-

gierung, weil sonst der Stammesverein nicht bestehen könnte, beruht die Beschaffenheit oder die Organisation dieser Regierung unmittelbar und wesentlich auf den unter den Stammesgenossen, als solchen, eintretenden Verhältnissen. Ganz so haben auch die Thiergattungen, welche völker- oder hordenweise leben, ihre Regierung. Wem wäre die Bienenkönigin, die Eifersucht, mit welcher sie ihre Alleinherrschaft bewacht, unbekannt? Bey einigen Ameisengattungen besteht sogar, wie Huber in seiner so anziehenden Abhandlung von den Ameisen bemerkt, eine strenge Adelsherrschaft. — Wenn aber, im natürlichen Laufe der Dinge oder durch eine außerordentliche Begebenheit, die Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens mannigfaltiger und verwickelter werden, wenn das Land, das der Stamm in Besitz genommen hat, unter die einzelnen Stammesgenossen als Sonder-eigenthum vertheilt wird, und so die Stammesgenossen einerseits durch ein neues Band vereinigt und andererseits durch eine neue und bleibende Verschiedenheit der Interessen entzweyt werden, aus dem einen und dem anderen Grunde aber der Stammesverein an Kraft und Einfluß verliert, wenn durch die Vertheilung der Arbeiten und Geschäfte Stände, wohl selbst erbliche Stände, entstehen, wenn der Waarenverkehr durch ein Metallgeld Leben und Beweglichkeit erhält, oder wenn es gelingt, die Vorliebe des Naturmenschen für Ungebundenheit und seinen Zornmuth durch

die Scheu vor den Göttern zu mäfsigen,⁶⁾ oder wenn sich ein Stamm durch eine Eroberung, die er gemacht hat, plötzlich in eine neue Welt versetzt sieht, dann reißt sich der Staat mehr oder weniger von der Stammesverbindung los, dann beginnt der Kampf der Civilisation (ein bedeutungsvolles Wort!) mit der thierischen Natur des Menschen, dann tritt nach und nach eine künstliche und rechtliche Ordnung der Gesellschaft an die Stelle der blos auf Naturgesetzen beruhenden Stammesverbindung. Jedoch oft oder wenigstens anfangs erstreckt sich die Veränderung nur so weit, daß der Stammsverein in dem Interesse des Staates künstlich gestaltet der Staatsverfassung planmäfsig

6) In diesen beyden Charakterzügen liegt der Grund, daß man ungebildete Stämme mit dem Nahmen: Wilde, bezeichnet. Nicht alle die Gefühle und Gesinnungen, welche den Menschen von dem Thiere unterscheiden, sind ihnen fremd. Nur das Raubthier ist in ihnen nicht gezähmt; oder nur dann stehen sie kaum eine Stufe höher, als das Thier, wenn sie, wie z. B. in Neuhoolland die Eingebornen, unaufhörlich mit Hunger und Noth zu kämpfen haben. Was ist oder was wird nicht auch der civilisirte Mensch in Hunger und Noth? Man lese z. B. die Geschichte des Feldzuges der Franzosen nach Rußland im Jahre 1812. — So manche Eigenthümlichkeiten in dem Charakter der Wilden, z. B. der plötzliche Uebergang von einem Zustande des Hinbrütens zu den heftigsten Anstrengungen und Kraftäusserungen, erklären sich, wenn man die Lebensweise der Raubthiere zu Hülfe nimmt. Vgl. *Moeurs de sauvages. Par Lafiteau*. Versuch einer allg. Beschreibung des Zustandes der ungesitteten und der gesitteten Völker. Karlsr. 1766. 8. Gibbon I, 294. — Die Deutschen, die uns Tacitus schildert, hatten auf der Bahn der Civilisation schon bedeutende Fortschritte gemacht. Vgl. Adelung's Geschichte der Deutschen. S. 296.

zum Grunde gelegt wird. Da kann man nun, wie ursprünglich, den Stammes- und den Staatsverein in der Erfahrung kaum von einander unterscheiden. Da sind Nationalität, Anhänglichkeit an den Stamm, an die Sitten der Voreltern, Nationalstolz die einzigen oder die besten Stützen des Staates. Da verräth sich aber auch die ursprüngliche Roheit des Stammes nicht selten in einzelnen Charakterzügen der Nachkommen. — So war z. B. die Verfassung des Reichs, welches Cyrus gründete, ⁷⁾ so war die Verfassung, welche Moses dem Volke Israel gab, (jetzt nur noch ein *caput mortuum*!) so waren einst die Verfassungen der Griechischen Staaten beschaffen. ⁸⁾ Aber, wenn auch jene Um-

7) Vgl. über die Verfassung des altpersischen Reiches: Herren's Ideen über die Politik etc. der vornehmsten Völker der alten Welt.

8) In der altgriechischen Geschichte reiht sich Alles an die Nationaleinheit der Hellenen und an die Verschiedenheit der Hellenischen Stämme — die Denkart und der Charakter der Nation und ihrer einzelnen Stämme, die Kunst und die Wissenschaft, die innern und die auswärtigen Verhältnisse. Athen hatte sogar bis zu Klisthenes (vgl. Niebuhrs römische Geschichte im I. Th.) eine Kastenverfassung. Der Peloponnesische Krieg war ein Kampf der beyden Hauptstämme um das Primat; die Kriege gegen die Perser waren Nationalkriege. Vgl. Arist. Polit. 1, 1. III, 1—3. VII, 1. Thucyd. VI, 80. 82. Der Name dieses Volkes ist durch die Geistes- und Kunstwerke, die es uns hinterlassen hat, mit unserer Kultur auf das innigste verwebt. Aber wenn nicht der Glanz, mit welchem unsere Dankbarkeit diesen Namen billig umgiebt, erbleichen soll, darf man nicht bey der auswärtigen Politick der Hellenischen Stämme verweilen. In dieser äußerte sich das Princip der Feindseligkeit, welches in einer jeden Stam-

wandlung so weit geht, daß der Stammesverein, wie z. B. bey den Völkern des neueren Europa, fast gänzlich in den Hintergrund zurücktritt, so ist doch auch dann die Stammeseinheit der abtretenden und der auftretenden Geschlechter die allein naturgemäße und mithin die festeste Grundlage der Ewigkeit des Staates, so wird doch ein Volk seine Selbstständigkeit desto wackerer vertheidigen, wenn es kraft seiner Nationaleinheit desselben Geistes und Sinnes ist und so wird doch, wenn die Völker zugleich als Nationen einander gegenüber stehn, ihr Wetteifer zu desto glänzenderen Resultaten führen.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Von den ursprünglichen Gütern eines Volkes.

Die Güter, die angebohrnen und die erworbenen, welche den einzelnen Menschen, aus denen ein Volk besteht, gehören, — diese und nur diese Güter sind das ursprüngliche Eigenthum eines Volkes. Denn das rechtliche Daseyn eines Volkes beruht, und zwar lediglich und allein, auf

mesverbindung liegt, in seiner ganzen Roheit. Unverhohlen wurde der Grundsatz vertheidiget und befolgt: Die Herrschaft gebührt dem Stärkeren. Die Gefangenen wurden nicht selten ermordet oder verstümmelt. Vgl. Thucyd. V, 32, 105, 116. Plutarch. in Lysandro.

der Persönlichkeit der einzelnen zu einem Volke vereinigten Menschen und auf der Einheit dieser Menschen. Jene Güter also sind kraft des rechtlichen Wesens eines Volkes und mithin ursprünglich, alle andere aber sind nur kraft einer That-
sache d. i. nur kraft einer Erwerbung, welche der Staatsherrscher, als Vertreter des Volkes, gemacht hat, Gemeindegut.

Wenn und da also ein Volk in rechtlicher Hinsicht gleich als ein einzelner Mensch zu betrachten ist, so folgt, dafs ein Volk Alles das über sich d. i. über die einzelnen Menschen, aus welchen es besteht, zu beschließen berechtigt ist, was dem einzelnen Menschen zu thun oder zu unterlassen frey-
steht. — Auf dieser Folgerung beruht z. B. die Selbstständigkeit der Völker in den die Verfassung des Staates betreffenden Angelegenheiten. Kein Volk ist berechtigt, dem andern eine Verfassung aufzudringen oder sich einer Neuerung, welche ein Volk in seiner Verfassung treffen will, zu wider-
setzen, oder, wenn in einem Staate Unruhen entstehen, der einen oder der andern der sich bekämpfenden Partheyen Beystand zu leisten. Die Staatsverfassung ist gleichsam die Hausordnung eines Volkes. In häusliche Angelegenheiten, in Streitigkeiten, welche unter den Mitgliedern eines und desselben Hauswesens entstehen, soll sich nicht ein Dritter eindringen. Schon ein Hausfreund, schon ein Mittelsmann ist gefährlich. Wie sich

auch die Staatsverfassung verändere und gestalte, auf das Rechtsverhältniß des Volkes zu andern Völkern hat das, wenigstens an sich, (*in thesi*) keinen Einfluß; die Rechte, die Verbindlichkeiten, z. B. die Vertragsverbindlichkeiten des Volkes bleiben, ungeachtet des Wechsels der Verfassung, dieselben. Mag auch ein Volk in Partheyen gespalten seyn, in Beziehung auf andere Völker und dem Naturrechte nach ist derjenige der Staatsherrscher, welcher die Macht in den Händen hat, ist der Souverain *de facto* zugleich und allein der Souverain *de jure*. Jedoch, kaum ein anderer Grundsatz des Völkerrechts wird so leicht verkannt, kaum ein anderer Grundsatz dieses Rechts ist so oft verletzt worden, als der, welcher die Selbstständigkeit der Völker in ihren Verfassungsangelegenheiten in Schutz nimmt. Denn man bekämpft seinen Feind mit desto sichrerem Erfolge, wenn man es dahin gebracht hat, das feindliche Heer zu entzweyen und wohl selbst mit einem Theile desselben ein offenes oder geheimes Bündniß abzuschließen. Die Scheidlinie zwischen einem Volke, das sich, unbeschadet seiner Einheit, in Partheyen getheilt, und zwischen einem Volke, das sich, durch Partheyung gespalten, in mehrere Völker aufgelöst hat, ist nicht so leicht zu ziehn, desto leichter zu verkennen. Es können sich die Verhältnisse so gestalten, daß ein Volk, durch die ihm in seinen Verfassungsangelegenheiten zustehende Selbstständigkeit, die innere oder die äußere Selbstständig-

keit anderer Völker gefährdet; und, wie besonders die Geschichte unserer Tage lehrt, je enger und mannigfaltiger die Verbindungen unter Völkern sind, desto häufiger sind Nothfälle dieser Art oder desto häufiger kleidet sich die Lust am Kriege in das Gewand der Noth.⁹⁾ Eben so steht es einem Volke vermöge seiner Selbstständigkeit frey, den Verkehr zwischen dem In- und dem Auslande nach Gefallen zu gestatten oder zu verbiethen, diesen Verkehr, wenn es ihn gestattet, an beliebige Bedingungen zu knüpfen. Alle die Fragen, welche die Freyheit des Handels mit dem Auslande oder die Freyheit der Ein- oder der Auswanderung oder den Umfang des Gastrechts oder die Gültigkeit der Gesetze im Auslande betreffen, sind nicht völkerrechtliche Fragen. Dem Staats- oder dem Weltbürgerrechte nach kann es verwerflich seyn, den Verkehr mit dem Auslande zu verbiethen oder zu belasten; was hier einstweilen an seinen Ort gestellt bleibt. Völkerrechtswidrig sind Gesetze dieser Art nicht. Dem Völkerrechte nach mag eine Regierung sogar diejenigen, welche sich im Auslande aufhalten, den Gesetzen und Behör-

9) Man übersehe nicht, daß die Frage von dem Rechte eines Volkes, sich in die inneren Angelegenheiten eines andern Volkes zu mischen, hier nur aus dem Standpunkte des Naturrechts erörtert worden. S. d. 29ste Buch. — Vgl. über diese Frage überhaupt: Von Kämtz völkerrechtliche Erörterung des Rechts der Europäischen Mächte, in die Verfassung eines einzelnen Staates sich zu mischen. Berlin 1821. 8.

den des Inlandes schlechthin unterwerfen, wenn sie nur die Wirksamkeit der Unterthanenpflicht auf das Inland beschränkt ¹⁰⁾).

Was sich ein Mensch gegen den andern nicht erlauben darf, das darf auch eine Regierung weder sich selbst noch ihren Unterthanen erlauben. — Es würde z. B. völkerrechtswidrig seyn, wenn das Gesetz einer Verbindlichkeit, welche von einem Inländer gegen einen Ausländer im Auslande eingegangen worden ist, die Eigenschaft der Klagbarkeit aus dem Grunde entzöge, weil sie gegen einen Ausländer oder weil sie im Auslande eingegangen worden wäre. Es ist nicht weniger völkerrechtswidrig, wenn ein Staat zahlungsflüchtige Ausländer gegen die Verfolgung ihrer auswärtigen Gläubiger in Schutz nimmt. Das Gesetz hat auch diejenigen Vergehungen zu bestrafen, welche im Inlande gegen einen auswärtigen Staat oder dessen Unterthanen verübt werden, z. B. das Falschmünzen auch dann, wenn die Münzen eines auswärtigen Staates nachgeprägt werden. Bey den Völkern deutschen Ursprungs herrschte einst allgemein die Meinung, daß es, wenn ein Volk Friede habe,

10) In einigen Deutschen Staaten, z. B. in dem Königreiche Sachsen, ist der im Lande Angessene zugleich für seine Person Unterthan. Ein Franzose kann einen Ausländer vor den französischen Gerichten auch wegen derjenigen Verbindlichkeiten belangen, welche der Ausländer außerhalb Frankreichs gegen ihn eingegangen ist. Code civil Art. 14. — Völkerrechtswidrig sind diese Gesetze nicht.

einem jeden freyen Manne dieses Volkes erlaubt sey, an den Kriegen und Fehden anderer Völker einen thätigen Antheil zu nehmen. Und noch jetzt ist diese Meinung bey jenen Völkern vorherrschend; noch jetzt ist es in den meisten Staaten deutschen Ursprungs den Unterthanen verstattet, unbeschadet ihres Bürgerrechts in auswärtige Kriegsdienste zu treten. (Die Deutschen haben von jeher den Kriegsdienst als eine freye Kunst betrachtet.) Es ist mehr als zweifelhaft, ob sich diese Ansicht mit den Grundsätzen des Völkerrechts vereinigen lasse. ¹¹⁾

Regierungshandlungen d. i. die Handlungen, mittelst welchen der Staatsherrscher die inneren Verhältnisse des Staates ordnet, sind dem Völkerrechte nach nur als Handlungen eines einzelnen Menschen, nur als Privathandlungen zu betrachten. — Daher kann z. B. eine Rechtssache, welche vor den Gerichten des Auslandes verhandelt wird oder von ihnen entschieden worden ist, dennoch von neuem vor den Gerichten des Inlandes angebracht werden. Daher sind Rechte oder Vorrechte, welche eine Regierung ihren Unterthanen ertheilt, nicht schon von Rechtswegen auch im

¹¹⁾ Tacit. German. c. 14. „*Si civitas, in qua orti sunt, longa pace et otio torpeat, plerique nobilium adolescentium petunt ultro eas nationes, quae tum bellum aliquod gerunt.*“ — Vgl. die Verhandlungen in dem Britischen Unterhause vom 7ten Jul. 1828.

Auslande wirksam. Daher braucht sich eine Regierung nicht an das zu kehren, was eine andere Regierung wegen der im Auslande oder wegen der gegen das Ausland verübten Vergehungen festgesetzt hat. Wenn also ein eines Verbrechens Verdächtiger oder Ueberwiesener ins Ausland geflüchtet ist, so ist der Regierung in deren Gebieth das Verbrechen verübt worden ist, allerdings berechtigt, ihn ins Ausland zu verfolgen d. h. die Auslieferung des Verdächtigen oder Schuldigen zu verlangen. Doch nur gleich als einen Feind (*tanquam hostem*) kann sie ihn verfolgen. Denn das Strafgesetz, welches der Flüchtige — angeblich oder wirklich — verletzt hat, ist in Beziehung auf das Ausland nur die Erklärung einer Privatmeinung. So wie daher ein Volk berechtigt ist, überhaupt den Feinden eines andern Volkes beyzustehn, sobald es deren Sache für die gerechtere hält, eben so ist es auch berechtigt, die Auslieferung eines flüchtigen Verbrechers der Regierung des Flüchtigen zu verweigern, wenn es die Verfolgung für widerrechtlich erachtet, oder wenn es kraft einer früher eingegangenen Verbindlichkeit den Flüchtigen in Schutz zu nehmen hat d. i. wenn die Staatsgesetze die Auslieferung untersagen. Wobey es sich jedoch von selbst versteht, daß eben so wenig diese Weigerung bindend oder rechtskräftig ist. Vielmehr kann sie von der Regierung, welche die Auslieferung verlangt hat, mit Fug und Recht als ein Grund zu Feindseligkeiten betrachtet werden. (Alle die Fragen,

welche die Ausübung der Strafgewalt betreffen, sind in so fern, als sie völkerrechtliche Fragen sind, nach den Grundsätzen des Kriegsrechts zu beantworten.) — Jedoch ist eine Regierungshandlung nicht schon deswegen nach dem Völkerrechte, (und mithin als eine Privathandlung,) zu beurtheilen, weil dabey eine andere Regierung betheiligt ist. Z. B. Ein Fürst, welcher im Auslande ein Grundstück kraft eines civilrechtlichen Titels besitzt, kann sich gegen die Handlungen der Regierung, in deren Gebiete das Grundstück liegt, auf den obigen Grundsatz des Völkerrechts keineswegs berufen. Staatsschulden sind nicht schon deswegen völkerrechtliche Schulden, weil die Schuldscheine in den Händen einer auswärtigen Regierung sind.

Ein Volk hat ein äußeres Daseyn durch die einzelnen Menschen, welche in der Erfahrung der Herrschaft eines und desselben Willens unterworfen sind. Wenn bilden aber gewisse bestimmte Individuen in der Erfahrung ein Volk? an welchen Thatsachen ist das Daseyn, der Umfang und die Fortdauer eines solchen Vereines erkennbar? Die Geschichte ertheilt über diese Frage folgenden Aufschluß. Es giebt 1) Völker, deren äußeres Daseyn schlechthin und allein auf einem persönlichen Vereine beruht. Das sind Völker ohne Land, Wandervölker. Da bildet eine Anzahl Menschen, fast immer sind es Stammesgenossen, einen Volksverein, weil und so lange die und die Individuen oder Geschlechter unter irgend einer Regierung und

nach irgend einem gemeinsamen Rechte zusammenleben und zusammenhalten. So lose auch ein solcher Verein zusammenhängt, so liegt es doch schon in seinem Wesen und so bringt es doch noch überdies seine Grundlage, die Stammesverwandtschaft, mit sich, daß er seine Mitglieder auch dann, wenn sie sich bei einem andern Stamme oder in dem Lande eines andern Volks vorübergehend aufhalten, als sein ausschließliches Eigenthum betrachtet. Dagegen ist einem Volke dieser Art auch die Ansicht unbekannt, als ob Fremdlinge, die sich ihm zugesellten, schon von Rechts wegen unter seinen Gesetzen oder unter seinem Schutze ständen. Fremdlinge sind ihm Feinde oder Gastfreunde. Es giebt 2) Völker, welche, weil sie einen Theil des Erdbodens als ihr Land in Besitz genommen haben, zugleich als Grundeigenthümer äußerlich und vergleichungsweise bleibender geschaart und gesondert sind, bey welchen sich jedoch noch nicht die Idee eines Staatsgebiethes entwickelt hat. Die Völker dieser Art bilden das Mittelglied zwischen den Völkern der vorhergehenden und denen der folgenden Klasse; ihren völkerrechtlichen Ansichten nach sind sie jedoch näher den ersteren als den letzteren verwandt. Es haben z. B. die Völker dieser Klasse, wie die der ersten Klasse, nicht ein Landrecht, sondern ein Stammes- oder Nationalrecht. Auch Fremdlinge, die sich im Lande aufhalten, werden unter sich nach dem Rechte

ihres Stammes oder Volkes beurtheilt. Macht ein solches Volk eine Eroberung, so begnügt es sich in der Regel damit, das besiegte Volk zu einem wenn auch ungleichen Bündnisse zu nöthigen, z. B. sich die Lehnsherrlichkeit über das eroberte Land vorzubehalten; im übrigen verbleibt den Besiegten ihr bisheriges Recht. Nur dann ist das Schicksal der Besiegten härter, wenn die Sieger in das eroberte Land einwandern; dann werden die bisherigen Einwohner des Landes fast immer in Grundholden und Frohnbauern verwandelt. Friedliche Gesinnungen, Anerkennung der rechtlichen Gleichheit der Völker darf man von den Völkern dieser Klasse eben so wenig, als von denen der ersten Klasse, erwarten. Die Stammesgenossenschaft, nach wie vor die Grundlage des Vereines, ist überall ein Keim des Stolzes und des Machtneides. Auch in dem Rechte, nach welchem bey den Völkern dieser Klasse das Verhältniß unter den Stammesgenossen und den Fremden beurtheilt wird, pflegt sich diese feindselige Gesinnung zu offenbaren. Diese Ansichten lagen z. B. dem Völkerrechte der Römer ursprünglich und Jahrhunderte lang zum Grunde; und selbst in den spätern Zeiten der Geschichte dieses Volkes erlitten weniger diese Ansichten, als die Verhältnisse, auf welche sie angewendet wurden, eine Veränderung. Erst, als die Römer Eroberungen außerhalb Italiens machten, scheint bey ihnen die Idee eines Staatsgebiethes getagt zu

haben.¹²⁾ Bis dahin standen die Römer nur an der Spitze eines Völkerbundes oder Völkerstaates, anfangs des Bundes der Völker Latiums, (*foedus Latinum*,) dann der Völker Italiens. (*Bellum sociale*.) In den Zeiten der Kaiser tritt zwar die Idee eines Staatsgebiethes schon bestimmter hervor. Doch noch lange behielten die verschiedenen Völkerschaften und Gemeinden des Reichs ihre besondern Rechte. In keiner Periode seines Daseyns kannte das Römische Volk ein anderes Völkerrecht, als das, welches auf Verträgen beruhte; es kannte nur Feinde oder Bundesgenossen.¹³⁾ In keiner Periode seines Daseyns gestattete es den Fremden freyen Eingang in sein Gebieth oder dieselben bürgerlichen Rechte, wie seinen Bürgern. Wenn uns auch von dem Rechte, nach welchem Fremde in ihrem Verkehre mit Römern beurtheilt wurden, nur wenig bekannt ist, so deutet doch schon der Grundsatz: *Adversus hostem aeterna auctoritas esto* d. i. Fremde können sich nicht auf die Einrede der Verjährung berufen, (eine Vorschrift der XII Tafeln, welche bis in die spätesten Zeiten Rechtens war,) auf den Geist hin, welcher in jenem Rechte lebte.¹⁴⁾ Von denselben Ansichten giengen die

12) Macedonien war das erste Land, welches die Verfassung einer Provinz (*formam provinciae*) erhielt. S. jedoch Liv. IX, 20.

13) Vgl. l. 7. *D. de captiv. et postliminio*.

14) Trotz dem Scharfsinne, welchen man auf das *Edictum praetoris peregrini* verwendet hat, wissen wir doch

Deutschen Völkerschaften aus, welche das Weströmische Reich eroberten. Sie hatten und behielten ihre Nationalrechte; selbst den Besiegten wurde gestattet, nach dem bisherigen Rechte des Landes zu leben.¹⁵⁾ Das Recht der Eroberung war nach ihren Rechtsbegriffen nicht sowohl ein Recht zur Herrschaft über die Besiegten, als ein Recht des Eigenthums an dem eroberten Lande. Jedoch wurden die Folgen dieses Rechts bald durch die verhältnißmäßig kleine Zahl derer, welche die Eroberung gemacht hatten, bald durch die Abneigung, welche die Eroberer gegen den Ackerbau

von dessen Inhalte nur wenig. — Doch ist so viel bekannt, daß die Römer, wenn sie sich im Auslande, jedoch nicht bey einem befreundeten Volke, aufhielten, als bürgerlich todt und eben so Fremde, welche nicht zu einem befreundeten Volke gehörten, im Römischen Reiche als rechtlos betrachtet wurden. *Ulpian. tit. XX. §. 14. l. 3. §. 2. l. 7. D. de captiv. et postlim. l. 8. pr. D. qui testam. fac. possunt.* Erst der Kaiser Leo gestattete, (Nov. 40) auch in dem Lande des Feindes ein Testament zu errichten. — Wie eifersüchtig Fremdlinge im Römischen Reiche betrachtet wurden, zeigt eine Nachricht b. *Tacit. de moribus Germ. c. 41.*

15) *Cuilibet lege sua vivere permissum est.* Vergl. Schwab über die Allgemeinheit der Französischen Sprache. Noch in weit späteren Zeiten wurde dieser Grundsatz von auswärtigen Handelsleuten häufig in Anspruch genommen und durch die ihnen ertheilten Vorrechte nicht selten anerkannt. Vgl. *Dumont corps diplomatique. T. I. P. I, 130. 168. P. II, 240. 265. 268.* — Jedoch in der *lex Saxonum* tritt die Idee eines Staatsgebiethes und die eines Landrechts schon sehr bestimmt hervor. Vielleicht waren diese den Sachsen eigenthümlichen Rechtsbegriffe nicht ohne Einfluß auf den hartnäckigen Widerstand, welchen die Sachsen Karl dem Großen entgegensetzten.

hatten, bald auch durch eine gewisse Achtung für den Besitzstand der bisherigen Grundeigenthümer gemildert.¹⁶⁾ Nur langsam entwickelte sich aus dieser sonderbaren Organisation der bürgerlichen Gesellschaft die Idee eines Staatsgebiethes samt ihren Folgen; vollständig erst mit der königlichen Gewalt. Endlich giebt es 3) Völker, welche den Theil des Erdbodens, den sie als ihr Land in Besitz genommen haben, zugleich in der Eigenschaft eines Staatsgebiethes betrachten. Es ist dieser

16) Die Nachrichten, die wir von der Ansiedelung der Deutschen in den eroberten Provinzen des Römischen Reiches haben, sind unvollständig. Einige Völkerschaften, die verhältnißmäßig zahlreicheren oder wenn die Eroberung einen harten Kampf gekostet hatte, scheinen nach Lust und Gefallen genommen zu haben, was und wo sie wollten. Bey vielen wurde den Wehrmännern ein Drittel des Landes oder, richtiger, der Landeseinkünfte, (denn die bisherigen Grundeigenthümer mußten das Land für die Ankömmlinge bauen,) angewiesen. Das scheint mit einem altdeutschen Rechtsgrundsatz in Zusammenhang gestanden zu haben, nach welchem ein Drittheil der Beute den Göttern, ein anderes Drittheil dem Heere und das übrige Drittheil den in der Heimath gebliebenen Familienvätern gehörte. Vgl. über diesen Grundsatz: v. Kotzebue Geschichte Preussens. (Bemerkenswerth ist, daß auch das Einkommen der christlichen Kirche in drey Theile getheilt zu werden pflegte.) Ueber die Ansiedelung der Deutschen im Römischen Reiche s. *Du Cange v. Tertia*. Sartorius Versuch über die Regierung der Ostgothen während ihrer Herrschaft in Italien. Hamb. 1811. 8. *Histoire de l'établissement des progrès et de la décadence de la monarchie des Goths en Italie. Par J. Naudet. Par. 1811. 8.* Zwey Vorlesungen, gehalten von Sartorius in der Göttinger Societät der Wissenschaften, über die Besitznahme und Vertheilung der Römischen Ländereyen in Italien — in Gallien.

Fall von dem vorigen wesentlich verschieden. Wenn der Staat ein Gebieth hat, so hat auch das Volk ein Land. Aber ein Volk kann ein Land haben, ohne daß es seinem Lande die Eigenschaft eines Staatsgebiethes beylegt. Ein bestimmter Theil des Erdbodens wird in so fern, als er das Eigenthum eines Volkes ist, ein Land und, in wie fern er gleich als erfüllt von der Staatsgewalt betrachtet wird, ein Gebieth genannt. (Ein Staatsgebieth ist also die Idee der Staatsgewalt, als eines unbedingten Rechts, in Beziehung auf einen bestimmten Theil des Erdbodens.) Die Idee eines Staatsgebiethes kann sich nur bey den Völkern entwickeln, welche eine schon ausgebildete Staatsverfassung haben, schon auf einer höheren Stufe der politischen Kultur stehn. Auch das hat auf die Entwicklung dieser Idee Einfluß, ob das Land von dem Volke als Gemeingut besessen wird oder ob es als Sondereigenthum oder lehnsweise unter die Einwohner des Landes vertheilt ist. So wie nun diese Idee bey einem Volke tagt, stellt sie, wenn nicht andere Ursachen entgegenwirken, auch die auswärtigen Verhältnisse des Staates in ein neues Licht. Nun gewinnt, so wie im Inneren, so auch im Aeufseren, Alles eine festere und bleibendere Gestalt. Indem die Idee des Staates vollständiger anerkannt wird, treten auch die Grundlagen des Völkerrechts, — die Grundsätze, daß ein Volk kraft Gesetzes Rechte habe, daß die Völker dem Rechte nach einander gleich stehen, — gleichsam sichtbarer hervor.

Fremdlinge, die sich im Lande aufhalten, stehen nun schon von Rechtswegen unter den Gesetzen und unter dem Schutze des Staates. Dagegen werden die Einwohner des Landes, welche sich im Auslande vorübergehend aufhalten oder welche Güter im Auslande besitzen, einstweilen oder beziehungsweise als unterworfen den Gesetzen des Auslandes betrachtet. — So steht also eine jede der verschiedenen möglichen Arten, wie die Menschen nach Völkern geschaart und gesondert seyn können, mit einer besonderen Reihe völkerrechtlicher Ansichten und Vorstellungen in Verbindung. Neue Ideenverbindungen, neue Streitfragen entstehen, wenn Völker, deren äufseres Daseyn auf verschiedenen Grundlagen beruht, in Berührung mit einander kommen. Beyspiele zur Bestätigung dieses letzteren Satzes enthält die Geschichte der Faktoreyen, welche von den Europäern, als diese zuerst in Ostindien festen Fufs faßten, mit Bewilligung der Landesfürsten angelegt wurden. Bald wurde der Friede gestört; denn die Bewilligung wurde von der einen Parthey anders, als von der andern, gedeutet. Jedoch, so anziehend es auch z. B. für den Geschichtsforscher ist, die Verschiedenheit des Völkerrechts, welche auf der Verschiedenheit des äufseren Lebens der Völker beruht, weiter zu verfolgen, so wird doch die vorliegende Darstellung des Völkerrechts allein von der Voraussetzung ausgehn, dafs Völker, welche ein Land in Besitz genommen haben und welche dieses Land

als ein Staatsgebieth betrachten, einander gegenüberstehn. Die Völker des heutigen Europa sind insgesamt Völker dieser Klasse.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von den Rechten der Völker an Sachen.

I. Von dem Eigenthumsrechte.

Ein Volk kann äußere Gegenstände d. i. Gegenstände, die nicht schon in seinem Daseyn begriffen sind, ganz so erwerben, wie der Mensch äußere Gegenstände erwerben kann. Denn ein Volk ist in rechtlicher Hinsicht gleich als ein einzelner Mensch zu betrachten.

Es kann sich daher ein Volk einen Theil des Erdbodens — ein Land — aus denselben Gründen und unter denselben Bedingungen ursprünglich d. i. einseitig zueignen, aus welchen und unter welchen sich der Mensch einen Theil des Erdbodens — ein Grundstück — ursprünglich zueignen kann. Alles das also, was an einem andern Orte dieses Werkes von der ursprünglichen Erwerbung des Grundes und des Bodens (mittelst der Bearbeitung desselben) in Beziehung auf das Recht der einzelnen Menschen gesagt worden ist, ¹⁷⁾ gilt auch

17. S. Band III. S. 128. — Das Eigenthum an Grund und Boden ist die Bedingung des Eigenthums an beweglichen Sachen. Daher ist auch hier nur von dem ersteren die Rede.

Zachariä Reg. Lehre II. Bd. 1. Abth.

von der Erwerbung eines Landes. Angenommen, daß die Menschen, welche sich zu einem Staate vereinigen, schon Grundeigenthümer sind, so sind die Grundstücke der einzelnen Staatsgenossen schon kraft Gesetzes das Land des Volkes.

Jedoch ein Land ist zugleich ein Staatsgebieth oder es kann zugleich, Kraft der Idee des Staates, in der Eigenschaft eines Staatsgebiethes betrachtet werden. Die Frage ist also die: Kann ein Volk, wenn es sich einen Theil des Erdbodens ursprünglich zueignet, die Rechtmäßigkeit dieser Erwerbung noch mit einem andern Grunde, als mit dem oben aus einander gesetzten, vertheidigen? Kann es sich auf das Recht, ein Staatsgebieth ursprünglich zu erwerben, berufen?

Die Menschen, nach Naturgesetzen eines und desselben Geschlechts, sind eben so nach den Gesetzen der Freyheit Glieder einer und derselben, die gesammte Menschheit umfassenden Gesellschaft. Sie haben als Menschen dieselben Interessen. Es ist die Pflicht eines jeden einzelnen Menschen, das Interesse aller andern Menschen, das Interesse der Gesammtheit, als sein eigenes zu fördern. (*Homo sum humani nihil a me alienum esse puto.*) Kraft dieser sittlichen Einheit unserer Gattung, Kraft der Idee der Menschheit, sollte nun das gesammte Menschengeschlecht, der Herrschaft eines und desselben Staates, einem gemein-

samen Rechte unterworfen, auch eine einzige bürgerliche Gesellschaft bilden, sollte die Erde, von der Gewalt eines und desselben Staates gleichsam erfüllt, nur das Gebieth eines einzigen Staates seyn. Denn, wenn und da der Staat diejenige äußere Ordnung ist, ohne welche kein gesellschaftliches Verhältniß, von welcher Art es auch seyn möge, auf die Dauer bestehen kann, so ist auch die Einheit der menschlichen Gesellschaft durch das Daseyn eines die gesamte Menschheit umfassenden Staatsvereines wesentlich bedingt. Ja, soll überhaupt die menschliche Gesellschaft, an sich nur eine Idee, zugleich eine äußere Form oder Grundlage haben, so kann ihr diese kaum anders, als durch die Stiftung eines die gesamte Menschheit umfassenden Staates, gegeben werden.

Jedoch die Natur, überall Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit liebend, hat die menschliche Gesellschaft durch eine Menge Vorkehrungen — z. B. durch die Verschiedenheit der Menschen nach Rassen und Stämmen, durch die Inselgestalt des Festlandes, durch ewige Landmarken, (durch Wüsten, durch Bergrücken u. s. w.) durch die Verschiedenheit der Himmelsstriche und der Naturerzeugnisse — wieder in mehrere besondere, ihren Interessen und ihren Pflichten nach verschiedene, Gesellschaften gespalten.

Dieselben Ursachen aber, welche die menschliche Gesellschaft in mehrere besondere Gesellschaften spalten, machen es theils unthunlich,

theils zwecklos, ja zweckwidrig, die gesamte Menschheit zu einem einzigen Staate zu vereinigen. Vielmehr fordert es, bey dieser Lage der Dinge, das Interesse der menschlichen Gesellschaft, daß eine jener Spaltung der menschlichen Gesellschaft entsprechende Verschiedenheit der Staaten bestehe. Und diese Forderung ist zugleich ein Rechtsgeboth. Denn das Interesse der menschlichen Gesellschaft ist der Endzweck des Rechts.

Betrachtet man diese Forderung in Beziehung auf die Bedingungen, unter welchen mehrere Staaten nebeneinander bestehn können, (sie steht noch in mehreren anderen Beziehungen), so kann ihr nur dadurch vollständig Genüge geschehen, daß ein jeder Staat sein Gebieth, ein jedes Volk sein Land hat. Denn nur unter dieser Voraussetzung hat ein Volk ein auch äußerlich gesichertes Daseyn, ist es in seinen inneren Angelegenheiten vollhommen selbstständig, steht es zu seinen Nachbarn in einem friedlicheren Verhältnisse, ist eine dauerndere Verbindung zwischen ihm und andern Völkern möglich. Und, so wie jene Forderung, so ist auch die Vertheilung des Erdbodens unter die verschiedenen Völker der Erde, als das Mittel, jener Forderung auf das vollkommenste zu entsprechen, Rechtens.

Da übrigens, die rechtliche Nothwendigkeit dieser Vertheilung auf der Art beruht, wie sich die menschliche Gesellschaft in der Erfahrung, (unter dem Einflusse von Ursachen, welche nicht

in der Willkühr der Menschen stehn,) gestaltet und gestaltet hat, da diese Vertheilung dem gesellschaftlichen Interesse der Völker in dem Grade entsprechen wird, in welchem die Wahl des Wohnlandes in die Willkühr eines jeden einzelnen Volkes gestellt ist, so folgt aus dem Obigen zugleich, daß die Rechtsregel: *Res nullius cedit primo occupanti*, auch dann gelte, wenn man das Eigenthum der Völker an ihren Ländern als die Bedingung einer vollkommenen Organisation der menschlichen Gesellschaft betrachtet. (Man wird die Aehnlichkeit nicht übersehn, welche zwischen der Art, wie hier das Eigenthum an einem Lande begründet worden ist, und zwischen der im dritten Bande versuchten Ableitung des Grundeigenthums eintritt — vielleicht eine Bestätigung der einen und der andern Deduktion.)

Man mag das Recht der Völker, sich einen Theil des Erdbodens zuzueignen, aus dem einen oder aus dem andern dieser Gründe ableiten, man mag also das Eigenthum der Völker an ihren Ländern als das Mittel, den Erdboden ergiebiger zu machen, oder als das Mittel, unter den Menschen eine feste bürgerliche Ordnung zu begründen, rechtfertigen, unter beyden Voraussetzungen begreift dieses Eigenthum dieselben Rechte und zwar alle die Rechte unter sich, welche in dem Eigenthume an Sachen überhaupt wesentlich enthalten sind. — So wie z. B. der einzelne Mensch dem bürgerlichen Rechte nach befugt ist, ein Grundstück, das ihm

gehört, nach Gefallen zu veräußern, so steht es auch dem Völkerrechte nach in der Macht und Gewalt eines Volkes, das Land, das es sich zugeeignet hat, ganz oder zum Theil zu veräußern. Nur dem Staatsrechte nach ist die Veräußerung eines Grundstückes von der eines Landes verschieden. Wenn schon, auch nach diesem Rechte, ein Land mit einem andern unter der Bedingung vereinigt werden kann, daß die Vereinigung in beyden Ländern den Willen der Mehrheit für sich hat, so ist doch, Nothfälle ausgenommen, der verfassungsmäßige Staatsherrscher nicht schon als solcher befugt, das Volk auch in dieser Beziehung zu vertreten. Vielmehr hat er sich, wenn anders nicht die Machtvollkommenheit von dem Volke selbst ausgeübt wird, in einem Falle dieser Art der Zustimmung der Mehrheit zur Vereinigung des Landes mit einem andern Lande besonders zu vergewissern. Denn nicht so weit kann man das Herrscherrecht erstrecken, daß kraft desselben die Selbstständigkeit (oder die Einheit) des Volkes — die Bedingung der Rechtsgültigkeit des dem Staatsherrscher ausgestellten Machtbriefes — aufgehoben werden könnte. Alles dieses gilt auch von dem Falle, da der Souverain blos einen Theil des Landes an einen andern Souverain abtritt; nur daß eine solche Abtretung noch überdies die Zustimmung der Mehrheit der Einwohner dieses Landestheiles für sich haben muß, wenn sie anders nicht schon nach dem Nothrechte vertheidiget werden kann, oder wenn sie anders nicht

bloß nach dem Nothrechte eine Vertheidigung zu-
 lassen soll. Damit stimmt auch das Urtheil der
 öffentlichen Meinung überein. Man findet es un-
 bedenklich, wenn durch einen Friedensschluss ein
 Strich Landes dem Gebiete eines andern Staates
 einverleibt wird, oder wenn mittelst eines Tausches
 die Gebiete zweyer Staaten geschlossen oder ab-
 gerundet (die Territorien purificirt) werden. Denn
 in dem erstern Falle setzt man einen Nothstand,
 und in dem letztern die Zustimmung der Bethei-
 ligten voraus. Anders aber beurtheilt man dieje-
 nigen Fälle, in welchen die Abtretung eines Lan-
 des oder ein Ländertausch weder die eine noch die
 andere Vermuthung für sich hat. Einer Mafsregel
 dieser Art wurde einst der deutsche Fürstenbund
 entgegengesetzt. Nicht die Eroberungen, welche
 Napoleon machte, die Gewaltstreiche, welche er
 im Frieden, z. B. gegen Spanien führte, verwan-
 delten die Furcht in Erbitterung. Uebrigens ist
 eine Landesveräußerung zwar auch dann zugleich
 nach den Grundsätzen des Staatsrechts zu beur-
 theilen, wenn das Land oder der Landstrich un-
 bewohnt ist. (Veräußerungsverträge dieser Art
 sind häufig in Nordamerika zwischen den Stämmen
 der Eingebornen und den vereinigten Staaten ab-
 geschlossen worden.) Jedoch ist eine Veräußer-
 ung dieser Art nicht so, wie die eines bewohnten
 Landes, zugleich eine Veränderung der Staatsver-
 fassung.

Ganz so hat man auch Ansprüche, (Präten-

sionen), welche ein Volk an das Land eines andern Volkes macht, nicht blos aus dem Standpunkte des Völkerrechts, sondern zugleich aus dem des Staatsrechts zu betrachten. — Dem Völkerrechte nach ist der endgültige Rechtsschutz gegen alle Ansprüche dieser Art die Ersitzung und die aus dieser hervorgehende Einrede der Verjährung. Ein Volk kann sich gegen das andere zur Vertheidigung seines Eigenthumes am Lande, auf diese Einrede berufen, nicht nur, weil es ohne Ersitzung überall kein Eigenthum geben würde, (denn kann die Sache, deren man sich als einer herrenlosen bemächtigt, nicht gleichwohl schon einen Eigenthümer haben?) sondern auch, weil alle und jede völkerrechtlichen Verhältnisse ewig wanken und schwanken würden, wenn man veraltete Ansprüche dieser Art immer und ewig wieder hervorsuchen könnte. So dringend sind diese Gründe, daß selbst Rechtsverwahrungen, (durch den Titel und das Wappen des Fürsten), nicht gegen jene Einrede zu beachten seyn dürften. Die einzige Schwierigkeit ist die, daß es im Stande der Natur an einem Mafsstabe für die zur Ersitzung erforderliche Zeit fehlt. Jedoch ist im Stande der Natur das Unbillige ein Unrecht. — Dieselben Ansprüche, aus dem Standpunkte des Staatsrechtes betrachtet, beruhen fast immer auf einem Streite über die Verfassungsgesetze desjenigen Staates, gegen welchen die Ansprüche gerichtet sind. (Man erinnere sich z. B. der Ansprüche, welche

der König von England auf die Französische Krone machte, ferner des Spanischen und des Oesterreichischen Successionskriegs.) Sie gehören in so fern vor den Richterstuhl der gesetzmässigen Vertreter desjenigen Volks, über dessen Staatsverfassung der Streit ist; und zwar, dem Naturrechte nach, ausschliesslich vor diesen Richterstuhl, so dafs sie von Rechtswegen nur als staatsrechtliche und nicht als völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden können. Denn es handelt sich dabey um die inneren Angelegenheiten eines Staates. Wenn gleichwohl die Regierungen der heutigen Europäischen Staaten von andern Ansichten ausgehn, so geschieht es deswegen, weil dem heutigen Europäischen Völkerrechte überhaupt andere Ideen zum Grunde liegen. (S. das folgende Buch.)

Wie weit (bis zu welcher geographischen Grenze) erstreckt sich das Recht eines Volkes, sich den Erdboden zuzueignen? — So weit, als die Rechtsgründe ausreichen, auf welchen das Eigenthum der Völker an ihren Ländern ursprünglich beruht.

Jedoch, so befriedigend auch diese Antwort zu seyn scheint, zu einem andern Resultate gelangt man zu Folge dieser Antwort, wenn man die Nothwendigkeit einer Vertheilung des Erdbodens aus den Bedingungen, von welchen die Ergiebigkeit und die Benutzung des Bodens abhängt, zu einem andern, wenn man dieselbe Nothwendigkeit aus

dem Gesamtinteresse der menschlichen Gesellschaft ableitet. — Unter der ersteren Voraussetzung kann sich ein Volk von dem Erdboden den Flächenraum zueignen, den es von demselben zu bebauen vermag. Da hat man also die Volkszahl oder die Bevölkerung des Landes als den natürlichen Maßstab des in Frage stehenden Rechts zu betrachten. Da hat ein Volk ein desto besseres Recht an seinem Lande, je größer der Arbeitsstamm ist, den es in dem Lande angelegt hat. — Unter der letzteren Voraussetzung aber kann man das Recht eines Volkes, sich den Erdboden zuzueignen, so weit erstrecken, als es entweder die äußere Sicherheit oder die ökonomische Selbstständigkeit des Volkes oder als es sowohl das eine als das andere Interesse fordert. Da kann also ein Volk für die dermalige Grenze seines Landes oder für einen Vergrößerungsplan z. B. anführen, daß das Land, damit es gehörig vertheidiget werden könne, den und den Bergrücken oder Strom zur Grenze haben oder die und die Figur bilden müsse oder daß es sich, damit das Volk an dem Welthandel unmittelbar Theil nehmen könne, bis an das Meer erstrecken müsse ¹⁸⁾ u. s. w. — Welche

18) Zur Zeit des Wiener Kongresses war die Lehre von den sogenannten natürlichen Grenzen ein Lieblingsthema der politischen Schriftsteller. S. z. B. Europa im Frieden für jetzt und in Zukunft. Die Völker vereint nach Natur und nach Sprache, gebildet durch Stromthäler zu Seestaaten, begrenzt durch Gebürge. Vom Ritt. v. Traiteur. Mannh. 1815. 8.

von diesen Regeln verdient nun vor der andern den Vorzug? oder ist es einem jeden einzelnen Volke rechtlich anheimgestellt, ob es den seinem Lande gebührenden Umfang nach dem einen oder nach dem andern dieser Maase bestimmen will?

Und ist man nicht, eine jede dieser Grenzbestimmungen für sich betrachtet, im Folgern bald übereilt bald anmaassend? Z. B. Wenn auch die Bevölkerung eines Landes im Verhältniß zu dessen Umfange gering ist, ist denn das Verhältniß, das zwischen der Volkszahl und zwischen dem Flächengehalte des Landes eintreten soll, mathematisch bestimmbar? oder ist die Bevölkerung eine unveränderliche Gröfse? und, wie wenn das Volk das Einwandern verstattet? — Wenn auch eine Landesgrenze, welche gegen auswärtige Feinde leicht vertheidiget werden kann, unstreitig ihren Werth hat, wie wenig hat gleichwohl die Natur für eine solche Begrenzung der Länder vorgearbeitet? wie viel kann dagegen die Kunst thun, um das zu ergänzen, was dem Lande seiner natürlichen Beschaffenheit nach in dieser Beziehung abgeht? und wie unsicher sind dennoch am Ende die Bürgschaften, welche Natur und Kunst für die äufsere Selbstständigkeit eines Volkes zu leisten vermögen? Die Römer, dieses Wundervolk, dessen Gröfse wir vielleicht mehr aus seinen Thaten und Erfolgen, als aus seinen Schriftstellern, kennen lernen, hatte Alles benützt, was Macht, Erfahrung und Wissenschaft für den Vertheidigungskrieg thun können.

Das Römische Reich hatte zu der Zeit seiner größten Ausdehnung ohngefähr die Gestalt eines länglichen Vierecks. Das mittelländische Meer war die Landsee, welche den Verkehr der Hauptstadt mit den weithin sich erstreckenden Provinzen des Reichs erleichterte. Das Reichsgebieth, schon durch seine Figur dem Vertheidigungskriege günstig, auch größtentheils durch natürliche Bollwerke geschützt ¹⁹⁾, war noch überdies mit einer Reihe künstlicher Befestigungswerke (*limes*) umgeben. So geschah es, daß das Römerreich sein Daseyn noch durch äußere Mittel fristete, als die innere Lebenskraft schon längst ermattet war, wie oft in einem geschwächten Körper das Leben nur noch durch Arzneyen zurückgehalten wird. Aber endlich konnten die Römer dennoch nicht dem Schicksale entgehn, welches einem jeden Volke, das sich selbst verlassen hat, unabwendbar droht ²⁰⁾.

Die Haupteinwendung ist, daß diese ganze Untersuchung am Ende an einen Scheideweg führt. Soll die Vertheilung des Erdbodens, die man sucht,

19) Schon über Augusts Regierung wurde geurtheilt: *Mari oceano, aut amnibus longinquis septum imperium; legiones, provincias, classes cuncta inter se connexa. Tac. Ann. I, 9.*

20) Nicht ungewarnt traf sie dieses Schicksal. Tacitus fügt da, wo er von der Vertilgung der Brukterer durch andere Deutsche Völkerschaften spricht, (*de moribus Germ. c. 33*) hinzu: «*Maneat quaeso, duretque gentibus si non amor nostri, at certe odium sui; quando, urgentibus imperii fatiis, nihil jam praestare fortuna majus potest, quam hostium discordiam.*»

immer und ewig dieselbe seyn, so erstarrt in ihr das Leben und die Beweglichkeit der menschlichen Gesellschaft, der Geist in seinem Körper. In dem entgegengesetzten Falle — wo bleibt die Heiligkeit des Besitzstandes? Und gleichwohl, je zweifelhafter die Rechtsfrage ist, eine desto grössere Achtung gebührt dem Besitzstande; — die Lehre, welche aus dieser Untersuchung vorzugsweise gezogen werden sollte.

II. Von dem Rechte der Dienstbarkeit.

Man pflegt mit dem Namen völkerrechtlicher Dienstbarkeiten zwey wesentlich von einander verschiedene Rechte und Lasten zu bezeichnen, — die Landesdienstbarkeiten, bleibende Beschränkungen, welchen die Eigenthumsrechte eines Volkes an seinem Lande, und Staatsdienstbarkeiten, bleibende Beschränkungen, welchen die Hoheitsrechte eines Staatsherrschers kraft eines einem andern Volke zustehenden Rechts unterworfen sind.

Nur die Landesdienstbarkeiten sind Dienstbarkeiten in der eigentlichen Bedeutung dieses Worts d. i. dingliche Rechte an einer Sache, die das Eigenthum eines Andern ist. Sie können übrigens ganz mit denselben Gründen gerechtfertiget werden, wie die Grunddienstbarkeiten des bürgerlichen Rechts, wenn auch die Verhältnisse, welche eine Regierung bestimmen sollen, ihr Land mit einer Dienstbarkeit zu belasten, besonders drin-

gend seyn müssen, da eine jede Landesdienstbarkeit mittelbar zugleich die Landeshoheit beschränkt. Es giebt sogar Landesdienstbarkeiten, welche als gesetzliche in dem Sinne zu betrachten sind, daß sie von Rechtswegen ein jedes Volk als auf seinem Lande haftende Lasten anzuerkennen hat, — die Durchgangsgerechtigkeiten. Denn da allen Menschen und eben so allen Völkern das Recht zusteht, mit einander gegenseitig in Verkehr zu treten, die Ausübung dieses Rechtes aber, wenn, nach Vertheilung des Erdbodens, ein jedes Land von seinem Herrn geschlossen werden dürfte, erschwert und selbst unmöglich gemacht werden könnte, so ist die Vertheilung des Erdbodens nur unter dem Vorbehalte rechtmäßig, daß die Straßen und die schiffbaren Flüsse eines Landes den Ausländern erforderlichen Falles zum Durchgange frey stehen.²¹⁾ Schon das ist widerrechtlich, die Durchfuhr mit Zöllen zu belasten. Waaren, welche durch das Land geführt werden, sind nicht ein Theil des Volksvermögens; die Freyheit der Durchfuhr ist nicht eine Vergünstigung. Daher gebricht es auch gänzlich an einem staatswirthschaftlichen

21) Es ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, daß die Schlufsakte des Wiener Kongresses diesen Grundsatz wenigstens in einer Beziehung bestätigt hat. — Fast sollte man dagegen glauben, daß die Völker Deutschen Ursprungs anfangs keinen Begriff von einem Gemeingute (von *rebus publicis in specie*) hatten. Die Straßen und die schiffbaren Flüsse wurden von ihnen als das Sondereigenthum des Fürsten (als das *patrimonium reipublicae*) betrachtet.

Mafsstabe für die Durchgangszölle. Man nimmt so viel, als man, ohne den Waarenzug aus dem Lande zu treiben, nehmen kann.

Die Staatsdienstbarkeiten sind persönliche Rechte und Lasten, dem Naturrechte nach Vertragsverbindlichkeiten. Die Frage also, ob oder in wie fern sie dem Naturrechte nach gerechtfertiget werden können, gehört in die Lehre von den völkerrechtlichen Verträgen.

III. Von dem Pfandrechte.

Das Pfandrecht — d. i. das dingliche Recht, kraft dessen einem Gläubiger die Sache eines Andern für eine gewisse Forderung haftet, — unterscheidet sich von dem Eigenthumsrechte und von dem Rechte der Dienstbarkeit wesentlich dadurch, dafs es nur durch eine positive Gesetzgebung die Eigenschaft eines dinglichen Rechts erhalten kann. Denn theils ist der Grund, auf welchem es in dieser Eigenschaft beruht, nur ein Grund des Schutzrechts, theils ist das Pfandrecht, als ein dingliches Recht, nur voraussetzungs- und bedingungsweise, gleichsam nur künstlich, mit dem Eigenthumsrechte vereinbar. Unter selbstständigen Völkern kann daher von der Bestellung eines solchen Rechts überall nicht die Rede seyn; der Bedenklichkeiten nicht zu erwähnen, welchen insbesondere die Verpfändung eines Landes nach staatsrechtlichen Grundsätzen unterworfen seyn würde. Allerdings sind alle Staatsschulden zugleich

Landesschulden. Aber nicht kraft eines den Staatsgläubigern zustehenden Pfandrechtes; sondern weil eine jede Schuld zugleich auf dem Vermögen des Schuldners haftet.

Mit der Verpfändung eines Landes ist jedoch nicht der Fall zu verwechseln, da ein Land von einer auswärtigen Macht, z. B. zur Abwendung einer Kriegsgefahr, einstweilen besetzt wird. In diesem Falle steht überall nicht ein Pfandrecht, sondern nur eine Sicherheits- oder Vertheidigungsmaßregel in Frage.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Von den Vertragsverbindlichkeiten der Völker.

Wenn ein Vertrag nicht schon seinem Wesen nach, sondern nur kraft eines besondern Grundes rechtlich verpflichtend ist, (Bd. III. S. 188 ff.) — aus welchem Grunde sind Verträge, die ein Volk mit dem andern abschließt, oder welche von diesen Verträgen sind rechtlich verpflichtend?

Man hat, in Beziehung auf diese Frage, drey Arten solcher Verträge zu unterscheiden, — die civilrechtlichen Verträge unter Völkern, die Staatsverträge, die völkerrechtlichen Verträge in der engeren Bedeutung; wenn auch in einem gegebenen Falle derselbe Vertrag unter mehr als einer dieser Arten begriffen seyn kann.

Die civilrechtlichen Verträge unter Völkern bezwecken die Vermehrung oder die Sicherung des Staatsgutes, des Nationalvermögens oder der Nationalkraft. Wenn eine Regierung der andern z. B. gewisse Sachen, (Ländereyen, Schiffe u. s. w.) verkauft, oder eine Summe Geldes darleiht, oder eine Landesdienstbarkeit bestellt oder Leute in Dienst und Sold giebt, oder für eine Geldforderung Bürgschaft leistet, so sind das Verträge dieser Klasse, Verträge, welchen, da sie eben so wohl unter einzelnen Menschen und Bürgern abgeschlossen werden können, der Name civilrechtlicher Verträge gebührt. Die verbindende Kraft der Verträge dieser Art ist auch in so fern, als sie von einem Volke mit dem andern eingegangen werden, schlechthin nach den oben aufgestellten Grundsätzen des bürgerlichen Rechts zu beurtheilen. Jedoch versteht es sich von selbst, daß noch überdies der Staatsherrscher, welcher sich im Namen des Volkes verpflichtet, nicht die seiner Gewalt gesetzten Grenzen überschreiten darf. So wird es mit gutem Grunde für widerrechtlich gehalten, wenn eine Regierung einen Theil ihrer Kriegsmannschaft einer andern Regierung miethsweise überläßt. Zwar haben es die Deutschen von jeher ²²⁾ für erlaubt gehalten, in auswärtige Kriegsdienste zu treten, damit sie, wenn ihrer das Vaterland zu seiner Vertheidigung bedürfte, des Krieges

22) S. *Tac. de moribus Germ. c. 14.*

desto kundiger wären. Aber, was der Mensch über sich selbst beschließen darf, darf deswegen noch nicht der Staat über ihn beschließen.

Die Verträge der zweyten Klasse, die Staatsverträge, ermächtigen das eine Volk die Selbstständigkeit des andern zu beschränken. Vermöge dieser Verträge also kann die eine Regierung entweder statt der andern Regierung ein gewisses Hoheitsrecht ausüben, oder der andern Regierung die Ausübung eines gewissen Hoheitsrechts untersagen. Verträge dieser Klasse sind z. B. die Verträge, durch welche sich das eine Volk des Rechts begiebt, seine Verfassung ohne die Zustimmung des andern Volkes zu verändern, oder durch welche die eine Regierung ermächtigt wird, in dem Lande der andern eine Gerichtsbarkeit auszuüben, oder durch welche für den Handelsverkehr zwischen zweyen oder mehreren Ländern gewisse Freyheiten oder bestimmte Zollansätze bedungen werden. Die Verträge dieser Klasse sind an sich nicht verpflichtend, ja sogar, dem Naturrechte nach, widerrechtlich. Denn die Machtvollkommenheit beruht auf einer Pflicht, auf der Pflicht, die Idee des Staates, die Idee einer dem Rechtsgesetze entsprechenden Ordnung der menschlichen Gesellschaft, so darzustellen, wie es die in der Erfahrung bestehenden Verhältnisse in jedem Augenblicke gestatten oder fordern; mit andern Worten, die Machtvollkommenheit ist in allen ihren Beziehungen und Anwendungen ein unveräußerliches Recht. Aus-

nahme- und bedingungsweise haben jedoch auch die Verträge dieser Klasse einen Verpflichtungsgrund; wenn sie ihrem Inhalte nach mit der Idee eines Völkerstaates, die Darstellung dieser Idee unmittelbar oder mittelbar fördernd, in Zusammenhang stehn; freylich eine nur schwankende Bürgschaft, wenn anders nicht unter den Vertragspartheyen schon sonst und zu Folge anderer Verträge ein Verhältniß eintritt, welches sich jener Idee nähert. — Die Verfassung des Deutschen Reichs wurde durch den Westphälischen Frieden unter die Gewährleistung Frankreichs und Schwedens, ja der sämtlichen Europäischen Staaten, gestellt. Wir haben von dieser Gewährleistung nur bittere Früchte geerndet. Doch würde es voreilig seyn, von den Bürgschaften, welche das Recht des Deutschen Bundes für die Fortdauer der Verfassungen der einzelnen Deutschen Staaten enthält, nicht Besseres zu erwarten. Denn diese stehen mit dem Ganzen des heutigen Europäischen Völkerrechts in Zusammenhang. Oft wurde vormals in Handelsverträgen verabredet, daß die Handelsleute der einen Nation in dem Lande der andern in ihren gegenseitigen Rechtsstreitigkeiten nur von ihren Landsleuten gerichtet werden sollten.²³⁾ Aber längst sind diese und ähnliche Verwilligungen außer Gebrauch ge-

23) Die Hanse suchte dieses Vorrecht in allen den Ländern zu erlangen, in welchen sie Faktoreyen anlegte. Noch im Jahre 1648 wurde es ihr von Spanien bestätigt. *Dumont corps diplom. T. VI. P. I. p. 406.*

kommen; *) es bedarf ihrer nicht, wo die Gerechtigkeit wohl und unparthyisch verwaltet wird. Eine vorzüglich wichtige Rolle spielen in der Geschichte der Europäischen Völker die Handelsverträge, insbesondere diejenigen, welche die Ein- und Ausfuhr der Waaren betreffen. In den älteren Zeiten beschränkte man sich bey der Abschließung solcher Verträge darauf, den auswärtigen Handel gegen Gewaltthätigkeiten und Plackereyen zu sichern.²⁴⁾ In der Folge wurden diese Verträge Zollordnungen d. i. sie enthielten Bestimmungen über das Maafs der Ein- und Ausfuhrzölle oder Zollfreyheiten.²⁵⁾ In den neuesten Zeiten endlich ist man in den Verträgen dieser Art von dem Grundsätze der Gegenseitigkeit (der Reciprocität) d. i. von dem Grundsätze ausgegangen, dafs die Zölle dieselben seyn sollen, die Waaren mögen von In- oder von Ausländern, auf den Schiffen des Inlandes oder auf denen des Auslandes, ein- oder ausgeführt werden. Das Rathsamste mögte seyn, die Ein- und die Ausfuhrzölle überall nicht durch völ-

*) Doch bestehen noch einige Vorrechte dieser Art, die sich aus der Vergangenheit herschreiben. So haben z. B. in Portugal die Engländer gewisse Vorrechte in Ansehung des Gerichtsstandes.

24) Vgl. Dumont T. I. P. I. p. 130. 168. P. II. p. 10. 182. 222. 240. 265. 286. T. II. P. I. p. 302. 328.

25) Die Verträge dieser Art beginnen mit dem 15ten Jahrhunderte oder werden wenigstens erst von dieser Zeit an häufiger. S. z. B. Dumont T. II. P. II. p. 222. T. III. P. I. p. 3. 445. 522.

kerrechtliche Verträge, sondern lediglich und allein im Wege der Gesetzgebung zu bestimmen. Der Grundsatz des freyen Handels, unter einer jeden Voraussetzung für ein Land der vortheilhafteste, wird sich schon von selbst Bahn machen. In wie fern aber die Ein- und die Ausfuhrzölle nur die Mittel sind, einen Theil der Staatsausgaben zu bestreiten, hängen sie mit dem gesamten Staatshaushalte so genau zusammen, daß es allemal bedenklich ist, sie an eine bleibende Regel zu binden. Schlechthin verwerflich sind diejenigen Verträge, durch welche sich die eine Parthey von der andern gewisse Freyheiten oder Begünstigungen wegen der Zölle bedingt. Nicht selten das Werk der Ueberlistung oder der Uebermacht, wurden sie von jeher williger gebrochen, als erfüllt. ²⁶⁾

Die Verträge der dritten Klasse, die völkerrechtlichen Verträge in der engeren Bedeutung, haben das Recht des Krieges und des Friedens zu ihrem Gegenstande. In diese Klasse gehören 1) die Verträge, welche den Zweck haben, den Frieden unter den Partheyen zu erhalten oder einen zwischen den Partheyen ausgebrochenen Krieg zu beenden oder menschlicher zu machen; also z. B. Neutralitätsverträge, Verträge über die Rechte und Vorrechte der Gesandten, Kapitulationen, Waffenstillstandsverträge, Verträge wegen der Aus-

²⁶⁾ Ueber die in Deutschland bestehenden Zoll- und Mauthvereine s. eine Abh. von mir in der Zeitschrift für Staatswiss. etc. Herausg. v. Pölitz. Jg. 1828. Mon. October.

wechslung der Gefangenen, Friedensschlüsse. Da im Stande der Natur der Friede der vergleichungsweise gerechtere Zustand ist, so haben diese Verträge, als Anerkennnisse einer gesetzlichen Obliegenheit, einen rechtlichen Verpflichtungsgrund, wenn auch dieser Grund nicht auf einen jeden einzelnen Vertrag der vorliegenden Art in gleichem Grade oder unbedingt anwendbar ist. Am entschiedensten spricht wohl dieser Grund für die Heiligkeit derjenigen Verträge, welche während eines Krieges unter den kriegführenden Mächten abgeschlossen werden, theils weil diese Verträge den Ausbrüchen der rohen Gewalt unmittelbar gewisse Schranken setzen, theils weil eine Wortbrüchigkeit das Vertrauen auf Treu und Glaube vernichten würde, welches allein den Weg zur Wiederherstellung des Friedens bahnen kann. Nicht eben so unbedingt ist die verbindende Kraft eines Friedensschlusses. Es kommt auf den Inhalt des Friedensvertrages an. (S. unten von den Friedensschlüssen.) In dieselbe Klasse gehören 2) Schutz- und Trutzbündnisse. So rechtmäßig auch diese Verträge sind, (denn man darf demjenigen Hülfe leisten, welcher sich im Zustande der Nothwehr befindet,) so können sie doch, schon als Gesellschaftsverträge, einseitig aufgekündigt werden. Und was läßt sich dem Verbündeten mit Grund entgegensetzen, wenn er erklärt, daß er den Zweck des Krieges für erreicht oder für unerreichbar hielt, oder daß ihm die Vorsorge für seine eigene

Sicherheit die Fortsetzung des Krieges untersage? Nur dann dürften Schutz- und Trutzbündnisse eine rechtliche Gewährleistung für sich haben, wenn sie zugleich mit der Idee eines Völkerstaates in einer ursachlichen Verbindung stehn.

So vieler Unterscheidungen bedarf es also, um im Allgemeinen, und so vieler Erwägungen, um in einzelnen Fällen über die Rechtskraft der Völkerverträge zu entscheiden. Eine Schutzschrift für die Regierungen! Jedoch, je schwankender die Grundlage ist, desto mehr ist zu befürchten, dafs man den ganzen Bau erschüttern werde, wenn man ihn in einem seiner Theile verletzt. In einem Worte liegen alle. Das Beste ist, wenig zu versprechen, damit man viel halten könne. Der Geschäftseifer, mit welchem man in Europa ohngefähr seit der Mitte des 17ten Jahrhunderts und bis zu den Zeiten der Französischen Revolution unaufhörlich Verträge unterhandelte und abschlofs, stiftete nicht wenig Unheil.

Nur der ist befugt, im Nahmen eines Volkes einen Vertrag abzuschliessen, welchen die Verfassungsgesetze ermächtigen, das Volk in dieser Beziehung zu vertreten, oder welcher von dem verfassungsmässigen Vertreter des Volkes zur Abschließung des Vertrages bevollmächtigt worden ist. Die Staatsverfassung hat dieses Vertretungsrecht nicht an lästige Formen zu binden. Denn — *rapienda est occasio, quae benignius responsum praebet.* Die Liebe und die auswärtige Politik

freuen sich des Geheimnisses; denn beyde sind nicht selten auf Nebenwegen. Das Europäische Völkerrecht gestattet sogar, daß ein Feldherr über Gegenstände, die seinen Kriegsbefehl unmittelbar betreffen, auch ohne eine ausdrückliche Vollmacht Verträge mit dem Feinde abschließen könne. Und billig; die Noth kennt kein Geboth.

Verträge unter Völkern sind eben so wenig, als Verträge unter einzelnen Menschen, schon ihrem Wesen nach an eine gewisse äußere Form gebunden. Dagegen fordern es die Maximen des Schutzrechts, und, je schwankender die rechtliche Grundlage der Völkerverträge ist, desto dringender, diese Verträge mit gewissen Förmlichkeiten zu dem Ende zu bekleiden, damit ein jeder einzelne Vertrag dieser Art vor dem Abschlusse desto reiflicher erwogen und bey dem Abschlusse desto bestimmter gefaßt werde. Daher ist es in Europa herkömmlich, Völkerverträge durch Gesandte, schriftlich, Artikelweise, in einer gewissen Kunstsprache und mit Vorbehalt der Ratification, abzuschließen.

Dem bürgerlichen Rechte nach kann ein jeder Vertrag durch die Einrede der erzwungenen Einwilligung entkräftet werden. Den Völkerverträgen der zweyten und denen der dritten Klasse — den Staatsverträgen und den völkerrechtlichen Verträgen in der engeren Bedeutung — kann man diese Einrede nicht entgegensetzen. Denn, in wie fern diese Verträge rechtlich verpflichtend sind,

sind sie Anerkennnisse einer gesetzlichen Obliegenheit, einer Obliegenheit also, deren Erfüllung schon von Rechtswegen gefordert werden kann. Ein anderes ist es, wenn entweder der Gesandte, welcher den Vertrag unterzeichnet hat, für seine Person einem Zwange unterworfen worden ist, oder wenn ein Fürst, (wie Franz I. König von Frankreich,) in der Gefangenschaft den Vertrag abgeschlossen hat. Denn in beyden Fällen ist die Frage nur die, ob das Volk auf eine rechtsbeständige Weise vertreten worden sey. Als Franz der Erste den Vertrag widerrief, den er, ein Gefangener, mit Karl dem Fünften abgeschlossen hatte, ging er von dem Grundsatz aus, daß ein Fürst (*de jure*) aufhöre, der Fürst — der Souverain — zu seyn, wenn er nicht mehr die Macht (*de facto*) habe, als Fürst zu gebiethen.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von dem Zusammenhange des Familienrechts mit dem Völkerrechte.

Die Völker des Deutschen Stammes scheinen es schon frühzeitig für politisch wichtig erachtet zu haben, daß ihre Fürstengeschlechter durch die Bande der Schwägerschaft und des Bluts einander befreundet wären. Denn darauf dürfte die Nachricht zu beziehn seyn, welche sich bey Tacitus findet, daß, ungeachtet die Eine das gemeine

Recht der Deutschen gewesen sey, dennoch einige Fürsten mehrere Gemahlinnen gehabt hätten, damit sie mit desto mehreren Fürstenhäusern verschwägert wären.²⁷⁾ Derselben Ansicht blieben die Deutschen, (wie z. B. die Geschichte Theodorichs, Königs der Ostgothen, beweist,) auch nach der Zerstörung des Weströmischen Reiches treu. In der Folgezeit haben die Verfassungsgesetze der meisten Europäischen Staaten sogar den Grundsatz aufgestellt, daß nur einer ebenbürtigen Fürstenehe die Eigenschaft einer gültigen oder die einer schlechthin wirksamen Ehe zukommen soll.

Die Hauptursache, daß der Standesmäßigkeit der Fürstenehen diese Bedeutsamkeit beygelegt wurde, lag allerdings in der Achtung für das weibliche Geschlecht, durch welche sich die Deutschen von jeher vor andern Völkern auszeichneten, und in dem Gesetze, welches nur die Einehe gestattete. (Wo die Vielehe herrschend ist, besteht der Staatsverein nur aus Männern.) Doch muß man zu jener Ursache noch andere hinzufügen, wenn man sich die Ansichten der Deutschen von den Fürstenehen genügend erklären will; (denn

27) *Singulis uxoribus contenti sunt. Exceptis admodum paucis, qui non libidine, sed ob nobilitatem pluribus nuptiis ambiuntur. Tac. de mor. Germ. c. 48.* — Bemerkenswerth ist, daß Arminius — *liberator haud dubie Germaniae* — seine Gemahlin Thusnelde ihrem Vater entführt hatte. Stände nur nicht diese Begebenheit, wie so manche andere in der Geschichte des Arminius, fast vereinzelt in den Berichten des Tacitus da.

andere Völker, bey welchen das weibliche Geschlecht kaum minder hoch stand, legten gleichwohl in die Fürstenehen nicht dieselbe Bedeutung); nahmentlich, dafs es bey den Völkern deutschen Ursprungs einen Landadel gab, dessen Meinungen und Ansprüche die regierenden Häuser einerseits theilten und andererseits zu bekämpfen hatten.

Ein Gesetz, welches den Mitgliedern eines regierenden Hauses nur eine ebenbürtige Ehe abzuschliessen gestattet, ist allemal in so fern ein Uebel, als es die Freyheit der Wahl einer Gemahlin oder eines Gemahles beschränkt. Die Ehen sind in der Regel die glücklichsten, welche frey die Liebe schliesst. Der Fürstenstand fordert schon so viele Opfer; soll ihm auch das schmerzlichste gebracht werden? Jedoch die Frage, wann und wie sie sich auch darbiethe, ist so zu stellen: Fordern, in dem und dem Staate, bey den und den Völkern, die Verhältnisse das Opfer?

Und da darf man wohl behaupten, dafs jenes eigenthümliche Familienrecht der Europäischen Fürstenhäuser überwiegende Vortheile für die Europäischen Staaten und Völker gehabt hat, ja dafs es als eine Hauptgrundlage des Europäischen Staaten und Völkerrechts zu betrachten ist.

Zwar mögte schwer zu entscheiden seyn, ob die Bande der Verwandschaft, welche die Europäischen Fürstenhäuser zu einer grossen Familie vereinigen, mehr Kriege verhindert oder mehr Kriege veranlafst haben. Denn einerseits konnte

der befreundende Geist, der in dem Verwandtschaftsverhältnisse überhaupt liegt, sich auch in jenem Vereine nicht ganz verleugnen. Nicht selten wurden Friedensschlüsse durch Fürstentöchter vermittelt; zuweilen wurde der alte Groll und Machtheid zwischen zwey regierenden Häusern durch eine Heyrath in Eintracht verwandelt; eine bleibende Bürgschaft für den Frieden von Europa lag in dem brieflichen und geselligen Verkehre unter den Europäischen Fürstenhäusern, zu welchem das Verwandtschaftsverhältniß die Hauptveranlassung gab, ja schon in den Verwandtschaftsnahmen, mit welchen fürstliche Personen einander anreden und bezeichnen ²⁸⁾. Ueberdies, dieselben Verhältnisse veranlafsten, in Verbindung mit dem Charakter der Europäischen Staatsverfassungen, daß die Europäischen Fürstenhäuser zusammen einen Stand, einen hohen Europäischen Adel bildeten. Nun ist der Adelsgeist vergleichungsweise ein Geist der Mäßigung, des Erhaltens, der Achtung für das Bestehende ²⁹⁾. Dieser Geist konnte

28) Wenn kamen diese Verwandtschaftsnahmen zuerst auf? Hatte nicht auf die Entstehung des Gebrauchs auch das Einfluß, daß der Pabst alle regierende Herren seine Söhne nannte?

29) Ein sicherer Besitz ist mehr werth, als ein ungewisser Gewinn. Es ist ein anderes, wenn man eine Gewalt als ein Geburtsrecht ausübt, ein anderes, wenn man sie als eine Errungenschaft besitzt. Man darf der Besorgniß Raum geben, daß, wenn der Eintritt in die Officiersstellen einem Jeden offen steht, die Stimmung des Heeres desto mehr für

auch auf die auswärtige Politik der Europäischen Fürsten nicht ohne Einfluß bleiben. Auf der andern Seite aber ging bey diesem Stande der Dinge ein Familienzweist nicht selten in einen Völkerkrieg über; die politische Eifersucht zwischen zwey mächtigen Fürstenhäusern wurde die Loosung zu einem Kampfe, welcher, da er persönliche Interessen betraf, mit desto größerer Erbitterung und desto standhafter durchgefochten wurde; wenn ein regierendes Haus in dem Mannsstamme erlosch, machten die mit ihm verwandten Häuser ihre Ansprüche auf die Thronfolge mit den Waffen geltend; der Stifter einer neuen Macht oder eines neuen Herrschergeschlechts hatte, gleich als ein Emporkömmling, mit ganz Europa einen Kampf zu bestehn. Man erinnere sich z. B. der Streitigkeiten zwischen Frankreich und Spanien während der Minderjährigkeit Ludwigs XV., der hundertjährigen Kriege zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon, des Spanischen und des Oesterreichischen Successionskrieges, des Kampfes, welchen Friedrich II. bestand, des Kampfes, in welchem Napoleon untergieng.

Jedoch, der unter den Europäischen Fürstenhäusern bestehende Familienverein mag die Zahl

den Krieg seyn werde. Der Herzog von Rovigo (*Savary*) bemerkt in seinen Denkschriften, daß die Kriegslast der jüngeren französischen Officiere nicht ohne Einfluß bey der Entscheidung über Krieg und Frieden gewesen sey.

der Kriege in Europa vermindert oder vermehrt haben, unstreitig hat er, wenn auch nur in Verbindung mit andern Ursachen, die wohlthätige Folge gehabt, daß die Kriege, die in Europa geführt wurden, die politische Lage und Gestalt dieses Erdtheiles nicht in dem Grade umgewandelt haben, wie wohl wegen der bedeutenden Anzahl, und wegen der großen Machtverschiedenheit der Europäischen Staaten zu erwarten gewesen wäre. Der Adelsgeist, welcher in den Europäischen Fürstenthäusern lebt, mußte, unter dem Einflusse der rechtlichen Ansichten, welche ihn leiteten, gerade in dieser Beziehung seine erhaltende Kraft bewähren. Es ist eine Eigenthümlichkeit der Völker deutschen Ursprungs, daß sie, (wie die Frohnen und Zinsen, die Leibeigenschaft, die Stammgüter, der dingliche Adel der Rittergüter, die Landstandschaft beweisen,) Rechte und Rechtsverbindlichkeiten an den Boden zu befestigen lieben. So wurde auch die Ansicht in Europa vorherrschend, daß man die Länder als die Besitzungen und Stammgüter der regierenden Häuser betrachtete. Und wenn schon diese Ansicht zu gar manchen Irrthümern und Mißbräuchen, besonders in den kleinern Staaten, Veranlassung gab, so hatte sie doch auf der andern Seite den Vortheil, daß sie den Länderbesitz mit den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts und so mit Rechtsbegriffen und mit Interessen in Verbindung setzte, welche einen jeden einzelnen Menschen eben so verständlich, als theuer

sind. Zugleich hatte das die Folge, daß die Ausleger des geschriebenen Rechts, diese amtlichen Feinde aller Neuerungen, ihre Stimme auch in völkerrechtlichen Angelegenheiten erheben durften.

Endlich, wenn schon diese unter den Europäischen Fürstenhäusern bestehende Familien- und Standesverbindung nicht schon ihrem Wesen nach zugleich als ein Verein unter den Europäischen Völkern zu betrachten seyn dürfte, so steht sie doch, so wie sie sich gestaltet hat, mit der Idee eines Europäischen Völkerstaates in den mannigfaltigsten Beziehungen, und so ist sie doch in der Wirklichkeit eine von den Grundlagen, auf welcher die äußere Einheit der Europäischen Völker beruht. Schon die Analogie zwischen dem regierenden und dem landsässigen Adel, welche sich von selbst darboth, mußte jener Verbindung diese Richtung geben. So wie in den verschiedenen Europäischen Reichen der Adel seine gesellschaftliche Organisation hat, eine Organisation, welche auf der Verschiedenheit der Adelstitel, auf der Abstufung der Macht und des Einflusses der adeligen Geschlechter beruht; so bestanden und so bildeten sich ähnliche Verhältnisse unter den Europäischen Fürstenhäusern, Verhältnisse, welche zugleich völkerrechtlicher Art waren und seyn mußten.

Vielleicht, daß in den neueren Zeiten die Familienverbindungen unter den Europäischen Fürstenhäusern an Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten der Europäischen Staaten verlohren

haben. Je mehr die Macht eines Reiches sich vergrößert oder entwickelt, desto unabhängiger wird sie von den Familienverhältnissen des Fürsten. Wenn in einem Reiche das Volk zu einer Stimme in den Angelegenheiten des Staates gelangt, so gewinnt der Fürst an persönlicher Freyheit. In der einen und in der andern Beziehung aber ist das heutige Europa nicht wenig von dem ehemaligen verschieden.

FÜNFTES HAUPTSTÜCK.

Von dem Vermögen eines Volkes.

Das Vermögen eines Volkes oder (der üblichere Name) das Nationalvermögen ist der Inbegriff der Güter, welche einem Volke, sey es der Regierung oder den Unterthanen, gehören. Das Staatsrecht und die Staatswirthschaftslehre spalten dieses Vermögen in das Staatsvermögen und in das Nationalvermögen in der engeren Bedeutung. (*Patrimonium universitatis — res universitatis.*). Dem Völkerrechte nach sind beyde, das Staats- und das Nationalvermögen, ein und dasselbe Vermögen.

Beyde, der Mensch und ein Volk, haben kraft ihrer Persönlichkeit und mithin kraft Gesetzes ein Vermögen. Doch dem Menschen kommt kraft seiner sittlichen Natur, kraft der Einheit und Identität, welche in dem Wesen seines Willens liegt, die

Eigenschaft der Persönlichkeit zu; einem Volke, weil die individuelle Persönlichkeit der Staatsgenossen, die der gleichzeitig und die der nach einander lebenden, in dem Willen des Staatsherrschers gleichsam untergehn soll. Der Mensch hat ein Vermögen, weil er eine Person ist; ein Volk ist eine Person, weil es ein Vermögen hat. Daher nennt auch die diplomatische Sprache die Völker Mächte. (*Puissances.*) Ohne Macht d. i. ohne ein Vermögen kein Volk.

Das, was in dem bürgerlichen Rechte von dem Vermögen der einzelnen Menschen gesagt worden ist, gilt auch von dem Vermögen eines Volkes. Z. B. das Geld ist auch für das letztere der Mafsstab. Gleichwohl pflegt man den Werth eines Landes, (z. B. bey einem Ländertausche,) nicht in Geld, sondern nach der Zahl der Einwohner, zu bestimmen, weil der letztere Mafsstab theils leichter ausgemittelt werden kann, theils, wenn er im Grofsen angewendet wird, ohngefähr zu demselben Ansatz, wie der erstere führt. Hierzu kommt, dafs im bürgerlichen Rechte für das richterliche Urtheil, in dem Völkerrechte aber für die Kriegsmacht der Mafsstab gesucht wird.

Jedoch der Begriff des Nationalvermögens enthält in so fern, als er nicht blos die Verschiedenheit der Güter, welche einem Volke gehören, sondern auch die Verschiedenheit und den Wechsel der Individuen, aus welchen das Volk besteht, aufhebt, noch ein besonderes Merkmal, ein Merk-

mal, aus welchem eigenthümliche Folgerungen, auch solche, die in das Völkerrecht einschlagen, abgeleitet werden können.

Von besonderer Wichtigkeit ist jenes Merkmal für die Lehre von den völkerrechtlichen Verbindlichkeiten. (Eben so für die Lehre von den Staatsschulden. Seitdem die meisten Europäischen Staaten das System befolgen, die Bedürfnisse der Gegenwart durch Schulden d. i. durch Wechsel auf die Nachwelt zu decken, ist der Begriff des Nationalvermögens in der Wissenschaft und im Leben immer mehr hervorgetreten.) Die Identität eines Volkes ungeachtet des Wechsels der Individuen und der Rechtsbegriff des Nationalvermögens sind nur verschiedene Anwendungen oder Modifikationen derselben Idee. Beyde zusammen enthalten die Bürgschaft für die Standhaftigkeit völkerrechtlicher Verhältnisse. Es ist ein guter Grund, mit einer Regierung nicht zu unterhandeln, wenn es zweifelhaft ist, ob sie fest genug stehe, um das Volk (das Nationalvermögen) auf die Dauer zu belasten. — Nicht minder wesentlich greift jenes Merkmal in das Kriegsrecht ein. Z. B. das Recht, dem Feinde zu schaden, erstreckt sich seinem Wesen nach eben so wohl auf die Güter der einzelnen Bewohner des feindlichen Landes, als auf die Güter des feindlichen Staates. Wenn auch nur die Regierung den Krieg verschuldet hat, — *plectuntur Achivi.*

SECHSTES HAUPTSTÜCK.

*Von den gütlichen Verhandlungen unter Völkern
oder
von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.*

In allen Einherrschaften des heutigen Europa wird der Fürst in Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten durch seinen Staatsrath oder durch seinen eigenen Minister vertreten; in einigen sogar kraft der Verfassungsgesetze des Staates. Hauptsächlich dieser Einrichtung verdanken die diplomatischen Verhandlungen unter den Europäischen Staaten jenen Charakter der Förmlichkeit, der Stetigkeit und der Bedächtlichkeit, welcher für das Europäische Staatensystem von entscheidender Wichtigkeit ist. So wird eine neue Instanz gewonnen. So wird verhindert, daß die Persönlichkeit der Fürsten, z. B. das persönliche Uebergewicht des einen Fürsten über den andern, auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten störend einwirke. So wird die Leitung dieser Angelegenheiten eine Amtssache. Schon eine persönliche Zusammenkunft oder ein Briefwechsel unter regierenden Herren ist nicht ohne Gefahr. Napoleon wufste wohl, warum er die herkömmlichen Verhandlungsformen zu durchbrechen suchte.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist der Mittelpunkt der Einheit (das *centrum unitatis*) des bey der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zum Grunde liegenden Systems. Die-

ses System zu erschaffen oder auszubilden oder nach Zeit und Umständen abzuändern, ist die Hauptaufgabe des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Sieht sich eine Regierung genöthigt, das System, welches sie bisher in der auswärtigen Politik befolgte, mit einem andern zu vertauschen, so ist auch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten neu zu besetzen.

Allerdings ist auch das ein System, kein System zu haben. Jedoch eine Regierung, welche in Beziehung auf die auswärtigen Verhältnisse einen ständigen Plan verfolgt, braucht deswegen nicht die Vortheile, welche der Augenblick darbiethet, unbenutzt zu lassen, oder der Gefahren, welche mit jenem Plane in keiner Verbindung stehn, weniger zu achten.

Das System, welches der Staat in seinen auswärtigen Verhältnissen verfolgt, kann (seinem formellen Charakter nach,) entweder auf Vertheidigung oder auf Angriff — entweder auf Erhaltung des Bestehenden oder auf Eroberung — berechnet seyn, ganz so, wie der Krieg, d. i. die Staatskunst in Waffen, entweder ein Vertheidigungs- oder ein Angriffskrieg seyn kann. Jedoch eine Politik, welche sich das Erobern zum Zweck setzt, dürfte kaum den Namen eines Systemes verdienen. Denn sie hat überall nicht ein bestimmtes oder wenigstens nicht ein erreichbares Ziel; ein jeder Sieg macht einen neuen Sieg nothwendig; der einzige Ruhepunkt ist die Grenze der bewohnbaren Erde. Ein

Anderes ist es, wenn ein Staat um seine Selbstständigkeit zu vertheidigen, angriffsweise verfährt. Doch ist die Scheidlinie zwischen dem einen und dem andern Falle kaum erkennbar; und noch schwerer ist es, mit dem Erobern einzuhalten, wenn der Zweck der Selbstvertheidigung erreicht ist. Die furchtbarsten Erscheinungen in der Völkergeschichte sind die Fürsten, welche, wie ein Attila, von seinem Zeitalter die Geisel Gottes genannt, als Eroberer auftreten, blos um ihre Herrschaft weiter und weiter auszubreiten. Einen Zweck verfolgend, der nicht einmal vor dem Richterstuhle des Verstandes vertheidiget werden konnte, sprachen sie desto rücksichtsloser den Rechten der Völker Hohn. Aber auch die Fürsten, welche, über ein aufgeklärteres Volk gebiethend, anfangs nur zu dessen Vertheidigung Eroberungen machten, verlohren bald, von den Umständen fortgerissen oder in der Trunkenheit des Sieges, den ursprünglichen Zweck ihrer auswärtigen Politik aus den Augen. Um Griechenland von seinem alten und von seinem gefährlichsten Feinde zu befreien, bekriegte Alexander das Perserreich; Sieger in diesem Kampfe trat Alexander als Welteroberer auf.³⁰⁾ Noch belehrender für unser Zeitalter ist die Laufbahn Napoleons; wie er, nachdem er Frankreichs Selbstständigkeit gerettet hatte, bald diesen bald

30) Vgl. Heyne's Abh. *de Alexandro M. id agente, ut totum terrarum orbem mutuis commerciis jungeret.*

einen andern Grund oder Vorwand — z. B. das Verhältniß des Festlandes zu Großbritannien, das Verhältniß des westlichen Europa zu dem östlichen, zuweilen selbst den Unterschied zwischen den Abendländern und den Morgenländern — geltend machte, um seine Kriege als Vertheidigungskriege zu rechtfertigen; wie er immer weiter und weiter gehn mußte, weil er ein erkünsteltes Ziel verfolgte; wie endlich das rasch und gewaltsam aufgeführte Gebäude über ihn zusammenstürzte.

Das System der auswärtigen Politik, das eine Regierung befolgt, mag auch auf Vertheidigung berechnet seyn, die individuelle Richtung, welche ihm zu geben ist, damit es auf die Wirklichkeit unmittelbar anwendbar sey, ist von den in der Erfahrung bestehenden Verhältnissen zu entlehnen.

Die am wenigsten veränderliche Grundlage, welche einem solchen Systeme gegeben werden kann, ist die, welche auf der geographischen Beschaffenheit und Lage des Staatsgebietes beruht. Seit Jahrhunderten befolgt Frankreich den Plan, den Rhein zur östlichen Grenze seines Gebietes zu machen. Großbritannien, ein Inselland, im Besitze von Hannover, von Helgoland, von Gibraltar, von Malta, von den Ionischen Inseln, beobachtet und bedroht fast von allen Seiten her das Europäische Festland. Ist das Gebieth eines Staates zerstückelt, so dringt sich der Regierung von selbst die Maxime auf, das Land abzurunden oder zu ergänzen. Bis daß die Regierung

diesen Zweck erreicht hat, ist es ihr kaum vergönnt, ihrer auswärtigen Politik ein System zum Grunde zu legen.

Eine zweyte Grundlage eines solchen Systems ist die Verfassung des Staates. Besonders bey Bündnissen ist dieses Moment in Betrachtung zu ziehn. Das erkannten die altgriechischen Freystaaten. So erzählt Thucydides,³¹⁾ dafs die Böotier aus dem Grunde nicht mit den Argivern ein Bündniß schiessen wollten, weil ihre Verfassung eine Aristokratie die der Argiver aber eine Volksherrschaft war. So waren während des Peloponnesischen Krieges die demokratischen Freystaaten mit den Atheniensen, die aristokratischen mit den Lacedämoniern verbündet. So wurden in den Bund der Achäer nur Freystaaten, die eine demokratische Verfassung hatten, aufgenommen.³²⁾ In dem neueren Europa hatte, bis zu den Zeiten der französischen Revolution, die Verfassung der Staaten auf die auswärtige Politik einen geringeren oder einen weniger sichtbaren Einfluß. Denn bis zu jener Begebenheit waren die Verfassungen der Europäischen Staaten, (Großbritannien etwa ausgenommen,) ihren Grundzügen nach einander nahe verwandt. Das änderte sich während der Erschütterungen, welche die französische Revolution in dem

31) Buch VI. Kap. 31.

32) *Ubbonis Emmii veteris Graeciae Tomus III. repraesentans Graecorum respublicas. Lugd. Bat. 1626. 8. p. 274.*

Zustände von Europa verursachte. Und auch jetzt noch ist ein Zusammenhang zwischen der Verfassung und der auswärtigen Politik der Europäischen Staaten unverkennbar. Es kann die Zeit kommen, da dieser Zusammenhang, eine Folge von den Fortschritten, welche die Repräsentativverfassung gemacht hat, noch mehr hervortritt.

Eine dritte Grundlage eines solchen Systemes sind die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft oder, was dasselbe ist, die Interessen der öffentlichen Macht. — Im sechszehnten Jahrhunderte und in der ersten Hälfte des siebenzehnten — von den Zeiten der Reformation an bis zum Westphälischen Frieden — war der Streit über Glaubensmeinungen in die auswärtige Politik der Europäischen Staaten auf das genaueste verwebt. Denn es galt dieser Streit den heiligsten Interessen der Europäischen Menschheit, der Einheit des Staates, der Macht der Regierung. Glaubensmeinungen waren in jenen Zeiten der mächtigste Hebel, durch welchen die Volkskraft in Bewegung gesetzt werden konnte. Wie viele Belehrungen theils über die Nothwendigkeit, theils über Schwierigkeit, nach einem Systeme zu regieren, liegen in der Verschiedenheit der Folgen, welche die Reformation für die Europäischen Staaten und für die Europäischen Fürstenhäuser hatte! — Seit der Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts wurde das Handelsinteresse immer vorherrschender in der auswärtigen Politik. Schon im Mittelalter war der

Einfluß dieses Interesses auf die auswärtigen Verhältnisse der Europäischen Staaten bedeutend. In mehreren Europäischen Staaten, z. B. in Norddeutschland, in den Niederlanden, in Kastilien, gelangten die Städte, von den Zeitumständen begünstigt, zu einer politischen Selbstständigkeit und Wichtigkeit, welche sie in den Stand setzte, bald durch eigene Macht, bald mit Hülfe ihrer Fürsten, auch in auswärtigen Staaten ansehnliche Vorrechte und Handelsvorthelle zu erringen oder zu gewinnen. So wie in jenen Zeiten die Handlung eines besonderen Schutzes bedurfte, so waren auch die Fürsten, im Kampfe mit dem Adel des Landes, meist geneigt, ihr diesen Schutz angedeihen zu lassen.³³⁾ Als in der Folge Amerika entdeckt, die Südspitze von Afrika umschifft wurde, und so der Seehandel der Europäer zu einem Welthandel sich erweiterte, als nun die Europäischen Seestaaten

33) Die Handelsverträge jener Zeit wurden entweder mit den Städten eines andern Landes oder zum Vortheile der Städte eines andern Landes geschlossen. Nicht die auswärtige, sondern die innere Politik bestimmte die Regierungen zur Bewilligung der Vorrechte, welche diese Verträge ertheilten. Vgl. die Geschichte der Hanse. Von Sartorius. Du Mont T. 1. P. 1. p. 130. P. 2. p. 10. 182. 265. 286 etc. — Mehrere Eigenthümlichkeiten des heutigen Europäischen Völkerrechts schreiben sich noch aus jenen Zeiten her. Z. B. schon in einem Vertrage zwischen Heinrich IV., Könige von England, und dem Herzoge von Burgund, Johann, (v. J. 1406) wird der konterbanden Waaren gedacht; aber nur in der Maasse, das die Englischen Schiffe nicht den Unterthanen des Herzogs Kriegsbedürfnisse zuführen sollen, und umgekehrt.

Kolonieen in andern Theilen der Erde anlegten, da griff das Handelsinteresse noch unmittelbarer und noch tiefer in die gesamte Politik der Europäischen Staaten ein. Unter ähnlichen Umständen befolgte einst Karthago ganz dasselbe System, welches der Politik der Europäischen Seemächte, besonders seit der Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts, zum Grunde lag.³⁴⁾ Noch entschiedener und noch allgemeiner wurde endlich der Einfluß des Handelsinteresses auf die Europäische Politik, als bey den meisten Regierungen die Lehre Eingang fand, daß der Reichthum eines Volkes hauptsächlich von den Vortheilen abhängt, die es von dem auswärtigen Handel ziehe und daß der Handel mit dem Auslande nur dann vortheilhaft zu nennen sey, wenn

34) Leider! sind die Nachrichten, die wir von der Politik der Karthaginer besitzen, unvollständig. Doch ist so viel gewiß, daß ihre Politik hauptsächlich auf die Wahrnehmung ihres Handelsinteresses berechnet war. Man kann mit gutem Grunde annehmen, daß die beyden ersten Punischen Kriege von den Karthaginern in diesem Interesse unternommen und geführt wurden. Sowohl in dieser als in andern Hinsichten sind die Handelsverträge zwischen den Römern und den Karthaginern höchst belehrend, deren Urkunden auf uns gekommen sind. Vgl. *Heyne pr. Foedera Carthaginiensium cum Romanis super navigatione et mercatura facta*. In dessen *Opusc. acad. Vol. III.* (Gött. 1788. 8.) *comm. III. et IV.* — Der Einfluß, welchen der Seehandel auf die auswärtige Politik hat, liegt in der Natur der Verhältnisse. Der Seehandel fordert eine Seemacht. Eine Seemacht ist überall und hat von allen Seiten zu fürchten. Verführerisch und trügerisch ist das Element, auf welchem sie herrscht. Auch die Phönicië, auch die Athenienser befolgten ähnliche Maximen, wie die Karthaginer.

der Geldwerth der Ausfuhr den der Einfuhr übersteige.

Viertens: Ein jedes System der auswärtigen Politik muß das Verhältniß der Wechselwirkung zur Grundlage haben, das zwischen dem Staate, für welchen das System bestimmt ist, und zwischen andern Staaten eintritt. Die Europäische Politik hat den Gipfel erreicht, daß kaum auf irgend einem Theile des Erdbodens eine bedeutendere politische Veränderung sich ereignen kann, welche nicht auch auf die Europäischen Staaten rückwirkte. Welche Aussichten, wie viele Hoffnungen oder Besorgnisse reihen sich für Europa z. B. an die Emancipation der Europäischen Kolonien in Amerika? Besonders sind es zwey Europäische Staaten, Großbritannien und Rußland, welche, wegen der Ausdehnung und Gestalt ihres Gebiethes, den Namen: Weltstaaten, verdienen. Fast alle Stufen der Civilisation in ihren Gebiethen vereinigend, in unmittelbarer Berührung mit den vornehmsten nichteuropäischen Staaten haben sie durch die Beziehungen, in welchen sie auf das zukünftige Schicksal der Menschheit überhaupt stehn, eine weltgeschichtliche Bedeutsamkeit. Jedoch, wie ausgedehnt auch der Gesichts- und Wirkungskreis einer Regierung seyn mag, allemal ist das, was in ihrer Nähe vorgeht, für sie verhältnißmäßig das Wichtigere. Durch eine Veränderung, die sich in den unmittelbaren Umgebungen eines Staates ereignet, kann sogar eine wesentliche Veränderung

des politischen Systemes, welches dieser Staat bisher befolgte, nothwendig oder rathsam gemacht werden; z. B. wenn die Veränderung die ist, daß der Staat einen neuen Nachbar erhält. Unter den Verfügungen, welche die Schlufsakte des Wiener Kongresses über den Europäischen Boden getroffen hat, dürften diejenigen in die Europäische Politik am tiefsten eingreifen, nach welchen Frankreich und die Länder der Oesterreichischen Monarchie nicht mehr, wie ehemals, an einander unmittelbar grenzen.

Fünftens: Ein jedes System der auswärtigen Politik ist eine Wahrscheinlichkeitsrechnung. Wenn auch dieser Charakter der Staatsklugheit überhaupt zukommt, so sind doch die Data, auf welche die auswärtige Politik ihre Schlüsse baut, mannigfaltiger und unsicherer und veränderlicher, als diejenigen, von welchen die Politik in ihren übrigen Beziehungen ausgehn kann. (Daher der besondere Reiz, welchen Unterhaltungen über die auswärtige Politik und — über das Wetter für so viele Menschen haben.) Ein noch nicht genugsam benutztes Mittel, jene Rechnung mit grösserer Schärfe zu führen, ist die Geschichte, wenn man sie zu einer schlufsrechtlichen Sammlung der einzelnen Fälle benutzt, in welchen eine bestimmte Maxime von einem bestimmten Staate mit Vortheil oder mit Nachtheil befolgt worden ist. Ein anderes Mittel liegt in dem Stande der Staatspapiere, als in welchem sich die Meinung der grossen Kapitali-

sten, (eben so unterrichteter als vorsichtiger Männer,) über die Angelegenheiten des Staates, insbesondere über dessen auswärtige Verhältnisse, ausspricht. Einen ähnlichen Mafsstab giebt es fast für ein jedes Fach der Staatsverwaltung; z. B. das Finanzministerium besitzt ihn in dem Ertrage der Auflagen. Und billig legen Geschäftsmänner auf einen Mafsstab dieser Art einen vorzüglichen Werth. An ihm kann man eine Mafsregel mit ihren Folgen, und zwar in Zahlen, vergleichen.

Endlich, mit dem Systeme, das eine Regierung in der auswärtigen Politik befolgt, müssen wiederum die Einrichtungen, die sie im Inneren trifft, in Zusammenhang stehn. Selbst drückendere Mafsregeln müssen ergriffen, selbst gewagtere Neuerungen versucht werden, wenn es das auswärtige Interesse des Staates fordert. Denn dieses ist, da es das Daseyn des Staates umfaßt, seinem Wesen nach das höchste; in dem Ministerrathe gebührt dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Vorsitz. Auch wenn eine Regierung bey der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten überall nicht ein System befolgte, müßte sich ihr die Nothwendigkeit aufdringen, im Innern so zu regieren, daß der Staat mächtig nach aussen sey. Ein System aber, welches sie ihrer auswärtigen Politik zum Grunde legt, wird der inneren Verwaltung des Staates zugleich seinen eigenen Charakter d. i. den Charakter der Stetigkeit und Planmäßigkeit mittheilen. Die Geschichte der neueren Europäischen

Staaten beurkundet auf einem jeden ihrer Blätter diesen Einfluß einer kunstgerechten auswärtigen Politik auf die innere Verwaltung des Staates. Die auswärtige Politik dieser Staaten, auf die Erhaltung des Bestehenden berechnet, kunstmässig ausgebildet, künstlich verschlungen, war für ein jedes einzelne Volk ein Princip des Lebens, des Fortschreitens, der Nacheiferung.

Alles das, was hier über die Nothwendigkeit, der auswärtigen Politik ein System zum Grunde zu legen, und über die Beschaffenheit eines solchen Systemes gesagt worden ist, gilt jedoch nur von großen Staaten. Ein kleiner Staat muß entweder in einem Bunde sein Heil suchen, oder sich einem mächtigen Nachbarstaate mit Treue anschließen, oder, wenn er von zweyen oder mehreren mächtigen Staaten umgeben ist, nach Zeit und Umständen den stärkeren Bundesgenossen wählen. Seine Loofsung würde Krieg und Eroberung seyn, (denn hinfällig ist jede Macht, die nicht auf sich selbst ruht!) wenn ihm nicht das Gefühl der Ohnmacht den Flug des Gedankens lähmte. Die kriegslustigsten Staaten sind die mittler Gröfse. Sie haben Macht genug zum Steigen, zum Stehenbleiben zu wenig. Die Geschichte der auswärtigen Politik der Römer ist auch in dieser Beziehung höchst lehrreich.

Die zweyte Aufgabe, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu lösen hat, ist die Ausführung des von ihm gewählten Systemes

der auswärtigen Politik. Seine Geschäftsmänner bey der Lösung dieser Aufgabe sind die Gesandten; ³⁵⁾ das Mittel Unterhandlungen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist gleichsam der Baumeister; alle die diplomatischen Verhandlungen, welche der Staat zu führen hat, zu einem Ganzen zu vereinigen, so dafs die eine der andern wo nicht förderlich doch nicht hinderlich sey, eine jede einzelne Unterhandlung aber, ein jedes besondere diplomatische Verhältnifs mit dem gesamten Systeme der auswärtigen Politik des Staates in Uebereinstimmung stehe, — ist die Sache des Ministers. Gleichwohl sind die Gesandten nicht blofse Arbeitsleute; sie sind vielmehr ebenfalls Unternehmer, ein jeder jedoch nur für einen Theil des Baues.

Das Gesandtschaftsrecht läfst sich auf folgende drey Grundsätze zurückführen: 1) Die Gesandten sind Bevollmächtigte. Sie stehen zu dem, von welchem, und zu dem, an welchen sie abgeordnet worden sind, ganz in demselben Verhältnisse, wie Bevollmächtigte überhaupt. — 2) Damit durch Gesandtschaften Friede und Einigkeit unter den

35) *Histoire générale de la diplomatie Française. Par Flassan. Par. II. Edit. 1817. V1. T. 8.* (Ein Werk, das z. B. wegen der Musterschriften, die es enthält, für den Diplomaten von besonderem Interesse ist.) *Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des agents diplomatiques. Par Martens. Lpz. 1821. 8.* *Cours de style diplomatique. Par Meisel. Dresd. 1823. 8.* *Ambassador's Secretary. Lond. 1827. IV. Vol. 12.*

Völkern desto gewisser erhalten oder wiederhergestellt werden könne, müssen Gesandte unverletzlich seyn. (*Sanctitas legatorum.*) Das Europäische Völkerrecht hat diese Unverletzlichkeit der Gesandten zur Extraterritorialität d. i. zu dem Vorrechte gesteigert oder ausgebildet, daß Gesandte schlechthin nicht unter der Regierung desjenigen Staates stehn, bey welchem sie beglaubiget sind. Jedoch mögte dieses Vorrecht schon mit der dem Europäischen Völkerrechte zum Grunde liegenden Idee eines Völkerstaates in Verbindung stehn. — 3) Das rechtliche Interesse der Völker fordert, daß eine jede Regierung die an sie abgeordneten Gesandten durch gewisse Ehrenvorrechte auszeichne. So einleuchtend ist diese Forderung, daß sie von jeher fast überall Anerkennung gefunden hat. Das Gesandtschaftsrecht entwickelte sich in diesem seinem Theile gewöhnlich aus dem Gastrechte. Seine vergleichungsweise vollständigste Ausbildung hat es auch in dieser Beziehung bey den heutigen Europäischen Völkern erhalten.³⁶⁾ Das Europäische Gesandtschaftsrecht verdankt diese Ausbildung dem Ritterwesen, den Ansichten und Sitten des Europäischen Adels, dem

36) Man vergleiche mit dem Europäischen Gesandtschaftsrechte z. B. die Ansichten, welche selbst die Römer von den Vorrechten der Gesandten und auswärtigen Fürsten hatten. »*Apud nos,*« sagt Tacitus (Ann. XV, 31.) eines diese Vorrechte betreffenden Falles erwähnend, »*vis imperii valet, inania transmittuntur.*« Aber sind das *Inania*?«

Hofceremonielle, den Einrichtungen der katholischen Kirche.³⁷⁾ Es ist auch in dieser Hinsicht der Idee eines Europäischen Völkerstaates verwandt. Denn in der Achtung, welche eine Regierung der andern bezeigt, liegt mehr, als der Ausdruck einer bloß friedlichen Gesinnung.

Im Mittelalter wurden vorzugsweise Geistliche und Doktoren der Rechte zu Gesandten gebraucht. So wurde es im Ganzen auch während des sechzehnten Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des siebenzehnten gehalten, wenn schon die Rechtsgelehrten in den Zeiten der Reformation von den Theologen, und späterhin von dem Adel in ihrem Besitzstande beunruhiget wurden. Mit der zweyten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts aber, (noch auf dem Westphälischen Friedenskongresse hatten die Doktoren der Rechte ihren alten Einfluß mit Würde behauptet,) begann eine andere Zeit. Die Französische Sprache trat bey den Verhandlungen unter den Europäischen Völkern mehr und mehr an die Stelle der Lateinischen Sprache; neue und abgekürztere Verhandlungsformen kamen in Gebrauch; das Ansehn des urkundlichen, des diplomatischen Rechts wurde durch die Gewaltschritte Ludwigs XIV. in Schatten gestellt; die Sitten, die Verhältnisse unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft, die Hofhaltungen verän-

37) Ist vielleicht der *character repræsentatius* der Bothschafter (*ambassadeurs*) aus dieser letzteren Quelle abzuleiten? — *Legati P. M. a latere.*

derten sich; der Adel lernte die Ansprüche, die ihm die Geburt gab, mit dem Vorzuge einer höheren gesellschaftlichen Bildung verbinden. So geschah es, daß nun zu den Gesandtenstellen besondere Vorbereitungen, Talente, Vermögens- und Staatsverhältnisse erforderlich waren; Bedingungen, welche zusammen nur von Männern adlicher Abkunft erfüllt werden konnten. Und so sonderten sich von jener Zeit an die Diplomaten oder Staatsmänner als ein eigener Stand von den übrigen Staatsdienern, wenn auch dieser Stand gegen das Eindringen Nichteingeweihter nur unvollkommen gesichert war. In den neuesten Zeiten drohte dem Stande von Seiten des Heeres Gefahr; Napoleon hoffte durch seine Kriegsobersten eben so im Kabinette zu siegen, wie er mit ihrer Hülfe im Felde siegreich gewesen war. Doch ist der Sturm glücklich vorübergegangen. In gewissen Fällen, und gerade in den wichtigsten, dürfte das Beste das seyn, verschiedenartige Talente und Kenntnisse in einer Gesandschaft zu vereinigen, z. B. dem Gesandten einen der Kriegswissenschaft kundigen Mann, und einen Rechtsgelehrten zuzuordnen. Bey einem jeden Friedensvertrage, welcher abgeschlossen werden soll, ist das Interesse der Landesvertheidigung die Hauptsache. Die Rechtsgelehrten haben wenigstens für die standhaftere Fassung einer Vertragsurkunde einen eigenen Sinn und Takt. Der Kirchenversammlung zu Trient stand ein aus Doktoren der Theologie und des kanonischen

Rechts bestehender Rath zur Seite, von welchem die versammelten Väter Gutachten einholten. Am deutschen Bundestage besteht für rein militärische Arbeiten und Berathungen eine Militärkommission. Wäre es nicht vielleicht rathsam, auch einen Schöppenstuhl der Bundesversammlung zuzuordnen? Man ist immer auf dem rechten Wege, wenn man eine politische Mafsregel von der katholischen Kirche entlehnt.

Das Unterhandeln ist eine Kunst, nicht eine Wissenschaft. Wenn auch zum Gelingen dieser Kunst gewisse Kenntnisse, z. B. Kenntnifs der Staaten- und der Völkergeschichte, der Staaten- und der Völkerkunde, des Staats- und des Völkerrechts, vorausgesetzt werden. Diplomaten werden gebohren, wie die Dichter. (*Nascuntur non fiunt.* In der wirklichen Welt tritt freylich zuweilen der umgekehrte Fall ein.) Die Gabe, sich aus einzelnen Zügen und Erscheinungen den Charakter eines Menschen zusammenzusetzen, den Seherblick, welcher die Gedanken, die geflissentlich verheimlicht oder in den Hintergrund gestellt werden, erräth, die Kunst sich geltend zu machen, die Kunst, die Menschen an den unsichtbaren Fäden des Interesses und der Leidenschaft zu leuken und zu leiten, mit einem Worte, alle die Anlagen, welche den Menschen in den Stand setzen, auf Andere einen unmittelbaren Einflufs auszuüben, kann der Diplomat nur der Natur verdanken. Aber er kann diese Anlagen durch Uebung und durch das Studium

der Muster seines Faches ausbilden; er kann von ihnen, nur wenn er sich den ihm geziemenden Charakter der Ruhe und Festigkeit, auch gewisse gleichsam mechanische Fertigkeiten aneignet, einen vollkommenen Gebrauch machen. Auch die allgemeinen Maximen der Unterhandlungskunst haben für ihn einen Werth; in der Regel jedoch nur in so fern, als sie ihn zum Nachdenken auffordern können und sollen, oder nur als Erinnerungen oder Warnungen, oder als Zweifels- und Entscheidungsgründe.

Einige Maximen der Unterhandlungskunst, — man kann sie die Grundmaximen dieser Kunst nennen, — können sogar fast das Ansehen eines Gesetzes in Anspruch nehmen. Zum Beyspiel:

Der berühmte Fürst Kaunitz äufserte oft: Einem geschickten Diplomaten ist nichts unmöglich! Eine treffliche Lehre! Denn was der Diplomat für unmöglich hält, das ist für ihn unmöglich.

Nicht minder denkwürdig ist der Ausspruch Friedrichs II. Königs von Preussen: Ein Staat, dessen Inneres wohl geordnet ist, kann sich der Sorge überheben, mit andern Mächten Verbindungen anzuknüpfen. Zwar erklärt sich Richelieu (in seinem *Testament politique*) ausführlich für die Maxime, unaufhörlich und allerwärts zu unterhandeln. Aber man sieht leicht, daß diese Maxime nicht auf die Erhaltung, sondern auf die Umgestaltung der in der Erfahrung bestehenden völkerrechtlichen Verhältnisse berechnet ist. Auch fügt

Richelieu hinzu, dafs es ihm durch die Befolgung dieser Maxime gelungen sey, die Lage von Frankreich und die von Europa zu verändern. — Die immerwährenden Gesandtschaften, welche in Europa (seit dem siebenzehnten Jahrhundert) üblich sind, hätten leicht zu einer für die Ruhe der Europäischen Staaten sehr gefährlichen diplomatischen Geschäftsthätigkeit führen können, wenn sie nicht mit andern Eigenthümlichkeiten des Europäischen Völkerrechts in Zusammenhang gestanden hätten. Wenigstens überwog der Vortheil den Nachtheil.

Ehrlichkeit ist die beste Politik, wenigstens in dem heutigen Europa. Denn die Interessen der einzelnen Europäischen Staaten, die Mafsregeln, welche diesen Interessen im allgemeinen entsprechen, sind dermalen selbst für das gröfsere Publikum kein Geheimnifs. Es ist daher unrathsam, zu Gesandten jene überfeinen Köpfe zu wählen, welche, indem sie überlistet zu werden fürchten, nur Mißtrauen erregen. Weit seltener verfehlt eine muthige, und, wenn den Worten Nachdruck gegeben werden kann, selbst eine entscheidende Sprache ihres Zwecks. Doch kann die ehrlichste Politik Gefahr laufen, an Privatinteressen zu scheitern, welche sich den öffentlichen in den Weg stellen. Das sind Fälle, in welchen sich die auswärtige Politik in ein Nothrecht verwandeln kann.

Diplomatische Verhandlungen sind vor dem Publikum geheim zu halten; wenigstens so lange,

bis dafs sie ihren Zweck erreicht oder verfehlt haben. (Sie sind die Sachen der Kabineter.) Nicht das ist der Hauptgrund für dieses Geheimhalten, dafs sonst der Erfolg der Unterhandlungen gefährdet werden würde. Noch mehr ist der Einfluß zu fürchten, welchen, wenn jene Unterhandlungen öffentlich gepflogen, oder zur Kenntniß des Publikums voreilig gebracht würden, die leidenschaftliche Aufregung, in welche das Volk so leicht versetzt wird, auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten erhalten müßte. Im Jahre 1739 wurde Jenkins, Kapitain eines englischen Kaufartheyschiffes, in das Britische Unterhaus eingeführt. Die Spanier hatten ihm, weil er mit ihren Kolonien Schleichhandel getrieben hatte, die Nase aufgeschlitzt und die Ohren abgeschnitten; die Schiffsmannschaft war in Ketten gelegt worden. Mit seemännischer Kürze erzählte er dem Unterhause die Geschichte seines Unglücks. »Als man mich so verstümmelt hatte,« das waren die Schlufsworte seines Vortrages, »drohte man mir mit dem Tode. Ich erwartete ihn, indem ich meine Sache Gott empfahl und meine Rache dem Vaterlande.« Alles brach in einen Schrey des Entsetzens und des Mitleids aus. Die Minister sahen sich genöthiget, den Krieg zu erklären. Jedoch besonders die Geschichte der altgriechischen Freystaaten spricht gegen die Oeffentlichkeit diplomatischer Unterhandlungen. Frommte den Atheniensern diese Oeffentlichkeit in den Zeiten des Peloponnesischen Krie-

ges? in den Zeiten Philipps des Macedoniers? Des Thucydides Werk vom Peloponnesischen Kriege ist eine zweyte Iliade, so mächtig und so unverhüllt treten da überall, auch bey den Verhandlungen über Krieg und Frieden, die Individuen, das ist, die Leidenschaften, die Herrschsucht, die Habsucht hervor.

Es ist in der Ordnung, dafs bey Unterhandlungen ein jeder Theil seine Geheimnisse vor dem andern hat und diese seine Geheimnisse auf alle Art und Weise vor der Wifsbegierde des andern Theiles zu bewahren sucht.⁴⁰⁾ Doch vermindert sich die Zahl dieser Geheimnisse in demselben Verhältnisse, in welchem die auswärtige Politik offener wird. — Der Kunst, diplomatische Geheimnisse zu bewahren, ist die Kunst, sie zu entdecken, entgegengesetzt. Zu einer solchen Vollkommenheit ist diese völkerrechtswidrige Kunst gebracht worden,⁴¹⁾ dafs sie die Kunst des Geheimhaltens weit

40) Daher die Geheimschrift! Klüber's Kryptographik. Tübingen 1809. 8. (Ueber die Stenographie d. i. über die Kunst, mit Abkürzungen zu schreiben, — eine Kunst, die überall, wo Staats- oder Rechtssachen mündlich verhandelt werden, von so grossem Interesse ist, s. *Stenography or an easy system of short-hand. By E. Hinton. II. Ed. Lond. 1828. 8.*)

41) Höchst interessante Aufschlüsse über diese Kunst und über die ihr verwandte geheime Polizey findet man in den Memoiren des Herzogs von Rovigo. Dasselbe Werk mögte den Leser zu dem Resultate führen oder in dem Resultate bestätigen, dafs alle diese Ausspäherkünste am Ende nur Armseligkeiten sind, ein Aufwand an Charakter und Geld, hinter welchem der Erfolg weit zurückbleibt.

hinter sich zurückgelassen hat. Und doch mögte es zweifelhaft seyn, ob denn das Ausspähen diplomatischer Geheimnisse, (wie die Kaperey,) so große Dinge gethan, den Regierungen so große Vortheile verschafft hat. *Si violandum est jus*, liest man bey Cicero, *regni gratia violandum est; caetera iustitiam colas*.

Die Aufgabe des Unterhändlers ist in den meisten Fällen die, zwiespältige Interessen zu vereinigen. Daher kann in der Diplomatie nur der das Lob der Meisterschaft erringen, welcher einen Mittelweg oder einen Ausweg (einen *medius terminus*) zu finden weiß. Sind die Partheyen noch zu weit aus einander oder zur Nachgiebigkeit noch zu wenig gestimmt, als daß von ihren Bevollmächtigten ein Vergleich erzielt werden könnte, so kann die Dazwischenkunft einer dritten Macht von Nutzen seyn. Im Mittelalter war der Pabst der allgemeine Friedensvermittler; auch wurde ihm zuweilen das Amt eines Schiedsrichters in den Streitigkeiten der Fürsten übertragen.⁴²⁾ Als der Pabst diese Stellung zu den Europäischen Völkern nicht weiter behaupten konnte, fühlten diese lange und schmerzlich genug den Verlust. Ein desto erfreulicheres Zeichen unserer Zeit ist es, daß sich dermalen die Europäischen Hauptmächte als Bewahrer des Friedenszustandes von Europa betrachten.

42) S. Dumont T. I. P. I. p. 216. 286. 299. 304. 308. 310. P. II. p. 243. etc.

Die Kunst, zu unterhandeln, ist das Geheimniss, die Gegenwart, den Augenblick in einer bestimmten Beziehung zu benutzen und zu beherrschen. Doch genügt es, um in dem Besitze dieses Geheimnisses zu seyn, nicht, dafs man die Individualität derer, mit welchen man zu unterhandeln hat, gehörig zu beurtheilen und klüglich zu benutzen versteht. Auch den Charakter der Regierung mufs man kennen und in Rechnung nehmen, mit welcher die Unterhandlungen zu führen sind. So wird z. B. eine Regierung, auf welche die Aristokratie des Landes einen entschiedenen Einflufs hat, auch in der auswärtigen Politik gewisse ständige Maximen befolgen, von welchen sie nicht leicht abwendig gemacht werden kann. Napoleon machte diese Erfahrung bey seinen Unterhandlungen mit der Oesterreichischen Regierung. Der Freystaat von Venedig beharrte, nachdem er den Verfall seiner Macht erkannt hatte, unerschütterlich bey dem Systeme der Neutralität; er unterhielt sogar, Verführung und Ueberraschung fürchtend, mit den bey ihm beglaubigten Gesandten nur einen schriftlichen Verkehr. Eben so unterscheidet sich (wenigstens in Europa) ein Zeitalter von dem andern durch gewisse vorherrschende Ansichten und Meinungen und Besorgnisse und Interessen, welche der Diplomat bald zu schonen bald mit seinen Plänen in Verbindung zu setzen hat.⁴³⁾ Besonders

43) Vgl. über den Einflufs des Zeitgeistes auf die Diplomatie: v. Almendingen politische Ansichten über Deutsch-

wird man finden, daß einem jeden Zeitalter ein Schreckbild vorschwebte, gegen welches die diplomatischen Unterhandlungen vorzugsweise gerichtet waren.

SIEBENTES HAUPTSTÜCK.

V o m K r i e g e .

Der Krieg ist die Entscheidung eines zwischen zweyen oder mehreren Völkern obwaltenden Rechtsstreites durch die Gewalt der Waffen.

Der Krieg ist an sich ein widerrechtliches Mittel, Rechtsstreitigkeiten unter Völkern zu entscheiden. Denn Niemand soll Richter in seiner eigenen Sache seyn. Ueberdies, der Kriegsgott ist ein Tyrann.⁴⁴⁾ Darf man sich der Herrschaft des Zufalls oder der Laune unterwerfen?

Nur beziehungsweise also d. i. nur nach den Grundsätzen des Nothrechts, nur als eine Noth-

lands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. I. Bd. (Wiesbad. 1814. 8.) S. 189. Ein Beispiel von diesem Einflusse enthält der Art. 120 der Schlussakte des Wiener Kongresses. — Man kann sich die Veränderungen, die mit dem Zeitgeiste seit einem Jahrhunderte vorgegangen sind, nicht lebendiger vergegenwärtigen, als wenn man eine Reihenfolge von Zeitungen durchgeht. Vgl. üb. die Geschichte der Zeitungen, dieses so wichtigen Faches der politischen Literatur, das neue Gött. historische Magazin. Von Meiners und Spittler. IIIter Bd. Hannov. 1794. 8. S. 765.

44) Mars ist der Tyrann, das Recht der König der Welt! Worte des Timotheus b. Plutarch. in Demetrio.

wehr läßt sich der Krieg vertheidigen. Die Völker würden im Stande der Natur, also in dem Verhältnisse, in welchem sie ursprünglich, und so lange sie sich nicht mit einander zu einem Völkerstaate vereinigt haben, gegenseitig stehn, überall kein Recht haben, wenn sie nicht nöthigenfalls zu der Gewalt der Waffen (zu der *ultima ratio regum*) ihre Zuflucht nehmen dürften.

Dieser Grund, durch welchen das Recht der Völker, einander zu bekriegen, und zwar ausschließlich vertheidiget werden kann, enthält zugleich den Grundsatz des Kriegsrechts d. i. die Rechtsregel für die Ausübung jenes Rechts, — die Regel: Ein Volk hat von jenem Rechte nur nothgedrungen, nur gleich als von einem nothwendigen Uebel, Gebrauch zu machen, mit andern Worten, der Zweck des Krieges ist der Friede. Allerdings läßt dieser Grundsatz dem Ermessen der Regierungen einen sehr großen Spielraum. Denn bey der Anwendung jenes Grundsatzes auf einzelne Fälle kommen That-sachen und Verhältnisse in Betrachtung, welche bald so bald anders beschaffen sind, bald diese bald eine andere Deutung zulassen. Doch kommt dem Kriegsrechte das zu statten, daß es (wegen des Wechsels des Kriegsglücks) zugleich das Interesse der Selbsterhaltung für sich hat, gleichsam eine Politik der Selbsterhaltung ist.

Der Versuch, den Krieg als ein Gottesurtheil zu rechtfertigen, ist schon wegen seiner Vermes-

senheit unzulässig. Wohl durfte der Dichter sagen: *Victrix causa diis placuit, sed victa Catoni*. Und doch liegt jene Ansicht dem Menschen so nahe, daß es selbst gebildeteren Völkern schwer ist, sich ganz von ihr loszureißen. In Europa wird nach einer jeden Schlacht ein *Te Deum* — zuweilen von beyden Theilen — gesungen!

Man hat dem Kriege eine Lobrede gehalten; (als ob dem Menschen noch eine Ermunterung zum Kriege noth thäte!) — daß er, so vieler Erfindungen und Kenntnisse und Berechnungen bedürfend, die Völker zu einem Wettkampfe des Geistes auffordernd, die Kultur mächtig befördere; daß er, wenn er auch Unthaten aller Art in seinem Gefolge habe, dennoch die Völker vor Verweichlichung bewahre; daß er die Regierung vom Volke abhängiger mache, zuweilen auch ihre Macht fester begründe; daß er das Verdienst zu der ihm gebührenden Stelle erhebe; daß er dem Kunstfleisse und der Gewerbsthätigkeit nicht selten neue Aussichten eröffne, u. s. w.⁴⁵⁾ Und nicht ein bloßes Spiel des Witzes ist diese Lobrede; ihr liegt der wenn auch zweydeutige Versuch zum Grunde, den Zweifel an einer Vorsehung auf dem Wege der Erfahrung zu widerlegen. Jedoch so wie man zu weit gehn würde, wenn man den Krieg, weil er auch seine wohl-

45) S. eine Lobrede auf den Krieg in Lüder's Entwicklung der Veränderungen der bürgerlichen Gesellschaft. I. Bd. S. 118.

thätigen Folgen hat, für unbedingt nothwendig zum Heile der Menschheit erklären wollte, so würde man den Sinn jener Lobrede oder Vertheidigung sogar gänzlich verkennen, wenn man sie zur Rechtfertigung des Krieges benutzen zu können glaubte. Der Erfolg der Handlungen steht unter den Gesetzen der Natur. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Das Recht, Krieg zu führen, (das *jus armorum*,) steht nur der Regierung, nicht aber den einzelnen Mitgliedern des Staatsvereines zu. Nicht das ist der Sinn dieses Satzes, dafs, wenn die einzelnen Bürger von jenem Rechte Gebrauch machen dürften, die innere und die äufsere Ruhe des Staates gefährdet seyn würde. Das Recht selbst steht ihnen nicht weiter zu. Der Staatsgewalt unterworfen, gleichsam das Eigenthum der Gemeinde, können sie in keiner Beziehung ihre eigenen Herren in Sachen des Rechtes seyn. (In der Erfahrung freylich gelangt die Regierung nur nach und nach zu dem ausschließlichen Besitze des *juris armorum*.) Indem aber das Recht der Selbstvertheidigung von den einzelnen Menschen auf die Regierung übergeht, tritt die Ausübung desselben mit dem Staatsrechte in eine Verbindung, welche, wenn sie auch den Krieg nicht rechtfertiget, ihn dennoch in rechtlicher Hinsicht höher, als den Zweykampf, stellt. Der einzelne Mensch ist berechtigt, die Regierung rechtlich verpflichtet, nöthigenfalls zu den Waffen zu greifen. Der Krieg, dem Staatsrechte nach

eine öffentliche Angelegenheit, steht in dieser seiner Eigenschaft denn doch schon unter der Herrschaft gewisser Gesetze, der Staatsgesetze, oder unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung. Unter jenen Gesetzen giebt es oft auch solche, welche das Kriegerrecht unmittelbar zum Gegenstande haben. Gesetze dieser Art enthielt das *jus feciale* der Römer.

ERSTE ABTHEILUNG.

Von dem Uebergange aus dem Friedenszustande in den Kriegszustand.

Nur Vertheidigungskriege d. i. nur die Kriege sind rechtmässig, welche ein Volk entweder um für ein erlittenes Unrecht Genugthuung zu erhalten, oder um einen widerrechtlich gewaltsamen Angriff von sich abzuwehren, oder um einer Feindseligkeit, mit der es bedroht wird, zuvorzukommen, führt.⁴⁶⁾

Ein Krieg ist nur dann rechtmässig, wenn er ein Vertheidigungskrieg ist, nicht aber schon des-

46) Dem Vertheidigungskriege entgegengesetzt ist der Angriffskrieg d. i. ein ungerechter Krieg. Doch haben beyde Worte noch eine andere — auf die Thatsache des ersten Angriffs sich beziehende — Bedeutung. Wegen dieser Zweideutigkeit der Worte: Vertheidigungs- Angriffskrieg ist es unräthlich, einem Bündnisse, das man abschliesst, den Namen eines Defensivbündnisses zu geben. Denn die Unredlichkeit kann von diesem Nahmen einen Vorwand entlehnen, sich wegen der Nichterfüllung des Vertrages zu entschuldigen.

wegen, weil er ein Vertheidigungskrieg ist. Damit ein Krieg, obwohl ein Vertheidigungskrieg, rechtmässig sey, wird noch überdies erfordert, dass er in dem gegebenen Falle, nach der Beschaffenheit der Verhältnisse, das einzige Mittel ist, wie das Volk seine Vertheidigung bewerkstelligen kann, dass also z. B. das Volk nicht nur Genugthuung zu fordern hat, sondern dass es auch auf keine andere Weise, als durch die Gewalt der Waffen, zu dieser Genugthuung gelangen kann.

Obwohl jene drey Gründe, mit welchen ein Krieg gerechtfertigt werden kann, in rechtlicher Hinsicht einander gleich stehn, so sind sie doch in der Anwendung — d. i. wenn es sich fragt, ob der und der Grund in der Erfahrung gegeben sey und ob er, in dem gegebenen Falle, einen Krieg nothwendig mache, — gar sehr von einander verschieden. Der in der Anwendung unsicherste und daher bedenklichste von jenen Gründen ist der, welcher von der Gefahr bevorstehender Feindseligkeiten (von dem Präventionsrechte) entlehnt werden kann. Kann man im Stande der Natur dem Frieden je ganz traun? Darf man auf der andern Seite nicht hoffen, die doch allemal, wenn auch mehr oder weniger, ferne Gefahr durch andere Mittel, als durch die äussersten, von sich abwenden zu können? Mit einem Worte, stellt nicht jener Grund den Entschluss zum Kriege zwischen Furcht und Hoffnung? Gleichwohl, je näher und mannigfaltiger und bleibender die Berührungen sind, in welchen gewisse

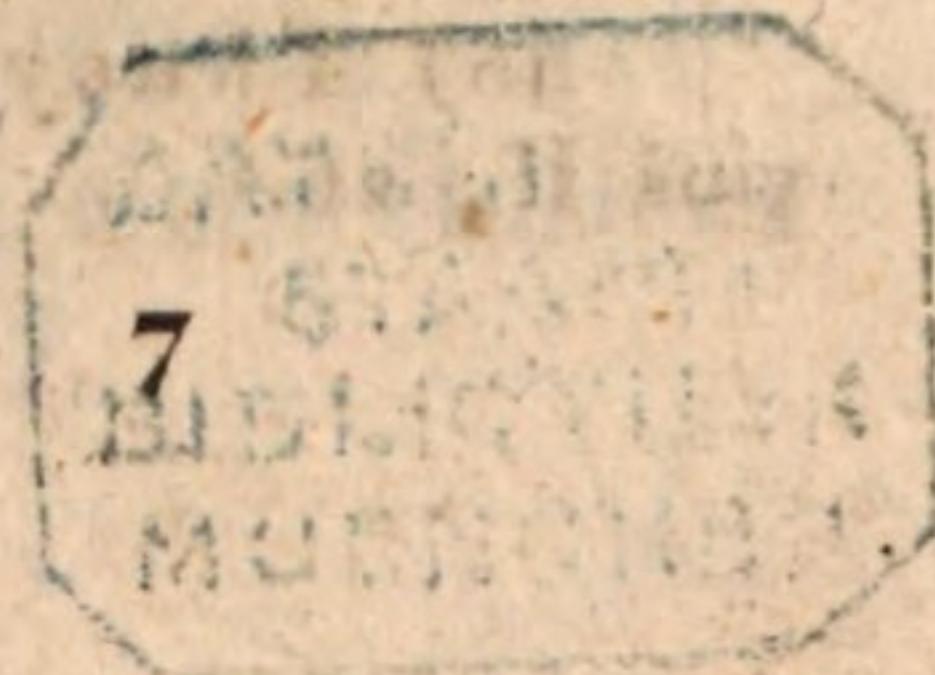
Völker mit einander stehn, desto überwiegender ist der Einfluß, welchen bey ihnen jener Grund auf die Frage über Krieg und Frieden hat. Die Kriege, welche in Europa seit dem sechszehnten Jahrhunderte geführt worden sind, waren größtentheils Kriege der Vorsicht, (Präventionskriege.) Aber fast immer bemühte man sich, sie durch einen andern Grund zu rechtfertigen.

Dem Ausbruche der Feindseligkeiten muß eine förmliche Ankündigung des Krieges vorausgehn. Denn sonst würde dem treulosen Frieden ein ewiger Krieg vorzuziehn seyn, der Krieg also aufhören, die Vertheidigung, d. i. die Wiederherstellung des Friedens, zum Zwecke zu haben. Doch scheint es Mühe zu kosten, ehe ein Volk die Ankündigung des Krieges dem Ueberfalle vorziehn lernt. Nach dem altrömischen Priesterrechte, nach dem *jure feciali*, war (vielleicht eben deswegen) die Ankündigung eines Krieges mit gewissen heiligen Gebräuchen verbunden; und gleichwohl, wenn anders den Berichten des Livius Glauben beyzumessen ist, waren in den ersten Jahrhunderten der Stadt Rom Ueberfälle häufiger, als offene Kriege. Bei den Völkern Deutschen Ursprungs scheinen die Gesetze des Ritterwesens die erste Veranlassung zu der Einführung förmlicher Kriegsankündigungen gegeben zu haben. Die in dem neueren Europa üblichen Kriegsmanifeste stehen noch mit andern rechtlichen Ansichten in Verbindung. Sie sind Berufungen an die öffentliche Meinung, Berufungen an die, wel-

che im Namen der Europäischen Menschheit das Wort zu führen berechtigt sind.

Alles das möglichst zu beseitigen oder zu vermeiden, was einen Krieg verursachen kann, — ist die erste Grundmaxime einer Politik, welche sich die Erhaltung des Friedens zum Zwecke macht. Die Folgen, welche sich aus dieser Maxime ableiten lassen, sind verschieden nach der Verschiedenheit der Ursachen, welchen die Entstehung der Kriege beyzumessen ist. (Von diesen Ursachen, welche übrigens nicht mit den Gründen zur Rechtfertigung eines Krieges verwechselt werden dürfen, in dem folgenden Buche.) Allemal aber ist der Sturm in Zeiten zu bedrängen. Wenn die Heere schon schlagfertig einander gegenüberstehn, findet die Stimme des Friedens selten Gehör. Ist der erste Schlag geschehn, so ist es Schwäche zu berathschlagen, ob man ihn erwidern soll. *Dum deliberant Romae, perit Saguntum.* — Die zweite Grundmaxime einer friedlichen Politik ist die: Wer den Frieden will, darf nicht den Krieg zu fürchten haben. *Si vis habere pacem, para bellum.* Die Sprache der Mäßigung und der Redlichkeit macht am meisten Eindruck, wenn sie von dem Stärkeren geführt wird.⁴⁷⁾

47) *Ubi manu agitur, modestia ac probitas nomina superioris sunt. Tac. de mor. Germ. c. 36.*



ZWEYTE ABTHEILUNG.

Von dem Kriegszustande.

Von dem Kriegsrechte

(dieses Wort in seiner engeren Bedeutung genommen)
im allgemeinen.

Das Recht der Selbstvertheidigung ermächtigt seinem Wesen nach zur Anwendung eines jeden Mittels, durch welches nur möglicherweise der Feind bezwungen werden kann. Es ist ein Recht über Leben und Tod, über Gut und Blut; (*verbera non dantur ad mensuram*;) ein Recht ohne Grenzen. (*Datur jus belli in infinitum.*) Aber die Ausübung dieses Rechtes steht unter dem Grundsatz: Der Krieg ist nur als eine Nothwehr rechtmäfsig, oder, der Zweck des Krieges ist der Friede.

Kraft dieses Grundsatzes ist es 1) widerrechtlich, gegen den Feind von Mitteln Gebrauch zu machen, welche, indem sie Mißtraun oder Erbitterung unter den Kriegführenden Mächten stiften, die Wiederherstellung des Friedens erschweren oder unmöglich machen. Mittel dieser Art sind z. B. Meuchelmord, vergiftete Waffen, Kundschafter. Auch Schmähungen und Beschimpfungen; Uebermuth schmerzt mehr, als eine Gewaltthat.⁴⁸⁾

48) Thucyd. I, 77. Machiav. Abh. über den Livius II, 26.

2) Das Recht, den Feind an Leib und Leben zu beschädigen, ist nur gegen diejenigen ins Werk zu setzen, welche an dem Kriege einen unmittelbar thätigen Antheil nehmen; also z. B. nicht gegen die friedlichen Einwohner des feindlichen Landes, nicht gegen die, welche in dem Heere des Feindes angestellt sind, ohne die Waffen zu tragen. Auch die Menschlichkeit, auch das Interesse der kriegführenden Mächte spricht für diese Regel. Jedoch, so wie es sich von selbst versteht, daß sie da, wo die ganze waffenfähige Mannschaft im Heere dient, nur eine sehr beschränkte Anwendung leidet, so können auch in dem entgegengesetzten Falle Umstände eintreten, welche eine Abweichung von ihr rechtfertigen oder beschönigen. So arten z. B. Meinungskriege, und unter diesen besonders die Religionskriege, sehr leicht in Ausrottungskriege aus. Denn in einem Kriege über Meinungen steht nicht Volk gegen Volk, sondern Mensch gegen Mensch. Und selbst der Sieg, wenn er nicht in dem Tode des Feindes endet, ist verdächtig. Denn wie vermag der Sieger zu unterscheiden, ob die Bekehrung des Feindes ehrlich oder verstellt sey. In dem Kreuzzuge gegen die Albigenser wurde die Stadt Bagni bey einem Ausfalle, den die Bürger thaten, von dem Vortrabe der Kreuzfahrer, der aus gemeinen Leuten bestand, unvermuthet erobert. Die Edlen und Ritter, welche das Hauptheer bildeten, entschlossen, sich die Bente zuzueignen, fürchteten gleichwohl, in der Unordnung eines Sturmes

ihre eigenen in die Stadt bereits eingedrungenen Leute mit den Bürgern der Stadt zu verwechseln. »Wie fangen wir es an,« fragten sie den päpstlichen Legaten, »dafs wir die guten Katholiken von den Kätzern unterscheiden?« »Tödet Alles;« antwortete der Legat, »der Herr wird die Seinen zu erkennen wissen.« Schon das giebt dem Kriege einen gefährlicheren Charakter, wenn der Kampf, ohne für und wider ein gewisses System von Meinungen geführt zu werden, dennoch mit einem Streite über Meinungen verschlungen ist. Die Kriege, welche durch die Französische Revolution veranlafst wurden, waren von dieser Art.

3) Auch diejenigen Individuen des feindlichen Volkes, welche an dem Kriege einen unmittelbar thätigen Antheil nehmen, sind für ihre Person nur in dem Grade feindlich zu behandeln, in welchem es der Zweck des Krieges gebietherisch fordert. Daher ist es widerrechtlich, von Waffen Gebrauch zu machen, welche, (wie Glas, Nägel, gehacktes Bley,) zwar schmerzlicher, aber nicht tödlicher verwunden; — den Feind, welcher sich ergeben hat, zu tödten oder zu mißhandeln; — Gefangene zur Knechtschaft zu verurtheilen. Am schwersten findet der vorliegende Grundsatz des Kriegsrechts in so fern Eingang, als er das Schicksal der Gefangenen möglichst zu mildern gebiethet. Oft, besonders in dem Kindesalter der Staaten, ist es unmöglich, Milde gegen die Gefangenen mit der Vorsorge für die eigene Sicherheit zu ver-

einigen. Und bleibender, als dieses Verhältniß, sind die Ansichten und Privatinteressen, welche mit ihm zugleich oder aus ihm entstanden. Bey den Völkern des Deutschen Stammes hatte die Gefangenschaft ursprünglich Knechtschaft zur Folge. In späteren Zeiten behielt ein Jeder die Gefangenen, die er gemacht hatte, so lange in seiner Gewahrsam, bis daß sie sich ausgelöst (ranzionirt) hatten. Das Herkommen, daß Gefangene ausgelöst werden mußten, dauerte noch im 16ten und 17ten Jahrhunderte fort; jedoch mit dem Unterschiede, daß die Auslösung Sache der Regierungen wurde. Der Preis der Auslösung wurde durch Verträge, (nach der Verschiedenheit der Dienststufen der Gefangenen verschieden,) übrigens mit dem Vorbehalte der Auswechselung, bestimmt.⁴⁹⁾ Erst im 18ten Jahrhunderte stellte sich das noch bestehende Recht fest, nach welchem Gefangene bis zur Beendigung des Krieges in Verwahrung gehalten werden, damit sie nicht von neuem zu den Waffen greifen. Es wäre zu wünschen, daß man eine Bürgschaft ausfände, welche es unbedenklich machte, alle Gefangene auf ihr Ehrenwort frey zu lassen.

49) Das älteste Kartel wegen Auswechselung der Gefangenen, das bei Dumont (T. VII. P. I. S. 231.) vorkommt, ist vom J. 1673. S. auch dasselbe Werk T. VII. P. I. S. 292. P. II. 270. 310. Ich kann mich erinnern, daß sich Soldaten, welche aus der Gefangenschaft entkommen waren, als »Selbst-ranzionirte« mir vorstellten.

4) Feindesgut, das Privateigenthum ist, steht unter dem Schutze des Völkerrechts; es darf nur ausnahmeweise, nur wenn und in wie fern der Zweck des Krieges nach Zeit und Umständen nicht anders erreichbar ist, angetastet werden. Denn das Privatvermögen der Unterthanen ist nur in so fern ein Bestandtheil der Kriegsmacht der Staaten, als einem jeden Staate die Herrschaft (*imperium*) über das Vermögen seiner Unterthanen zusteht. Ein Heer, das durch Plündern und Verwüsten seine Siege entehrt, vermehrt die Zahl seiner Feinde; es nährt den Krieg durch den Krieg. — Allerdings wird die vorliegende Regel durch die Ausnahmen gefährdet, welche sie in besonderen Fällen zuläßt. Man erinnere sich der Mafsregeln, welche Napoleon gegen den Handel und gegen das Eigenthum der Briten ergriff. Um Großbritannien zum Frieden zu nöthigen, glaubte er den Grundsatz schlechthin verlassen zu müssen und zu dürfen, welcher das Privateigenthum gegen die *occupatio bellica* in Schutz nimmt. Jedoch das Kriegsrecht, dieses künstlich stolze Gebäude des menschlichen Geistes, ist in allen seinen Theilen nur ein Ideal; bey der Darstellung dieses Ideales sind zugleich die Verhältnisse der Zeit und des Orts zu berücksichtigen. Die Hauptsache ist die, die Grundidee dieses Rechts, den friedlichen Zweck der Kriege, festzuhalten. Wenn diese Idee den Einfluß verlöre, den sie seit Jahrhunderten auf das Schicksal der Europäischen Menschheit gehabt hat, (und das sogenannte Kon-

tinentialsystem bedrohte diesen Einfluß,) durch nichts würde der Verlust zu ersetzen seyn.

5) Den Fremden, (den Ausländern,) welche Unterthanen der feindlichen Macht sind, verbleiben billig die Rechte, die ihnen vor dem Kriege, sey es nach den Landesgesetzen oder kraft eines völkerrechtlichen Vertrages,⁵⁰⁾ im Inlande zustanden. Sie können also z. B. die Forderungen, die sie an Inländer zu machen berechtigt sind, nach wie vor bey den Gerichten des Inlandes einklagen; sie bleiben Eigenthümer der Grundstücke, die sie im Inlande besitzen; ihnen sind die Erbschaften auszuantworten, welche ihnen während des Krieges im Inlande eröffnet werden. Dem Staatsrechte nach ist der Krieg blos die Sache der Regierungen. Der Zweck des Krieges gestattet oder fordert, von diesem Grundsatz auch im Kriegsrechte auszugehen. Die Unterthanen des feindlichen Staates sind nicht deswegen, weil sie *de jure* als Feinde betrachtet werden können, sondern nur, wenn und in wie fern sie *de facto* Feinde sind, feindselig zu behandeln.

6) Unterhandlungen unter kriegführenden Mächten haben denselben Anspruch auf völkerrechtlichen Schutz, wie die unter befreundeten Völkern. Z. B. die oben entwickelten Grundsätze des Gesandtschaftsrechts sind auch auf die Gesandten anwendbar, welche kriegführende Mächte an

50) Anderer Meinung ist, was die auf völkerrechtlichen Verträgen beruhenden Rechte betrifft, Merlin in s. *Répertoire de jurispr. m. étranger*.

einander abordnen. Nicht blos zur Wiederherstellung des Friedens, auch zur Milderung der Schrecken des Krieges bahnen gütliche Unterhandlungen den Weg. Es wäre zu wünschen, daß ein Krieg nicht, wie bisher, die Folge in Europa hätte, daß die Partheyen ihre Gesandten gegenseitig abberufen.

Von dem Rechte der Eroberung.⁵¹⁾

Der Besitzstand des Eroberers ist ein widerrechtlicher Besitzstand in dem Sinne, daß die Gegenparthey nur von ihrem guten Rechte Gebrauch macht, wenn sie den Eroberer durch die Gewalt der Waffen wieder aus seinem Besitze setzt oder von ihm bey den Friedensunterhandlungen die Herausgabe des eroberten Landes fordert. Die Eroberung ist für die Gegenparthey sogar ein neuer Grund, die Feindseligkeiten fortzusetzen, ein neuer Grund, Schadenersatz zu fordern. Denn das Urtheil, das eine kriegführende Macht über ihr Recht fällt, ist seinem Wesen nach ein einseitiges Urtheil.

51) *Argumentum arduum, multiplex!* Für Deutschland erhielt diese Lehre — durch den Lüneviller Frieden, durch den Deputationshauptschluss v. J. 1803, durch die Auflösung des Königreichs Westphalen u. s. w. — ein besonderes Interesse. Vgl. Das Recht der Kriegseroberung in Beziehung auf Staatskapitalien. Von Pfeiffer. Kassel 1823. 8. (Hier findet man zugleich die neueren Schriften über das Recht der Eroberung ziemlich vollständig verzeichnet.) Man erschwerte sich die Arbeit durch das Vorurtheil, welches man für die Theorie des Römischen Rechts von der *occupatio bellica* hegte. Wie? diese Theorie dürfte man in das heutige Europäische Völkerrecht hineintragen? Sind die *res hostium res nullius*?

Das ändert nichts an der Sache, daß der Eroberer sein vermeintliches Recht durch die Eroberung in Vollziehung gesetzt hat.

Mit der Eroberung erlischt in Beziehung auf das eroberte Land das Recht, Feindseligkeiten auszuüben. Denn die Nothwehr setzt eine Gegenwehr voraus. (*Parcere subjectis et debellare superbos.*) Dagegen tritt der Eroberer an die Stelle der vertriebenen Regierung. Das fordert die Idee der Ewigkeit des Staates, dessen Bande sonst die Eroberung auflösen würde. Das ist, der Wiederherstellung des Friedens förderlich, dem Kriege gemäß.

Der Eroberer hat die Rechte der vertriebenen Regierung so auszuüben, als ob er das eroberte Land dereinst beym Friedensschlusse dem verfassungsmäßigen Fürsten wieder abzutreten hätte; mit andern Worten, der Eroberer hat das eroberte Land gleich als ein von dem verfassungsmäßigen Fürsten eingesetzter Stellvertreter zu verwalten. (*Est mandataris in rem suam.*) Denn sonst würde die Eroberung die Wiederherstellung des Friedens erschweren, also den Zweck verfehlen, den sie fördern soll. Ueberdies, eine Eroberung ist dem Staatsrechte nach als eine Revolution zu betrachten, welche durch Feindesgewalt gestiftet wird. Aber, wenn es anders eine Rechtsregel giebt, welche für Revolutionen gültig ist, so ist es die, die Gewaltthat möglichst zu beschränken. — Es hat also der Eroberer sich einer jeden Veränderung in der Lan-

desverfassung zu enthalten, die Rechtshandlungen der verfassungsmässigen Regierung, die älter als die Eroberung sind, als gültig anzuerkennen, der Rechtspflege ihren freyen Lauf zu lassen, und überhaupt die Regierung nach den Gesetzen, die zur Zeit der Eroberung bestanden, zu verwalten. Eben so wenig darf er sich die öffentlichen Kunst- oder Büchersammlungen zueignen, die er in dem eroberten Lande findet; denn sie sind nicht Staats- sondern Nationalgut. Allerdings läßt der in Frage stehende Grundsatz in seiner Anwendung auf einzelne Fälle noch manche Zweifel übrig. Erstreckt sich z. B. die Vollmacht des Eroberers so weit, daß er das Land mit Schulden belasten, über die Staatsgüter, wenn sie auch nach den Gesetzen des Landes veräußerlich sind, verfügen darf? Jedoch diese Unvollkommenheit theilt der Grundsatz mit allen denen, welche den Feindseligkeiten gewisse Schranken zu setzen bestimmt sind. — Auf der andern Seite gebührt dem Eroberer, wenn er die Grenzen seines Rechts nicht überschreitet, derselbe Gehorsam von den Einwohnern des eroberten Landes, wie dem verfassungsmässigen Fürsten. Wenn gleichwohl diejenigen unter ihnen gepriesen werden, welche, ihrer gesetzmässigen Regierung treu, gegen den Eroberer aufstehn, so beruht dieses Lob nicht auf der wesentlichen Widerrechtlichkeit der Herrschaft, gegen welche sie sich auflehnen, sondern auf dem rechtlichen Wesen der Unterthanenpflicht überhaupt.

Es darf nicht befremden, wenn gerade die Grundsätze des Kriegsrechts, welche der Gewalt des Eroberers gewisse Grenzen setzen, am häufigsten und am schwersten verletzt werden. Der Aufforderung, welche jene Grundsätze an den Eroberer richten, von einer Gewalt, die einstweilen nur als eine Regentschaft gerechtfertiget werden kann, mit Mäßigung Gebrauch zu machen, steht die Furcht vor der Unsicherheit der Eroberung gegenüber. Hierzu kommen die Bedürfnisse und die Ansprüche des Heeres, welches die Eroberung gemacht hat. Wenn in dem vom Feinde besetzten Lande Aufstände ausbrechen oder zu befürchten sind, tritt oder bleibt das Kriegsgesetz in Kraft. Zuweilen kann der Eroberer über die Raubsucht des eigenen Heeres nur unvollkommen gebiethen. Allemal aber liegt in der Eroberung ein Princip der Zerstörung, welches sich, je weiter die Eroberung fortgesetzt wird, desto mehr entwickelt. Den besten Kommentar zu allen diesen Sätzen enthält die Geschichte der Eroberungskriege, welche Frankreich seit den Zeiten seiner Revolution geführt hat. ⁵²⁾ Jedoch liegen in der Geschichte dieser Kriege nicht blos Warnungen vor dem Mißbrauche

52) Es ist die Bemerkung gemacht worden, daß das Mißtraun, welches man in die Beständigkeit der Macht Napoleons setzte, einen nicht geringen Einfluß auf die Handlungsweise seiner Feldhauptleute in den eroberten Länder hatte. — Ist es rathsam, die Beamten abuberufen, wenn der Feind ins Land eindringt? S. die Denkschriften des Herzogs von Rovigo.

des Eroberungsrechts, sondern auch Belehrungen über die gehörige Ausübung dieses Rechts. So sind z. B. die Fortschritte, welche die Kunst, ein erobertes Land zu verwalten, gemacht hat, zugleich ein Gewinn für das Kriegerrecht. So schwer auch die Lasten waren, welche Frankreich den deutschen Staaten auferlegte, so ist doch der Zustand, in welchen Deutschland durch jene Kriege versetzt wurde, nicht mit dem zu vergleichen, in welchem es z. B. durch den dreyßigjährigen Krieg versetzt wurde. Man hatte gelernt, die Kriegslasten gleicher und regelmässiger zu vertheilen.

Die Frage, wie weit sich das Recht der Eroberung erstrecke, hat nicht blos ein völkerrechtliches, sondern eben so wohl ein staatsrechtliches Interesse. Denn sie steht in einer wesentlichen Verbindung mit der Frage: Behalten die Regierungshandlungen des Eroberers ihre Gültigkeit, wenn die verfassungsmässige Regierung, sey es durch die Gewalt der Waffen oder dereinst im Friedensschlusse, wieder eingesetzt wird? Hat also diese Regierung z. B. die Schulden zu bezahlen, mit welchen der Eroberer das Land belastet hat, oder die Staatsgüter, welche der Eroberer veräußert hat, den Käufern oder den von ihm Beschenkten und deren Rechtsnachfolgern zu lassen?

Wenn oder in wie fern nun der Eroberer bey der Verwaltung des Landes die Grenzen seines Rechts nicht überschritten hat, sind die von ihm ausgegangenen Regierungshandlungen von der wie-

dereingesetzten verfassungsmässigen Regierung un-
 streitig aufrecht zu erhalten. Denn alsdann oder
 in so fern ist anzunehmen, daß der Eroberer in
 Auftrag oder mit Zustimmung dieser Regierung ge-
 handelt habe, da keine Regierung wollen kann und
 darf, daß das Volk oder ein Theil desselben der
 Anarchie Preiss gegeben werde. — Wie aber,
 wenn der Eroberer jene Grenzen überschritten hat?
 Von Einigen wird, auch was diesen Fall betrifft,
 die fortdauernde Gültigkeit der Regierungshand-
 lungen des Eroberers behauptet; ⁵³⁾ in dem Sinne
 nämlich, daß die wiedereingesetzte verfassungs-
 mässige Regierung diese Handlungen nur mit Vor-
 behalt der kraft derselben erworbenen Rechte (nur
salvo jure singulorum) oder wenigstens nur mit
 Vorbehalt des für den Verlust dieser Rechte zu lei-
 stenden Ersatzes widerrufen dürfe. Die Verthei-
 diger dieser Meinung berufen sich auf die Ewigkeit
 des Staates, auf den Grundsatz, daß Machtvoll-
 kommenheit ohne Macht ein Widerspruch sey,
 auf das Recht, welches einer jeden Regierung und
 mithin auch dem Eroberer zustehe, in außeror-
 dentlichen Zeiten außerordentliche Mafsregeln zu
 ergreifen. Die richtigere Meinung dürfte jedoch
 die seyn, daß man zur Beurtheilung dieses Falles
 die Grundsätze anzuwenden habe, welche von Re-
 volutionen und namentlich von der Beendigung

53) Ich selbst habe mich ehemals zu dieser Meinung
 bekannt; in der Schrift: Ueber die verbindende Kraft der
 Regierungshandlungen des Eroberers. Heidelb. 1816. 8.

einer Revolution durch die Wiedereinsetzung der vormaligen Regierung gelten. Denn der Zustand, in welchen das eroberte Land durch den Mißbrauch des Eroberungsrechtes versetzt wurde, war in der That ein revolutionärer Zustand. Dieses vorausgesetzt, kann man die vorliegende Frage weder unbedingt bejahen noch unbedingt verneinen. Sondern Alles hängt von Zeit und Umständen ab; von der objectiven Beschaffenheit und Verschiedenheit der Regierungshandlungen, von dem guten oder dem bösen Glauben der Betheiligten, ob der Eroberer längere oder kürzere Zeit in dem Besitze des Landes gewesen ist u. s. w. Nur so viel läßt sich im allgemeinen behaupten, daß die verfassungsmäßige Regierung geneigter seyn sollte, die Rechtshandlungen des Eroberers bey Kräften zu erhalten, als sie zu entkräften. Denn wird nicht eine Revolution am besten durch eine Amnestie beendigt? Und ist nicht zu fürchten, daß der Eroberer die Einwohner des eroberten Landes desto härter anstrengen werde, wenn sein Recht auf die Zeitdauer seines Besitzes beschränkt ist? Wie aber auch das Erdurtheil der Regierung ausfalle, allemal ist es eine Ungerechtigkeit, wenn diejenigen, welche an die Handlungen des Eroberers Theil genommen haben, mit einer Strafe belegt werden. Die äußerste Mafsregel, welche gegen sie ergriffen werden mag, ist der Befehl, das Land zu räumen.

Wenn man erwägt, wie schwer es bey der vorliegenden Aufgabe ist, die Scheidlinie zwischen Recht und Unrecht zu ziehn oder zu erkennen, oder wie leicht ein gerechter Unwille zur Ueberschreitung dieser Scheidlinie verleiten kann, so wird man zu dem Wunsche veranlaßt, daß ein jeder Friedensschluss zugleich die Privatinteressen sorgfältig wahren mögte, welche durch die während des Krieges gemachten Eroberungen oder sonst durch die Bedingungen des Friedens gefährdet seyn können. Muster einer solchen Vorsorge sind der Westphälische Friede und der Deputationshauptschluss vom Jahre 1803.

Wenn das eroberte Land dem Eroberer (z. B. zu Folge des Friedensschlusses) verbleibt, so ist die Gewalt des neuen Herrschers, abgesehen von den Verbindlichkeiten, welche er in dem Friedensschlusse übernommen haben kann, schlecht-hin nach den Grundsätzen des Staatsrechts zu beurtheilen.

Von dem Seekriege.

Auf einem andern Schauplatze wird der Landkrieg, auf einem andern der Seekrieg geführt. Aber das Kriegerrecht ist für beide Arten des Krieges dasselbe.

Kein Zweifel also, daß in einem Seekriege die Kriegsschiffe des Feindes feindlich behandelt werden dürfen. Sie sind schwimmende Festungen. Auch das läßt sich vertheidigen, daß alle die

Schiffe und Schiffsladungen, welche der feindlichen Regierung gehören, (abgesehn einstweilen von dem Schutze, welchen die neutrale Flagge dem Feindesgute gewähren kann,) für gute Beute erklärt werden dürfen. Weit schwieriger ist die Aufgabe, ob sich das Recht Beute zu machen, (das *jus occupationis bellicae*,) auch auf die feindlichen Schiffe und Schiffsladungen erstrecke, welche Privateigenthum sind. Denn einerseits kann man fragen: Wenn im Landkriege Rauben und Plündern widerrechtlich ist, wie könnte es im Seekriege für erlaubt erachtet werden? Auf der andern Seite aber kann man behaupten, daß in einem Seekriege alle Schiffe des Feindes mit demselben Rechte in Besitz genommen werden können, mit welchem in einem Landkriege das Gebieth des Feindes besetzt werden darf. Denn die feindlichen Schiffe sind Theile des feindlichen Gebiethes, gleichsam schwimmende Inseln. Und wenn schon dieser Grund nur so weit geht, daß er die feindlichen Schiffe, welche Privateigenthum sind, in Beschlag zu nehmen gestattet, nicht aber so weit, daß kraft desselben diese Schiffe oder deren Ladungen für gute Beute erklärt werden dürften, so ist doch mit dieser Beschränkung des Beuterechts für die Freyheit und Sicherheit des Seehandels der kriegführenden Mächte wenig oder nichts gewonnen. Jedoch auch angenommen, daß sich das Recht, Beute zu machen, an sich nicht auf Kauffartheschiffe und Kaufmannsgut erstrecke, (und allerdings scheint

diese Meinung den standhafteren Grund für sich zu haben,) ist nicht, wie sich die Verhältnisse in der Erfahrung gestalten, die Störung des Seehandels, den das feindliche Volk treibt, das beste und zuweilen selbst das einzige Mittel, den Feind zum Frieden zu nöthigen? oder findet die friedliche Lehre der neueren Theorie der Staatswirthschaft — daß kein Volk den Wohlstand anderer Völker beeinträchtigen könne, ohne dem eigenen verhältnißmäßig zu schaden, — auch hier ihre Anwendung? Endlich, die vorliegende Aufgabe kann und darf nicht vereinzelt in Betrachtung gezogen werden; sie steht, wenigstens in Europa, mit den Rechten der neutralen Flagge in einer wesentlichen Verbindung. Wenn der neutralen Flagge Achtung gebührt, und wenn sich die neutrale Flagge diese Achtung zu verschaffen vermag, so lohnt es kaum der Mühe, oder so ist es sogar augenscheinlicher Nachtheil, den Seehandel des Feindes zu beeinträchtigen.⁵⁴⁾ Verfolgt man diese Betrachtungen weiter und in ihrem gegenseitigen Zusammenhange, so wird man eben so leicht das an sich Richtigere und Bessere, als die Gründe, mit welchen sich der Plan, den Seehandel des Feindes zu vernich-

54) Daher halten die Mafsregeln, welche eine kriegführende Macht gegen den Seehandel des Feindes, und die, welche sie gegen die neutrale Flagge ergreift, fast immer gleichen Schritt. So war es z. B. in den Zeiten des Continentalsystems.

ten, vertheidigen oder beschönigen läßt, entdecken können.

In Europa war einst im Mittelalter der Seehandel so wenig gesichert, daß bey mehreren Völkern die Seeräuberey, (wenn anders dieses Wort hier an seiner Stelle ist,) für ein erlaubtes, ja für ein ehrenvolles Gewerbe gehalten wurde. Ins besondere machten sich die Bewohner der Länder an der Ost- und an der Nordsee durch ihre Unternehmungen zur See berühmt und gefürchtet. Es war in diesen Ländern sogar Sitte, daß die jüngeren Brüder der Landesfürsten als Seekönige (Vikings) auftraten, d. i. mit einer Anzahl bewaffneter Schiffe, gleichsam ihrer Ausstattung, ihr Glück durch Beute oder Eroberung zu machen suchten. Nur nach und nach gieng das Europäische Seerecht aus diesem Zustande der Rechtlosigkeit hervor. Verträge, welche bald diese bald andere Seemächte mit einander abschlossen, erklärten es gegenseitig für widerrechtlich, den Unterthanen die Ausrüstung von Kriegsschiffen in Friedenszeiten zu gestatten.⁵⁵⁾ Und endlich wurde diese Regel gemeines Recht. — Jedoch im übrigen behielt man das alte Raubsystem, wenn auch unter einer etwas veränderten Gestalt, bey. So wie es sich von selbst zu verstehn schien, daß die vom Staate ausgerüsteten

55) Eine große Anzahl solcher Verträge findet man bey Dumont. (Z. B. T. I. P. II. p. 222. T. II. P. I. 359.) Sie bezeugen am besten die Unsicherheit des Seehandels im Mittelalter. Vgl. auch die Geschichte der Hanse von Sartorius.

Kriegsschiffe die Kauffahrer des Feindes aufbringen könnten, so blieb es in Kriegszeiten auch den Unterthanen der einen und der andern Parthey nach wie vor gestattet, auf ihre Gefahr Kaper auszurüsten, mit dem einzigen Unterschiede, daß diese Kaper, um unter dem Schutze des Kriegsrechtes zu stehn, von ihrer Regierung mit einer Vollmacht versehen, (zur Seeräuberey gleichsam legitimirt) seyn mußten. Und dieser Zustand der Dinge, eine Folge von dem Handelsneide, welcher die Europäischen Mächte seit Jahrhunderten entzweyt, dauert auch jetzt noch fort; ⁵⁶⁾ denn einzig in seiner Art und fast nur als ein Muster steht der Vertrag da, durch welchen im Jahre 1785 Preussen und die vereinigten Staaten von Nordamerika mit einander übereingekommen sind, daß in dem Falle eines unter ihnen ausbrechenden Krieges die Handelsschiffe beyder Theile wechselseitig unangetastet bleiben sollen. Ja die Kunst des Handelsneides hat in den neueren Zeiten sogar neue Fortschritte gemacht. Die Blüthe oder die Frucht dieser Kunst war das Kontinentalsystem, ein System, welches indem es die Gebräuche des Seekrieges auf den Landkrieg übertrug, die Widerrechtlichkeit dieser

56) In der Geschichte des Europäischen Seerechts ist das Verhältniß der christlichen Europäischen Völker zu den sogenannten Raubstaaten in Nordafrika von besonderem Interesse. Sie sind Raubstaaten, weil sie als Raubstaaten behandelt worden sind. Der Maltheserorden war ein Unglück für Europa.

Gebräuche noch mehr ins Licht gestellt hat.⁵⁷⁾ Jedoch das Aeufserste ist zugleich das Ende. Aus dem Kontinentalsysteme entwickelte sich die Mafsregel der Lizenzen d. i. es wurde von den kriegführenden Mächten; von Großbritannien und Frankreich, bestimmten Schiffen der Handel für Waaren von einer bestimmten Qualität und Quantität wechselseitig frey gegeben. Lag aber nicht in diesem Verfahren eine wenn auch nur beschränkte Anerkennung des Grundsatzes, dafs das Recht, Beute zu machen, nicht auf die Kauffahrer der kriegführenden Mächte ausgedehnt werden sollte? Es ist nur noch ein Schritt zu thun, und man ist am Ziele; man braucht nur die Ausnahme zur Regel und die Regel zur Ausnahme zu machen.

Der Seekrieg kann die eigenthümliche Gestalt annehmen, dafs er von Schiffen und gegen Schiffe, die keinem Volke angehören, — von See-

57) Das Kontinentalsystem war in der That theils eine strenge Durchführung theils eine Generalisirung des früheren Seerechts. — Es ist hier nicht der Ort, die Fehlschlüsse aufzudecken, welche diesem Systeme zum Grunde lagen. Nur eine Bemerkung! Es war den Britischen Handlungshäusern leichter, Waaren in das Festland einzuschwärzen, als Waaren von dem Festlande zu beziehn. Es war daher das Interesse des Britischen Handelsstandes, alle die Mafsregeln der Britischen Regierung zu unterstützen, welche diese Regierung nöthigten, Ausgaben auf dem Festlande zu machen. Denn so wurde das Festland in den Stand gesetzt, die Waaren, die es aus Großbritannien bezog, zu bezahlen. Richtig berechnet war das System vielleicht nur in so fern, als es dem Lebensprincipe des Handels, der Redlichkeit und Treue den Tod drohte.

räubern und gegen Seeräuber — geführt wird. ⁵⁸⁾ Daß Seeräuber nach der ganzen Strenge des Kriegesrechts verfolgt, daß ihre Schiffe aufgebracht und nöthigenfalls zerstört werden dürfen, ist keinem Zweifel unterworfen. Aber das Seerecht der Europäischen Staaten geht weiter; es gestattet und gebiethet, die Seeräuber, welche zu Gefangenen gemacht worden sind, als Verbrecher zu bestrafen. Läßt sich das rechtfertigen? Wenn ein Schiff als eine schwimmende Insel zu betrachten ist, so ist ein auf der See segelndes Schiff, das keinem Volke angehört, für sich ein Land, die Besatzung für sich ein Volk. Die Antwort ist die: Die Seeräuberey ist schon kraft eines Nothrechtes ein Verbrechen. Ueberdies, wenn in irgend einem Falle die Idee eines Völkerstaates auf die Handlungsweise der Völker Einfluß haben darf und soll, so ist es in dem vorliegenden. Zu Folge dieser Idee aber ist das Weltmeer die Straßse der Völker, der Seeräuber ein Straßsenräuber.

Von dem Rechte der Neutralität.

Wenn zwey oder mehrere Mächte einander bekriegen, so steht es einer jeden dritten Macht frey,

58) Vgl. das in Frankreich erschienene Gesetz v. 10. April 1825; eins der neuesten Gesetze über die Seeräuberey. Eine scharfsinnige Kritik dieses Gesetzes, (welche sich besonders über den Begriff der Seeräuberey verbreitet,) findet man in der Zeitschrift: *Revue Francaise*. (Par. chez Sautetet.)

entweder der einen oder der andern Parthey Beystand zu leisten, oder aber neutral — keinseitig — zu bleiben. Denn es ist rechtlich erlaubt, nicht aber rechtlich gebothen, demjenigen beyzustehn, welcher im Zustande der Nothwehr ist.

Ein Krieg läßt die Rechtsverhältnisse der Völker, welche an demselben nicht Theil nehmen, sowohl die Verhältnisse, in welchen diese Völker gegenseitig, als die, in welchen sie zu den kriegführenden Mächten stehn, von rechtswegen unverändert. Was geht eine Partheysache dritten Personen an? und hätten die kriegführenden Mächte ihren Streit nicht durch einen Vergleich beylegen sollen? Auch das macht keinen Unterschied, wenn das, was eine neutrale Macht kraft ihrer Rechte thut oder zu thun sich weigert, der einen der kriegführenden Partheyen Vorthail, der andern Nachtheil bringt, oder wenn die neutrale Macht bey der Ausübung ihrer Rechte die eine jener Partheyen vor der andern begünstiget. *Qui jure suo utitur, nemini injuriam facit.* Z. B. die neutralen Mächte sind berechtigt, den Kriegführenden nach wie vor alle und jede Waaren zuzuführen, selbst Kriegsbedürfnisse nicht ausgenommen, sollte auch durch diesen Handelsverkehr die eine der kriegführenden Partheyen mehr, als die andere, in den Stand gesetzt werden, den Krieg mit Erfolg fortzusetzen. Sogar das ist an sich nicht neutralitätswidrig, wenn eine neutrale Macht ihren Unterthanen den Handel mit der einen der kriegführenden Partheyen frey-

läßt, den mit der andern aber ihnen untersagt. Und eben so kann eine neutrale Macht, ohne die Neutralität zu verletzen, dem Heere der einen Parthey den Durchzug durch ihr Gebieth gestatten, dem der andern aber ihn versagen. Dagegen können die kriegführenden Mächte für die Güter und Waaren, die sie auf neutralem Gebiete besitzen, oder die ihnen auf neutralen Schiffen gehören, den Schutz der neutralen Macht fortdauernd in Anspruch nehmen.

Wie kommt es nun, daß gleichwohl, und namentlich nur in Europa, diese Grundsätze des Neutralitätsrechts von den kriegführenden Mächten so oft verkannt oder verletzt werden?

Die eine Ursache ist die, daß, wenn eine neutrale Macht die eine der kriegführenden Mächte begünstigt, die andere aus dieser Begünstigung den Schluß ziehen kann, und fast unausbleiblich ziehen wird, daß die neutrale Macht feindselige Absichten gegen sie hege. Ihr durch offene oder geheime Feindseligkeiten zuvorkommen, wird unter diesen Umständen für rechtmäßig erachtet. Jedoch können die neutralen Mächte die Gefahr, welche ihrer Neutralität von dieser Seite droht, dadurch beseitigen oder vermindern, daß sie sich einer jeden Begünstigung der einen kriegführenden Parthey vor der andern enthalten. Allerdings liegt in dieser Maxime schon eine Beschränkung der Neutralitätsrechte. Aber so dringend ist das Opfer, daß das, was an sich nur der Klugheit gemäß ist,

als ein Recht von den kriegführenden Mächten angesprochen und von den neutralen anerkannt zu werden pflegt. Es wird daher z. B. bey einem Landkriege für eine Regel des Neutralitätsrechtes gehalten, den Durchzug durch das neutrale Gebieth den Heeren beyder Partheyen entweder zu verstatten oder zu versagen.

Die andere Ursache, die Hauptursache, ist die, daß in sehr vielen Fällen die Rechte der neutralen Mächte mit dem Rechte der Kriegführenden, Feindseligkeiten gegen einander auszuüben, und so die Wiederherstellung des Friedens zu erzwingen, zu Folge der in der Erfahrung bestehenden Verhältnisse, unvereinbar sind, daß also ein Nothstand eintritt, ein aus tatsächlichen Umständen entstehender Widerspruch zwischen zweyen an sich in gleichem Grade gültigen Rechten. So hat z. B. der Krieg auf die Handelsverhältnisse zwischen den neutralen und den kriegführenden Mächten von Rechtswegen keinen Einfluß. Wie aber, wenn die neutralen Mächte einem Orte oder Hafen, welcher bloquirt ist, Lebensmittel zuführen wollten? oder wenn die Waaren, welche der Feind aus dem neutralen Lande bezieht, Kriegsbedürfnisse sind? besonders wenn der Feind diese Kriegsbedürfnisse nur aus dem Auslande beziehen kann? Auf der andern Seite, wie weit läßt sich das Recht der Blockade erstrecken? wie sehr läßt sich der Begriff der »konterbanden« Waaren ausdehnen? Bemerkenswerth ist, daß

Vorfälle dieser Art am häufigsten in Seekriegen vorkommen. Diese Kriege theilen den Rechtsverhältnissen der Völker die Zweydeutigkeit des Elementes mit, auf welchen sie geführt werden.

Es würde ein vergebliches Unterfangen seyn, wenn man die Streitfragen dieser Art nach Rechtsgrundsätzen entscheiden wollte. Das Recht ist allemal auf Seiten dessen, welcher zuletzt spricht. Nur von einem billigen Vergleiche kann die Rede seyn. Die kriegführenden Mächte müssen von ihren Rechten etwas nachlassen, und eben so die neutralen Mächte von den ihrigen. Einen Vergleich dieser Art sollte für den Seekrieg das System der bewaffneten Neutralität herbeyführen. Jedoch in den Kriegen, welche im Gefolge der Französischen Revolution waren, ist dieses System fast in Vergessenheit gerathen.⁵⁹⁾ Wären aber auch nicht so außerordentliche Zeiten gefolgt, dennoch würde es schwerlich Wurzel geschlagen haben. So lange es für erlaubt erachtet wird, die Handelsschiffe des Feindes aufzubringen, wird auch die neutrale Flagge, wenigstens von derjenigen Macht, welche im Kriege das Uebergewicht hat, angefeindet werden. Jenes System war nur gegen einige Symptome und nicht gegen die Ursache des Uebels gerichtet.

59) Ueber die Schicksale dieses Systemes während dieser Kriege vgl. die Schrift: *De principiis foederis, quod dicitur neutralitas armata.* Auct. van de Poll. Leyden, 1821. 4.

Die Rechtmäßigkeit des Krieges aus dem
Standpunkte des Staatsrechts
betrachtet.

Wie auch die Frage, auf welcher Seite in einem Kriege das Recht sey, von dem Standpunkte des Völkerrechtes aus zu entscheiden seyn möge, sowohl die Unterthanen der einen als die der andern kriegführenden Macht sind als solche verpflichtet und berechtigt, die Sache ihres Staates als die gerechte, die des Feindes als die ungerechte Sache zu betrachten. Die Unterthanen bindet und ihnen genügt das Urtheil des Staatsherrschers.

Hieraus folgt z. B. Den Kriegsgefangenen verbleiben in dem Staate, welchem sie angehören, alle die Rechte, welche ihnen nach den Gesetzen dieses Staates vor der Gefangenschaft zustanden. Sie können, auch während sie in der Gefangenschaft sind, Erwerbungen machen oder über ihr Vermögen Verfügungen treffen. — Hat der Feind Beute gemacht und wird ihm die Beute wieder abgenommen, so sind die dem Feinde wieder entrungenen Sachen den rechtmäßigen Eigenthümern kraft Gesetzes auszuantworten. — Wie könnte eine widerrechtliche Gefangenschaft dem Stande des Gefangenen, eine widerrechtliche Entsetzung aus dem Besitze dem Rechte des Eigenthümers Eintrag thun? ⁶⁰⁾

60) Das *jus postliminii* der Römer beruhte also auf einer irrigen Voraussetzung. — Sehr hart ist das in einigen Euro-

Der Schade und Verlust, welchen die Unterthanen durch Feindesgewalt erlitten haben, ist dem Staatsrechte nach als eine ihnen von ihrer verfassungsmässigen Regierung (vorläufig) auferlegte Last zu beurtheilen. Denn die Unterthanen haben diesen Schaden und Verlust nicht als Einzelne, sondern als Mitglieder der Volksgemeinde und als Unterthanen des Staatsherrschers, welcher den Krieg führte, erlitten. Indem der Staatsherrscher den Krieg beschloß, setzte er die Unterthanen unmittelbar den Wechselfällen des Krieges aus, legte er ihnen unmittelbar die Verbindlichkeit auf, sich diesen Wechselfällen zu unterwerfen. Es ist also jener Schade und Verlust seinem Wesen nach eine öffentliche Last; er ist ein Aufwand oder ein Opfer, zu welchem der Staatsherrscher seine Unterthanen genöthiget hat. Allerdings begründet dieser Schade und Verlust zugleich das Recht, von dem Feinde Ersatz zu fordern. Aber die Sache der Regierung ist es, dieses Recht geltend zu machen; dieses geschehe oder geschehe nicht, die Rechte der Unterthanen bleiben immer dieselben; in Beziehung auf die Unterthanen ist die Ersatzleistung eine innere Angelegenheit. — Wenn aber der Schade und Verlust, welchen die Unterthanen durch Feindesgewalt er-

päischen Heeren bestehende Gesetz, nach welchem den Officiern bey dem Dienstalter (und daher bey dem Hinaufrücken nach dem Dienstalter) die Jahre der Gefangenschaft nicht mitgezählt werden. Auch noch einige andere schwer zu rechtfertigende Ausnahmen von den im Texte aufgestellten Grundsätzen kommen in den Gesetzen der Europäischen Staaten vor.

leiden, gleich als eine ihnen von ihrer Regierung auferlegte Last dem Rechte nach zu beurtheilen ist, so folgt, dafs man die Grundsätze, welche von der Vertheilung der öffentlichen Lasten überhaupt gelten, auch auf die Vergütung oder Ausgleichung der Kriegsschäden anzuwenden habe. Daher sind z. B. die einzelnen Unterthanen, welche durch eine Gewaltthat des Feindes einen Schaden oder Verlust an ihrem Vermögen erlitten haben, ganz so zu entschädigen, als ob die Regierung des gemeinen Bestens wegen das Opfer von ihnen in Friedenszeiten verlangt hätte. Denjenigen also, welche im Heerdienste durch Wunden oder sonst aufser Stand gesetzt worden sind, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, gebührt ein ihren Bedürfnissen angemessener Jahresgehalt oder eine andere Entschädigung, nicht als eine Belohnung, sondern als eine Schuld. Wenn der Feind gewissen Ortschaften oder einem gewissen Bezirke des Landes eine Abgabe oder eine Lieferung auferlegt hat, so ist die Abgabe oder die Lieferung, bey der Ausgleichung der Kriegsschäden, als ein von den Einwohnern dieser Ortschaften geleisteter Vorschufs oder als ein bey ihnen aufgenommenes Staatsanlehn zu behandeln. Ein von dem Feinde besetzter Landestheil ist in dieser Beziehung fortdauernd als ein Theil des Ganzen zu betrachten. Allerdings können dem strengen Rechte nach diejenigen nicht auf Entschädigung Anspruch machen, welchen wegen des Schadens, den sie von dem Feinde erlitten ha-

ben, eine Schuld beygemessen werden kann. Auch darüber kann gestritten werden, ob für Gewaltthaten, welche von einzelnen Feinden gegen die Kriegsgesetze ihres Staates verübt worden sind, nicht blos die Urheber haften. Jedoch nur in seltenen Fällen ist es der Billigkeit gemäfs, die eine oder die andere Beschränkung der Regel zu berücksichtigen. — Bey allen dem bleibt die Ausgleichung der Kriegsschäden fast immer nur ein frommer Wunsch. Darauf hat man hinzuarbeiten, dafs die Lasten, welche der Feind dem Lande auferlegt, — und dafs eben so die Kriegsleistungen, welche die Regierung von ihren Unterthanen fordert, — gleich anfangs gehörig vertheilt oder sofort ausgeglichen werden. Vergehen Jahre, ehe man zu dem Ausgleichungsgeschäfte schreitet, so verwundet oder entzweyt man so viele Privatinteressen, so ist die Herbeyschaffung und die Prüfung der Beweismittel so vielen Schwierigkeiten unterworfen, dafs das Heilmittel nur ein neues Uebel ist. Dann bleibt dem Staate nur das übrig, gerecht im Grofsen zu seyn d. i. den Ortschaften oder Gegenden des Landes, welche durch den Krieg besonders gelitten haben, durch eine auferordentliche Unterstützung zu Hülfe zu kommen. ⁶¹⁾

61) Die älteren Rechtsgelehrten wendeten auf die Kriegslasten und Schäden die Rechtsregel an: *Casum sentit dominus*. Wen der Schade trifft, dem bleibt er. Die Unbilligkeit dieser Meinung erkennend heurtheilte man sodann die Kriegsschäden nach der *lex Rhodia de jactu*. Endlich erklärte sich

Die Kriegslasten, welche die Regierung den Unterthanen auferlegt, die Opfer, welche sie von einzelnen Unterthanen in Kriegszeiten fordert, sind schlechthin nach denselben Rechtsgrundsätzen, wie andere öffentliche Lasten und Opfer, zu beurtheilen. Krieg und Frieden machen in den Rechtspflichten und in den Rechten der Unterthanen keinen Unterschied. Das Heer verbündeter Staaten ist in Beziehung auf die vorliegende Aufgabe als das Heer desjenigen Bundesgenossen zu betrachten, in dessen Gebiete es steht. Ein Bündniss und ein jeder andere Vertrag, welchen Völker mit einander abschliessen, ist für die Unterthanen einer jeden einzelnen Parthey in der Eigenschaft einer Regie-

die Mehrzahl der Schriftsteller für den im Texte aufgestellten Hauptsatz, ohne jedoch in den Gründen, auf welchen sie diesen Satz bauten, mit einander übereinzustimmen. (So gründen z. B. Einige die Verbindlichkeit des Staates zur Ausgleichung der Kriegslasten und Schäden darauf, dass der Staat die Feindesgewalt von seinen Unterthanen hätte abwenden sollen.) Die große Zahl der Schriften, welche in Deutschland über diese Aufgabe erschienen sind, ist ein Denkmal unserer Vergangenheit. Hauptschriften: Winkler von den Kriegsschäden. Lpz. 1762. 8. Bodmann: Erörterung der Grundsätze, nach welchen Kriegsschäden festzustellen, zu erstatten und zu peräquiren sind. Frkf. 1798. 8. Weber über die Repartition der Kriegsschäden. 2te Aufl. Hannov. 1809. 8. Haus Beiträge zur Berichtigung der rechtlichen Grundsätze über den Ersatz und die Vertheilung der Kriegsschäden. Nürnberg. 1801. 8. Eichmann: Der Kriegsschadenersatz nach Grundsätzen des Civilrechts. Altenb. 1803. 8. Ueber das Princip der Lehre vom Ersatze der Kriegsschäden. Frkf. 1808. 8. Vergl. auch die Verhandl. des Landtages des GH. Baden von den J. 1822. 1823.

runghandlung und nur in dieser Eigenschaft verpflichtend.

Die Kriegswissenschaft und die Kriegskunst.

Die Kriegswissenschaft und die Kriegskunst sollten auch in den heutigen Europäischen Staaten, (wie einst bey den Griechen und bey den Römern,) in den Kreis derjenigen Wissenschaften und Kenntnisse eingeschlossen seyn, welche sich ein Jeder, der sich für den Staatsdienst bestimmt, zu erwerben hat. Denn dem Interesse der Landesvertheidigung ist nöthigenfalls ein jedes andere Staatsinteresse unterzuordnen. Den Männern vom Fache bliebe dennoch ihr Reich. ⁶²⁾

Zum Kriegführen bedarf es vor allen Dingen eines Heeres. Die Grund- und Hauptaufgaben der Kriegsverwaltung sind daher die: Welchen Individuen ist die Vertheidigung des Landes anzuvertrauen oder aufzuerlegen? wie ist das Heer einzüben? zu organisiren? der Kriegszucht zu unterwerfen? — Nach dem einstimmigen Urtheile der Sachkenner hat ein stehendes Heer, weil es eingeübter und an das Gehorchen gewöhnter und selbstständhafter ist, sowohl an sich als in den heutigen Europäischen Staaten den Vorzug vor einem Heere,

62) Denen, welche sich nur eine allgemeine Kenntniss von den Kriegswissenschaften erwerben wollen, kann folgende Schrift empfohlen werden: System der Kriegswissenschaften und ihrer Literatur. Von Krug. Lpz. 1815. 8.

welches, so wie es noth thut, aufgebothen wird.⁶³⁾ Jedoch hat man es in mehr als einer Hinsicht zweckmässig gefunden, mit dem stehenden Heere eine Landwehr zu verbinden, welche, indem sie durch die Mannschaft, welche aus dem stehenden Heere nach Ablauf der gesetzlichen Dienstjahre austritt, gebildet, auch von Zeit zu Zeit in den Waffen geübt wird, dem stehenden Heere verwandt ist.⁶⁴⁾ Der Landsturm hat sich nur in ausserordentlichen Fällen oder in Gegenden, welche für den kleinen Krieg besonders günstig gestaltet waren, bewährt. Die an sich vollkommenste Art, das stehende Heer (und die Landwehr) zu ergänzen, ist das Konskriptionssystem, das System, nach welchem die gesamte waffenfähige Mannschaft des Landes kriegsdienstpflichtig ist, die Reihenfolge des Entretens in den Dienst durch das Alter und, bedingungsweise, durch das Loos bestimmt wird. Dem Konskriptionssysteme gebührt jenes Lob, theils weil es,

63) *An inquiry into the present state of the military force of the British Empire. By A. T. Wilson. Lond. 1804. 4.* S. auch v. Rotteck über stehende Heere und Nationalmiliz. Freyburg 1816. 8. — Doch ist es eine noch unentschiedene Frage, ob nicht Europa, ungeachtet seiner stehenden Heere etc. noch immer die kriegerischen Völker des mittleren Asiens zu fürchten habe. Vgl. Gibbon T. VI. zu Ende.

64) Das Preussische Bewaffnungssystem. Eine ähnliche Einrichtung soll in Frankreich, auch in Bayern getroffen werden. — Karl VII., König von Frankreich, wird als der Europäische Fürst genannt, welcher zuerst ein stehendes Heer unterhielt.

unter der Voraussetzung, daß die freywillige Werbung nicht zur Ergänzung des Heeres hinreicht, das gerechtere ist,⁶⁵⁾ theils weil es vergleichungsweise die zum Kriege tauglichste Mannschaft unter die Waffen stellt, theils weil es dem Heere die Eigenschaft und den Charakter eines Nationalheeres giebt.⁶⁶⁾ Jedoch, wie man auch über den Werth aller dieser Einrichtungen und Mafsregeln urtheile, — und allerdings haben sie auch ihre Schattenseite, z. B. in so fern, als sie, die Massen vermehrend, mit welchen gekämpft wird, zu Invasionskriegen reizen oder nöthigen, und so Europa mit neuen Erschütterungen bedrohn,⁶⁷⁾ — es ist den Europäischen Staaten nicht vergönnt, in der Anstrengung ihrer Kriegsmacht Rückschritte zu machen oder nicht gleichen Schritt mit einander zu halten. — Ueber die Regeln, nach welchen das Heer einzuüben ist, steht allein den Männern vom

65) Befreyungen irgend einer Art sind mit dem Geiste dieses Systemes unvereinbar. Jedoch, die Erlaubniß, einen Mann für sich einzustellen, ist nicht eine Befreyung. — Aber darauf könnte man und darauf sollte man wohl Bedacht nehmen, diejenigen Familien zu entschädigen, welche durch die Konskription ihre Stütze verlieren.

66) Der Mißbrauch, welcher in Frankreich von der Konskription gemacht wurde, ist keine Einwendung gegen das System. Die Briten ergänzen ihr Landheer durch freywillige Werbung. Aber das Pressen der Matrosen ist eine weit härtere Mafsregel, als die Konskription.

67) Vergl. v. Ochs: Betrachtungen über die neuere Kriegskunst, über ihre Fortschritte und Veränderungen und über die wahrscheinlichen Folgen, welche für die Zukunft daraus entstehen werden. Frkf. u. Lpz. 1817. 8.

Fache ein Urtheil zu. Doch haben diese Männer nicht den Zusammenhang zu übersehn, in welchem die Bewaffnung und die Einübung des Heeres mit den Sitten und dem Charakter des Volkes steht, von dem es gestellt wird. Das Europäische Kriegswesen ist auch in dieser Berechnung eine Frucht der Europäischen Civilisation. In dem vor kurzem beendigten Kriege zwischen Rußland und Persien soll dem jetzigen Schach von Persien von einem alten Diener die Bemerkung gemacht worden seyn, daß er den Feind mit besserem Erfolg bekämpft haben würde, wenn er ihn, nach dem Beyspiele seines Vaters, mit der Persischen Reiterey auf den wirklich besetzten Boden beschränkt hätte. — Dagegen sind die Organisation des Heeres und die Kriegszucht schon eher Aufgaben, über welche, da sie mit den allgemeinen Grundsätzen der Staatswissenschaft in Zusammenhang stehn, auch der Laie ein Urtheil wagen darf. Ein stehendes Heer ist seinem Wesen nach ein Staat im Staate. Eine Genossenschaft, deren ausschließlicher Zweck es ist, sich für den Krieg zu bilden, eine Genossenschaft, welche im Frieden gerüstet dasteht, gleich als wäre es Krieg, muß auch in Friedenszeiten diejenige besondere und eigenthümliche Gesetzgebung und Regierung haben, deren ein Heer in Kriegzeiten bedarf. Und nirgends und zu keiner Zeit haben die stehenden Heere diesen ihren Grundcharakter verleugnet. Die Kriegerkasten in Ostindien und in Aegypten, das stehende Heer des

Römischen Kaiserreichs,⁶⁸⁾ die Lehnsmannschaften, die Janitscharen, die stehenden Heere der heutigen Europäischen Staaten, in der vorliegenden Beziehung können sie neben einander gestellt werden. Das Recht dieses Staates im Staate, das Verfassungs- und das Regierungsrecht, hat den Zweck, dem Heere die Eigenschaft einer einfachen bewegenden Kraft, einer Kraft im Sinne der Mechanik, mitzutheilen und die vollkommenste Benutzung dieser Kraft möglich zu machen. Die Pflichten des Kriegsgehorsames genau zu bestimmen, die Uebertretung dieser Pflichten mit Strenge zu ahnden, den Wirkungskreis der verschiedenen Klassen der Kriegsbefehlshaber scharf zu begrenzen, dem Kriegsbefehle, (der vollziehenden Gewalt,) im Ganzen und im Einzelnen durch die Organisation des Heeres Kraft und Nachdruck zu geben, — das sind die Aufgaben, welche jenes Recht, die Regel des Kriegsgehorsames, zu lösen hat. Doch verwechsle man die Verfassung, welche einem stehenden Heere zu geben ist, nicht mit der einer Zwingherrschaft. (Weit eher können die stehenden Heere an die Mönchsorden der katholischen Kirche erinnern!) Allerdings

68) Augustus führte zuerst das stehende Heer ein. Vgl. l. XII. §. 1. D. *de re militari*. (*Disciplina Augusti*.) — Als das Römische Reich schon längst in der Nationalität des Griechischen Volkes untergegangen war, blieb dennoch die lateinische Sprache die Sprache der Legionen. So dauerte gleichsam der Römische Staat in seinem stehenden Heere fort. Gibbon 17, 47. (Basler Ausgabe.)

kann Strenge leicht in Grausamkeit, die Dienstgewalt des Kriegsbefehlshabers leicht in Willkühr ausarten. Auch die eigenthümliche Beschaffenheit der Strafübhel, von welchen bey mehreren Völkern die Kriegsgesetze Gebrauch zu machen gestatten, könnte zu der Meinung verleiten, als ob das Recht der stehenden Heere dem Geiste der Zwingherrschaft verwandt sey. ⁶⁹⁾ Gleichwohl ist der Staat im Staate, welchen ein stehendes Heer bildet, wenn er anders das ist, was er seyn soll, von einer Zwingherrschaft wesentlich verschieden. Denn er soll nach Gesetzen regiert werden; er soll überdies der gesetzmässigen Regierung desjenigen Staates, in welchem er besteht, untergeordnet seyn. Nur dann, wenn es an Gesetzen fehlt, welche die Kriegszucht mäsigen, oder wenn das Heer von einer nicht rechtmässigen Regierung oder von der rechtmässigen Regierung gesetzwidrig gebraucht wird, nur dann kann und dann wird, (wie die Geschichte lehrt,) ein stehendes Heer dieselben Erscheinungen darbiethen, wie die Zwingherrschaft. — Von dem Verhältnisse, in welchen ein solches Heer zu dem Staate steht, den es vertheidigen soll, wird weiter unten die Rede seyn.

69) Bey mehreren Völkern sind körperliche Züchtigungen kriegsgesetzliche Strafen, ungeachtet sie dem gemeinen Rechte unbekannt sind. Der Körper eines Römischen Bürgers war ein Heiligthum, aber die Römischen Soldaten wurden mit Reben gezüchtigt. Ist es bedenklich, die körperlichen Züchtigungen als Strafen des gemeinen Rechts aufzuheben, und sie als kriegsgesetzliche Strafen bestehn zu lassen?

Zum Kriegführen bedarf es ferner materieller Mittel. (*Le matériel de la guerre.*) Das Heer ist zu bekleiden, zu bewaffnen, zu verpflegen; es sind Kriegswerkzeuge und Kriegsgeräthschaften erforderlich; Festungen und Befestigungen sind anzulegen und zu unterhalten u. s. w. Besonders wegen dieser seiner materiellen Bedürfnisse nimmt der Krieg fast alle Wissenschaften und Künste in Anspruch, steht er unter dem Einflusse aller der Erfindungen und Entdeckungen, durch welche die Kunst des Angriffs oder die der Vertheidigung vervollkommnet werden kann. Alexander und Hannibal und Scipio Africanus und Julius Cäsar, kehrten sie ins Leben zurück, würden auch jetzt noch das seyn, was sie zu ihrer Zeit waren. Aber ihr Geist würde in einem andern Körper leben und wirken, diesem Körper nach andern mechanischen und physischen Gesetzen zu beherrschen haben. Seitdem die Erfindung des Schießpulvers die Werkzeuge des Krieges umgestaltet hat, hat sich auch in dem Heere selbst so vieles verändert. Z. B. der Bestand, die Aufstellung, die Bewaffnung des Heeres.⁷⁰⁾ Nur der Kriegsschauplatz und mit ihm

70) Das Heer, mit welchem die Römischen Kaiser ihr so ausgedehntes Reich vertheidigten, scheint zu keiner Zeit über 300000 Mann stark gewesen zu seyn. — Die Griechen und die Römer gaben der tiefen Schlachtordnung den Vorzug. Vgl. Pollyb. L. VI. — Die Schutz Waffen wurden bey beyden Völkern als ein wesentlicher Theil der Bewaffnung betrachtet. Als die Römischen Legionen diese Waffen (unter Gratian) größtentheils abgelegt hatten, nahte der Fall des Römischen

der Theil der Kriegskunst, welcher sich auf den Kriegsschauplatz bezieht, ist ohngefähr derselbe geblieben und bleibt immer ohngefähr derselbe. Ein jedes Volk kann und soll sein Land als einen grossen Lagerplatz betrachten. Die Hauptstadt ist das Hauptquartier. Ist das Lager nicht von Natur fest, so ist es durch Kunst fest zu machen. Die Seite des Lagers, welche der Feind am meisten bedroht, ist vorzugsweise zu schützen. ⁷¹⁾

Jedoch die Hauptsache ist, daß von den Kriegsmitteln, welche ein Volk in Bereitschaft hat oder aufzubringen vermag, der gehörige Gebrauch im Kriege gemacht werde; die Aufgabe, welche von dem Feldherrn und von den ihn unmittelbar untergeordneten Befehlshabern zu lösen ist. Der Feldherr hat den Plan des Feldzuges zu entwerfen, die zur Vollziehung dieses Planes unmittelbar nöthigen Befehle zu ertheilen, über die Einheit und Genauigkeit der Vollziehung im Großen zu wachen; der Befehlshaber eines Korps hat in Beziehung auf den ihm gewordenen Auftrag und innerhalb der

Reichs. Die Griechen (s. Plutarch. in Pelopid.) bestraften vorzugsweise den, welcher den Schild von sich geworfen hatte. Vgl. *Seume comparatio inter arma veterum et recentiorum*. — Wie ist das jetzt Alles anders!

⁷¹⁾ Eine vielseitig interessante Lehre der angewandten Kriegswissenschaft ist die von den militärischen Grenzen der Staaten. In den *Mémoires militaires et politiques du général Lloyd*, findet man eine *Analyse militaire des différentes frontières de l'Europe*. Ein neueres Werk, welches denselben Gegenstand in demselben Umfange behandelte, kenne ich nicht.

Grenzen dieses Auftrags die Pflichten und die Rechte eines Feldherrn. ⁷²⁾ Unser Zeitalter, das so Vieles einfacher und verständlicher gemacht hat, hat auch die Kunst des Kriegsbefehles auf so einfache und so faßliche Regeln zurückgeführt, daß man es für ein leichtes halten könnte, Feldherr zu seyn oder ein Feldherr zu werden. ⁷³⁾ Alles scheint darauf hinaus zu laufen, daß man gewisse Punkte und Linien für die Kriegsoperationen zu finden oder zu wählen, den Operationen eine der konstruirten Figur gemäße Richtung zu geben und die Heereskraft nach denselben Regeln, wie eine jede andere bewegende Kraft, zu verwenden hat. *Da mihi locum, et terram movebo!* Gleichwohl lehrt die Geschichte, daß große Feldherren eben so selten sind, als große Dichter. Auch in anderen Beziehungen läßt sich eine Vergleichung zwischen Feldherren und Dichtern anstellen. Beyde — *nascuntur, non fiunt*. Beyden können und sollen die

72) Strategisch, sagt von Bülow, sind alle Operationen außerhalb des Kanonenschusses oder der Gesichtswerte des Feindes. Taktisch sind die Operationen der entgegengesetzten Art (?)

73) Vgl. v. Bülow: Geist des neueren Kriegssystemes. II. Aufl. Hamb. 1805. 8. Ebend. Lehrsätze des neueren Krieges oder reine und angewandte Strategie. Berl. 1805. 8. (Die Darstellung dieser Lehrsätze, welche das letztere Werk enthält, zeichnet sich durch Präcision und Faßlichkeit besonders aus.) Grundsätze der Strategie erläutert durch die Darstellung des Feldzuges v. J. 1796. (Von Se. K. H. dem Erzherzoge Karl.) Wien. III. Thle. 1814. 8. Von Bieberstein: Die Taktik hergeleitet aus der Combinationslehre. Magdeb. 1806. 8. Die Werke Napoleons, Jomini's u. A.

Regeln nicht Fesseln anlegen; die Eingebungen des Augenblicks, die Blitze des Geistes stehen über der Regel.⁷⁴⁾ Ueber den Werth des Feldherrn und über den Werth des Dichters entscheidet der Erfolg, das Glück. Der beste Feldherr ist der glückliche.⁷⁵⁾

Nicht mit toden Massen wird der Krieg geführt. Auch die Denk- und Gemüthsart des Volkes, auch der Geist und Charakter des Heeres entscheiden, und nicht in einen geringen Grade, über den Ausgang des Krieges. Die Kraft des Körpers durch die Kraft des Geistes und des Gemüths zu unterstützen und zu steigern, das Kriegswesen und die Leitung des Krieges mit den geistigen Eigenthümlichkeiten des Volkes in Uebereinstimmung zu setzen, ist daher eine Aufgabe, und nicht die unwichtigste der Kriegskunst. Allerdings vermag dieser Theil der Kriegskunst und die Kriegskunst überhaupt nur wenig, wenn einem Volke alle kriegerische Tugenden abgehn. Das Weströmische Reich erlag den Angriffen der Deutschen, das Grie-

74) Damit steht die selbstständige Stellung in Zusammenhange, welche der Feldherr haben muß. Das Verhältniß, in welchem das Kriegsministerium zu dem Feldherrn steht, ist wesentlich verschieden von dem Verhältnisse, in welchem sonst die Ministerien zu den ihnen untergebenen Staatsdienern stehn. — Es ist nicht rathsam, die Versehen eines Feldherrn zu bestrafen. Wagen gewinnt. Machiav. Abhandl. über den Livius. 1, 31. 33.

75) Daher ist es so schwer, die rechte Wahl zu treffen. — Ueber die Tugenden, welche ein Feldherr haben soll, s. Lips. polit. V, 15. ff. Machiav. III, 22. Lloyd. a. a. O.

chische den Angriffen der Araber und anderer Asiatischer Völker, ungeachtet die Kriegskunst in beyden Reichen weit höher stand, als bey den Feinden. Jedoch eine jede Kunst hat ihre Schranken und Grenzen. — Die Kardinaltugend des Kriegers ist Tapferkeit; auch jetzt noch, wenn sich schon, seit der Erfindung des Pulvers, Einzelne seltner durch Heldenthaten auszeichnen können.⁷⁶⁾ Oft oder meist ist diese Tugend blos eine Tugend des Temperaments. Sie steht daher fast immer mit andern Eigenthümlichkeiten des Temperamentes in Zusammenhang, so daß sie mit diesen zugleich gehegt und gepflegt, oder abgestumpft und gelähmt wird. Es mögten z. B. Gesetze, welche Faustkämpfe und Thätlichkeiten mit Strenge ahndeten, den Geist des Volkes keinesweges kriegerischer machen. Die kunstgerechten Faustkämpfe in England, so viel sich auch in andern Hinsichten gegen sie einwenden läßt, sind dennoch zngleich Mittel, die Kampflust des Volkes zu beleben. Eines der tapfersten Völker der Vorzeit, das Römische Volk, hatte die grausamsten Kampfspiele, die Kämpfe der Gladiatoren, die Kämpfe mit wilden Thieren. Die in den heutigen Euro-

76) Machiav. in dem a. W. II. 10. 17. Nicht das Geld, bemerkt dieser Schriftsteller, sondern die Tapferkeit des Heeres und die Kriegszucht sind der *nervus belli*. Die Römer würden auch jetzt noch im Kriege siegreich seyn. — Wenn und in welchem Grade kann die Tapferkeit durch die Kriegszucht ersetzt werden?

päischen Staaten üblichen Zweykämpfe, (wenn sie anders in dieser Gesellschaft genannt werden dürfen,) sind denn doch nicht in einer jeden Rücksicht zu verdammen. Allemal aber oder wenigstens bey einem jeden gebildeteren Volke steht die Tapferkeit zugleich in einem gewissen Zusammenhange mit den Ideen des Rechts und der Pflicht. Ein Heer, das von der Gerechtigkeit der Sache, die es vertheidiget, überzeugt ist, kämpft besser, als ein Heer, das nur kämpft, weil es kämpfen muß. Man kann einen Krieg, dessen Gerechtigkeit zweydeutig ist, vor dem Volke und vor dem Heere beschönigen, man kann andere Triebfedern in Bewegung setzen, um sich der Tapferkeit des Heeres zu versichern; immer wird etwas darauf ankommen, ob der Krieg an sich gerecht ist oder nicht; am wenigsten kann es gelingen, (man erinnere sich z. B. des Krieges, welchen Napoleon auf der Halbinsel jenseits der Pyreneen führte,) das Heer für eine augenscheinlich ungerechte Sache zu erwärmen.*) Wenn Stämme, die von der Jagd leben, mit einander Krieg führen, oder wenn sich eine Völkerschaft neue Wohnsitze erkämpfen will, dann ist der Krieg seinem Wesen nach die eigene Angelegenheit aller einzelnen Stammesgenossen. Wird dagegen, wie unter den heu-

*) Die Römer waren auch in so fern Meister der Kriegskunst, als sie, wo möglich, ihre wahre Absicht unter den Vorwand, den Unterdrückten zu Hülfe zu kommen, verbargen.

tigen Europäischen Völkern, um den Sieg (oder um die Herrschaft) gekämpft, dann muß der Krieg seinem Rechtsgrunde nach eine öffentliche Angelegenheit seyn, wenn er von den Einzelnen zugleich als die eigene betrachtet werden soll. Je höher dieser Rechtsgrund steht, je tiefer er in die Denk- und Sinnesart des Volkes eingreift, desto mächtiger wird er auf den Ausgang des Krieges einwirken. Auch Ideen sind eine Macht! das lehrt z. B. die Geschichte der Griechischen Freystaaten, die Geschichte der Kreuzzüge, die Geschichte der vereinigten Niederlande, die neuere Geschichte Frankreichs und Preussens! Es giebt zwey Arten der Tapferkeit; die eine ist feuriger, die andere ist ruhiger aber ausdauernder; die eine macht zum Angriffe, die andere zur Vertheidigung tauglicher. Ein Volk, in dessen Charakter die erstere Art der Tapferkeit ein hervorstechender Zug ist, wird den Krieg mit besserem Erfolge angriffsweise als vertheidigungsweise führen.⁷⁷⁾ Es kennt im Siege keine Furcht; aber besiegt hört es leicht auf zu hoffen. Das Heer eines solchen Volkes kann leichter im Siege zu neuen Anstrengungen begeistert, als im Unglücke durch das Wort der Befehlenden in Ordnung erhalten werden. Es ist oft bemerkt worden, daß die Tapferkeit der Franzosen von dieser Art sey. — Die zweyte Tugend des Krie-

77) Eine Vergleichung zwischen den Vortheilen der Angriffs- und denen der Vertheidigungskriege s. b. Ebend. II, 12.

gers ist Gehorsam. Zwar scheint diese Tugend durch eine strenge Kriegszucht entbehrlich gemacht werden zu können. Doch Alles vermag die Strenge nicht. Außerordentliche Zeiten, und Kriegszeiten sind von dieser Art, versetzen die Menschen in außerordentliche Verhältnisse, in Verhältnisse, in welchen die Natur wieder das Uebergewicht über die Kunst erhält. Auf jeden Fall ist die Kriegszucht auf den Charakter eines jeden einzelnen Volkes zu berechnen. Nie hat es glücken wollen, in den französischen Heeren die Strafe der körperlichen Züchtigung einzuführen. Ein Geheimniß der Herrschaft, welche Napoleon über die französischen Heere übte, waren die Proklamationen und Anreden, die er an sie richtete. Die Sprache, die Maßregel an sich entsprach dem Geiste der Nation. — Die dritte Tugend des Kriegers ist Ehrliche. Die Ehrliche des Kriegers ist Liebe zu seinem Berufe. Denn kriegerischer Muth ist die Geschlechtsehre des Mannes. Ist bey einem gewissen Volke die Landesvertheidigung die Angelegenheit eines eigenen Standes, so wird dieser Stand fast immer in dem Besitze gewisser Ehrenvorrechte und Auszeichnungen seyn. So ist es in den heutigen Europäischen Staaten; so wurde einst der Stand der Vasallen vorzugsweise als ein Ehrenstand betrachtet.⁷⁸⁾ Es ist allemal zweckmäfsig,

78) Daher der Einfluß, den das Lehnswesen auf die Rangordnung der Stände hatte. Vgl. den *Auct. vet. de benef.* §. 3., den Sachsenspiegel 1, 3., das Schwäbische Lehnrecht

wenn die äufseren Verhältnisse eines Standes mit dem Geiste in Uebereinstimmung stehn, der in ihm leben soll. Es ist überdiefs billig, dafs man Dienste, die man nicht bezahlen kann, belohne. Nur dann droht Gefahr, wenn der Kriegerstand ausser seiner Standesehre keine andere Ehre kennt.⁷⁹⁾ — Stehende Heere sind der Ausbildung der Tugenden, welche den Krieger auszeichnen sollen, besonders förderlich. Ein stehendes Heer hat schon seinem Wesen nach, schon als eine Körperschaft, ein eigenthümliches Leben; es lebt in ihm ein eigenthümlicher, ein seine Bestimmung bezeichnender Geist, welcher ein jedes einzelne Mitglied des Heeres ergreift. Das Gehorchen wird zur Gewohnheit. Das Leben in einem stehenden Heere ist allemal in einem gewissen Grade ein öffentliches Leben; es giebt eine Menge Mittel, in einem solchen Heere und in den einzelnen Abtheilungen desselben den Gemeingeist, (den *esprit de corps*,) künstlich zu steigern; als da sind Uniformen,⁸⁰⁾ Kriegs-

Kap. 1. Als die Zünfte und Innungen Kriegsgenossenschaften wurden, entwickelten sich in dem Bürgerstande die Begriffe von Bürgerehre, welche einen so mächtigen Einfluß auf die Schicksale der Europäischen Staaten gehabt haben. — Die Völker deutschen Ursprungs haben von jeher auf die Kriegsehre einen besondern Werth gelegt.

79) Julius Cäsar unterdrückte einen Aufstand seines Heeres mit einem einzigen Worte. Er nannte die Widerspenstigen: *Quirites!* Tac. I, 42. Welch einen Blick läßt das in die damalige Lage des Staates thun!

80) Bey den Griechen und bey den Römern gab es keine Uniformen. Eben so wenig war die Lehnsmannschaft unifor-

zeichen, (Fahnen, Adler u. s. w.,) Kasernen, gemeinschaftliche Mahlzeiten. Die Spartaner waren nicht ein Volk, sondern ein stehendes Heer. Man kann die Organisation, welche Lykurg diesem Heere gab, noch jetzt als ein Muster benutzen.

Ein nicht minder wichtiger Theil der Kriegskunst ist der geschichtliche Theil dieser Kunst. Das ist nicht so zu deuten, als ob die Geschichte der Kriegskunst zugleich ein Theil dieser Kunst wäre.⁸¹⁾ Sondern der geschichtliche Theil der Kriegskunst enthält die Regeln des Kriegswesens, welche sich aus der Geschichte der Resultate der Kriegskunst ableiten lassen, oder die Bestätigung der Kunstregeln durch die Geschichte. Es hat also dieser Theil z. B. die Fragen zu beantworten: In welchen Fällen oder unter welchen Bedingungen ist es besser, von der Reiterey, oder besser, von dem Fußvolke Gebrauch zu machen?⁸²⁾ — Wie und mit welchem Erfolge ist ein bestimmter Kriegsschauplatz in früheren Zeiten zum Angriffe oder

mirt. Aber die Hofleute trugen schon vor Alters, besonders an feyerlichen Hoftagen, Uniformen. Aus dieser Sitte scheint die Uniformirung der heutigen Europäischen Heere entstanden zu seyn. Vgl. Zepernick's Samml. auserlesener Abh. zum Lehnrechte II, 12. III, 13.

81) Carrion-Nisas allg. Geschichte der Kriegskunst. A. d. Fr. v. Rumpf. Lpz. II. Bd. 8.

82) Beyträge zur Beantwortung dieser Frage s. in der Schrift: Betrachtungen über die Kriegskunst, über ihre Fortschritte, ihre Widersprüche und ihre Unzuverlässigkeit. Von G. H. v. Bärenhorst. Lpz. III. Aufl. 1827. 8.

zur Vertheidigung benutzt worden? Es giebt auf dem Festlande von Europa (besonders in Deutschland und in Italien) Landstriche, welche, von Altersher die Kampfplätze feindlicher Heere, zur Beantwortung dieser Frage ganz besonders auffordern. ⁸³⁾

Die Politik des Krieges.

Den Feind schwächen, ohne ihn zu bekämpfen, ist so viel als auf Kosten des Feindes siegen. — Daher wird von der Maxime: *Divide et impera!* so oft auch im Kriege Gebrauch gemacht. Ein Volk, das einen ihm an Macht weit überlegenen Bund zu bekämpfen hat, darf dennoch hoffen, den Kampf glücklich zu bestehn, wenn es nur den ersten Angriff auszuhalten vermag. ⁸⁴⁾ Denn es ist leichter, einen Bund zu trennen, als ihn zusammenzuhalten. Wenn ein Volk in Partheyen gespalten ist, die einander feindselig gegenüberstehn, so braucht oft der Feind nur die Erbitterung unter diesen Partheyen zu nähren, oder sich an die eine derselben anzuschließen, um über beyde zu siegen. Denn nur selten werden sie gleichwohl gegen den Feind für einen Mann stehn. Die Politick, welche

83) Man sollte, mit andern Worten, Data zu einer Wahrscheinlichkeitsrechnung sammeln. Freylich — *minima circumstantia variat casum*. Aber Pläne, die man bloß auf mögliche Fälle berechnet, sind denn doch weniger werth, als Regeln, die man aus der Geschichte ableitet.

84) Machiav. in dem a. W. III, 14.

die Römer gegen die Griechen und gegen die Deutschen befolgten, hat häufiger Nachahmung gefunden, als das Beyspiel des Friedens, welchen einst im Römischen Freystaate, so oft ein Feind zu bekämpfen war, Adel und Volk mit einander schlossen. Doch hüthe man sich, in jene Maxime ein unbedingtes Vertrauen zu setzen. In Zeiten innerer Unruhen hat ein auswärtiger Krieg zuweilen auch die Folge, daß die eine Parthey entschieden das Uebergewicht über die andere erlangt, und nun die unbeschränkte Gewalt, welche der Sieg über die Gegenparthey in ihre Hände legen muß, auch gegen den Feind mit Erfolg wendet. Auf jeden Fall ist es rathsam, mißtrauisch gegen die Verheisungen der unterdrückten Parthey zu seyn. *Apud victos plus querimoniarum, quam virium!* ⁸⁵⁾

Es ist mehr als unklug, den Krieg so zu führen, daß er die Macht des Feindes verstärkt. — Ein Heer, welches in dem Lande des Feindes mordend und verwüstend haust, verwandelt auch die friedlichen Einwohner in Feinde und Helden. Denn, zwischen Sieg und Tod gestellt, ist ein jeder Mensch ein Held. — Lykurg verboth den Spartanern, zu oft mit demselben Volke Krieg zu führen, damit sie nicht den Feind durch den Krieg in der Kriegskunst unterrichteten. Napoleon führte die französischen Heere von Siegen zu Siegen, bis

85) E b e n d. II, 25. Tacit. hist. II, 75.

dafs ihm die Feinde das Geheimniß seiner Siege abgelernt hatten.

Hat ein Volk nicht Macht genug, um seinen Feind oder seine Feinde für sich allein zu bekämpfen, so kann es nur in Bündnissen oder in einem Bunde das Mittel finden, seine Selbstständigkeit oder sein Uebergewicht zu behaupten. Zwar ist ein jedes Bündniß zugleich eine Fessel, welche die verbündeten Staaten sich anlegen. Sogar in einen Herrn oder in einen Feind kann sich der Bundesgenosse verwandeln. Jedoch alles dieses hat nur den Sinn, dafs bey der Abschließung eines Bündnisses die Nothwendigkeit desselben die Vorfrage sey, und dafs eine Regierung bei der Wahl eines Bundesgenossen, wenn ihr anders eine Wahl frey steht, nicht behutsam genug verfahren könne. Die Aufgabe: Welche Regeln hat eine Regierung, sey es bey dieser Wahl, sey es bei den Unterhandlungen über die Bedingungen des Bündnisses und in dem Verhalten gegen Bundesgenossen zu befolgen? ist eine der schwierigsten Aufgaben der Politik; so verschieden sind die Fälle, so sehr hängt Alles von örtlichen Verhältnissen und von Zeitumständen ab, so sehr ist Alles Kunst. — Die sicherste oder die allein sichere Grundlage eines Bündnisses ist der gemeinsame Vortheil der Verbündeten. Ist der Vortheil ungleich oder sogar einseitig, so kann nur Furcht vor dem begünstigten Bundesgenossen die Verbindung zusammenhalten. Je gewissenhafter eine Regierung die Pflichten erfüllt, welche

ihr ein Bündniß auferlegt, desto mehr darf sie sich von dem Bündnisse versprechen. ⁸⁶⁾ Ein zweydeutiger Bundesgenosse ist gefährlicher, als ein entschiedener Feind. Wenn ein mächtiger Staat minder mächtige Staaten unter seinen Schutz nimmt, so darf er auf ihren Beystand nur in so fern auf die Dauer rechnen, als er ihnen samt und sonders an Macht bey weitem überlegen ist. Je öfterer er den Beystand seiner Schutzgenossen in Anspruch nimmt, desto weniger darf er auf ihren guten Willen zählen. Noch mehr wird er sie von sich entfremden, wenn er sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischt. (Der Deutsche Bund ist stärker nach außen, als das Deutsche Reich war, weil er die Deutschen Regierungen im Innern fast unbeschränkt läßt.) Ein Bündniß, welches der einen Parthey nur die Verbindlichkeit auflegt, mit einem bestimmten Theile ihrer Kriegsmacht der andern in einem Kriege beyzustehn, (wenn anders ein solcher Vertrag den Namen eines Bündnisses verdient,) ist schon seinem Wesen nach unsicher. Bey den Römern war es Grundsatz, wenigstens in den Zeiten des Freystaaes, daß ein Heer nicht über die Hälfte aus Hülfsvölkern bestehn dürfe. ⁸⁷⁾

86) Eine Regierung soll sich nur mit denen verbünden, deren Interesse sie zu ihrem eigenen machen kann. Eine *Maxime* Heinrichs IV. S. die *Mémoires* des Herzogs von Sully.

87) Man findet diese Nachricht bey *Vegetius*. S. auch *Machiav. il Principe*. Kap. 12. 13. — Eine Unternehmung, die man nicht ohne den Beystand eines andern Staates ausführen kann, ist allemal mißlich. *Mémoire du duc de Sully*.

Auch die Bündnisse verdienen wenig Zutraun, welche ausdrücklich bloß als Vertheidigungs- (oder Defensiv-) Bündnisse abgeschlossen werden, wenn anders nicht der Name bloß der Schwachen wegen gewählt wird. Denn in jenem Namen liegt ein Vorbehalt, eine *reservatio mentalis*, da ein Bündniß schon von Rechtswegen ein Vertheidigungsbündniß in dem Sinne ist, daß seiner Gültigkeit die Rechtmäßigkeit des Krieges vorausgesetzt wird. Am festesten steht ein Bündniß, wenn die Partheyen auch in Beziehung auf ihre inneren Angelegenheiten nur ein und dasselbe Interesse haben. Zwar sind die Fälle nicht selten, daß sich auch das Ungleiche paart. Doch nur davon ist die Frage, welches Bündniß das festere sey. Auch ist die Ungleichheit zuweilen nur scheinbar.⁸⁸⁾ Ein Bündniß und ein Bund (*une alliance* und *une confédération*) unterscheiden sich von einander nicht ihrem Wesen, sondern ihrer Ausdehnung nach. Ein Völkerbund (oder sein Ideal) ist ein schlechthin unbeschränktes Bündniß unter Völkern, also ein Vertrag, durch welchen sich die Partheyen verpflichten, gegen einen jeden Dritten und in Beziehung auf alle ihre völkerrechtlichen Verhältnisse und auf

88) Richelieu verband sich mit den protestantischen Ständen des Deutschen Reichs und unterdrückte die Protestanten in Frankreich. Von der Britischen Regierung ist behauptet worden, daß sie sich am liebsten mit denjenigen Staaten verbinde, in welchen das monarchische und das aristokratische Princip vorherrschend ist.

ewige Zeiten für einen Mann zu stehn. Dafs für die Leitung der Bundesangelegenheiten und für die Beylegung der unter den Bundesgliedern selbst entstehenden Streitigkeiten gewisse Vorkehrungen getroffen werden müssen, sind nur Folgerungen aus jener Idee. Dafs sich die Macht des Bundes gewöhnlich auch auf gewisse innere Angelegenheiten der verbündeten Staaten erstreckt, beruht nur auf der Verkettung zwischen den auswärtigen und den inneren Angelegenheiten eines Staates.⁸⁹⁾ Ein Völkerbund, das Ideal eines Völkerbündnisses, bedarf eben deswegen der Grundlagen, auf welchen die Innigkeit und Festigkeit eines Bündnisses überhaupt beruht, zu seinem Bestehn und Gedeihn vorzugsweise; wenn auch das, was der Vollkommenheit eines Bundes in der einen Beziehung abgeht, durch die Steigerung einer andern ihn zusammenhaltenden Kraft in einem gewissen Grade ersetzt werden kann. Ein Bund, dessen Gebieth eine grofse Ausdehnung hat, steht schon deswegen fester; *stat mole sua*. Je gröfser die Furcht vor den Nachbarstaaten ist, desto versöhnlicher sind die

89) Ueber die Verwandschaft zwischen einem Völkerbunde und einem Völkerstaate s. oben Bd. II. S. 8. — *The Federalist, on the constitution of the United States. By Hamilton, Madison and Jay*. N. A. Philadelphia. 1826. 8. (Ein Buch für die Lehre von den Bundesstaaten, überhaupt höchst wichtiges Werk. Die Verfasser waren Mitarbeiter an der Verfassungsurkunde der vereinigten Staaten von NA.)

Bundesglieder unter sich; wenigstens kann die Gefahr nicht unbeachtet bleiben, daß eine Ungerechtigkeit, deren sich der Bund gegen eines seiner Mitglieder schuldig machte, dem Feinde einen Bundesgenossen zuwenden könnte. Sind auch die Bundesstaaten an Macht nicht einander gleich, so kann doch unter den Hauptstaaten des Bundes ein gewisses Gleichgewicht der Macht bestehn. Sind auch die verbündeten Regierungen nicht so ganz eines Sinnes, so kann doch die Nationaleinheit der verbündeten Völkerschaften, (vielleicht die Hauptgrundlage eines Völkerbundes,) an die Pflicht der Bundestreue mahnen. Besonders belehrend für vorliegende Aufgabe ist die altgriechische Geschichte. So sehr sich auch den altgriechischen Völkerschaften das Bedürfnis eines unter ihnen zu stiftenden Bundes aufdringen mußte, so viele Versuche sie auch machten, diesem Bedürfnisse abzuhelfen, so gelang doch das Unternehmen nur sehr unvollständig. Die Spaltung unter den einzelnen Stämmen des Volkes war so groß, und griff so tief in alle Verhältnisse des Lebens ein, der Kampf zwischen der Aristokratie und der Demokratie, zwischen den Reichen und den Armen, wurde zu erbittert geführt, und hatte auch auf die auswärtige Politik einen zu großen Einfluß, der Charakter des Volkes überhaupt war zu leidenschaftlich und zu herrschsüchtig, als daß ein Bau hätte gelingen können, dessen Grundlagen Gleichheit der Rechte

und gegenseitige Achtung seyn mußten.⁹⁰⁾ Zwar bestand in Griechenland schon seit den ältesten Zeiten der Bund der Amphiktionen. Doch dieser Bund war nicht ein Völkerbund in der oben bestimmten Bedeutung dieses Worts; er hatte nur die Erhaltung der Nationaleinheit, (durch gemeinschaftliche Opfer und Spiele, durch die Heiligung eines menschlicheren Kriegsgebrauches,) zum Zwecke.⁹¹⁾ Erst in den Kriegen mit den Persern bildete sich unter den Griechischen Staaten ein Verhältniß, welches einige Aehnlichkeit mit einem Völkerbunde hatte. Im Drange der Umstände gelangte der damals mächtigste Staat Athen zur Hegemonie, zur obersten Leitung des Krieges gegen den gemeinschaftlichen Feind; und als die Gefahr

90) Die Idee der rechtlichen Gleichheit der Menschen war den Griechen so gut wie gänzlich fremd. (Wir verdanken die Anerkennung dieser Idee dem Christenthume.) »Wir sind der Ueberzeugung,« heisst es in einer Rede b. Thucyd. V. 32. »daß, nach dem ewigen Gesetze der Natur, die Götter in der Meinung, die Menschen in der That zu Herren über diejenigen gesetzt sind, welche sie in ihrer Gewalt haben. Dieses Gesetz haben wir nicht erdacht, nicht zuerst ins Werk gesetzt, sondern wir haben von ihm, als von einem hergebrachten Rechte, Gebrauch gemacht, und es soll das Erbe unserer Nachkommen seyn.« Aristoteles lehrt (Polit. 1, 2.) in allem Ernste, daß gewisse Menschen zur Knechtschaft gebohren werden. Vgl. die Jenaer allg. L. Z. 1813. Ergänzungsblätter. S. 49. ff.

91) Die Schreibart des Wortes ist zweifelhaft. Einige schreiben Amphiktionen (die Herumwohnenden,) andere Amphyktionen (von Amphyktion, dem angeblichen Stifter des Bundes. Ueber den Bund der Amphiktyonen. Von F. W. Tittmann. Berl. 1812. 8.

vorübergegangen war oder nur noch aus der Ferne drohte, lebte gleichwohl die Idee eines die auswärtigen Angelegenheiten der gesamten Nation leitenden Staates im Volke fort, ja sie wurde sogar mit der Zeit der Haupthebel der Griechischen Politik. Aber die Verbindung, welche nun unter den Griechischen Staaten, wenn auch nur unvollkommen, zu Stande kam, hatte nicht einen Bund, sondern nur das Uebergewicht des mächtigsten Staates, nur Herrschsucht und Furcht, zur Grundlage. So wie ein anderer Staat der mächtigere wurde, wechselte auch jene Feldherrlichkeit; je übermächtiger der Staat war, der an der Spitze war, desto größere Ansprüche gründete er auf seine Feldherrlichkeit. Am allerwenigsten wurde durch diese Verbindung unter den Griechischen Staaten selbst Ruhe und Friede gestiftet. Vielmehr war der Kampf um die Feldherrlichkeit, (in der That ein Kampf um die Oberherrschaft über Griechenland,) der Hauptgrund der Erschöpfung und der Zwiespältigkeit, welche dem Könige Philippus von Macedonien den Sieg über die Griechischen Freystaaten gaben.⁹²⁾ Doch überlebten die Ansichten, welche jenem Kampfe seine eigenthümliche Farbe gegeben hatten, noch eine Zeit lang den Untergang der Griechischen Freyheit. Philipp von Ma-

92) Ausführlich handelt von der Griechischen Hegemonie Herren: Ideen über die Politik etc. der vornehmsten Völker der alten Welt. Griechenland. Achter Abschnitt.

cedonien, im Rathe der Amphiktionen der Erste, liefs sich zum Feldherrn der Griechen gegen die Perser ernennen, damit er die Gewalt, welche der Sieg in seine Hand gelegt hatte, in eine nach den Volksbegriffen der Griechen rechtmässige Gewalt verwandelte. Endlich, als die Erschütterungen, von welchen die gewaltsame Auflösung des von Alexander gestifteten Reiches begleitet war, auch in Griechenland Alles in Verwirrung setzten, bildeten sich in diesem Lande zwey Bünde, der Aetolische und Achäische, welche, wenn sie auch nicht das unvermeidliche Schicksal von der Nation abwenden konnten, wenigstens mit dem Ruhme, eines besseren Schicksales werth gewesen zu seyn, untergingen. Der eine und der andere dieser Bunde war ein Völkerbund in der eigentlichen Bedeutung. In beyden war die Gleichheit der Rechte der Verbündeten Gesetz. In beyde wurden nur solche Staaten aufgenommen, deren Verfassungen derselben Art waren. Beyde hatten eine sehr ausgebildete Organisation, eine Bundesversammlung, einen Ausschufs, einen Bundesfeldherrn. ⁹³⁾

Der Krieg in seiner Beziehung auf die inneren Angelegenheiten des Staates.

Die Kriegsmacht eines Staates hängt von dem gesamten inneren Zustande desselben ab, auch

93) *Ubb o Emmius de republica et fortuna Achaeorum — Aetolorum.* (In dessen Werke; *Vetus Graecia.* T.

von dessen Verfassung, auch von der Art, wie diejenigen öffentlichen Angelegenheiten behandelt werden, welche mit dem Kriegswesen überall nicht in Verbindung zu stehn scheinen. Denn in der moralischen, wie in der physischen Welt ist Alles Kraft, ist eine jede Kraft mit der andern nach dem Gesetze der Ursächlichkeit verkettet.

Es giebt Staaten, deren Verfassung und Verwaltung allein oder vorzugsweise auf den Krieg berechnet ist. Diese Richtung erhält ein Staat besonders dann, wenn ein Volk oder ein Heer in dem Lande, das es erobert hat, seinen Wohnsitz nimmt und, um die Besiegten in Gehorsam zu erhalten, den Gesetzen der Kriegszucht unterworfen bleiben muß. Dieses Ursprunges und dieses Geistes war z. B. die Verfassung des Spartanischen Freystaates, die, welche Wilhelm der Eroberer in England einführte; in dieselbe Klasse gehört die Verfassung, welche das Türkische Reich bis auf diesen Tag behalten hat. Ein Staat dieser Art ist mehr ein Heer, das im Lande des Feindes auf Kosten des Feindes lebt. Doch können auch die auswärtigen Verhältnisse eines Staates so bedenklich seyn, daß, ungeach-

III. Lugd. Bat. 1626 8.) Der Bund der Aetolier entstand erst nach dem Tode Alexanders; der Achäische scheint schon früher bestanden zu haben. — Der Aetolische Bund büßte schwer den Fehler, daß er die Römer gegen Macedonien zu Hülfe gerufen hatte. Man kann die Geschichte seines Unterganges (b. Livius) nicht ohne Erbitterung gegen die Tücke der Römer lesen. Glänzender war der Abend des Achäischen Bundes. Philopömen, der Feldherr der Achäer, erinnert an die größten Nahmen der Griechischen Vorzeit.

tet das Volk ein Ganzes ist, dennoch alle innere Einrichtungen auf den Krieg zu berechnen sind, dafs also z. B. die Gewalt des Fürsten in ihrer ganzen Kraft zu erhalten, die Organisation der Staatsverwaltung möglichst zu vereinfachen, der Geschäftsgang von allen nicht schlechthin unentbehrlichen Formen zu befreyen ist. Auch ein Staat dieser Art kann mit einem Heere verglichen werden. Doch das Heer steht in seinem eigenen Lande; es mufs selbst für seinen Unterhalt sorgen. Man hat Preussen oft einen militärischen Staat genannt. Aber es würde grobe Unwissenheit verrathen, wenn man den Einrichtungen dieses Staates den Vorwurf machen wollte, dafs sie das Interesse des Heeres von dem des Volkes sonderten.

Diejenige Staatsverfassung, welche für den Krieg, wenigstens für Eroberungskriege, die vortheilhafteste ist, ist die Einherrschaft, insbesondere die erbliche Einherrschaft. Das Römische Volk, welches seine Herrschaft schon in den Zeiten des Freystaates so weit verbreitete, steht in so fern vereinzelt in der Geschichte da, und doch begann der Verfall seiner Freyheit, als seine Heere die Grenzen Italiens überschritten.⁹⁴⁾ Mißtrauisch gegen ihre Unterthanen, mißtrauisch sogar gegen sich selbst, haben die Aristokratieen nicht selten dazu ihre Zuflucht genommen, ihre Kriege mit einem gemie-

94) In Italien herrschte Rom mehr als das Haupt eines Bundes, als in der Eigenschaft eines Siegers. Vgl. Liv. IX, 10.

theten Heere zu führen, den Kriegsbefehl einem Fremdlinge anzuvertrauen. Wie viele Democraticen erlagen dem Glücke ihres Feldherrn, der Begeisterung des Heeres für den Feldherrn, der es zum Siege geführt hatte.⁹⁵⁾ Wie vielen Freystaaten wurden die Festungen, die sie zu ihrer Vertheidigung angelegt hatten, verderblich.⁹⁶⁾ Besonders aber sind die stehenden Heere von jeher allen den Verfassungen gefährlich gewesen, welche nicht alle Gewalt in die Hände eines Einzigen legten. Wenn ein stehendes Heer nur gehorchen und nicht berathen soll, wozu kann nicht dieser Gehorsam gebraucht oder gemißbraucht werden? Einem Einzigen gehorcht sichs besser, als Vielen. Und von wem kann ein stehendes Heer am ersten Anerkennung seiner Verdienste oder seiner Ansprüche erwarten? Allerdings giebt es Mittel, die Gefahr, welche von dieser Seite einer Verfassung droht, zu mindern. So mindert sich z. B. die Gefahr, wenn das Heer aus allen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft ergänzt wird, wenn die Organisation des Heeres in einem gewissen Zusammenhange mit der Organisation der Staatsverfassung steht,⁹⁷⁾ wenn

95) Die Geschichte der Italienischen Freystaaten ist in dieser Hinsicht besonders belehrend. Vgl. *Muratori Antiquit. Italiae II, 26. (De re militari medii aevi.)*

96) Vgl. über die Vortheile und Nachtheile der Festungen nach der Verschiedenheit der Verfassungen: Arist. Polit. VII, 10. Machiav. Abh. über den Livius. II, 24. 32. *Richetieu testam. politique.*

97) Musterhaft war in dieser Beziehung die ursprüng-

die Kriegsmacht des Staates zugleich auf einer Landwehr beruht, wenn das Heer, abgesehn von den Pflichten des Kriegsdienstes, den Gesetzen und Gerichten des gemeinen Rechts unterworfen bleibt.⁹⁸⁾ Am wenigsten haben die Verfassungen der heutigen Europäischen Staaten von dieser Seite zu fürchten. Denn die Europäischen Regierungen wissen zu gut, daß ein stehendes Heer, wenn es die einzige Stütze des Thrones ist, ein zweyschneidiges Schwerdt sey.⁹⁹⁾ Dennoch mögte, wenn sich in den heutigen Europäischen Staaten das Verhältniß des stehenden Heeres zur Verfassung gün-

liche Organisation der Römischen Kriegsmacht. Auch die altgriechischen Freystaaten befolgten die Maxime, die Landesvertheidigung vorzugsweise denen anzuvertrauen, welchen die Erhaltung der Verfassung am theuersten seyn mußte. Als in den Europäischen Staaten die stehenden Heere aufkamen, handelte der Adel weislich, daß er sich in den Besitz der Officierstellen zu setzen suchte. Es ist eine merkwürdige Eigenthümlichkeit der Britischen Kriegsverfassung, daß Officiersstellen käuflich sind. In Frankreich wird ein Theil dieser Stellen durch Wahl besetzt. Vgl. Machiav. in dem a. W. I, 36. Montesq. V, 19.

98) Vgl. über diese und andere Gegenmittel *Blackstone comment. on the laws of England* I, 43. — Wenn die in Frage stehende Gefahr abgewendet wird, so kann das Heer sogar eine Bildungsanstalt für das Leben unter einer freyeren Verfassung seyn. Vgl. Der Krieg für wahre Krieger. Lpz. 1815. 8.

99) Gibbon macht da, wo er von der Leibwache der Kaliphen zu Bagdad spricht, (Kap. 51.) die Bemerkung: „*So uniform are the mischiefs of military despotism, that I seem to repeat the story of the praetorians of Rome.*“ — Auch die Geschichte unserer Tage enthält in der vorliegenden Beziehung so manche Warnungen!

stiger gestellt hat, auch das Schuldenwesen dieser Staaten in Anschlag zu bringen seyn.

Geht die Landesvertheidigung in andere Hände über, so ist die Folge davon fast immer eine Veränderung der Staatsverfassung. Die Geschichte der Kriegsmacht und die des Verfassungsrechts der Deutschen kann ohngefähr in dieselben Perioden eingetheilt werden. Als die Lehnsmannschaft, ein stehendes Heer, das zu Pferde diente, an die Stelle der Landwehr trat, rifs der Adel alle Gewalt an sich; durch die bewaffneten Bürgerschaften wurden der Macht des Adels wieder gewisse Grenzen gesetzt; dann erhielt die landesfürstliche Gewalt durch den Miethsoldaten und durch die stehenden Heere das Uebergewicht; in den neuesten Zeiten sind die Landwehren wieder aufgebothen worden, eine Veränderung, mit welcher sich so manche Erscheinungen der Gegenwart, so manche Aussichten in die Zukunft in Verbindung setzen lassen.¹⁰⁰⁾ Zuweilen wirkt das Kriegswesen nur langsam und kaum merklich auf die übrigen Einrichtungen des Staates. In Rußland befreyt der Dienst im stehenden Heere von der Leibeigenschaft. In mehreren Deutschen Staaten ist der Zunftzwang durch die Vorrechte, welche man den ausgedienten Soldaten ertheilte, nicht wenig gemildert worden.

100) Ueber den Einfluß, den eine jede dieser Veränderungen auf den Staatshaushalt hatte, s. Historische Entwicklung der Deutschen Steuerverfassung. Von K. H. Lang. Berl. 1793. 8.

Wie das Unglück den Menschen, so prüft ein unglücklicher Krieg, den ein Volk führt, die Verfassung und Verwaltung, unter welcher es steht, die Zufriedenheit der Unterthanen mit der Regierung. Das Weströmische Reich würde sein Daseyn länger gefristet haben, wenn seine Steuerverfassung weniger drückend gewesen wäre. Neuere Beispiele zur Bestätigung jenes Satzes sind Allen im Gedächtnisse. — Eine Regierung, deren Ansehn noch schwanken^d ist, hat von einem Kriege eben so viel zu hoffen als zu fürchten. Doch Wagspiele sind verführerisch.

D R I T T E A B T H E I L U N G .

Von der Wiederherstellung des Friedens.

Ein Friedensschluss hat zwar schon als solcher eine rechtliche Gunst für sich. Aber vollkommen bindend ist ein Friedensvertrag nur dann, wenn er auf billige Bedingungen abgeschlossen wird d. i. auf Bedingungen, welche dem Interesse aller Theile entsprechen. Ein Friede, welchen der Sieger blos in seinem Interesse dem unterliegenden Theile vorschreibt, ist nur ein Waffenstillstand. Er wird gebrochen, so wie die Gründe wegfallen, welche den Sieger bestimmten, den Frieden zu bewilligen, oder den Besiegten, den Frieden anzunehmen. Denn ihm geht die Eigenschaft eines Vergleiches ab. Der Sieger, der einen solchen

Frieden abschließt, thut wohl, wenn er die Bedingungen so faßt, daß der unterliegende Theil nicht ohne die augenscheinlichste Gefahr die Feindseligkeiten erneuern kann. In dieser Hinsicht ist z. B. der Friede, welchen Napoleon mit Preussen (im J. 1807 zu Tilsit) abschloß, von Vielen getadelt worden.

In dem heutigen Europa giebt es noch einen anderen oder einen bestimmteren Mafsstab für die Rechtmäßigkeit der Bedingungen eines Friedens. Da ist nur ein Friede rechtmäßig, welcher zugleich die friedlichen und freundschaftlichen Verhältnisse unter den sämtlichen Europäischen Staaten befestiget oder wenigstens nicht gefährdet, nur ein Friede, welcher dem Interesse des Europäischen Völkerstaates entspricht.

Es giebt Friedensbedingungen, welche, schon ihrem Wesen nach widerrechtlich, nur in Nothfällen für zulässig erachtet werden können. Es ist z. B. widerrechtlich, die Dauer des Friedens auf eine bestimmte Zeit zu beschränken. Ein solcher Friede ist wenig mehr, als ein Waffenstillstand, der in einem jeden Augenblicke aufgekündigt werden kann und dessen Aufkündigung in einem jeden Augenblicke zu befürchten ist. Die Türken schlossen ehemals mit den christlichen Mächten nur Waffenstillstandsverträge ab; doch ist es gelungen, die Türken wenigstens in dieser Beziehung in eine Europäische Macht zu verwandeln. — Eben so verwerflich sind beschimpfende oder demüthigende

Friedensbedingungen, in gleichen Bedingungen, durch welche die Wunden, die der Krieg schlug, fortdauernd offen gehalten werden. Nur in außerordentlichen Fällen ist es daher zu billigen, wenn der Feind zur Bezahlung der Kriegskosten verpflichtet oder wenn dessen Land auch nach abgeschlossenem Frieden noch eine Zeit lang in Beschlag behalten wird.

Auch für die Art, wie Friedensbedingungen zu fassen (zu redigiren) sind, giebt es gewisse Rechtsregeln. Unbedingt verwerflich sind unbestimmt oder zweydeutig gefasste Bedingungen. Denn sie enthalten den Keim zu neuen Feindseligkeiten. Aus demselben Grunde sind diejenigen Friedensartikel nicht zu billigen, welche gewisse Rechtsfragen, über die unter den Partheyen Streit ist, (ohne Noth) zu weiterer Erörterung aussetzen.¹⁰¹⁾

Es ist rathsam, einem jeden Friedensschlusse eine gegenseitige allgemeine Verzichtleistung auf alle die Ansprüche einzuverleiben, welche der eine Theil an den andern kraft eines besonderen Rechtsgrundes gemacht habe oder zu machen berechtigt

101) Dieser Vorwurf traf besonders den Westphälischen Frieden, welcher so viele Streitpunkte *«ad comitia proxima»* (*ad Calendas Graecas*) aussetzte. — In dem neuesten Friedensschlusse zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten mußte die Bestimmung der Grenze zwischen den Britischen Kolonien in Nordamerika und zwischen dem Gebiete der V. St. zu weiterer Erörterung ausgesetzt bleiben. Aber weislich kam man überein, den Streit, wenn er nicht in der Güte beygelegt werden könnte, dem Ausspruche eines Schiedsrichters zu unterwerfen.

gewesen wäre, mit alleiniger Ausnahme der in dem Friedensschlusse ausdrücklich anerkannten oder vorbehaltenen Ansprüche. Enthält der Friedensschluß nicht einen Verzicht dieser Art, so ist dieses Stillschweigen (von Rechtswegen) so zu deuten, daß die eine und die andere Parthey auf alle die Ansprüche verzichtet habe, wegen welcher der Krieg geführt worden ist, und eben so oder noch mehr auf alle Ansprüche wegen Ersatzes der Kriegsschäden und Kosten; (*Expensae litis tacite compensatae esse censentur*;) daß aber im übrigen dasjenige Rechtsverhältniß unter den Partheyen wiederhergestellt seyn solle, welches unter ihnen vor dem Ausbruche der Feindseligkeiten bestand. Denn nur nach dieser Deutung entspricht ein Friedensschluß seinem Zwecke, dem Zwecke, einen möglichst bestimmten und festen Rechtszustand unter den Partheyen zu stiften. Aus demselben Grunde ist auch ein jeder Verzicht, welchen ein Friedensschluß enthält, durch die Auslegung eher auszudehnen, als zu beschränken.

Wenn und wie eine große Macht Frieden schließen soll, lehrt am besten das Beyspiel der Römer. Sie beharrten im Kampfe gegen den Uebermüthigen; sie schonten dessen, der sich demüthigte. (*Parcere subjectis, et debellare superbos.*) Sie brachen nur die Kraft des Feindes, wenn ihnen auch der Sieg die Macht gab, den Feind zu vernichten.

Das Ziel nie aus den Augen verlierend, übereilten sie dennoch nicht ihre Unternehmungen. Sie schlossen Frieden, um einen andern Feind, den sie bisher übersehen zu haben schienen, aufzusuchen. Der stolze Bau, den die Römer mit den Trümmern so vieler Staaten aufführten, hat Jahrhunderte lang gestanden, weil Jahrhunderte lang daran gebaut worden war, und weil sie ihr Eroberungssystem verliessen, als es räthlicher war, auf die Erhaltung als auf die Vergrößerung des Baues Bedacht zu nehmen.¹⁰²⁾

Wie Eroberungen am besten behauptet werden können.¹⁰³⁾

Um eine Eroberung zu behaupten, können überhaupt vier Wege, der eine oder der andere, eingeschlagen werden, wenn auch nicht in einem jeden einzelnen Falle die Wahl zwischen allen diesen Wegen frey steht. Welcher von diesen Wegen in einem gegebenen Falle den Vorzug verdiene, ist, abgesehn von der Rechtsfrage, nach Zeit und Umständen zu beurtheilen. Mit der Zeit kann es rathsam ja nothwendig werden, den anfangs gewählten Weg mit einem andern zu vertauschen. Auch lie-

¹⁰²⁾ Vgl. *Montesquieu des causes de la grandeur des Romains*. Kap. 6. Herder's Ideen zur Geschichte der Menschheit. XIV. Beh. Heyne pr. *Romanorum prudentia in finiendis bellis*. In dessen *Opusc. academ.* T. IV. (Gött. 1796.) n. 29.

¹⁰³⁾ Viel Treffliches über diesen Gegenstand findet man b. Montesquieu: *Esprit des lois*. Liv. X.

gen einige von diesen Wegen einander so nahe, daß es möglich und gut seyn kann, einen Mittelweg zu halten.

Erstens: Das Volk, das die Eroberung gemacht hat, kann die Einwohner des eroberten Landes vertilgen oder sie vertreiben oder sie in andere Theile seines Landes zerstreun. So führte einst das Volk Israel einen Vertilgungskrieg gegen die Einwohner des ihm verhiessenen Landes, das Volk Gottes gegen die Abgötter. So führen in Nordamerika die Weissen einen theils offenen theils geheimen Vertilgungskrieg gegen die Ureinwohner, der civilisirte Menschenstamm gegen den uncivilisirten. (Auf eine ähnliche Weise setzt der Anbau eines Landes dem Gebieth der wilden Thiere und dem der wilden Kräuter und Pflanzen immer engere Grenzen.) Gründlich sind diese Mittel, eine Eroberung oder, richtiger, den Besitz eines eroberten Landes zu sichern, allerdings. Aber ist Verödung Friede? (*Solitudinem pacem appellant.*)

Zweytens: Das vollkommenste Mittel, eine Eroberung zu sichern, ist die Vereinigung beyder Völker, desjenigen Volkes, welches die Eroberung gemacht hat, und des besiegtten, zu einem einzigen Volke. Doch kann sich der Staat, welcher die Oberhand behalten hat, nur unter der Bedingung für diesen Plan entscheiden, daß seine Verfassung eine solche Vereinigung zuläßt. Die Demokratie, dieses Wort in dem Sinne genommen, welchen die Griechen damit verbanden, die Aristokratie kann

nur selten diesen Weg einschlagen. Ein Staat, welcher die eine oder die andere dieser Verfassungen hat, läuft eben deswegen, so wie er Eroberungen macht, Gefahr, entweder seine Verfassung oder seine Eroberungen nicht auf die Dauer behaupten zu können. Selbst der Freystaat der Römer erlag seinen Siegen, so viel Kunst auch dieses Volk angewendet hatte, um seine Eroberungen und gegen diese seine Verfassung zu sichern. Der Krieg, welchen Rom mit seinen Italischen Bundesgenossen, dem Kerne seiner Kriegsmacht, zu bestehen hatte, führte, ungeachtet seines scheinbar glücklichen Ausganges, zu einer Ausdehnung des Bürgerrechts, welche der volksherrschaftlichen Verfassung des Römischen Freystaates sehr bald den Untergang brachte.¹⁰⁴⁾ Vorausgesetzt aber, daß eine Vereinigung beyder Völker, der Sieger und der Besiegten, in dem Interesse der ersteren möglich ist, so wird diese Vereinigung am leichtesten dann gelingen und mithin dann vor einer jeden andern Mafsregel den Vorzug verdienen, wenn beyde Völker ihrer Sprache, ihrem Glauben, ihren Sitten und Einrichtungen nach einander verwandt sind, wenn die Vereinigung nur darinne besteht, daß

104) Eine der auffallendsten Erscheinungen in der Geschichte ist Sylla. Er scheint denn doch nicht blos für das Interesse seiner Parthey, sondern zugleich für das des Freystaates gewirkt oder gewüthet zu haben. Er wollte diesen durch die Begründung einer Aristokratie des Reichthumes verjüngen.

auf das eroberte Land die Verfassung und die Gesetze des andern Landes ausgedehnt werden, und wenn diese Ausdehnung zugleich eine Verbesserung des ehemaligen Zustandes des eroberten Landes ist. Diesen Plan befolgten die Franzosen, als sie in den Zeiten des Freystaates und in den Zeiten des Kaiserthums so viele Länder mit Frankreich vereinigten. Aber er hatte nicht überall denselben Erfolg und konnte nicht überall denselben Erfolg haben. Weit schwieriger (und gleichwohl besonders rathsam) ist die Ausführung dieses Planes, wenn das Volk, das die Eroberung gemacht hat, in das eroberte Land einwandert. Eine solche Einwanderung greift allemal in den Besitzstand der Landeseinwohner so feindselig ein, dafs nur im Verlaufe der Zeit eine Verschmelzung beyder Völker zu einem einzigen zu Stande kommen kann. Sie ist sogar schlechthin unmöglich, wenn die Nationalität des einen Volkes der des andern feindselig gegen übersteht. Vergeblich versuchte Alexander, die Griechen und die Einwohner des von ihm eroberten Persischen Reichs zu einem Volke zu vereinigen; die Griechische und die Asiatische Kultur standen in einem zu scharfen Gegensatze.¹⁰⁵⁾

105) Alexander heyrathete die Tochter des Darius. Er beförderte Heyrathen zwischen beyden Nationen. Er nahm mit seinen Feldherrn Vieles von den Sitten der Besiegten an. Griechen und Asiaten dienten in seinem Heere neben einander u. s. w. *The history of ancient Greece. By J. Gillies.* V, 225. ff. (Basler Ausg. 1790. 8.)

In dem Türkischen Reiche leben die Türken und die Griechen fortdauernd als zwey verschiedene Nationen neben einander. Die Völker des mittleren Asiens, welche sich in Hindostan festsetzten, sind nie mit den Hindus ein Volk geworden; die Religion war die unübersteigliche Scheidewand. Dagegen gelang es den Deutschen Völkerschaften, welche in den Provinzen des Römischen Reichs neue Staaten stifteten, bald genug, die römischen oder romanischen Einwohner dieser Provinzen (in Frankreich, in Spanien, in Italien,) in sich aufzunehmen oder sich diesen einzuverleiben; die Vereinigungsmittel waren das Christenthum und Verschwägerungen. Die letzteren wurden theils durch das Gesetz der Monogamie, welches bey den Römern und bey den Deutschen von jeher in Kraft gewesen war, theils durch die Achtung, in welcher das weibliche Geschlecht bey dem einen und bey dem andern Volke stand, besonders bedeutsam.¹⁰⁶⁾ Ein in seiner Art einziges Beyspiel einer Vereinigung zwischen den Siegern und den Besiegten ist das, welches die Verfassung des Chinesischen Reichs darbiethet. Die Eroberer, (die Tartaren,)

(106) Am genauesten kennen wir das Verhältniß, in welchem in dem Reiche Theodorichs, Königs der Ostgothen, beyde Nationen anfangs zu einander standen. —. Dafs Verschwägerungen einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Verschmelzung beyder Nationen gehabt haben, beurkundet die schwarze Farbe der Haupthaare und der Augen, durch welche sich die Franzosen, die Spanier, die Portugiesen und die Italiener von den Völkern rein Deutschen Blutes unterscheiden.

ließen die altchinesische Reichsverfassung bestehn; sie unterwarfen sich selbst, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, den Gesetzen der Besiegten. Die Stellen in den höchsten Reichsbehörden wurden verdoppelt und zur Hälfte mit Tartaren zur Hälfte mit Chinesen besetzt. Das Heer besteht aus zwey Abtheilungen; in der einen dienen nur Tartaren, in der andern nur Chinesen. Die erstere ist besonders bevorrechtet. Auch der oberste Kriegsbefehl wird nur von Mandarinern Tartarischer Abkunft geführt. Die Eroberer wurden durch die Verhältnisse genöthiget, das Mißtraun, das sie in die Einwohner des eroberten Landes setzten, unter den Formen einer wenn auch nur unvollkommenen Vereinigung mit diesen zu verbergen.

Die dritte Art, wie eine Eroberung behauptet werden kann, ist die, daß die Regierung, welche die Eroberung gemacht hat, den Rechtszustand des eroberten Landes unverändert läßt, ausgenommen, daß dieses in Beziehung auf das Recht des Krieges und des Friedens seine Selbstständigkeit verliert. — Dieser Plan ist dann am leichtesten ausführbar, und kann dann auch in dem Interesse des Eroberers der vortheilhaftere seyn, wenn ein Fürst das Land eines andern Fürsten erobert. Der Fürst, welcher die Eroberung gemacht hat, kann oft schon dadurch, daß er sich an die Stelle des bisherigen Fürsten setzt, zu einer für die Erhaltung der Eroberung hinreichenden Gewalt gelangen. Zuweilen kann er auch die Auskunft,

und mit Erfolg, treffen, daß er dem bisherigen Fürsten die Regierung lehnsweise läßt. In Europa ist dieser Plan (in der einen und in der andern Form) seit den Zeiten des Mittelalters von und unter den monarchischen Staaten vorzugsweise befolgt worden. Jedoch auch unter der Voraussetzung, von welcher hier die Rede ist, (wenn ein Fürst das Land eines andern Fürsten erobert,) ist jener Plan nicht unbedingt ausführbar, nicht unbedingt empfehlungswerth. Es kann z. B. die monarchische Verfassung des Nebenlandes, (des eroberten,) von der des Hauptlandes so wesentlich verschieden seyn, daß, wenn dem eroberten Lande seine Verfassung gelassen würde, die Eroberung zum Nachtheile des Hauptstaates ausschlagen könnte. Man darf wohl behaupten, daß Norwegen von Schweden, Polen von Rußland mit besonderer Gunst behandelt worden ist. Weit schwieriger ist das Gelingen jenes Planes, wenn ein Freystaat über einen Freystaat den Sieg davon getragen hat. Zwar scheint diese Behauptung das bey Fragen dieser Art so gewichtige Ansehn der Römer gegen sich zu haben. So lange dieses Volk seine Eroberungen auf Italien beschränkte, ließ es den Völkerschaften, die es besiegte, ihre Gesetze und Freyheiten, sich mit dem Rechte begnügend, über die Kriegsmacht der Besiegten nach eigenem Ermessen zu verfügen. Aber, wenn sie auch für dieses Verfahren den Geist und das Interesse ihrer Verfassung auführen konnten, wenn sie auch noch einige an-

dere Mittel zu Hülfe nahmen, sich der Treue dieser Völkerschaften zu versichern, sie mußten gleichwohl die Besiegten noch einmal besiegen. Aehnliche Erfahrungen hatten die Athenienser, hatten die Spartaner gemacht. Wenn ein Freystaat einen andern Freystaat durch eine Parthey, die er in demselben begünstiget, und durch die Häupter dieser Parthey zu beherrschen sucht, so wendet sich diese Politik leicht gegen ihn selbst. Mit einem Worte, ein ungleiches Bündnifs, das unter Freystaaten geschlossen wird, ist weniger dauerhaft, als ein ungleiches Bündnifs unter monarchischen Staaten.

Endlich viertens kann der Staat, der eine Eroberung gemacht hat, zur Behauptung derselben den Weg einschlagen, dafs er die Einwohner des eroberten Landes zu seinen Unterthanen macht, dafs er ihnen also diejenigen Gesetze giebt oder läßt, und diejenigen Abgaben und Lasten auferlegt, welche seinem Interesse am besten entsprechen, sich selbst die Herrschaft, den Befehl im Kriege und im Frieden, vorbehaltend. Die Abhängigkeit, in welche die Ausführung dieses Planes die Einwohner des eroberten Landes versetzt, kann eben so sehr ihren Graden als ihren Gegenständen nach verschieden seyn. Sie kann auf der einen Seite an eins der vorher gedachten beyden Verhältnisse grenzen, und auf der andern Seite in Knechtschaft übergehn. Ein stehendes Heer, die Lehnsvorfassung, die Kolonisirung des eroberten

Landes, die Anwendung der Maxime: *Divide et impera*, Achtung für die Sitten und Meinungen der Besiegten, eine Verwaltung, welche für den Verlust der Selbstständigkeit einen gewissen Ersatz leistet, — das sind die Hauptmittel, welche in dem Geiste dieses Planes zur Behauptung einer Eroberung angewendet werden können. Man kann diese Kunst nicht besser erlernen, als indem man sich mit der Geschichte ihrer Meister und Muster vertraut macht, — des Perserköniges Cyrus, der Römer, Karls des Großen, ¹⁰⁷⁾ Wilhelms des Eroberers, der Venetianer, der Spanier, der Briten. Doch der Römische und der Britische Nahme überstrahlt die übrigen. Die Kunst, mit welcher die Römer ihre Eroberungen zu behaupten verstanden, offenbahrt sich besonders theils durch die Rücksichten, welche sie bey der Organisation einer jeden einzelnen Eroberung auf die Eigenthümlichkeiten des Landes und des Volkes nahmen, theils durch die Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Interessen, welche sie in den eroberten Ländern zu stiften und zu unterhalten wußten. So oft sie ihr Gebieth durch eine Eroberung vergrößerten, wurde eine außerordentliche Behörde (*quinque vel decem legati*) ernannt, welche die Verfassung der Provinz mit Beachtung der bisherigen und der neuen Verhältnisse des Landes festzusetzen hatte.

¹⁰⁷⁾ Jedoch der Friede, welchen Karl der Grosse mit den Sachsen zu Selz abschloß, war mehr ein (obwohl ungleiches) Bündniß zwischen den Franken und Sachsen.

(*Lex s. formula provinciae.*) Dem einen Lande fiel ein härteres dem andern ein milderer Loos, je nachdem Mißtraun Strenge ¹⁰⁸⁾ oder Furcht Schonung geboth. Eben so verschieden waren in derselben Provinz die Rechte der einzelnen Gemeinden. Es gab Kolonien, *municipia*, Städte, die sich nach ihren eigenen Gesetzen regierten u. s. w. Auch Einzelne wurden z. B. durch das Römische Bürgerrecht, ausgezeichnet. (Auf eine ähnliche Weise hielten die Venetianer ihre Unterthanen in Gehorsam. Sie stifteten unter ihnen durch Titel und andere Ehrenvorrechte eine Eifersucht, welche, je kleinlicher, desto bitterer war.) Und dennoch war in diesem Körper zugleich ein Princip der Vereinigung und Ausgleichung in Thätigkeit. Mit der Herrschaft der Römer zugleich verbreitete sich Römische Kultur, verbreiteten sich die Künste und Werke des Friedens, in welchen es kein Volk den Römern zuvorgethan hat. Nicht weniger bewundernswerth, einzig in seiner Art, ist das Reich der Briten in Ostindien. Nicht durch die Macht der Waffen behaupten die Briten ihre Herrschaft in Ostindien; (ihr Heer ist nur ohngefähr 200000 Mann stark, die eingebohrnen Soldaten mit eingerechnet; die Bevölkerung wird zu 80 Millionen Menschen und höher angeschlagen;) sondern weil sie die Eigenthümlichkeiten, die Meinungen und Sit-

108) Mit besonderer Strenge verfahren die Römer gegen Macedonien; das erste Reich, welchem sie die Form einer Provinz gaben. S. Liv. XIV, 29.

ten der ihnen unterworfenen Völker schonen, ¹⁰⁹⁾ weil sie die grofse Mehrzahl ihrer Unterthanen in einen ohne Vergleich besseren Zustand versetzt haben. Man ist versucht, das Reich der Briten in Ostindien einer Hierarchie zu vergleichen. Allerdings darf man für die Fortdauer dieses Reiches fürchten. Ein scheinbar geringes Versehn kann einen Brand im Innern entzünden, welchen nichts zu löschen vermöchte. ¹¹⁰⁾ Es dürfte sich kein Beispiel in der Geschichte nachweisen lassen, dafs ein Volk seine Herrschaft über ein grofses und starkbevölkertes Land behauptet hätte, ohne sich in dem Lande niederzulassen oder anzusiedeln. Und gleichwohl sucht die Regierung (aus guten Gründen) die Ansiedelung Britischer Unterthanen in Ostindien möglichst zu verhindern. Allemal aber wird dieses Reich zu den stolzesten Werken des menschlichen Geistes gerechnet werden!

109) So weit geht diese Schonung, dafs es den Wittwen der Brahminen gestattet ist, sich mit ihren Männern verbrennen zu lassen. In dem Regierungsbezirke von Bengalen wurden im J. 1824 bis 578, im J. 1825 bis 639, und im J. 1826 bis 580 Suttees, (so heissen diese Opferungen) gehalten.

110) So hatte im J. 1823 eine unbedeutende Veränderung, die man in einem Regimente eingebobrner Soldaten einführte, einen Aufstand zur Folge, welcher, wenn nicht Europäische Regimenter in der Nähe gewesen wären, schwer zu unterdrücken gewesen seyn würde. — Ueber die Leitung der Ostindischen Angelegenheiten durch eine Handlungskompanie etc. liesse sich ein ganzes Buch schreiben; und in England ist eine grofse Anzahl Schriften über diesen Gegenstand erschienen.

**Das
NEUN UND ZWANZIGSTE BUCH
VOM STAATE**

oder
DER REGIERUNGSLEHRE NEUNTES BUCH.

Von der
Vereinigung der Völker zu einem Völkerstaate.

EINLEITUNG.

Nulla salus bello, pacem deposcimus omnes!
Des Friedens bedürfend haben sich die Menschen zu bürgerlichen Gesellschaften vereinigt. Aber die Geschichte der Völker ist die Geschichte eines allgemeinen und ewigen Krieges, eines Krieges, der nur bald auf dem bald auf einem andern Theile des Kriegsschauplatzes und nur von Zeit zu Zeit durch eine Waffenruhe unterbrochen wurde. Fürsten und Völker, welche ihre Herrschaft weiter und weiter auszudehnen trachteten, nennt die Geschichte genug. Aber der Gedanke, wenn auch nicht unter allen Völkern des Erdbodens doch unter einem bedeutenden Theile derselben einen die Grundsätze des Völkerrechts ehrenden und bekräftigenden Frie-

den auf die Dauer zu stiften, ist nur von wenigen Regierungen aufgefaßt und verfolgt worden. Nur den Europäischen Staaten Deutschen Ursprungs gebührt der Ruhm, daß sie die Ausführung dieses Planes versucht, an diesem großen Werke beharrlich gearbeitet haben und noch arbeiten.¹⁾

Die Grundursache aller dieser Kriege kann ein jeder Mensch in sich selbst finden. Leidenschaften und Begierden entzweyen den Menschen mit sich selbst und deswegen mit seinen Mitmenschen. Ein Volk ist seinem rechtlichen Wesen nach eine Gesamtheit, ein Gedankending; aber in der Wirklichkeit löst es sich in die einzelnen Menschen auf, aus welchen es besteht. Leidenschaften und Begierden entscheiden über sein Schicksal, wie über das des einzelnen Menschen. Zwar wird der Mensch, so wie er sein wahres Interesse besser verstehn lernt, (also mit den Jahren) in seinem Betragen friedlicher oder zurückhaltender; und eben so vermindert sich die Zahl der Kriege ohngefähr in demselben Verhältnisse, in welchem die Völker auf der Bahn der Civilisation fortschreiten, besonders wenn zugleich die Staatsverfassungen in dem Interesse der Civilisation d. i. in dem Geiste ausgebildet werden, daß

1) Der Plan, die Nord- und Südamerikanischen Staaten zu einem einzigen Bunde zu vereinigen, ist unausgeführt geblieben. Ein Kongress, der deshalb in Panama gehalten werden sollte, wurde wegen der Ungesundheit dieses Orts in eine andere Stadt verlegt, hier aber nicht wieder eröffnet. *Partus praematurus.*

die öffentliche Meinung, die Meinung der Verständigeren im Volke, den ihr gebührenden Einfluß auf die Regierung ausüben kann. Noch sicherer kann man auf das friedliche Betragen eines Menschen rechnen, welcher seine Mitmenschen aus Grundsätzen liebt; und man kann sich den Fall wenigstens als möglich denken, daß ganze Völker den Krieg als eine Sünde verabscheuten. Haben sich doch in den neuesten Zeiten, theils in England theils in den vereinigten Staaten von Nordamerika, Gesellschaften gebildet, welche auf die Stiftung und Erhaltung eines allgemeinen und dauerhaften Friedens unter den christlichen Völkern durch die Verbreitung und Empfehlung der Friedenslehren des Christenthums hinarbeiten.²⁾ Jedoch, so hoch man auch die Perfectibilität des menschlichen Geschlechts anschlagen möge, — und vermessen würde es seyn, ihr irgend eine Grenze zu setzen, — für jetzt wenigstens und so weit unsere bisherigen Erfahrungen reichen, sind die Besonnenheit und die Sittlichkeit der Völker für sich nur schwache Bürgschaften für die Erhaltung des Weltfriedens.

Der Wohnplatz, welchen die Natur dem menschlichen Geschlechte angewiesen hat, die Erde, begünstiget das Kriegführen, anstatt es zu erschweren oder es selbst unmöglich zu machen, verlockt zum Kriege, anstatt davon abzuhalten. Die Erde ist zu

2) Vgl. über diese »Friedensgesellschaften« : *Journal de la société de la morale chrétienne. Paris 1822. 8. N. 1*

grofs, als dafs ein und dasselbe Oberhaupt über alle ihre Bewohner gebiethen könnte; zu klein, als dafs die Völker einander immer ausweichen könnten. Nirgends hat die Natur — wie vielleicht im Monde³⁾ — unübersteigliche Bergrücken aufgethürmt. Die Meere, durch welche sie den Wohnplatz der Menschen in friedlicher Absicht, (so scheint es wenigstens,) zerstückelte, hat der erfinderische Geist der Menschen in Heerstraßen verwandelt; wie überhaupt der Krieg den Scharfsinn der Menschen vorzugsweise ins Leben gerufen hat. Der Wechsel der Jahreszeiten, der Wechsel zwischen Tag und Nacht wurde von den Menschen nur dazu benutzt, während der kurzen Waffenruhe, welche die Natur geböth, Kräfte zu neuen Anstrengungen zu sammeln.⁴⁾ Die Naturerzeugnisse, die Gelegenheiten, sie zu verarbeiten, sind nach der Verschiedenheit der Himmelsstriche und Länder der Erde so verschieden, dafs überall der Neid Nahrung, die Habsucht ein Ziel, die Herrschsucht einen Vorwand findet. Den Völkern des Nordens gelüstete es,

3) Bekanntlich hat der Mond Berge und Bergrücken, die ohne Vergleich höher, als die auf der Erde sind. Und doch wollen Sternkundige in dem Monde Wälle entdeckt haben, welche Werke der Kunst zu seyn scheinen. Vielleicht brachte die Chinesische Mauer oder die Mauer, welche einst England gegen Schottland schützte, auf den Gedanken. *C'est tout comme chez nous!*

4) Auch in dieser Beziehung ist im Monde alles anders. Der Mond kehrt immer dieselbe Halbkugel der Erde zu. Ein Mondenmonat ist auf ihm Tag und Nacht.

(das beweist z. B. die Geschichte der Völkerzüge in Europa und in Amerika,) nach den Schätzen des Südens. Die Völker des Südens suchten nicht selten durch einen Einfall in die Länder des Nordens dem Sturme zuvorzukommen.

So bleibt also den Völkern, wenn sie dem Bedürfnisse und der Pflicht, einen allgemeinen und dauernden Frieden unter sich zu stiften, Genüge leisten wollen, nur eine einzige Zuflucht übrig; nur das Mittel, einen künstlichen Bau aufzuführen; nur eine Vereinigung, in welcher sie sich, um eine Bürgschaft für ihre Rechte zu erhalten, in Beziehung auf ihre auswärtigen Verhältnisse einer gemeinsamen Regel und Regierung unterwerfen; mit einem Worte, nur die Darstellung der Idee eines Völkerstaates.

Damit wird jedoch nicht behauptet, daß die Idee des Staates in ihrer Anwendung auf das Verhältniß unter Völkern vollständig, d. i. in dem Grade ausgeführt werden könne, in welchem sie in einfachen Staaten ausgeführt ist. In diesen beruht der Gehorsam am Ende darauf, daß die Menschen, als Einzelne, sich ihrer Schwäche bewußt, Zwang und Strafe fürchten. Aber Völker sind Mächte; das Strafrecht erstreckt sich nicht auf Völker. Ueberdies, Menschen haben ein physisches, Völker nur ein künstliches Daseyn; in einem einfachen Staate hat die Gewalt gewisse physische Grenzen; in einem Völkerstaate ist Alles Kunst. Wo beginnt und wo endet da die Gewalt, welcher

die Mitglieder des Vereines, die einzelnen Völker, unterworfen seyn sollen? — Sondern nur davon ist die Rede, daß die Völker ihr gegenseitiges Verhältniß durch Verbindungen, die sie unter einander eingehn, der Idee eines Völkerstaates nähern können, daß die Darstellung dieser Idee als die endliche Aufgabe der auswärtigen Staatskunst zu betrachten ist, daß die auswärtige Staatskunst nur bey den Völkern, welche dieses Ziel erkannt haben und verfolgen, eine festere und bleibendere Grundlage hat, daß die Idee eines Völkerstaates, sollte ihr auch die Wirklichkeit noch so wenig entsprechen, dennoch für die Ausübung des Rechts des Krieges und des Friedens, wenigstens in einzelnen Fällen, ihre Bedeutung behält. / Und, wenn anders unter den Europäischen Völkern ein Verhältniß besteht, welches sich der Idee eines Völkerstaates wenigstens in einem gewissen Grade nähert, oder durch welches die Idee eines Völkerstaates gleichsam durchschimmert, so ist die Erörterung dieser Idee ins besondere für das Europäische Völkerrecht von hoher Wichtigkeit.

Die erste Abtheilung dieses Buches wird die Rechtsgrundsätze, welche sich aus der Idee eines Völkerstaates ergeben, darstellen oder wenigstens andeuten, die zweyte Abtheilung aber die Thatfachen sammeln, welche die Anwendung dieser Idee auf das unter den heutigen Europäischen Völkern bestehende Verhältniß zu rechtfertigen scheinen. Die Frage: Wie könnte der Rechtszustand von Eu-

ropa der Idee eines Völkerstaates noch mehr genähert werden? mußte, dem Plane des vorliegenden Werkes fremd, unerörtert bleiben.

Dafs unter den Völkern der Erde ein grofser Staatsverein, und zwar von Rechtswegen, bestehen sollte, ist keinesweges ein neuer Gedanke. Schon der berühmte deutsche Philosoph Christian Freyherr von Wolff, stellte die Idee eines Völkerstaates als eine Rechtsidee auf; er bearbeitete sogar das Völkerrecht in dem Geiste dieser Idee.⁵⁾ Noch mehr ist sie in den neueren Zeiten, z. B. von Kant, hervorgehoben und ausgebildet worden.⁶⁾ Die Idee eines Europäischen Völkerstaates ist sogar eine Ueberlieferung aus den Zeiten des Mittelalters. Damals tief in das Leben und in die Wissenschaft eingreifend, wurde sie jedoch in der Folge, besonders seit den Zeiten der Reformation, mehr als eine Aufgabe der Staatskunst betrachtet, als dafs man sie, wenigstens in wissenschaftlichen Schriften, dem Europäischen Völkerrechte zum Grunde gelegt hätte. Grofs ist die Zahl der Pläne, welche man seit jenen Zeiten entworfen hat, um durch künstliche oder gewaltsame Mittel einen bleibenden Friedensverein unter den Europäischen Staaten zu

5) S. dessen *jus gentium methodo scientifica pertractatum*. Halle 1749. 8. Um dem Vf. Gerechtigkeit in dieser Beziehung wiederfahren zu lassen, darf man nicht bey seiner (allerdings unvollkommenen) Darstellung der Idee eines Völkerstaates stehn bleiben.

6) S. dessen Abh. zum ewigen Frieden. Königsb. 1796. 8. Vgl. auch meine Schrift: Janus. Lpz. 1802. 8.

stiften. Schon von dem Könige Heinrich IV. wird berichtet, daß er einen Plan dieser Art ins Werk zu setzen gedachte.⁷⁾ Berühmt ist die unermüdliche Thätigkeit, mit welcher der Abbé von *St. Pierre* den Regierungen seiner Zeit einen ähnlichen Plan annehmlich zu machen suchte.⁸⁾ Noch mehr häuften sich diese Friedensvorschläge oder diese friedlichen Träume, als Napoleon bestimmt zu seyn schien, den Verhältnissen unter den Europäischen Völkern eine neue Gestalt zu geben, und dann in der Zeit des Wiener Kongresses.⁹⁾ Jedoch alle diese Vorschläge und selbst die Thatsachen, welche für einen unter den Europäischen Völkern fort-dauernd bestehenden Verein sprachen, hatten auf die Bearbeitung des Europäischen Völkerrechts nur einen geringen Einfluß.

7) Die Nachricht steht in den *Mémoires* des *Duc de Sully*. Das Ansehn dieses Zeugnisses ist freylich zweifelhaft, da diese Denkschriften nicht von Sully selbst, sondern nur nach den von ihm hinterlassenen Papieren abgefaßt sind.

8) *St. Pierre* reiste mit seinem Plane, gleich als mit einer Wunderarzney auf Kongressen u. s. w. herum. S. die Schrift: *Der ewige und allgemeine Friede*. Gött. 1763. 8. — Ein anderes (nun schon) älteres Friedensprojekt, welches dem Kardinal Alberoni beygelegt wird, s. in *G. Moore's Lives of Cardinal Alberoni etc.* (II. Ed. Lond. 1814. 8.) S. 134.

9) Die Literatur s. in Klüber's *Völkerrechte* §. 329. Anm. a. und in Bauer's *Naturrechte*. §. 304 Anm. d. S. auch die *Encyclop. méthodique. Économie politique. m. Projets chimeriques*. Ferner: *De la réorganisation de la société Européenne*. Par le comte de *Saint-Simon*. Par. 1814. 8. *Der Europäische Bund*. Von L. F. v. Schmidt-Phiseld. Kopenh. 1821. 8.

ERSTE ABTHEILUNG.

Das Recht eines Völkerstaates.

Man mag sich einzelne Menschen oder man mag sich Völker als einer äußeren Gewalt unterworfen denken, — wesentlich d. i. in Beziehung auf den Rechtsgrund, den Umfang und die Grenzen der über die eine und die andere Gesamtheit gebietenden Gewalt sind beyde Fälle nicht von einander verschieden; mit andern Worten, ein einfacher Staat und ein Völkerstaat sind nur verschiedene Anwendungen einer und derselben Rechtsidee, der Idee des Staates überhaupt. Man kann sich die Idee eines Völkerstaates nicht besser verdeutlichen, als wenn man das, was von einfachen Staaten gilt, zur Entwicklung jener Idee — das bekanntere Verhältniß zur Erläuterung des unbekannten — benutzt.

Jedoch in den einfachen Staaten stehen der Regierung einzelne Menschen, in einem Völkerstaate stehen ihr Völker, Gemeinheiten, über welche schon eine Regierung gebiethet, gegenüber. — Wenn es die Aufgabe des Staatsrechtes ist, die Staatsgewalt mit der rechtlichen Freyheit der einzelnen Staatsglieder möglichst in Uebereinstimmung zu setzen, so hat diese Aufgabe, in ihrer Anwendung auf einen Völkerstaat, noch den besonderen Sinn, die Staatsgewalt so zu organisiren und zu verwalten, daß neben ihr die Staatsgewalt, die in

den einzelnen Volksgemeinden gebiethet, bestehen könne, dafs sich also der Verein nur auf die auswärtigen Verhältnisse der unter ihm begriffenen Staaten beschränke. Wenn einer jeden Regierung eine genügende Macht zu Gebote stehen mufs, so hat die Macht der Regierung eines Völkerstaates ihre eigenthümlichen Grundlagen, so wie ihre eigenthümlichen Feinde und Hemmnisse. So streiten z. B. in einem Völkerstaate nicht die Interessen einzelner Menschen, sondern Staatsinteressen für oder gegen die öffentliche Macht. — Das folgende ist nur und kann nur eine Entwicklung dieser Eigenthümlichkeiten eines Völkerstaates seyn.

I) Von der Verfassung eines Völkerstaates.

Es würde eine sehr unfruchtbare Arbeit seyn, die verschiedenen möglichen Formen, in welchen ein Völkerstaat dargestellt werden kann, anzugeben und zu schildern. Das Allgemeine, (z. B. dafs ein Völkerstaat unter der Herrschaft eines einzigen Staates oder unter der Herrschaft der mächtigeren Staaten des Vereines stehen kann,) ist bekannt. Geht man aber auf das Einzelne ein, ohne der Untersuchung die unter gewissen bestimmten Völkern bestehenden Verhältnisse zum Grunde zu legen, so verliert man sich in das Reich der Möglichkeiten oder in das Gebieth der politischen Dichtkunst.

Unterrichtender ist es, die Beyspiele von Völ-

kerstaaten, welche uns die Geschichte oder die heutige Staatenwelt darbiethet, in Beziehung auf die vorliegende Aufgabe zu betrachten. — Ein jetzt schon der Vergangenheit angehörendes Beyspiel ist das Deutsche Reich. Seitdem sich in demselben die Landeshoheit entwickelt hatte, ¹⁰⁾ war es, der Sache nach, nicht ein einfacher sondern ein Völkerstaat. Unter den vielen Sonderbarkeiten dieses Völkerstaates war die grösst wohl die, dafs seine Verfassung monarchisch war, und dafs gleichwohl das Reichsoberhaupt als solches, kein Land hatte, das ihm unmittelbar unterworfen gewesen wäre, ja dafs man Jahrhunderte lang die Kaiserwürde und die Eigenschaft eines Vasallen der Kaiserkrone für unvereinbar hielt. Wie konnte bey dieser Lage der Dinge dennoch das Deutsche Reich und insbesondere die monarchische Verfassung desselben bestehen? Man irrt sich wohl nicht, wenn man auf diese Frage antwortet: 1) Das Deutsche Reich hatte sich aus einem einfachen Staate in einen Völkerstaat verwandelt, nicht durch die Vereinigung mehrerer einfacher Staaten zu einem Völkerstaate gebildet. Da wurde das Ganze noch durch so manche Einrichtungen und Erinnerungen der Vorzeit zusammengehalten. Und überhaupt ist die erstere

10) Epoche in der Geschichte der Landeshoheit machen die zwey Freybriefe, welche Friedrich II. den einen im J. 1220 den geistlichen, den andern im J. 1232 den weltlichen Fürsten und Herren zur Bestätigung ihrer landesfürstlichen Rechte ertheilte.

Entstehungsart eines Völkerstaates die natürlichere, die letztere die künstlichere. 2) Das Deutsche Reich hatte in der Gröfsheit seines Gebiethes, in der Mannigfaltigkeit seiner Bestandtheile, und in der Verschiedenheit der Interessen der unmittelbaren Reichsglieder eine Bürgschaft für seine Fortdauer und für die Fortdauer seiner Verfassung. (*Stabat mole sua!*) Denn ein Staat, ein Völkerstaat, der auf einer breiten Basis ruht, hat in sich selbst seinen Schwerpunkt, einen Schwerpunkt, der nicht so leicht verrückt werden kann. Auch gab es in Deutschland während des Mittelalters keine Macht, welche grofs genug gewesen wäre, jene Masse zu erschüttern. 3) Die Deutsche Reichsverfassung war mit dem gesamten Rechtssysteme des Zeitalters auf das innigste verwebt, mit einem Systeme, welches das Ansehn vieler Jahrhunderte und selbst die Religion geheiligt hatte. • Kennt doch die Geschichte Völker, welche nie einen gewissen Ideenkreis zu überschreiten vermogten. Aber Vieles, fast Alles änderte sich in Deutschland, als das Haus Oesterreich zu dem fast erblichen Besitze der Deutschen Kaiserkrone gelangte, als dieses Haus immer mächtiger wurde, als, ohngefähr zu derselben Zeit, die Reformation so viele alte Bande löste, so manche neue Ideen in Umlauf setzte. Da erhielt der Deutsche Völkerstaat in der Oesterreichischen Monarchie einen Centralstaat; da zeigten sich sehr bald die Erscheinungen, welche kaum in irgend einem Völkerstaate, der unter einem Centralstaate steht, aus-

bleiben können. Der Plan des Hauses Oesterreich, den alten Glanz der Deutschen Kaiserkrone zu erneuern, würde vielleicht gelungen seyn, wenn die Staaten dieses Hauses in dem Mittelpunkte Deutschlands gelegen gewesen wären, wenn es nicht der Hülfe der katholischen Reichsstände bedurft, oder wenn es das Interesse der Reformation in das seine verflochten hätte. Doch anders fiel das Loos; der Westphälische Friede vollendete die Verwandlung des Deutschen Reichs in einen Völkerstaat; die Gleichheit des Rechts und die der Macht des katholischen und des protestantischen Religionstheiles sollte von nun an die Grundlage der Verfassung dieses Staates seyn; auch äufsere Bürgschaften wurden zu Hülfe genommen, um die Fortdauer dieses Staates und seiner Verfassung zu sichern. So schwach aber waren jene Grundlagen, (zumal da der Religionseifer, wie eine jede Triebfeder, mit der Zeit erschlaffen mußte,) und so zweydeutig diese Bürgschaften, daß es befremden würde, wie dennoch das Deutsche Reich noch über anderthalb Jahrhunderte lang bestehen konnte, wenn nicht das schnelle Emporsteigen des Hauses Brandenburg das Räthsel löste. Sind die Bestandtheile eines Völkerstaates ihrer Gröfse und Macht nach unverhältnißmäfsig verschieden, so kann ein solcher Staat nur unter dem Schutze und durch die Eifersucht zweyer oder mehrerer an Macht einander ohngefähr gleicher Staaten auf die Dauer bestehn. — Der Völkerstaat, welcher den Nahmen der verei-

nigten Staaten von Nordamerika führt, hat erst ein halbes Jahrhundert zurückgelegt; er steht noch in dem Jugendalter seiner Entwicklung. Daher würde es voreilig seyn, aus der Geschichte dieses Staatenvereines allgemeine Resultate ableiten zu wollen. Die größte Bürgschaft für die Fortdauer dieses Staatenvereines mögte darinne liegen, daß unter den einzelnen Staaten eine gewisse Gleichheit, ins besondere auch was die Verfassungen betrifft, eintritt.¹¹⁾ Zu fürchten hat der Verein vielleicht nichts so sehr, als daß sich in einem oder in mehreren der unter ihm begriffenen Staaten ein Erbadel bilden könnte.

In einer Hinsicht unterscheidet sich die Verfassung eines Völkerstaates schon ihrem Wesen nach von der eines einfachen Staates. Ein Volk kann nicht unmittelbar sondern nur durch einen Stellvertreter mit andern Völkern verkehren. Der verfassungsmäßige Vertreter des Volkes kann dann wieder, wenigstens in vielen oder in den meisten Fällen, nicht selbst sondern nur durch Bevollmächtigte handeln. Und da diese Bevollmächtigten oder Gesandten in einem Völkerstaate das sind, was in einem einfachen Staate beziehungsweise die Volksabgeordneten und die Staatsbeamten, so gebühren

11) *Montesquieu esprit des lois. IX, 1 — 3.* — Die Art, wie die Flüsse über das Nordamerikanische Festland vertheilt sind, die Länge und die Richtung des Laufes dieser Flüsse, der Bergrücken, welcher die östlichen Staaten von den westlichen scheidet, die ungemessenen Ebenen im Westen, — wie viele Begebenheiten können und werden sich an diese Eigenthümlichkeiten des Landes reihn!

ihnen auch diejenigen persönlichen Vorrechte, welche mit dieser Eigenschaft wesentlich verbunden oder billig zu verbinden sind. Aus dieser Quelle kann man z. B. das Recht der Extraterritorialität ableiten, welches dem Europäischen Völkerrechte nach den Gesandten zusteht.

II. Von den Hoheitsrechten eines Völkerstaates.

Kein Zweifel, daß die Hoheitsrechte eines Völkerstaates und die eines einfachen Staates an sich (*in thesi*) dieselben sind.

Jedoch bey der Ausübung dieser Rechte hat sich die Regierung eines Völkerstaates gewisse besondere Schranken zu setzen, wenn anders nicht zwischen ihr und den Regierungen der einzelnen Staaten des Vereines ein Zwiespalt entstehen soll, welcher sogar das Daseyn des Völkerstaates bedrohen würde.

In Beziehung auf die auswärtigen Verhältnisse ist die Verfassung eines Völkerstaates nur dann vollendet zu nennen, wenn dessen Regierung in dieser Beziehung die Rechte aller ihrer untergeordneten Regierungen ausschließlich und allein auszuüben und zu vertreten hat. (Die Verfassung der vereinigten Staaten von Nordamerika entspricht diesem Grundsatz.) Wenn es die Umstände nothwendig machen, von der Strenge dieses Grundsatzes abzuweichen, so ist doch der Regierung des Völkerstaates wenigstens die Ausübung des Rechts

des Krieges und des Friedens ausschließlich vorzubehalten. Doch können alsdann Streitigkeiten über den Umfang dieses Rechts nicht ausbleiben. — Der Deutsche Bund ist in dieser Beziehung noch weit von der Idee eines Völkerstaates entfernt. Besonders das ist eine sehr bedenkliche Eigenthümlichkeit dieses Bundes, daß einige Bundesfürsten zugleich solche Staaten regieren, welche nicht zum Bunde gehören. (Derselbe Fall trat in dem Deutschen Reiche ein.) Doch durch dieselbe Eigenthümlichkeit ist der Bund desto fester mit dem Europäischen Völkerstaate verschlungen. In diesem Staate wird übrigens sogar darüber noch gestritten, ob nicht den Mitgliedern des Vereines im Verhältniß zu dritten Staaten ihre Selbstständigkeit schlechthin verbleibe. Wenigstens lassen sich auf diese Streitfrage mehrere Vorgänge der Europäischen Völkergeschichte, wie z. B. die Verhandlungen zurückführen, welche unter den Europäischen Hauptmächten über den jetzigen Krieg zwischen Rußland und der Turkey gepflogen worden sind und noch gepflogen werden.

Ein Völkerstaat steht desto fester, je weniger er die Selbstständigkeit der einzelnen unter ihm begriffenen Staaten, was die inneren Angelegenheiten dieser Staaten betrifft, antastet. Die Verfassung der vereinigten Staaten von Nordamerika ist in so fern wohl unstreitig fehlerhaft, als sie zur Bestreitung der gemeinsamen Ausgaben die Grenzzölle angewiesen hat. Daher schreiben sich die Bewegun-

gen und Zerwürfnisse, welche der von dem Kongresse im J. 1828. festgesetzte Zolltarif verursacht hat. Dem Deutschen Bunde gebührt in dieser Beziehung sowohl vor jenem Vereine, als vor dem Deutschen Reiche, der Vorzug.

Es versteht sich von selbst, daß die unter einem Völkerstaate begriffenen Staaten im Verhältnisse zu einander nicht von dem Rechte des Krieges und des Friedens Gebrauch machen können, daß sie also ihre gegenseitigen Streitigkeiten, wenn der Versuch der Güte fehlschlägt, dem Gerichtshofe des Völkerstaates zur Entscheidung vorzulegen haben. Sogar das ist schwerlich für erlaubt zu halten, daß sie besondere Bündnisse unter sich abschließen dürften. Wenn dagegen die einzelnen Staaten des Vereines in ihren inneren Angelegenheiten selbstständig seyn sollen, so muß es ihnen auch freystehn, Verträge mit einander über diese Angelegenheiten einzugehn. Doch sollten die Verträge dieser Art billig nur unter der Bedingung verpflichtend seyn, daß sie die Zustimmung des Vereines erhalten hätten. Denn können sie nicht die Interessen des Völkerstaates verletzen und selbst die Fortdauer desselben bedrohn? Nur die Verträge haben diese Bedenklichkeit nicht gegen sich, welche die sämtlichen Staaten des Vereines unter sich abschließen.¹²⁾

12) An diese Sätze läßt sich mehr als eine Betrachtung über den (einem Völkerstaate nahe verwandten) Deutschen

Alles dieses zusammengekommen, ist die Eifersucht leicht erklärbar, welche in einem jeden Völkerstaate zwischen der Centralregierung und den Regierungen der einzelnen Staaten herrscht. Diese Eifersucht ist der Lebensquell, zugleich aber der Keim der Auflösung der Staatenvereine.

III. Von den Rechten der einzelnen Mitglieder eines Völkerstaates.

Wie sehr man auch die höchste Gewalt in einem Völkerstaate beschränke, allemal gehen mit den Rechten der Völker, welche in einen solchen Verein treten, viele und wichtige Veränderungen vor.

Die Selbstständigkeit, welche einem jeden Volke in seinen Verfassungsangelegenheiten ursprünglich zusteht, kann den Mitgliedern eines Völkerstaates schwerlich verbleiben. Sollte auch die Aufnahme in den Verein nicht von der Bedingung grundgesztzlich abhängen, daß die aufzunehmenden Staaten die und die bestimmte Verfassung haben müssen, (wie z. B. in den Achäischen Bund nur demokratische Staaten aufgenommen wurden,) so kann doch eine jede bedeutendere Veränderung, welche sich mit der Verfassung des einen oder des andern unter dem Vereine begriffenen Staates begiebt, für die Gesamtheit schon deswegen nicht

Bund und über die Zeitereignisse, z. B. über die Zoll- und Mauthvereine der Deutschen Staaten, anknüpfen.

gleichgültig seyn, weil in einem jeden Staate das persönliche Interesse der Machthaber auch für die auswärtigen Verhältnisse des Staates von entscheidender Wichtigkeit ist. Am wenigsten kann ein Völkerstaat bey Unruhen, die im Innern eines zu ihm gehörenden Staates ausbrechen, ein müßiger Zuschauer seyn. Denn sie drohen mit Krieg. Man würde sich daher gar sehr irren, wenn man das, was in dem vorigen Buche über die Selbstständigkeit der Völker in Verfassungssachen gesagt worden ist, auch dem Völkerstaatsrechte nach vertheidigen zu können glaubte. Nach diesem ist vielmehr Abhängigkeit der Völker in Verfassungssachen die Regel, wenn auch dieser Regel die Maxime der Mäßigung zur Seite steht. Kein Wunder also, wenn die Geschichte der Europäischen Staaten Deutschen Ursprungs so viele Fälle darbietet, in welchen diese Staaten, weil sie von der Idee eines unter ihnen bestehenden Vereines ausgingen, unbedenklich nach jener Regel handelten. Das Amt eines Vermittlers und Richters, welches während des Mittelalters der Pabst in den inneren Angelegenheiten der Europäischen Staaten verwaltete, der dreyßigjährige Krieg, der Spanische und der Oesterreichische Thronfolgekrieg, der Krieg, zu welchem die Französische Revolution Veranlassung gab, und so manche noch neuere Begebenheiten sind Beyspiele solcher Fälle. Die Bestimmungen des Deutschen Bundesrechts, durch welche die Verfassungen der einzelnen Deutschen Bundesstaaten gegen Angriffe von Innen in

Schutz genommen werden, ¹³⁾ sprechen in der That nur das förmlich aus, was in einem jeden Völkerstaate schon an sich Rechtens ist.

Auch was die innere Staatsverwaltung betrifft, verändert sich die Stellung der Regierung, so wie der Staat einem Völkerstaate beytritt. Wenn schon die Regel die ist und seyn soll, daß die Regierungen der unter einem solchen Vereine begriffenen Staaten in dieser Beziehung unabhängig sind und bleiben, so haben sie sich doch von Rechtswegen, theils eine jede für sich theils gegenseitig, gleich als Behörden zu betrachten, welche von einer höheren Gewalt, von der Regierung des Völkerstaates, über die einzelnen Bestandtheile oder Bezirke dieses Staates gesetzt worden sind. Zu Folge dieses Grundsatzes kann z. B. ein Unterthan nicht schon deswegen, weil er sich im Auslande aufhält, für bürgerlich tod erachtet werden, ¹⁴⁾ — ist die Gerichtsbarkeit über Ausländer auf die Bedingungen zu beschränken, unter welchen sie mit der Gerichtsbarkeit des Wohnlan-

¹³⁾ Schlufsakte der Wiener Ministerial-Konferenz. Art. XXV. ff.

¹⁴⁾ Das altrömische Recht stellte Römer, die sich im Auslande aufhielten, den bürgerlich Toden gleich. Erst in späteren Zeiten erhielt diese Regel einige Modifikationen. Vgl. *l. 8. pr. l. 13. §. 1. D. qui testam. fac. poss. l. 3. §. 2. D. de capt. et postlim. l. 9. C. de testam. Schulting ad Ulp. tit. XX. §. 13.*

des der Ausländer bestehn kann, ¹⁵⁾ — ist eine Rechtssache, die bey den Gerichten des Auslandes anhängig ist, auch im Inlande als bereits bey den Gerichten anhängig, ein rechtskräftiges Urtheil, das von einem auswärtigen Gerichte gesprochen worden ist, auch im Inlande als rechtskräftig zu betrachten, ¹⁶⁾ — kann ein im Auslande verübtes Vergehn, auch ohne dafs die Regierung, in deren Gebiethe die That verübt worden ist, die Bestrafung verlangte, von den Gerichten mit einer Strafe belegt werden, — sind Abgaben verwerflich, welche auf Güter gelegt werden, die ein Unterthan im Auslande besitzt. Jedoch sind einige von den Folgerungen, welche aus jenem Grundsätze abgeleitet werden können, — z. B. die, welche das Verhältniß zwischen der Gerichtsbarkeit der unter dem Vereine begriffenen Staaten betreffen, — allerdings von der Art, dafs sie, um Regeln des Völkerrechts zu werden, noch einer genaueren ihnen durch Vertrag oder Gesetz zu gebenden Bestimmung bedürfen.

¹⁵⁾ Die oben erwähnte Vorschrift des *Code civ.* Art. 14. dürfte mit den Grundsätzen des Europäischen Völkerrechts schwer zu vereinigen seyn.

¹⁶⁾ Also, in Beziehung auf die *exc. litis pendentis* und in Beziehung auf die *exc. rei judicatae*, ist zwischen den Gerichten des Inlandes und denen des Auslandes kein Unterschied zu machen. Dasselbe gilt von der Vollziehung der Urtheile. Allemal ist jedoch vorauszusetzen, dafs der auswärtige Staat seine Gerichtsbarkeit nicht völkerrechtswidrig ausgedehnt hat. Vgl. meine Abh. über die Rechtskraft der im Auslande gesprochenen Urtheile. In der Zeitschrift: *Germania*. Von Crome und Jaup. Bd. II. n. 1.

Eben so wirkt die Errichtung eines Völkerstaates auf diejenigen Rechte ein, welche einem Volke als einem Ganzen d. i. abgesehen von seinen innern Verhältnissen zustehn.

Die unter einem Völkerstaate begriffenen Völker und Staatsherrscher können, kraft ihres Staatsbürgerrechts, gegenseitig auf Achtung Anspruch machen. So wie in einem einfachen Staate die Regierung mit einem gewissen Glanze zu umgeben und durch gewisse Ehrenvorrechte auszuzeichnen ist, damit sie desto fester stehe und, ohne zu dem äußersten Mittel ihre Zuflucht zu nehmen, Gehorsam finde, eben so und noch mehr hängt die Fortdauer und das Gedeihn eines Völkerstaates von der Achtung ab, welche die Mitglieder des Vereines einander zollen, von der Sprache und von den Symbolen, die sie für den Ausdruck dieser Achtung gewählt haben, von den Abstufungen und Wendungen, mittelst welcher sich diese Sprache und diese Symbole der Achtung an die Verschiedenheiten der völkerrechtlichen Verhältnisse anschmiegen. Denn nur durch zwey Mittel kann man die Menschen regieren, durch Gewalt oder durch ihren guten Willen; kann man nicht dem einen dieser Mittel, so muß man dem andern vertraun. Wenn daher die Europäischen Regierungen durch das Herkommen gleichsam gezwungen werden, mit Achtung und Mäßigung zu einander zu sprechen, wenn das gesamte Europäische Völkercäremoniell des Geistes ist, daß es, eine symbolische Sprache der Ach-

tung, welche eine Regierung der andern in einem Völkerstaate schuldig ist, die Pflichten dieser Achtung zu erfüllen — oder wenigstens den Schein zu retten nöthiget; so deutet alles dieses auf das Daseyn eines Vereines unter den sämtlichen Europäischen Staaten hin und so trägt alles dieses zur Erhaltung und Entwicklung dieses Vereines bey.¹⁷⁾ Wenn man einen Brief mit der Formel zu schliessen hat: Ich habe die Ehre, mit hoher Achtung zu seyn Ewr. etc. unterthäniger oder gehorsamster Diener; so muß man den Inhalt des Briefes, sey er auch noch so bitter, wenigstens durch den Ausdruck versüßen.

Das Eigenthumsrecht der Unterthanen eines bestimmten Staates hat unmittelbar die Gesetze dieses Staates zu seiner rechtlichen Grundlage. Diese Bürgschaft hat die Folge, daß für die Unterthanen eines und desselben Staates, als solche, alle die Fragen ohne Interesse sind, welche den letzten Rechtsgrund des Eigenthumes und die Grenzen des Occupationsrechtes betreffen; Fragen, deren Beantwortung mit so großen Schwierigkeiten verbunden ist. Eben so wird auch in einem Völkerstaate das Eigenthumsrecht der unter dem Vereine begriffenen Völker und Herrscher an ihren Ländern, wenn es auf eine gesetzmäßige Weise erworben worden ist, durch die Gesetze des Vereines geheiligt. Und es bedarf das Grundeigenthum der Völker dieser

¹⁷⁾ Leider! fehlt es noch an einer Geschichte des Europäischen Völker- und Hofcäimoniels. Lünig's *theatrum caeremoniale* ist eine elende Kompilation.

Bekräftigung um so mehr, je wesentlicher die so eben erwähnten Streitfragen in das Verhältniß unter Völkern eingreifen. Dem Europäischen Völkerrechte liegt auch in dieser Beziehung die Idee eines unter den Europäischen Völkern bestehenden Staatenvereines zum Grunde. Wenn ein Staat das Gebieth eines andern Staates dem seinigen einverleibt, so wird die Erwerbung erst dann für rechtmässig erachtet, wenn sie von den übrigen Europäischen Staaten anerkannt worden ist. Und eben so gehen die Regierungen der Europäischen Staaten von der Ansicht aus, daß eine Verfügung, welche ein Staatsherrscher über sein Land oder über einen Theil desselben treffe, zu ihrer Gültigkeit noch der Zustimmung der bey der Verfügung nicht unmittelbar betheiligten Staaten, gleich als ob die Verfügung zugleich eine Handlung der Gesamtheit (eine Art von Belehnung) seyn müsse, bedürfe. — So wie in den einfachen Staaten Strafsen und schiffbare Flüsse dem gemeinsamen Gebrauche vorzubehalten sind, so fordert die Idee eines Völkerstaates, daß das Weltmeer, als die von der Natur selbst angelegte Völkerstrasse, Gemeingut bleibe. Dem Naturrechte nach kann über die Frage, ob das Weltmeer oder ein Theil desselben das Eigenthum irgend eines Volkes seyn könne, allerdings gestritten werden; wenigstens ist der Grund, welcher der Okkupation des Weltmeeres dem Naturrechte nach entgegensteht, — daß es einer Bearbeitung weder bedürftig noch empfänglich sey, — nur ein nega-

tiver Grund. Aber dem Völkerstaatsrechte nach soll das Weltmeer Gemeingut seyn und bleiben. — Wenn übrigens die Strafsen und die schiffbaren Flüsse schon dem Naturrechte nach auch den Ausländern zum Gebrauch offen stehen sollen,¹⁸⁾ so erhält diese Landesdienstbarkeit durch das Völkerstaatsrecht eine neue Bekräftigung; auch in so fern, als in einem Völkerstaate die Fälle weit seltner eintreten können, in welchen jene Freyheit des Gebrauchs kraft eines Nothrechts beschränkt werden darf. Bemerkenswerth ist, wie den Europäischen Regierungen die Idee eines Europäischen Völkerstaates auch in dieser Beziehung immer mehr und mehr tagt.

In den meisten Staaten sind Verträge, als solche, (und nicht blos gewisse Arten der Verträge, nicht blos die Verträge, welche eine besondere *causa obligandi* haben), verpflichtend. Denn einerseits kann ein Recht, welches nur gewisse Formen oder Arten der Verträge für verpflichtend erklärt, zwar, wenn es, (wie bey den Römern,) in dem Kindesalter der bürgerlichen Gesellschaft entstanden ist, auch unter veränderten Umständen beyhalten und fortgebildet, kaum aber, wenn die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens schon mannigfaltiger und verwickelter sind, zuerst eingeführt werden und andererseits hat Treu und Glaube über-

18) S. das vorige Buch, das zweyte Hauptstück.

haupt für den Staat ein so hohes Interesse, daß er wohlthut, wenn er die Verträge schon kraft des gegebenen und angenommenen Worts für verpflichtend erklärt. Dasselbe Interesse steht auch den Verträgen zur Seite, welche die Mitglieder eines Völkerstaates mit einander abschließen. Denn, wie groß auch an sich der Unterschied zwischen einem Völkerstaate und einem Völkerbunde seyn möge, in der Wirklichkeit wird sich allemal der eine dem andern nähern, wird daher ein jeder Vertragsbruch, dessen sich die Mitglieder des Völkerstaates gegen einander schuldig machen, die Grundlage des Vereines überhaupt mehr oder weniger unsicher machen. Nicht immer ist in Europa das Wort gehalten worden, welches eine Regierung der andern verpflichtet hatte; aber der Wortbruch wurde immer als ein Fall der Noth dargestellt und vertheidiget. — Außerdem aber haben in einem Völkerstaate alle die Verträge einen besonderen Verpflichtungsgrund, durch welche unter den Staaten des Vereines, unbeschadet übrigens der Selbstständigkeit dieser Staaten, ein Verhältniß begründet wird, welches sich demjenigen Verhältnisse nähert, das unter den verschiedenen Abtheilungen eines einfachen Staates besteht oder bestehen sollte; z. B. also Verträge, durch welche Freyheit der Ein- und Ausfuhr oder Gleichheit des Münzfusses oder Einheit des Maasses und Gewichts bedungen oder das Schrifteigenthum gegenseitig in Schutz genommen

wird.¹⁹⁾ Verträge dieser Art sind zugleich so viele Mittel, die Bande des Vereines fester anzuziehn.

IV. Von dem Kriege.

Vorausgesetzt, daß in der Erfahrung unter gewissen bestimmten Völkern ein Verhältniß besteht, welches der Idee eines Völkerstaates schlechthin oder in einem gewissen Grade entspricht, so kann, wenn Feindseligkeiten unter diesen Völkern ausbrechen, der Krieg, — kraft der Analogie, welche zwischen einem einfachen und einem Völkerstaate eintritt, — von doppelter Art seyn.

Entweder ist der Krieg auch unter dieser Voraussetzung ein Krieg der Nothwehr. — So wie alsdann die kriegführenden Mächte in den Stand der Natur zurücktreten, so ist auch ihr gegenseitiges Verhältniß, in Beziehung auf einen solchen Krieg, nach den (in dem vorigen Buche aufgestellten) Grundsätzen des Naturrechts zu beurtheilen. Nur das Verhältniß, in welchem die Kriegführenden Mächte zu den übrigen unter dem Vereine begriffenen Staaten stehn, ist ein anderes, als das, welches im Stande der Natur zwischen kriegführenden und neutralen Mächten eintritt. In einem Völkerstaate giebt es oder soll es keine Neutralität geben; auf jeden Fall sind die Mächte,

¹⁹⁾ Auch in dieser Beziehung enthält das Deutsche Bundesrecht (vgl. die Deutsche Bundesakte Art. 18. 19.) einige Vorschriften oder Andeutungen, welche zur Erläuterung des Völkerstaatsrechtes benutzt werden können.

welche nicht in den Krieg verwickelt sind, befugt, mit den Waffen in der Hand den Frieden zu vermitteln oder zu gebiethen. — So wie in den einfachen Staaten Selbsthülfe in dem Grade seltner wird, in welchem diese Staaten zur Vollkommenheit heranreifen, so muß sich auch in einem Völkerstaate die Zahl der Kriege der vorliegenden Art in dem Grade vermindern, in welchem die Idee eines Völkerstaates entschiedener ins Leben tritt. Die Mehrzahl der Kriege, welche seit dem sechszehnten Jahrhunderte in Europa geführt worden sind, dürfte in die zweyte Klasse der Kriege gehören; wenn es auch allemal schwer ist, in dem Europäischen oder in einem andern Völkerstaate über den rechtlichen Grundcharakter eines Krieges ein entscheidendes Urtheil zu fällen, da ein Krieg der einen Klasse so leicht in einen Krieg der andern Klasse übergeht.

Oder es ist unter jener Voraussetzung der Krieg ein Angriff auf die in dem Völkerstaate bestehende Verfassung; von der einen Seite also ein Versuch, die Verfassung umzustürzen, und auf der andern Seite ein Kampf für die Fortdauer dieser Verfassung. — Auf die Kriege dieser Art läßt sich, nach dem Gesetze der Aehnlichkeit, alles das anwenden, was von Revolutionen gilt, welche in einfachen Staaten ausbrechen. Da wird vorzugsweise mit Erbitterung gekämpft; da werden die Waffen nicht eher niedergelegt, als bis die alte Ordnung der völkerrechtlichen Verhält-

nisse befestiget oder eine neue eingeführt worden ist; da achtet man sogar der Grundsätze weniger, welche im Stande der Natur den Krieg rechtlicher und daher menschlicher machen; da wird das Recht der Eroberung von dem Eroberer am ungemessensten geübt, von der Gegenparthey am wenigsten anerkannt.²⁰⁾ Die Kriege der neueren Europäischen Geschichte, welche den Charakter völkerrechtlich-revolutionairer Kriege am entschiedensten haben, die Kriege, welche die Verfassung des Europäischen Völkerstaates vorzugsweise erschütterten und umgestalteten, sind der dreißigjährige Krieg und der Krieg der Französischen Revolution. (Mit diesem Nahmen kann man die Kriege zusammen bezeichnen, welche von Frankreich seit dem Ausbruche der Revolution geführt worden sind. Wenn auch durch mehr als eine Waffenruhe unterbrochen, wurden diese Kriege doch erst im Jahre 1815 durch einen allgemeinen Frieden beendet.) Die Geschichte dieser Kriege ist der beste Kommentar zu den obigen Sätzen.

20) In einem Kriege dieser Art wird der Eroberer von der Gegenparthey schlechthin als ein Usurpator betrachtet. Wenn daher die Regierung des Königes von Westphalen von den Deutschen Regierungen, an welche die Bestandtheile des K. Westphalen zurückfielen, als die Regierung eines Usurpators betrachtet wurde, so läßt sich diese Ansicht nach der Voraussetzung, daß unter den Europäischen Völkern ein Staatsverein bestehe, vollkommen rechtfertigen. Vgl. das vorige Buch. Siebentes Hptst. Zweyte Abth. Von dem Rechte der Eroberung.

ZWEITE ABTHEILUNG.
Von dem Europäischen Völkerstaate.

ERSTER ABSCHNITT.
*Die Perioden der Geschichte des Europäischen
 Völkerstaates.*

ERSTER ZEITABSCHNITT.
Entstehung des Europäischen Völkerstaates.

Er erhält (durch Gregor VII.) und behält (bis zur Reformation)
 die Verfassung einer geistlichen Einherrschaft.

Die Geschichte des Europäischen Völkerstaates
 ist in ihrer ersten Periode die Geschichte der Völker
 Deutschen Stammes während des Mittelalters.

Völker dieses Stammes hatten das Weströmi-
 sche Reich zerstört und dessen Gebieth unter sich
 getheilt. Denn nie war es den Römern gelungen,
 aus der Verfassung ihres Kaiserreichs den militä-
 risch despotischen Geist zu verbannen, welcher
 in dieser Verfassung von Anbeginn an geherrscht
 hatte;²¹⁾ vielmehr hatte die kaiserliche Regierung
 in spätern Zeiten, (zuerst unter Diokletian) noch
 überdies das Gepränge und die Gebräuche der

21) August verdankte die Oberherrschaft dem Siege. Er
 und seine Nachfolger nannten sich *Imperatores*, Feldherren.
 — Ueberhaupt scheinen die Rechtsbegriffe, nach welchen der
 Herrschergewalt eines Einzigen gewisse gesetzliche Grenzen
 gesetzt werden können und zu setzen sind, den Griechen und
 den Römern so gut wie unbekannt gewesen zu seyn. Das
 ergiebt sich z. B. aus der Darstellung der verschiedenen mög-
 lichen Verfassungsformen in der Politik des Aristoteles.

Asiatischen Höfe angenommen.²²⁾ Auch das Christenthum vermogte wenig oder nichts gegen jenen Geist; dieser gab sogar der gesellschaftlichen Ordnung der christlichen Kirche eine Richtung, welche ihr sonst vielleicht fremd geblieben wäre. Keine Verfassung aber altert so leicht, kann sich so schwer verjüngen, als die Zwingherrschaft. Dagegen hatte sich im nördlichen Europa bey den Völkern Deutschen Ursprungs mit der Zeit so Manches verändert, was früher diese Völker den Römern weniger furchtbar gemacht hatte. Ueberall hatte die Bevölkerung zugenommen; mehrere grössere Vereine hatten sich unter den Deutschen Völkerschaften gebildet; auch in der Kriegskunst hatten die Deutschen Fortschritte gemacht.²³⁾

Nach dem Falle des Weströmischen Reichs bewohnten und beherrschten die Völker Deutschen Ursprungs fast das ganze westliche Europa. Zwar wohnten neben ihnen in demselben Theile von Europa noch einige Völkerschaften einer andern Abstammung, namentlich die Galen oder Walen

22) Zwar trennte Konstantin der Grosse die Civil- von der Militärgewalt. Jedoch nur zu dem Ende, um sich gegen Aufstände zu sichern; also nur aus dem Grunde, aus welchem sich auch der jetzige Sultan der Türken für denselben Plan entschieden haben soll.

23) Freylich sind die Nachrichten, die wir von dem Zustande der Völker Deutschen Ursprungs von den Zeiten des Tacitus an bis zur grossen Völkerwanderung haben, höchst mangelhaft. Auch dem Scharfsinne eines LUDEN konnte es nicht gelingen, die Lücke auszufüllen.

im westlichen Gallien, in Britannien, in Schottland und Irland, ²⁴⁾ die Basken im nördlichen Spanien; ²⁵⁾ Bruchstücke von Völkerschaften, die vielleicht früher, als die Deutschen, von Asien her eingewandert waren. Jedoch spielen diese Völkerschaften in der Geschichte des Europäischen Völkerstaates nur eine untergeordnete Rolle; in einer allgemeinen Schilderung der Perioden dieser Geschichte können sie unberücksichtigt bleiben. — Die andere Hälfte von Europa, die östliche, wurde dem gröfseren Theile nach von Völkern Sarmatischen oder Slavischen Stammes bewohnt; dieselben Völker dehnten ihre Wohnsitze, als die Deutschen in das Römische Reich eingewandert waren, über

24) Bemerkenswerth ist, dafs die Worte: Wälsch und fremd, bis auf diesen Tag in der Deutschen Sprache gleichbedeutend sind; (ein Wälscher; Wälschland; wälschen;) dafs das erstere Wort zuweilen auch spottweise gebraucht wird. Man kann daraus folgern, dafs die Deutschen bey ihren Wanderungen zuerst oder am längsten die Walen zu bekämpfen hatten. Vgl. *Tacit. Germ. c. 28.*

25) Dieses Volk hat bis auf diesen Tag mit seiner Sprache seine Nationalität gerettet. Die Sprache ist in einem hohen Grade ausgebildet; der Bau derselben weicht von dem aller andern bis jetzt bekannten Sprachen ab. Das Volk ist ein noch zu lösendes geschichtliches Problem. Waren vielleicht mit den Basken die Guanchen verwandt? ein Volk, das einst die Kanarischen Inseln bewohnte und, als diese Inseln von den Europäern entdeckt wurden, auf einer hohen Stufe der Kultur stand. Nachrichten von diesem Volke findet man in der Geschichte und Beschreibung der Kanarienseln. Von Bory de St. Vincent. (A. d. Fr. übers. in der Biblioth. der neuesten und wichtigsten Reisebeschr. XII. Bd. Weimar 1804. 8.) und in der Erdbeschreibung von Afrika. Von Bruns.

einige von diesen verlassene westlicher liegende Länder aus. Aber, ob sie wohl, besonders auf diese Veranlassung, mit den Deutschen und namentlich mit dem Deutschen Reiche sehr bald in Berührung kamen und in eine lange Reihe von Kriegen verwickelt wurden,²⁶⁾ so waren doch beyde Nationen, die Deutsche und die Sarmatische, ihrer Kultur, der Sprache, der Religion und den gesellschaftlichen Einrichtungen nach, zu verschieden von einander, als dafs unter ihnen so bald ein Verein oder ein Bund hätte zu Stande kommen können. Auch waren die Völker Sarmatischer Abstammung lange Zeit theils unter sich theils mit ihren Feinden in Asien in dem Grade beschäftigt, dafs sie gleichsam eine Welt für sich bildeten. Erst in der zweyten Periode wurden sie daher, nachdem sich diese Lage der Dinge gröfstentheils verändert hatte, in den Europäischen Völkerstaat d. i. in den Verein, der unter den Völkern deutschen Ursprungs entstanden war, aufgenommen. Im Süden von Rußland und Polen fristete bis gegen das Ende der ersten Periode das Oströmische oder Griechische Reich kümmerlich sein Daseyn, in sich abgeschlossen, ein Ueberbleibsel einer untergegangenen Welt, an die Römer der Vorzeit fast nur durch die Zweydeutigkeit seiner Politik erinnernd. Eine Vormauer

26) Schon früher hatten die Deutschen und die Sarmaten in ähnlichen Verhältnissen mit einander gestanden. »*Germania a Sarmatis Dacisque mutuo metu aut montibus separantur.*« Tacit. German. c. 4.

des Europäischen Völkerstaates gegen die Angriffe der Asiatischen Völker hatte dieses Reich auf die auswärtigen Verhältnisse dieses Staates, obwohl nicht ein Theil desselben, besonders zu den Zeiten der Kreuzzüge und als die Türken aus Asien nach Europa übersetzten, einen sehr bedeutenden Einfluß.

Die Grundlage oder der Keim des Vereines, welcher sich nach dem Falle des Weströmischen Reichs unter den Völkern Deutschen Ursprungs nach und nach bildete, war die Stammes- oder Nationaleinheit dieser Völker. Sie standen ohngefähr auf derselben Stufe der Kultur; sie sprachen dieselbe Sprache; die Sitten und Gebräuche, die Rechte und die öffentlichen Einrichtungen, die Bedürfnisse und die Vergnügungen waren bey allen diesen Völkern so ziemlich dieselben. Die Fürstengeschlechter verschwägerten sich mit einander, wie sie es von jeher gehalten hatten. Auch unter den Völkern dauerte das *jus connubii* fort.

Zwar wurde die Nationaleinheit der Völker Deutschen Ursprungs dadurch bedroht, daß einige dieser Völker, diejenigen, welche in den Römischen Provinzen (in Gallien, in Hispanien, in Lusitanien, in Italien,) neue Staaten stifteten, sich mit den Einwohnern dieser Länder und ihre Sprache mit der Römischen oder mit den Provinziodialekten dieser Sprache verschmelzend, gleichsam Halbvölker bildeten, die übrigen aber ihr Blut und ihre Sprache rein erhielten. Jedoch auch bey jenen blieb Deutsche Sitte und Deutsches Recht vorherr-

schend; der ganze Bau der bürgerlichen Gesellschaft war Deutscher Art. Wenigstens in der Geschichte der auswärtigen Verhältnisse der Staaten Deutschen Ursprungs ist jener Unterschied kaum bemerkbar.

Bemerkbarer und störend würde jener Unterschied in die Verhältnisse dieser Staaten eingegriffen haben, wenn nicht alle Völker Deutschen Ursprungs nach und nach in einem gewissen Grade oder in einer gewissen Beziehung romanisirt worden wären, wenn sich also jener Unterschied nicht bloß auf die nähere oder die entferntere Verwandtschaft der Deutschen mit den Römern beschränkt hätte. Das bewirkte das Christenthum. In dem Römischen Reiche hatte sich die Lehre des Christenthums, die christliche Liturgie und die Verfassung der christlichen Kirche entwickelt und ausgebildet. In allen diesen Beziehungen hatte die christliche Kirche unter dem Einflusse der Umgebungen gestanden, unter welchen sie heranwuchs; in allen diesen Beziehungen war sie, als sie die Völker Deutschen Ursprungs in ihren Schoofs aufnahm, ein Denkmal der Kultur, der Sitten und Gebräuche, der Gesetze und der politischen Einrichtungen der Römer. (Der göttliche Stifter der christlichen Kirche hatte sich in seiner Weisheit nur über den Grundriß des Gebäudes erklärt, damit in der Ausführung überall Zeit und Umstände berücksichtigt werden könnten.) Und alle diese Grundlagen der christlichen Kirche, die Lehre, die Liturgie und die Verfassung, waren so, wie sie sich im Römischen

Reiche gestaltet hatten, im Ganzen und im Einzelnen in dem Grade mit einander verkettet, daß sie weder von einander gegenseitig noch von den Eigenthümlichkeiten füglich getrennt werden konnten, durch welche sie mit der Römerwelt zusammenhingen. So ausgebildet und gestaltet wurde nun das Christenthum den Völkern Deutschen Ursprungs geprediget und nach und nach von allen diesen Völkern angenommen.²⁷⁾ Da schloß sich ihnen eine neue Welt auf. Da ging das Bessere und das Beste, was den Römern von aller ihrer Gröfse und Herrlichkeit geblieben war, in die Denkart und in das Leben jener Völker über. Da umschlang diese Völker ein neues Band, und desto kräftiger, je stärker das Band an und für sich war. Da entstanden bey ihnen ganz neue Rechtsverhältnisse; Verhältnisse, welche, je weniger sie sich an die Vorzeit der Deutschen anreihen ließen, einen desto mächtigeren Einfluß auf den gesamten Rechtszustand dieser Völker haben mußten.

Wie nun beyde Ursachen, die Stammeseinheit und die kirchliche Einheit der Völker Deutschen Ursprungs, einen Deutschen Nationalverein unmittelbar zur Folge hatten, wie sich dieser Verein mit der

27) Die Mehrzahl dieser Völker wurde erst nach der Zerstörung des Weströmischen Reiches zum Christenthume bekehrt; einige jedoch schon früher. Unter diesen die Westgothen. Die Westgothen waren Anfangs Arianer. Doch endlich trugen die katholischen Bischöffe den Sieg davon; — die Grundlage des überwiegenden Einflusses der Geistlichkeit in Spanien bis auf diesen Tag.

Zeit immer mehr befestigte und entwickelte, wie auch die Veränderungen, die sich in den Staaten Deutschen Ursprungs nach und nach begaben, in derselben Richtung wirkten, kann hier nur angedeutet, nicht ausgeführt werden. — Die Mehrheit und Verschiedenheit der Staaten trat während des Mittelalters bey weitem nicht in dem Grade hervor, wie in unsern Tagen. Die hohe Geistlichkeit aller von Deutschen Völkern gestifteten Staaten hielt von Zeit zu Zeit einen Reichstag. (*Concilium universale.*) Es gab Wallfahrtsorte, welche, in ganz Europa im Rufe, als Heiligthümer der gesamten Deutschen Nation betrachtet wurden. (Rom, Loretto, St. Jago di Compostella waren Orte dieser Art.) Die Sprache der Kirche, die Sprache der Gelehrten war in ganz Europa die Lateinische. Die Universitäten waren Europäische Anstalten. Die Wissenschaften und die freyen Künste hatten überall ohngefähr denselben Gehalt und Umfang, dieselbe Form; in den Schulen der Philosophen behauptete z. B. Aristoteles die Alleinherrschaft. Die Grundherren — die Eigenthümer der grösseren Landgüter, der Güter, welche mit Ritterdiensten zu verdienen waren, — bildeten in ganz Europa einen einzigen grossen Verein, die Ritterschaft. In diesem Vereine, also bey dem gesamten Adel jener Staaten, herrschten ohngefähr dieselben Sitten und Gesinnungen, dieselben Meinungen und Vorurtheile. Kampflust, Liebe zu Abentheuern, Achtung für die Frauen, Ehrgefühl, christliche Frömmigkeit waren

überall die Züge, welche man sich als vereint in dem Charakter eines vollkommenen Ritters dachte. Ueberall waren die Gesetze des Vereines dieselben, vermöge dieser Gesetze gab es zugleich ein gemeins Europäisches Kriegerrecht. Kampfspiele und Kriege gegen die Ungläubigen und Irrfahrten belebten den Verkehr, knüpften und vervielfältigten die Bande unter den Mitgliedern des Ordens.²⁸⁾ Nicht minder lebhaft war der Verkehr unter den Städten jener Staaten. So wie sich die Städte überall unter denselben Verhältnissen und Umständen emporgearbeitet hatten, so hatten sie auch überall (in dem ganzen westlichen Europa) eine gewisse Nationalphysiognomie. Durch Vorrechte waren die städtischen Gewerbe scharf von den landwirthschaftlichen gesondert; die Bürgerschaft einer jeden Stadt war in Zünfte oder Innungen getheilt; sie hatte, wenigstens in den gröfseren oder mächtigern Städten, das Recht, die städtischen Obrigkeiten zu wählen; sie war hewaffnet und geübt in den Waffen. Ueberall waren die Stadtgemeinden im Kampfe mit dem Adel herangewachsen und erstarkt. So wie nun die Städte in allen jenen Staaten kraft der ihnen allen gemeinsamen Verhältnisse und Interessen ge-

28) Ueber die Verbindung, in welcher die Ritterschaft mit der Nationaleinheit der Völker Deutschen Ursprungs stand, s. *Tableau des progres de la société en Europe. Trad. de l'Angl. de Gilbert Stuart. (Paris 1789. 8. II. T.)* I, 254. und: *The history of chivalry. By Mills. Lond. 1825. II. Bde. 8.*

neigt seyn mußten, Bündnisse mit einander abzuschließen, so genossen sie auch in dieser Beziehung nach dem damaligen Staatsrechte einer fast unbeschränkten Freyheit. Daher die vielen Städtebündnisse während des Mittelalters; im nördlichen Europa, in Deutschland, in Flandern,²⁹⁾ auf der Halbinsel jenseits der Pyrenäen,³⁰⁾ in Italien, überall dieselbe Erscheinung. Und, auch abgesehen von diesen Bündnissen, bestand unter den Bürgern der Stadtgemeinden ein ununterbrochener Verkehr, eine Art von Verein. Die Zunftgesetze, machten das Wandern zur Pflicht; und überall fanden die Wandernden dasselbe Handwerksrecht, dieselben Handwerksgebräuche, dieselben Begriffe von Ehre und Schande.

Auch äußere Umstände trugen zur Erhaltung und Verstärkung dieses Vereines unter den Völkern Deutscher Abkunft bey, — der verhältnismässig beschränkte Flächenraum, welchen diese Völker bewohnten, die Gestalt und Beschaffenheit des Bodens, die verhältnismässig geringe Zahl der Staaten Deutschen Ursprungs, der Zug, den die Waaren nahmen, die Gefahren, mit welchen Europa von den Saracenen und von andern Asiatischen Völkern bedroht wurde.

Jedoch alle diese Ursachen würden nur die Nationaleinheit der Völker Deutschen Ursprungs

29) *Dumont I, II, 10.*

30) *Dumont I, II, 265. 286.*

— nur die Einheit dieser Völker in Beziehung auf Meinungen, Interessen, Sitten und Einrichtungen — erhalten und gefördert, schwerlich aber zur Entstehung eines Europäischen Völkerstaates geführt haben, wenn nicht jene geistige Verschmelzung der Deutschen Nationalität mit der Römischen Veranlassung gegeben hätte, daß zwey Würden ins Leben gerufen und in die Schicksale der Völker Deutschen Ursprungs verflochten wurden, zwey Würden, durch welche der Nationalverein dieser Völker in einen politischen verwandelt oder als Grundlage zu einem politischen Vereine benutzt wurde, — die päbstliche Würde und die Kaiserwürde, beyde Römischen Ursprungs.³¹⁾ In dem Pabste erhielten die Deutschen Völker und Fürsten ein geistliches Oberhaupt. Diesem Oberhaupte unterworfen bildeten die Völker Deutschen Ursprungs einen einzigen grossen Staatenverein, einen Staat, dessen Verfassung eine Monarchie war. Der Schirmvogt (*advocatus*) der Römischen Kirche oder der Grofsfeldherr der päbstlichen Krone war der Römische Kaiser Deutscher Nation. Diese Grundsätze des damaligen Völkerrechts sind nicht etwa bloß eine Hypothese, welche man, als einen

31) Vgl. Pütter's Literat. des Teutschen Staatsrechts. I. Th. §. 17. 18. Ueber die beyden höchsten Würden des h. Römischen Reichs. Von J. Chph. Mayer. Hamburg. 1798. 8. — Aufgefrischt wurde diese Idee eines christlich-Europäischen Völkerstaates mit einem geistlichen und weltlichen Oberhaupte von Leibnitz in der Schrift: *De jure suprematus ac legationis principum Germaniae.*

Schlüssel zu den Begebenheiten der vorliegenden Periode, aufstellen kann oder muß; sie werden von den päpstlichen Gesetzen auf das bestimmteste ausgesprochen.³²⁾

Die Geschichte enthält eine Menge Beyspiele, daß, so wie in einfachen Staaten oder unter einzelnen Menschen, so unter Völkern der Grund zu einer rechtlichen Ordnung von Priestern gelegt oder der noch schwankende Grund einer rechtlichen Ordnung durch das Ansehn der Religion und ihrer Diener befestiget worden ist. Auch in der ältesten Geschichte des Deutschen Volkes kommen Beyspiele dieser Art vor.³³⁾ Unter ähnlichen Umständen entstand oder entwickelte sich das Pabstthum der christlichen Kirche. Schon im Römischen Reiche hatte der Römische Patriarch und Erzbischoff gewisser Vorrechte und eines besondern Ansehns genossen, einer Auszeichnung, die er dem Namen und dem Gewichte der Stadt Rom und einigen kirchengeschichtlichen Ueberlieferungen verdankte. Jedoch erst nach der Zerstörung des Weströmischen Reichs, erst nachdem die Lateinische Kirche sich in die Nationalkirche der Deutschen zu verwandeln begonnen hatte, wuchs sein Ansehn kräftiger empor. Alles hatte sich seit dem Falle des Römischen Reichs verändert und fast Alles zum Vortheile der Hierarchie und ihres Oberhauptes. Der Römische

32) *c. 10. dist. 96. c. 6. X. de majorit. et obedient.*

33) *Tacit. German. c. 39. 40.*

Bischoff war nicht mehr bloß der erste Landesbischoff eines mächtigen Reiches; er war sogar zu einer wenn auch noch zweifelhaften Staatshoheit gelangt; das schiedsrichterliche Amt, welches nach der Lehre der Kirche ein jeder Bischoff innerhalb seines Sprengels in den Streitsachen der Gläubigen verwaltete,³⁴⁾ konnte, wenn sich die Fürsten der Staaten Deutschen Ursprungs mit einander entzweyten, an Niemanden anders, als an den Römischen Bischoff, fallen. Die Geistlichkeit dieser Staaten verdankte dem Religionseifer der Neubekehrten, dem Kulturzustande des Grundes und des Bodens,³⁵⁾ der Macht und der Milde des Kirchenschutzes, hin und wieder auch (z. B. in Deutschland) dem Interesse des Königs gröfsere und bleibendere Reichthümer, als sie je im Römischen Reiche besessen hatte; es konnte ihr aber nicht entgehn, daß sich mit ihrer Macht auch die Zahl

34) Mit Grund bemerkt Lingard, (*History of England. III*, 43. der Pariser Ausgabe v. J. 1826.) daß das Recht des Pabstes, Streitigkeiten unter regierenden Herren vor seinen Richterstuhl zu ziehn, hauptsächlich auf der »*audientia episcopalis*« d. i. auf dem schiedsrichterlichen Amte der christlichen Bischöffe (Matth. 18, 15. 1. Korinth. 9. tit. C. de episc. audient.) beruhte. Ein Gesetz des Kaisers Constantinus, (dessen Authenticität jedoch sehr zweifelhaft ist, s. Jac. Gothofr. ad l. 1. C. Theod. de judic. episc.) hatte dieses Amt in eine wahre Gerichtsbarkeit verwandelt, da nach jenem Gesetze der Bischoff schon auf Antrag der einen oder der andern Parthey die Sache zu entscheiden berechtigt war.

35) Es gab viele ungebaute Ländereyen, viele große Landgüter. Anders waren die Verhältnisse im Römischen Reiche beschaffen.

ihrer Feinde und mit dieser das Bedürfniß des Zusammenhaltens und der Werth eines auswärtigen Schutzes vermehrte. Wenn in einem Lande, (wie dieses z. B. in Deutschland der Fall war,) die Ausbreitung des Christenthumes Widerstand bey den Eingebornen fand, so war das noch ein besonderer Grund, die Kirche dieses Landes in eine nähere Verbindung mit dem Römischen Stuhle zu setzen. Vor allem aber waren es die bey den Deutschen herrschenden Rechtsbegriffe und namentlich die Grundsätze des Verfassungsrechts, welche theils der Hierarchie überhaupt theils dem ersten Bischöffe der katholischen Christenheit ins besondere zu statuten kamen. Wenn sich auch nur bey einigen Deutschen Völkern die Verfassung der christlichen Kirche an Erinnerungen aus der Deutschen Vorzeit anschließen mogte, so konnte doch die Geistlichkeit kraft des Rechtsgrundsatzes, daß ein Jeder nach dem Gesetze seines Volkes oder seines Standes zu leben berechtigt sey, (*quemlibet lege sua vivere,*) überall ihre althergebrachten Rechte und Freyheiten in Anspruch nehmen, so war es doch dem Geiste der Deutschen Verfassungen vollkommen gemäß, daß, so wie auf den Reichstagen über weltliche Angelegenheiten, so auf den Kirchenversammlungen über geistliche Angelegenheiten Beschlüsse gefaßt würden, und so mußte sich doch den Deutschen Völkern von selbst die Ansicht darbiethen, daß, so wie das Königthum ein Bestandtheil ihrer Verfassungen sey, eben so die Kirche nicht ohne ein

geistliches Oberhaupt seyn könne. Besonders aber wurde das Wachsthum des Ansehns und der Macht dieses Oberhauptes, des Römischen Patriarchen, durch die Rechtsbegriffe gefördert, welche mit der Entstehung und Ausbreitung der Lehnsvorfassung zuerst (im achten Jahrhunderte) in Frankreich und dann in Deutschland, in Italien, in England, also in dem gröfseren Theile des Gebiethes der Deutschen Staaten in Umlauf kamen und sehr bald die Grundlage des gesamten Rechtszustandes dieser Länder wurden. Es konnte nicht fehlen, dafs diese Rechtsbegriffe auch auf das Verhältnifs zwischen dem ersten Bischoffe und den übrigen Bischöffen der Christenheit angewendet wurden, dafs man also jenen als den obersten Lehnsherrn dieser betrachtete.³⁶⁾ Der nächste Schritt war dann der, auch die weltlichen Fürsten in Lehnsleute des Römischen Patriarchen zu verwandeln. Der Römische Hof verfolgte diesen Plan, und es gelang ihm denselben, wenn auch nicht vollständig, auszuführen. Einige Fürsten erkannten die Lehnsherrlichkeit des Römischen Stuhles sogar freywillig an, um entweder ihre Hoheitsrechte gegen den Uebermuth ihrer Vasallen oder ihre Unabhängigkeit gegen die Ansprüche, welche ein mächtiger Nachbar auf die

36) Der Eyd, welchen die Bischöffe dem Pabste zu schwören haben, ist eine Art von Vasalleneyd. — Der berühmte Investiturstreit stand in einer wesentlichen Verbindung mit dieser obersten und ausschließlichen Lehnsherrlichkeit des Pabstes.

Lehnshoheit über ihr Land machte, oder um eine Eroberung unter dem Schutze des Römischen Stuhles zu behaupten.³⁷⁾ — So sehr begünstigten alle diese Umstände die Entwicklung und Befestigung der päpstlichen Gewalt und mithin die Begründung eines der Herrschaft eines geistlichen Fürsten unterworfenen Vereines der Europäischen Völker, daß es befremden könnte, wie die Idee des Pabstthums und die eines Europäischen Völkerstaates erst im elften Jahrhunderte von Gregor VII. rein aufgefaßt, bestimmt ausgesprochen und, so weit es die Umstände gestatteten, vollständig dargestellt wurde.³⁸⁾ Jedoch, so hoch man auch den Einfluß anschlagen mag und darf, welchen Gregor VII. auf die Schicksale der Europäischen Menschheit hatte, dennoch läßt sich in der Geschichte nachweisen, wie und warum das Pabstthum erst jetzt seine vollständige Ausbildung erhalten konnte, wie und warum es gerade damals die Zeitumstände gestatteten und ver-

37) Der erste von diesen Gründen bestimmte z. B. die Könige von England, der zweyte die Könige von Schottland, der dritte die Fürsten aus dem Hause Anjou, die Lehnsherrlichkeit des Pabstes anzuerkennen. — Die Länder, welche aus dem zweyten Grunde dem Pabste zu Lehn aufgetragen wurden, waren gleichsam Gottes- oder Sonnenlehne. (Vgl. meinen *liber quaest.* Wittenb. 1805. 8. qu. XI.) Auch auf die Entstehung der päpstlichen Lehne der dritten Art hatten vielleicht Grundsätze des Deutschen Rechts Einfluß.

38) Die *Dictatus Hildebrandi*, wenn sie auch nicht von Gregor VII. selbst herrühren sollten, enthalten wenigstens einen getreuen Grundriß seines Systemes. — Hildebrand, als Pabst Gregorius VII. und sein Zeitalter. Von J. Voigt. Wien 1815. 8.

langten, einen Staat Gottes, einen einzigen großen Völkerstaat in Europa zu gründen. (Ein großer Mann steht zwar über seinem Zeitalter, aber seine Werke gehen aus seinem Zeitalter hervor.) Erst jetzt stand die Hierarchie so fest, daß Gregor VII. hoffen durfte, durch sie und mit ihr zu siegen. Erst jetzt hatten sich die Keime der Auflösung, welche in den Verfassungen der Völker Deutschen Ursprungs lagen, (ins besondere in Deutschland und Frankreich) völlig entwickelt. Die ursprünglichen Mängel und Gebrechen des Lehnswesens waren gerade jetzt, in den Zeiten seines Verfalles, recht sichtbar.

Als nun das Papstthum in der Vollendung dastand, zu welcher es überhaupt gelangt ist, näherte sich das Verhältniß, welches unter den Europäischen Staaten bestand, allerdings, wenn auch nur in einem gewissen Grade, der Idee eines Völkerstaates. Alle diese Staaten standen unter den Gesetzen der Kirche;³⁹⁾ und, je weniger die Grenzen der geistlichen Gewalt bestimmt und bestimmbar waren, desto weiter erstreckte sich das Gebieth dieser Gesetze. Wenn es auch dem Papste nicht gelang, durch sein richterliches Ansehen allen Kriegen in der Christenheit vorzubeugen, so geschah es denn doch nicht selten, daß Könige und Fürsten in ihren gegenseitigen Streitigkeiten seines Richteramts achteten oder auf seine Vermittelung

39) Die Einschränkungen oder Ausnahmen, welche dieser Satz leidet, (z. B. wegen der Freyheiten der Gallicanischen Kirche,) können hier übergangen werden.

hörten und so wurde doch von ihnen der Grundsatz, daß der Pabst zum Richter über sie gesetzt sey, so wenig bestritten, daß sie sich vielmehr in den Verträgen, die sie mit einander schlossen, auf den Fall, da der eine oder der andere Theil wortbrüchig werden würde, der Strafgerichtsbarkeit des Pabstes ausdrücklich unterwarfen.⁴⁰⁾ Auch damit war etwas gewonnen, daß wenigstens zu gewissen Zeiten und an gewissen Tagen in ganz Europa ein von dem Pabste gebothener Gottesfriede herrschte.⁴¹⁾ Eine jede Gewalt, entspräche sie auch noch so sehr der Denkart und dem Interesse derer, welche ihr unterworfen sind, muß dennoch am Ende zum Schrecken oder zum Zwange ihre Zuflucht nehmen können. Die Päbste, so sehr sie auch wegen des göttlichen Ursprunges ihrer Gewalt und nach der Stimmung des Zeitalters auf freywilligen Gehorsam rechnen durften, hatten dennoch weislich auf Mittel Bedacht genommen, durch welche sie nöthigenfalls die Furcht vor der Macht, in deren Namen sie gebothen, auf eine recht ergreifende Weise aufregen könnten; sie hatten die Kunst, mit geistlichen Waffen zu streiten, gleichsam in ein

40) S. z. B. Dumont I, I, 500. Dieselbe Klausel lag (*ipso jure*) in der damals üblichen eydlichen Bestärkung völkerrechtlicher Verträge.

41) c. 1. X. *de treuga et pace*. Dumont I, I, 65. Der Pabst Calixtus II. soll zuerst (im J. 1119.) einen Gottesfrieden gebothen haben. — Auch dieser christliche Gottesfriede hing mit altdutschen Rechtsbegriffen zusammen: S. Tacit. *German.* c. 11. 40.

System gebracht. Das wirksamste unter jenen Mitteln, das Mittel, durch welches sie vorzugsweise die Mächtigen der Erde zu beugen vermogten, war das Interdikt, der Befehl, daß in dem ganzen Umfange eines Landes der öffentliche Gottesdienst eingestellt seyn sollte.⁴²⁾ Und nicht blos in ihren gegenseitigen Verhältnissen, auch in ihren Verhältnissen zu andern Völkern — zu den Feinden der Christenheit — verehrten die Europäischen Könige und Fürsten in dem Pabste ihr Oberhaupt. Vorzüglich die Päbste gaben dem kriegerischen Geiste und dem frommen Sinne des Zeitalters die Richtung, daß sich die Völker Deutschen Ursprungs zur Befreyung des gelobten Landes von den Ungläubigen unter das Panier des Kreuzes stellten und daß die Bekämpfung der Ungläubigen die höchste Pflicht eines christlichen Ritters wurde und sich zu Folge dieser Pflicht Ritterorden bildeten, welche auch in Europa (in Spanien, in Preussen, in Curland und Liefland) das Gebieth der Kirche siegreich erweiterten. Selbst in schon späteren Zeiten, als die Türken nach Europa übersetzten, herrschte noch, zwar nicht mehr derselbe Eifer für den Kampf unter dem Feldzeichen der Kirche, wohl aber dieselbe Ueberzeugung von der Pflichtmäßigkeit dieses Kampfes; die Türken wurden als ein Feind der ganzen Christenheit betrachtet. Auch mittelbar

42) S. z. B. das Interdikt, welches der Pabst Innocenz III. über England aussprach, b. Dumont I, I, 385.

gewann die päpstliche Gewalt durch die Kreuzzüge an völkerrechtlicher Bedeutsamkeit. Die Länder der Könige und Fürsten, welche sich mit dem Kreuze bezeichnet hatten, standen unter dem besonderen Schutze des päpstlichen Stuhles. Es gelang dem Pabste, das Kreuzheer zum Kampfe gegen Kätze-
reien — gegen demokratisch — revolutionäre Bewegungen in einzelnen Abtheilungen des Europäischen Völkerstaates, welche der Verfassung des Ganzen gefährlich werden konnten, — zu bestimmen. Wie er über Palästina verfügt hatte, so verfügte er bald auch über andere Länder der Ungläubigen, über beyde Indien.

Die andere höchste Würde in der Christenheit war die Römische Kaiserwürde; auch dem päpstlichen Rechte nach. Doch war nach diesem Rechte die Kaiserkrone ein päpstliches Lehn, der Kaiser, als der erste Sohn der Kirche, vor allen andern Fürsten der Christenheit dem Pabste zu Gehorsam verpflichtet, als der Vogt der Römischen Kirche, der geborne Vertheidiger und Feldherr der päpstlichen Krone. Mit einem Worte, nach der Idee des Pabstthumes war die kaiserliche Gewalt eine der päpstlichen untergeordnete Gewalt, bestimmt, eine der kirchlichen Verfassung der Christenheit entsprechende Ordnung unter den weltlichen Mächten zu stiften und zu erhalten, die Befehle des Pabstthumes nöthigenfalls mit bewaffneter Macht in Vollziehung zu setzen. Aber weit hochfliegender war die Meinung, welche der Kaiser nach dem

Kaiserrechte (nach dem Römischen und nach dem Lehnrechte) von der Kaiserwürde hatte. Als Nachfolger der altrömischen Kaiser, die Grundsätze, welche das altrömische Recht von der Allgewalt des Römischen Kaisers enthielt, auf sich übertragend und sie mit den Grundsätzen des Lehnrechts verschmelzend, glaubten die Römischen Kaiser auf Weltherrschaft (auf ein *dominium mundi*) und auf die Oberlehns Herrlichkeit über alle Länder der Christenheit Anspruch machen zu können,⁴³⁾ wollten sie, nach dem Beispiele der altrömischen Kaiser, in dem Papste nur den ersten Bischoff ihres Reiches erkennen. Vielleicht wäre es für beyde Theile vorthafter gewesen, gemeinschaftlich an der Befestigung des Europäischen Völkerstaates zu arbeiten. Auf jeden Fall würde eine solche Vereinigung auf die Schicksale dieses Staates mächtig eingewirkt haben. Doch die Umstände oder auch die Zweydeutigkeit und Feindseligkeit des Verhältnisses führten zu einem Kampfe zwischen dem geistlichen und dem weltlichen Oberhaupte der Christenheit, in welchem dieses in dem Grade unterlag, daß die Römische

43) Vgl. Pütter a. a. O. §. 17. — Die Dekretisten erhoben die päpstliche, die Legisten die kaiserliche Gewalt. Die Kaiser suchten ihre Ansprüche auf Oberlehns Herrlichkeit auf mehr als eine Weise durchzusetzen. Und zuweilen gelang es ihnen schon deswegen, weil sie die Meinung der Legisten für sich hatten. Die Reichskanzley zögerte lange, ehe sie andern Königen den Titel: Majestät, ertheilte. S. *Hippolithus a Lapide* (Chemnitz) *de ratione status in Imperio Romano-Germ.* 1604. 4.

Kaiserwürde ihre Bedeutsamkeit für den Europäischen Völkerstaat fast gänzlich verlor. Sie war nur noch eine ideelle Macht, statt daß sie doch eine reelle Macht hätte seyn sollen.

Der Plan Gregors VII., die Völker der Christenheit zu einem einzigen Staate unter der Herrschaft eines geistlichen Oberhauptes zu vereinigen, gelang übrigens nur unvollkommen. Die eine Hauptursache des Mislingens lag in der Unsicherheit einer getheilten Herrschaft. Nur die Theokratie ist eine folgerichtige Verfassung; in der Christenheit bestanden zwey Gewalten neben einander, die geistliche und die weltliche. Wie konnte da der Kampf ausbleiben? wie konnte, erwägt man den Geist des Christenthums, der endliche Ausgang dieses Kampfes zweifelhaft seyn? Die zweyte Hauptursache lag in dem Nationalcharakter der Deutschen, in dem Charakter der Verfassungen Deutschen Ursprungs. Den der Zeit nach ersten Kampf hatte die Kirche und die Hierarchie mit der Vogtey des Königes zu bestehn, welcher die Kirche, da sie sich nicht in Person mit den Waffen und vor Gericht vertheidigen konnte, nach den Grundsätzen des Deutschen Rechts überall unterworfen war. Wie viel liefs sich nicht an dieses so unbestimmte Recht der Vogtey anknüpfen? und wie viel wurde an dieses Recht gereiht? Späterhin erstand der Hierarchie in dem Adel der Europäischen Staaten ein geheimer und eben deswegen desto gefährlicherer Feind. Der Adel wufste sich überall in den Besitz

der höheren Kirchenämter zu setzen. So wurde die Kirche in allen diesen Staaten nationalisirt. (Der Streit über die *provisio extraordinaria papalis* war seinem Wesen nach ein Streit für und wider die Einheit der Kirche.) Auch in den Stadtgemeinden, nachdem diese zu Macht und Einfluß gelangt waren, herrschte eine der Hierarchie keinesweges günstige Stimmung. Der Bürgerstand kannte den Werth des Geldes zu gut, um nicht auch die Reichtümer und die Vorrechte der Geistlichkeit ihren staatswirthschaftlichen Beziehungen nach zu beurtheilen. Der Kampf, den dieser Stand mit dem Adel zu bestehn hatte, war zugleich ein Kampf mit der Hierarchie des Landes. Die Kirche war ebenso, wie der Adel, in dem Besitze der weltlichen Vorrechte, welchen jener Kampf galt.

Die Europäische Völkergeschichte dieser Periode biethet zwey besonders beachtungswerthe Eigenthümlichkeiten dar. Erstens: Nicht durch Waffengewalt wurde unter den Europäischen Völkern ein Verein gestiftet; eben so wenig war Furcht vor einem gemeinschaftlichen Feinde die Veranlassung. Sondern der Europäische Völkerstaat ging aus dem inneren Zustande der Europäischen Völker, aus dem gesamten gesellschaftlichen Zustande der Europäischen Menschheit hervor. Zweytens: In diesem Völkerstaate herrschte eine doppelte Gewalt, eine geistliche und eine weltliche Gewalt. In ihm lag also ein Zwiespalt, ein Keim des Kampfes und des Lebens. — Aehnliche Be-

trachtungen lassen sich über die folgenden Perioden der Geschichte dieses Staates anstellen.

ZWEYTER ZEITABSCHNITT.

Der Europäische Völkerstaat gestaltet sich zu einer Demokratie.

Von den Zeiten der Reformation bis zum Ausbruche der Französischen Revolution.

Die Reformation war ihrem völkerrechtlichen Charakter nach eine Revolution, welche, von den Veränderungen ausgehend, die sich in der Religions- und Kirchenverfassung mehrerer Europäischen Staaten begaben, die Verfassung des Europäischen Völkerstaates gewaltsam umgestaltete. Sie kann diesem ihrem Charakter nach nur mit den Gründen vertheidiget werden, mit welchen sich Revolutionen überhaupt vertheidigen lassen.

Der Europäische Völkerstaat hatte bisher auf der Einheit der katholischen Christenheit und auf dem Primat des Pabstes, wenigstens unmittelbar, beruht. Diese Grundlagen wurden durch die Fortschritte, welche die Reformation machte, vernichtet. Sie waren schon früher untergraben worden. In den meisten Europäischen Staaten hatte das Königthum an Kraft und Nachdruck gewonnen. Die Könige, im Innern ihrer Staaten unabhängiger geworden, konnten ihre Macht mehr nach außen wenden, hatten weniger Ursache, irgend eine höhere Gewalt, wäre es auch eine geistliche, anzu-

erkennen. Auch in dem Reiche der Meinungen, in welchem eine jede Hierarchie ihren Boden hat, hatte sich so Manches zum Nachtheile des Pabstthumes verändert. Die Reformation richtete nur das Feldzeichen auf, unter welchem sich die der bisherigen Ordnung der Dinge feindlichen Mächte vereinigten.

Gleichwohl galt der Kampf nicht der Fortdauer des Europäischen Völkerstaates, (diese war keinen Augenblick zweifelhaft,) sondern nur der bisherigen Verfassung dieses Staates. Die Erschütterungen, welche im Gefolge der Reformation waren, — die Zeiten der Revolution — dauerten bis in die Mitte des 17ten Jahrhunderts, bis zu dem Abschlusse des Westphälischen Friedens im J. 1648. (*Tantae molis erat, Romanum evertere regnum!*) Das Resultat war die Gestaltung des Europäischen Völkerstaates, welche man das System des Europäischen Gleichgewichts zu nennen pflegt. In dieser neuen Gestalt bestand dann der Europäische Völkerstaat bis zum Ausbruche der Französischen Revolution, wenn auch in demselben von Zeit zu Zeit Veränderungen eintraten, welche in dessen Organisation bedeutend eingriffen. Die wichtigsten unter diesen Veränderungen waren der Eintritt Rußlands in den Europäischen Völkerverein, das schnelle Wachsthum der Macht des Hauses Brandenburg, die Theilung Polens. — Man kann daher die vorliegende Periode wieder in zwey Zeitabschnitte eintheilen; der eine umfaßt die Zeiten

der Entstehung des Europäischen Gleichgewichts, die Zeiten der Revolution, der andere die Schicksale dieses Systemes, nachdem es sich entwickelt hatte.

So mächtig auch die Reformation den inneren und den äusseren Zustand der Europäischen Staaten erschütterte, sie liefs dennoch die Nationaleinheit der Völker Deutschen Ursprungs und mit ihr eine von den Grundlagen, auf welchen der Europäische Völkerstaat bisher beruht hatte, die Hauptgrundlage des Vereines grösstentheils unangetastet. Zwar löste die Reformation das kirchliche Band, welches bisher die Europäische Menschheit zusammengehalten hatte. Jedoch, so wie der Kampf für und wider die Reformation, welcher die Europäischen Völker in zwey grosse Partheyen spaltete, — ein Kampf, welcher mit dem oben erwähnten zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt verglichen werden kann, — die Völker der einen und die der andern Parthey unter sich unmittelbar vereinigte, so machte er auch beyden Partheyen das Bedürfnis einer gegenseitigen Vereinigung desto fühlbarer und so förderte er auch diese Vereinigung schon deswegen, weil er die Lösung der Aufgabe vereinfachte. Der Gegenstand des Streites war doch immer die Einheit der Christenheit, die Einheit des Europäischen Völkerstaates; der Zweck die Wiederherstellung dieser Einheit. Als der Religions-eifer nach und nach erkaltete, trat an dessen Stelle ein anderer Grund der Spaltung und der Vereini-

gung — der Handelsneid oder, wie man sich diplomatischer ausdrückte, das Kommercial- und das Kolonialsystem. Ganz besonders aber war für die Erhaltung und Gestaltung des Europäischen Völkerstaates der Umstand von Wichtigkeit, daß vom Anfange der zweyten Periode an und während derselben die königliche Gewalt fast in allen den Europäischen Staaten, welche eine monarchische Verfassung hatten, (und die meisten und bedeutendsten Europäischen Staaten waren Monarchieen,) im Wachsen war.⁴⁴⁾ In Einklang mit den inneren Verhältnissen bildeten sich die äußeren Verhältnisse dieser Staaten aus. Es wurde die Ansicht vorherrschend, daß das Völkerrecht die gegenseitigen Rechte der Europäischen Fürsten und Fürstenhäuser zum Gegenstande habe. Die Länder wurden als die Besitzungen dieser Fürsten und Fürstenhäuser betrachtet. Die Sitten und Gebräuche der Höfe wurden völkerrechtliche Gewohnheiten. Die Sprache desjenigen Hofes, welcher lange Zeit der glänzendste und einflußreichste war, die Französische, trat in den diplomatischen Verhandlungen an die Stelle der Lateinischen.⁴⁵⁾ Der Verein, welcher unter den Europäischen Fürstenhäusern Deutschen

44) Die Art, wie Philipp II., König von Spanien, über seine Staaten geboth, hatte auch auf die Verfassung anderer Staaten einen bedeutenden Einfluß. Vergl. Müller's Geschichte der Europ. Menschheit. XXstes Buch. Auf ähnliche Weise wirkte später das Beyspiel Ludwigs XIV.

45) Vergl. J. C. Schwab von den Ursachen der Allgemeinheit der Französischen Sprache. Stuttg. 1785. 8.

Ursprungs von jeher bestanden hatte, wurde jetzt die Hauptgrundlage des Europäischen Völkerstaates.

Unter dem Einflusse der Ursachen und Begebenheiten, welche den Europäischen Völkerstaat in der ersten Hälfte dieser Periode erschütterten, bildete und entwickelte sich das System des politischen Gleichgewichts von Europa oder wurde der Plan, unter gewissen Völkern einen dauerhaften Friedenszustand dadurch zu begründen, daß sie der Macht nach einander gleichgestellt werden und gleichgestellt bleiben, in Europa versucht. Es liegt diesem Plane eine Analogie zum Grunde. Wie die SchaaLEN einer Waage im Gleichgewichte stehn, wenn die eine und die andere mit einem Körper von demselben Gewichte beschwert wird, so, nimmt man an, wird unter zweyen oder mehreren Staaten Friede herrschen, wenn sie an Macht einander gleich, von einem Kriege eben so viel zu fürchten als zu hoffen haben. Das politische Gleichgewicht ist ein psychologisches, ein Gleichgewicht zwischen Furcht und Hoffnung.

Man darf behaupten, daß unter selbstständigen Völkern, (in einem Völkervereine, dessen Verfassung einer Demokratie vergleichbar ist,) der Friedenszustand nur in dem Systeme des politischen Gleichgewichts eine Gewährleistung haben kann, so unvollkommen übrigens auch diese Gewährleistung seyn mag. Ganz so kann eine Volksherrschaft (Griechischer Art) nur dann auf die Dauer bestehn, wenn die einzelnen Bürger, eine

Adelsherrschaft nur dann, wenn die einzelnen Mitglieder der herrschenden Körperschaft einander an Macht (wenigstens an Vermögen) ohngefähr gleich sind. Selbst ein Freystaat mit einer Repräsentativverfassung würde für diese zu fürchten haben, wenn ein Einziger sich der Menge gegenüberstellen könnte. Den Europäischen Staaten mußte sich daher, so wie sich das Band, das sie bisher zusammengehalten hatte, löste, das System des politischen Gleichgewichts von selbst als derjenige Plan darbiethen, nach welchem sie ihren Verein von neuem zu organisiren hätten. Jedoch durch besondere Ursachen und Verhältnisse wurde ihnen dieser Plan noch näher gelegt. Der Einfall Karls VIII., Königs von Frankreich, in Italien (im Jahre 1494.) gab Veranlassung, daß zuerst die Italienschen Staaten ein politisches Gleichgewicht unter sich künstlich (durch Bündnisse) herzustellen suchten.⁴⁶⁾ Berühmt waren die Staatsmänner, berühmt die politischen Schriftsteller Italiens. Bald fand das Beyspiel auf einem größeren Schauplatze Nachahmung. Die Eifersucht zwischen dem Hause Oesterreich und dem Französischen Königshause, die durch die Reformation veranlaßte Spaltung der Europäischen Völker in zwey Hauptpartheyen würden ohnehin zur Befolgung jenes Systemes geführt haben.

46) S. *The history of the reign of the Emperor Charles V.* By W. Robertson. Vol. I.

Es ist hier nicht der Ort, die Schicksale, welche dieses System in Europa hatte, die Art, wie man es künstlich darzustellen und gleichsam zu organisiren und die Mittel, durch welche man es aufrecht zu erhalten suchte, aus einander zu setzen. Eben so wenig können und sollen hier die Mängel gerügt werden, welche dieses System theils, (weil es auf einer nur sehr unvollkommenen Analogie beruht,) an sich hat, theils in Europa hatte. Nur der rechtliche Charakter dieses Systemes ist noch genauer zu bezeichnen. — Gewöhnlich betrachtet man das System des politischen Gleichgewichts, sowohl an sich als in dem vorliegenden Falle seiner Anwendung, nur als ein politisches System; man nimmt, mit andern Worten, an, daß es rathsam seyn kann und daß es in Europa nach der damaligen Lage der Dinge rathsam war, der auswärtigen Politik das System des Gleichgewichts der Macht zum Grunde zu legen. Allein, das System des politischen Gleichgewichts dürfte sowohl an sich, als in der Gestalt, in welcher es in Europa während der vorliegenden Periode bestand, den Namen eines Rechtssystemes verdienen. Das Recht ist überhaupt die Politik der Selbsterhaltung, zurückgeführt auf Grundsätze. Sind diese Grundsätze nur allgemeingültig, (und nicht zugleich allgemeingeltend,) so ist diese Politik philosophisches, sind sie allgemeingeltend, so ist sie positives Recht. Enthält nun nicht das System des politischen Gleichgewichts die einzig möglichen

Bürgschaften, in welchen Völker, unbeschadet ihrer rechtlichen Selbstständigkeit und Gleichheit, für die Begründung und Erhaltung eines gegenseitigen dauerhaften Friedens Sicherheit finden können? enthält es also nicht, voraussetzungsweise, allgemeingültige Bedingungen der Selbsterhaltung? und mithin Rechtsgrundsätze? So gewiß die Grundsätze, welche sich aus der rechtlichen Gleichheit der Menschen für die Organisation des Staates entwickeln lassen, rechtlicher Art sind, so gewiß es also ein allgemeines Staatsrecht der Demokratie giebt, eben so gewiß ist das System des politischen Gleichgewichts ein Rechtssystem und zwar das Rechtssystem eines Völkerstaates, dessen Verfassung das Gegenbild der Volksherrschaft ist. In dieser Eigenschaft wurde das System des politischen Gleichgewichts auch in Europa betrachtet und in Anwendung gebracht. Es war nicht etwa bloß die eine oder die andere Europäische Regierung, welche ihrer auswärtigen Politik das System des politischen Gleichgewichts zum Grunde legte. (Beyspiele einer solchen d. i. einer bloß einseitigen Anwendung dieses Systemes sind in der Geschichte nicht selten. So suchte Hannibal ein Bündniß zwischen Karthago und Macedonien zu Stande zu bringen, damit die vereinte Macht beyder Staaten der Römischen die Waage hielte. Eben so beruhte die Politik, welche Theodorich, König der Ostgothen, in Beziehung auf die seinem Reiche benachbarten Staaten Deutschen Ursprungs

beobachtete, auf den Grundsätzen jenes Systemes.) Sondern die sämtlichen Europäischen Regierungen huldigten dem Systeme des politischen Gleichgewichts; sie huldigten demselben, als einem auf das Interesse der Gesamtheit der Europäischen Staaten berechneten Systeme; sie deuteten dasselbe in seiner Anwendung auf Europa ungefähr auf dieselbe Weise; mit einem Worte, das System des politischen Gleichgewichts war für die Europäischen Staaten das Gesetz des unter ihnen bestehenden Vereines. Sie leiteten aus diesem Systeme Rechte ab, Rechte für den Verein, Rechte für die einzelnen Glieder desselben. So hielt sich z. B. die Gesamtheit der Europäischen Staaten kraft jenes Systemes für ermächtigt, die Verfassungsangelegenheiten eines einzelnen Staates in so fern vor ihren Richterstuhl zu ziehn, als diese Angelegenheiten mit dem Gleichgewichte von Europa unmittelbar in Zusammenhang standen; der Ursprung des Spanischen und des Oesterreichischen Erbfolgekrieges. So gründeten die minder mächtigen Staaten auf dasselbe System ihren Anspruch auf Gleichheit des Rechts; und so verdankten sie demselben Systeme die Anerkennung dieses ihres Anspruchs.

Auch die einzelnen Begebenheiten der Europäischen Völkergeschichte der vorliegenden Periode, oder wenigstens die wichtigeren unter diesen Begebenheiten, dürften zur Bestätigung der hier vertheidigten Ansicht benutzt, zum Theil auch nach

dieser Ansicht in ein neues Licht gestellt werden können. Die Europäische Völkergeschichte dieser Periode biethet ohngefähr dieselben Erscheinungen dar, wie die Geschichte einer Demokratie. So muß es z. B. in einer Demokratie, wenn die Verfassung auf die Dauer bestehn soll, Partheyen geben, welche, über die Grundlagen der Verfassung getheilte Meinung, einander bekämpfen und bewachen. Und nichts hat wohl dem Systeme des Europäischen Völkerstaates eine so tiefe Wunde geschlagen und den endlichen Sturz dieses Systemes so unmittelbar herbeygeführt, als das Bündniß, durch welches um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Oesterreich und Frankreich ihren alten Streit und Hader schlichteten.

DRITTER ZEITABSCHNITT.

Der Europäische Völkerstaat gestaltet sich zu einer Aristokratie.

Von dem Ausbruche der Französischen Revolution, bis auf die gegenwärtige Zeit.

Die Französische Revolution, in so mancher Hinsicht der Reformation vergleichbar, hatte mit dieser auch das gemein, daß sie eine Revolution in der Verfassung des Europäischen Völkerstaates verursachte oder veranlaßte. In einer gewissen Beziehung sind beyde Revolutionen sogar ihrem Charakter nach einander gleich. Beyde hatten den Zweck, den Staat von der Kirche, die Kirche von

dem Staate dem Rechte nach unabhängig zu machen. Jedoch der Reformation gelang die Durchführung des Grundsatzes, daß Staat und Kirche in gleicher Freiheit neben einander bestehn sollen, nur unvollkommen. Dagegen scheint es ein charakteristischer Zug unseres Zeitalters zu seyn, daß dieser Grundsatz seine Herrschaft über das Recht der Europäischen Staaten und Völker immer weiter und weiter verbreitet. Schon haben die Deutschen Bundesstaaten, schon hat Frankreich, schon hat selbst Großbritannien nicht mehr eine herrschende Kirche.

Die Siege, durch welche Frankreich zu einem entschiedenen Uebergewichte in Europa gelangte und dieses Uebergewicht fast zwanzig Jahre lang behauptete, waren, ihren Folgen nach, auf das genaueste mit den Veränderungen verschlungen, welche dieser Staat in seinem Innern traf. Schnell gingen die Zeiten vorüber, da Frankreich eine republikanische Verfassung hatte und anderen Staaten Verfassungen desselben Geistes schenkte oder aufdrang. Nachdem Napoleon die Revolution an seinen Siegerwagen gefesselt hatte, deutete Alles auf die Wiederherstellung des Europäischen Völkerstaates in der Form einer Monarchie hin. Das Haupt oder der Schwerpunkt des Europäischen Staatenkörpers war das monarchische Frankreich. Von den übrigen Staaten des Europäischen Festlandes waren einige durch die Verwandtschaftsverhältnisse ihrer Fürsten, andere als Schutzgenos-

sen, wieder andere durch ihnen aufgedrungene Bündnisse, alle durch Furcht genöthiget, der Richtung zu folgen, welche ihnen das Oberhaupt des Französischen Reiches gab. Nur die letzte Hand, nur der Ausbau schien noch dem Werke zu fehlen. Und als der Kronprinz des Französischen Reichs den Namen: König von Rom, erhielt, die Stadt Rom für die zweyte Hauptstadt des Reichs erklärt, der Pabst in den ersten Bischoff des Reichs verwandelt wurde, da sah man der Verjüngung des alt-römischen oder der Wiederherstellung des Reichs Karls des Großen entgegen. ⁴⁷⁾

Homo proponit, Deus disponit. — Nach einem wohlausgefochtenen Kampfe erlag Napoleon der Masse seiner Macht und dem Zornmuth der Besiegten. Aus dem Bündnisse, zu welchem sich nach und nach fast alle Europäische Staaten gegen Frankreich vereinigt hatten, ging ein bleibender Bund hervor, ein Staatenverein, der unter der Leitung der mächtigsten Europäischen Staaten steht, ein Völkerstaat mit einer aristokratischen Verfassung.

Denn nicht dahin konnten die Erschütterungen führen, welche die Französische Revolution in Europa verursachte, daß der Europäische Staaten-

47) Es erschienen zu jener Zeit mehrere Schriften, in welchen der Plan zu einem unter Frankreichs Schutzherrschaft stehenden Europäischen Völkerstaate dargestellt wurde. In demselben Geiste ist folgende Schrift abgefaßt: *Réflexions sur l'intérêt de l'Europe. Par Bonald. Par. 1815. 8.*

verein gänzlich aufgelöst worden wäre. Nicht nur behaupteten sich die alten Grundlagen des Vereines; in den Zeitbegebenheiten lagen sogar neue Gründe und Veranlassungen, diesen Verein wieder herzustellen und zu befestigen. So wie die kolossalen Pläne und Unternehmungen Napoleons ganz Europa umfassten, so hatte auch der Widerstand, zu welchem sie herausforderten, einen nicht minder umfassenden Zweck. Der Sturm, der von Westen her über Europa hereingebrochen war, konnte von der entgegengesetzten Seite her wiederkehren. — Nur davon also war und nur davon konnte die Frage seyn, in welcher Gestalt der Europäische Völkerstaat wiederherzustellen oder welche Verfassung ihm für die Zukunft zu geben sey. Und da hatten sich die Verhältnisse unter den Europäischen Staaten nach und nach so verändert und gestellt, daß sich der Plan eines unter den mächtigsten Europäischen Staaten zu schließenden engeren Vereines, eines Vereines, welcher die Leitung der Europäischen Angelegenheiten, (das *Directorium Europae*,) gemeinschaftlich zu führen hätte, von selbst darboth oder gleichsam aufdrang. Eine bedeutende Anzahl kleinerer Staaten war in den Stürmen der Zeit untergegangen. Die Mächtigsten unter den Europäischen Staaten waren durch die Verbesserung ihrer inneren Einrichtungen oder durch Eroberungen oder durch die Abrundung ihres Gebiethes, auch durch den Gebrauch, den sie von dem öffentlichen Kredite gemacht hatten und von demselben vorzugsweise

zu machen vermogten, zu einem Uebergewichte über die andern Staaten gelangt, welches, weil sich die Gesamtmasse der kleineren Staaten vermindert hatte, die Kriege mit weit zahlreicheren Heeren, als ehemals, geführt wurden, desto entscheidender war. Zugleich war, wegen dieses Charakters der neueren Kriege, ein feindliches Zusammentreffen der gröfseren Mächte desto mehr zu fürchten.

So geschah es nun, dafs sich die neue Verfassung, welche der Europäische Völkerstaat erhielt und welche er dermalen hat, fast unmerklich und gleichsam von selbst aus den Verhältnissen entwickelte. — Schon in dem Entscheidungskriege, welchen Europa gegen Frankreich führte, hatten die Mächtigsten unter den Verbündeten gemeinschaftlich den Oberbefehl geführt. Der Vertrag, welcher diesem Kriege ein Ende machte, (der *traité de Paris* v. 30. May 1814.) wurde nur von acht Mächten unterzeichnet. (Diese Mächte — *les huit puissances signataires du traité de Paris* — waren Oesterreich, Rußland, Großbritannien, Frankreich, Preussen, Spanien, Schweden, Portugal.) Dieselben Mächte leiteten die Unterhandlungen auf dem Friedenskongresse zu Wien; sie allein unterzeichneten die Schlufsakte dieses Kongresses.⁴⁸⁾ Als das unwillkommene Wiedererscheinen Napoleons auf dem Europäischen Festlande den Wieder-

48) Spanien verweigerte jedoch anfangs die Unterzeichnung. Die übrigen Mächte wurden nur zum Beytritte eingeladen.

ausbruch der Feindseligkeiten veranlafste,⁴⁹⁾ schlossen (den 25. März 1815.) — nicht alle jene acht Mächte — sondern nur Oesterreich, Rußland, Großbritannien und Preußen ein neues Bündniß gegen Frankreich, ein Bündniß, aus welchem sich die heutige Verfassung des Europäischen Völkerstaates unmittelbar entwickelte. Schnell krönte der Sieg die Anstrengungen der Verbündeten. Der Friede, welcher hierauf (zu Paris den 20. Novbr. 1815.) zu Stande kam, wurde von Seiten der Verbündeten allein von jenen vier Mächten unterhandelt und unterzeichnet. Eine Bedingung dieses Friedens, (daß zur Sicherung des Friedens eine Okkupationsarmee — jedoch längstens nur 5 Jahre lang — in Frankreich stehn bleiben sollte,) gab Veranlassung, daß die Gesandten jener vier Mächte fortdauernd einen Kongreß zu Paris bildeten. Mit derselben Bedingung stand der Kongreß in Verbindung, welcher im Jahre 1818 zu Aachen von jenen vier Mächten und von Frankreich gehalten wurde. Denn die Abberufung des Okkupationsheeres aus Frankreich war der Hauptgegenstand der Verhandlungen und Beschlüsse des Aachner Kongresses. Diese beschränkten sich jedoch nicht auf den so eben erwähnten so wie auf andere besondere Gegenstände. Es wurden zugleich gewisse allgemeine

49) Eine für die Geschichte des Europäischen Völkerstaates besonders merkwürdige Handlung des Wiener Kongresses war die Achtserklärung, welche gegen Napoleon ausgesprochen wurde.

Verabredungen über den Rechtszustand des Europäischen Völkerstaates getroffen; Verabredungen, welche von so hoher Wichtigkeit sind, daß das Protokoll, in welches sie niedergelegt wurden, (das Protokoll der letzten Kongresssitzung, — vom 15. Novbr. 1818.) als die neueste Verfassungs-urkunde dieses Staates betrachtet werden kann. Inhalt: 1) Frankreich ist in den zwischen Oesterreich, Rußland, Großbritannien und Preußen bestehenden Verein aufgenommen. 2) Dieser Verein soll ein bleibender Verein seyn. Sein Zweck ist, den Frieden in ganz Europa zu erhalten. (*Le maintien de la paix générale.*) 3) Der Verein behält sich vor, zur Erreichung dieses Zwecks von Zeit zu Zeit Kongresse zu halten. 4) Wenn auf einem solchen Kongresse eine Angelegenheit verhandelt werden soll, welche die Rechte einer dritten Macht betrifft, so soll diese Macht zu dem Kongresse eingeladen werden.

So besteht also in Europa ein unter den fünf Hauptmächten dieses Welttheiles abgeschlossener engerer Verein, welchem kraft seines Zwecks die Eigenschaft einer über die gegenseitigen Rechte der Europäischen Völker wachenden und entscheidenden öffentlichen Behörde, (die Eigenschaft eines *Directorii Europae*,) mit Grund beygelegt werden kann. Denn es ist dieser Verein, so wie sein Zweck gefaßt ist, auch in den Streitigkeiten zur Vermittelung oder zur bewaffneten Dazwischenkunft berechtigt und berufen, in welche dritte Europäische

Mächte sey es unter sich oder mit einem Mitgliede des Vereines verwickelt werden. Und auch dadurch kündigt er sich als eine Staatsbehörde an, dafs er auf ewige Zeiten bestehn soll. — Ueber die Organisation des Vereines setzt die Verfassungsurkunde zwar nur so viel fest, dafs von Zeit zu Zeit Kongresse gehalten werden sollen.⁵⁰⁾ Jedoch konnte diese Bestimmung um deswillen für genügend erachtet werden, weil durch die immerwährenden Gesandschaften ein ununterbrochener Verkehr unter den Europäischen Mächten vermittelt wird, auch diese Gesandschaften an einem jeden der gröfseren Europäischen Höfe zusammen eine Art von völkerrechtlicher Behörde (das *corps diplomatique*) bilden. — Bemerkenswerth ist überdies die Form, in welche man jene Verfassungsurkunde einkleidete. Nicht ein förmlicher Vertrag wurde abgeschlossen; sondern es wurden von den Bevollmächtigten der fünf Mächte gewisse Beschlüsse über den zukünftigen Rechtszustand unseres Welttheiles gefafst und diese Beschlüsse in einem Protokolle niedergelegt. Auch in der Folge hat man in ähnlichen Fällen dieselbe Form gewählt. Ganz auf dieselbe Weise aber pflegen Staatsbehörden ihre Erklärungen zu fassen. — Gewährleistungen für die Fortdauer des Vereines

50) Ueber die Gültigkeit der Stimmenmehrheit erklärt sich die Verfassungsurkunde nicht. Es ist allemal rathsam, in einer Urkunde dieser Art nur die Grundlinien der Verfassung anzudeuten; besonders, wenn es sich von der Verfassung eines Völkerstaates handelt. Auf dem Kongresse zu Verona entschied die Mehrheit der Stimmen.

und mithin für die Erhaltung der dermaligen Verfassung des Europäischen Völkerstaates enthält die in Frage stehende Urkunde nicht und konnte sie nicht enthalten. Diese Gewährleistungen liegen hauptsächlich in dem Gleichgewichte der Macht, welches unter den Mitgliedern des Vereines eintritt, sodann auch in dem Geiste der Verfassungen der unter jenem engeren Vereine begriffenen Staaten, in den Verhältnissen dieser Staaten zu dem übrigen Europa, in dem Kunstgewebe, welches die auswärtigen Interessen aller Europäischen Staaten, (besonders mittelst des Deutschen Bundes,) mit einander vereinigt und überhaupt in allen den Gründen, welche den Friedenshoffnungen der Europäischen Menschheit das Wort sprechen. (Vgl. den folgenden Abschnitt.) So unvollkommen auch unter den Mitgliedern jenes Vereines das Gleichgewicht der Macht ist oder seyn mag, allemal besteht es unter Wenigen leichter als unter Vielen, durch die eigenen Kräfte der Staaten leichter als durch die Kunst der Bündnisse.

Man vergleiche nun mit dem Inhalte des Schlufsprotokolles des Aachner Kongresses die Beschlüsse, welche theils auf demselben Kongresse über mehrere besondere Gegenstände, z. B. über die Ansprüche Baierns an Baden, theils auf den Kongressen zu Troppau, (1820.) zu Laybach, (1821.) zu Verona (1822.) gefaßt wurden, — die Folgen, die diesen Beschlüssen gegeben worden sind, — die Art, wie in den neuesten Zeiten die Griechischen

und die Portugiesischen Angelegenheiten von den Europäischen Hauptmächten behandelt worden sind, — und man wird vielleicht die Behauptung nicht zu gewagt finden, dafs sich das Verhältnifs unter den Europäischen Staaten dermalen mehr, als in irgend einer Periode der Geschichte, der Idee eines Völkerstaates nähere, ja dafs allein diese Ansicht über so manche sonst kaum erklärbare Erscheinungen der Tagsgeschichte Aufschluß gebe.⁵¹⁾ Nicht vollendet steht das Gebäude da; aber schon ist es erlaubt, aus dem gelegten Grunde auf den Plan des Werkes zu schliessen. Doch die, welche den Grund legten, werden die Ausführung andern Baumeistern überlassen müssen und zum Theil mußten sie schon andern Baumeistern weichen. Den Nachfolgern wartet dasselbe Loos. Da wird auch mit der Zeit der ursprüngliche Plan im Einzelnen abgeändert oder sogar gänzlich verlassen werden. Wenn nur die Idee, — der Zweck des Baues — nicht aufgegeben wird!

Wie auch ein Völkerstaat organisirt sey oder organisirt werde, nie können ihm die Verfassungsangelegenheiten der einzelnen unter dem Vereine begriffenen Staaten gleichgültig seyn. Es ist ferner in der Geschichte der beyden ersten Perioden des Europäischen Völkerstaates der Zusammenhang gezeigt oder angedeutet worden, in welchem sowohl in

51) Z. B. über die Politik einzelner Kabinetter und Staatsmänner.

der einen als in der andern Periode die Geschichte der Europäischen Völker mit der Geschichte der Europäischen Staaten stand. Denselben Zusammenhang beurkundet auch die Geschichte der dritten Periode des Europäischen Völkerstaates. Die Französische Revolution beruhte auf Grundsätzen, sie predigte und verbreitete Grundsätze, welche, mit den gesetzlichen Grundlagen der monarchischen Staaten des Europäischen Festlandes in grellem Widerspruche, die innere Ruhe, ja selbst die äußere Sicherheit dieser Staaten auf mehr als eine Weise bedrohten. Die revolutionairen Maximen, welche das republikanische Frankreich in seinen Kriegen und bey seinen Eroberungen befolgt hatte, befolgte auch, wenigstens bis zu den Zeiten seiner schon sinkenden Macht, Napoleon,⁵²⁾ obwohl immer zaghafter, weil er ungewiß war, wie er das Neue mit dem Alten paaren könnte. Fast in allen Europäischen Staaten hatten sich zwey Partheyen gebildet, eine demokratische und eine aristokratisch-monarchische; Partheyen, welche ihren Streit wenigstens anfangs mit dem für und wider die Französische Revolution verwechselten. So hatte also die Französische Revolution einen Meinungskrieg und einen Meinungskampf auch in dem übrigen Europa zur Folge gehabt. Und so durfte man also nicht hoffen, mit der Beschränkung Frankreichs

52) Nur in dem Feldzuge gegen Rußland, im J. 1812, wurde er diesen Maximen, (aus Furcht oder *jam vetus regnandi*,) untreu.

auf seine alten Grenzen und mit der Wiedereinsetzung der Bourbons auch den Ruhestand von Europa auf die Dauer wiederherzustellen, auch der Verfassung des Europäischen Völkerstaates bleibende Grundlagen zu geben. — Dieses erwägend erließen die Monarchen von Rußland, Oesterreich und Preußen unter dem 26. September 1815. eine Erklärung, in welcher sie sich, um jene Partheyen mit einander zu versöhnen und zu dem Siegerkranze, den sie den Waffen verdankten, einen zweyten und unverwelklichen hinzuzufügen, vor Gott und vor der Welt verpflichteten, ihre Völker, gemäß der Lehren des Christenthums, väterlich zu regieren. Und auch die übrigen Monarchen des Europäischen Festlandes traten diesem an die öffentliche Meinung gerichteten Friedensmanifeste in der Folge bey. (Nur zu oft ist der wahre Sinn und Zweck dieser Erklärung, besonders von Englischen Schriftstellern, verkannt worden. Man hat in ihr ein Kriegsmanifest gegen alle liberale Grundsätze zu finden geglaubt. Aber, wenn auch die väterlichen Einherrschaften, in deren Geiste jene Erklärung abgefaßt ist, von denen mit einer Volksvertretung wesentlich verschieden sind,⁵³⁾ so kann doch auch unter ihrem Schutze alles Grofse und Gute und eine jede

53) Vgl. oben Band II. das XVIte Buch. — Ueber den heiligen Bund vergl. Archiv des heiligen Bundes. München 1818. 8.

Verbesserung keimen und gedeihn. Andere waren der Meinung, daß die Erklärung geheimere Pläne verschleierte. Man würde diesen und anderen Mißverständnissen, wenigstens in einem gewissen Grade, vorgebeugt haben, wenn man der Erklärung nicht den Namen eines Bundes, und sogar den des heiligen Bundes, beygelegt hätte.) — Damit jedoch, wenn Belehrung und Güte nicht fruchtete, die Gewalt in Bereitschaft wäre, wurde der Zweck des Vereines, den Oesterreich, Rußland, Großbritannien, Preußen und Frankreich im Jahre 1818 mit einander abschlossen, auf die Unterdrückung einer jeden Revolution, welche in irgend einem Europäischen Staate ausbräche, ausgedehnt. Diese Ausdehnung lag unmittelbar in der Art, wie der Zweck des Vereines in dem Schlufsprotokolle des Aachner Kongresses ausgedrückt wurde. Auch both sich nur zu bald mehr als eine Veranlassung dar, jene Gewährleistung, welche der Verein für die Verfassungen der einzelnen Europäischen Staaten übernommen hatte, ins Werk zu setzen. Die Revolutionen, welche in rascher Aufeinanderfolge in Neapel, in Sardinien, in Spanien ausbrachen, wurden insgesamt kraft der Beschlüsse und durch die Heere der vereinten Mächte unterdrückt. (Bemerkenswerth ist, daß in den neuesten Zeiten — seit 1815. — fast alle revolutionäre Bewegungen von den stehenden Heeren ausgegangen sind. Stehen wir, auch was die politische Stellung des Heeres betrifft, an der Pforte eines neuen Zeitalters?)

Es wird die Zeit kommen, da das Verhältniß der Europäischen Völker zu ihren Abkömmlingen in Nord- und Südamerika einen eigenen Abschnitt des Europäischen Völkerrechts bildet. Für jetzt ist die Betrachtung dieses Gegenstandes der Zeitgeschichte vorzubehalten.

Zusammenstellung der Hauptmomente in der Geschichte des Europäischen Völkerstaates.

Pe- rio- den.	Die Verfassung der einzelnen Eur. Staaten.	Die Verfassung des Eur. Völkerstaates.	Verhältniß zwischen beyden.
I.	Die Aristokratie ist vorherrschend.	Eine geistliche Monarchie.	Ansehn des Pabstes in den inneren und äußeren Angelegenheiten der Eur. Staaten.
II.	Die monarchische Gewalt erhält das Übergewicht.	Eine Demokratie. System des politischen Gleichgewichts.	Religionsunruhen und Relig. Kriege. Dann Eroberungs- und Thronfolgekriege.
III.	Die Repräsentativ-Verfassungen.	Eine Aristokratie.	Revolutionäre u. anti-revolutionäre Kriege.

ZWEYTER ABSCHNITT.

Friedenshoffnungen.

Friedenshoffnungen sind Kinder der Zeit, Thaten im Keime. Diefs zur Entschuldigung, wenn ich jetzt von den Friedenshoffnungen der Gegenwart spreche.

Unter civilisirten Völkern sind Kriege seltner, als unter uncivilisirten. Denn den meisten Kriegen liegt ein Rechnungsfehler zum Grunde, ein Rechnungsfehler, dessen sich die Leidenschaft schuldig macht; man schlägt entweder die eigene Macht zu hoch oder die des Feindes zu niedrig an, oder man vergißt die Opfer in Rechnung zu nehmen, mit welchen der Sieg auf jeden Fall zu erkaufen ist. Ueberdies hat der Krieg, wenn er unter civilisirten Völkern geführt wird, ganz andere Zurüstungen und Anstrengungen in seinem Gefolge, er steht alsdann in ganz anderen und in weit mannigfaltigern Beziehungen auf das öffentliche und heimliche Leben der Völker, als in dem entgegengesetzten Falle. — Welche Fortschritte aber hat die Europäische Menschheit in den letztverflossenen vierzig Jahren auf der Bahn der Civilisation gemacht! Wie viele staatswissenschaftliche Aufgaben sind während dieser Zeit vor das grössere Publikum und nach und nach in den Bereich desselben gebracht worden! besonders durch die Verhandlungen auf Reichs- und Landtagen! Selbst da, wo die Zeitblätter am strengsten bewacht sind, stehen sie unter dem Einflusse und sind sie Stimmen der Zeit.

Jedoch, so groß auch in einem Staate die Zahl der Mündigen und Einsichtsvollen seyn mag, allemal kommt es noch darauf an, daß sich die öffentliche Meinung bey der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten Ge-

hör verschaffen könne und dafs sie alsdann nicht durch die Stimme der Leidenschaft auf Abwege geführt oder über-
täubt werde. Nun ist es zwar den Menschen noch nicht gelungen, eine Verfassung zu erdenken und darzustellen, welche, dieser Forderung genügend oder auf eine andere Weise, für die friedliche Gesinnung der Regierung Bürgschaft geleistet hätte. (Und aller Wahrscheinlichkeit nach wird es ihnen nie ganz gelingen!) So kampflustig sind die Menschen, dafs auch diejenigen Verfassungen, für welche sogar Siege gefährlicher sind, als Niederlagen, — die Volksherrschaften, — diese Kampflust zu dämpfen nicht vermogten.⁵⁴⁾ Selbst die Repräsentativverfassung hat den Erwartungen nicht entsprochen, welche man von ihr auch in dieser Hinsicht hegen durfte. Jedoch so viel scheint diese Verfassung allerdings zu leisten, dafs sie die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht dem Dienstinteresse eines Ministers (eines *Louvois*) oder den Launen eines Weibes (einer *Pompadour*) Preifs giebt. Etwas also scheint mit der Verbreitung dieser Verfassung über Europa für den Friedenszustand dieses Welttheiles allerdings gewonnen zu seyn. Noch gegründeter dürften die Friedenshoffnungen

54) Ueber die Vortheile und Nachtheile, welche ein Staat nach der Verschiedenheit seiner Verfassung von einem Kriege zu erwarten hat, s. *Plutarch in Pelop.* *Montesquieu des causes de la grandeur des Romains* c. 9. *Ferguson on the progr. of civil society.*

seyn, welche sich auf den verschuldeten Zustand der meisten Europäischen Staaten bauen lassen. Staatsschulden geben gerade denjenigen Männern, welche am besten zu rechnen verstehn, sich durch den Schein oder von der Leidenschaft am wenigsten blenden lassen, — den Kapitalisten, — einen wenn auch weniger bemerkbaren doch nicht weniger wirksamen Einfluß auf die Angelegenheiten des Staates. Sie demokratisiren selbst diejenigen Staatsverfassungen in einem gewissen Grade, welche ihrem Buchstaben nach der Volksherrschaft gänzlich abhold sind.

Dieselben Hoffnungen werden dadurch unterstützt, daß die Europäische Menschheit, durch Privatinteressen weniger, als ehemals, entzweyt, immer mehr und mehr zu einer einzigen bürgerlichen Gesellschaft zusammenschmilzt, — daß die Europäischen Staaten sich immer mehr auf das beschränken, was allein für den Staat gehört, auf die Darstellung eines dem Rechtsgesetze entsprechenden Zustandes der menschlichen Gesellschaft.

Schon ist der Religionsstreit, welcher mit der Reformation seinen Anfang nahm, in so weit geschlichtet, als er geschlichtet werden darf, wenn nicht der Religionseifer der Christen Gefahr laufen soll, aus Mangel an einer äusseren Aufregung zu erkalten. In so vielen Europäischen Staaten leben Katholiken und Protestanten, unter denselben Gesetzen und Obrigkeiten, friedlich neben einander.

Die Naturwissenschaften, — Wissenschaften, welche keiner Zeit und keinem Vaterlande ausschließlich angehören, überall gleich als unschuldige Kinder, des Schutzes der Regierung genießen, sich in einer dem Treiben der Menschen unzugänglichen Welt regen und bewegen, — werden jetzt in allen Europäischen Staaten mit einem Wetteifer bearbeitet, daß sie dem geistigen Vereine, welcher unter den Europäischen Völkern während des Mittelalters bestand und auch in der Folge nie ganz aufgelöst wurde, eine neue und bleibende Grundlage gegeben haben. Auch sonst noch ist dieser Verein in den neueren Zeiten auf mehr als eine Weise verstärkt und befestiget worden.

In den letztverflossenen beyden Jahrhunderten befolgten die Regierungen der Europäischen Staaten eine Handelspolitik, welche die Zwietracht, die sie im Frieden nährte, häufig zu offenen Feindseligkeiten anfachte. Eine jede Regierung glaubte, ihr Volk nur auf Kosten anderer Völker bereichern zu können; und eine jede Regierung währte, sich auf die ihrem Lande vortheilhafte Handelsbalance berufend, ihren Zweck erreicht zu haben! Jedoch in dem vorigen Jahrhunderte wurde zuerst in Frankreich (von Quesnel) und dann in Großbritannien (von Adam Smith) die Wissenschaft der politischen Oekonomie wesentlich umgestaltet. Nach dieser neuen Lehre ist der Wohlstand eines jeden einzelnen Volkes durch den Wohlstand aller der Völker bedingt, mit welchen es in einem Waarenverkehre steht, ist

die Freyheit des auswärtigen Handelsverkehrs zur Erhaltung und Vermehrung des Wohlstandes eines Volkes eben so nothwendig, als die Freyheit des Handels und der Gewerbe im Innern. Die neue Lehre, eine Lehre des Friedens, anfangs nur das Besitzthum oder ein freundlicher Traum der Schule, beginnt denn doch nach und nach ins Leben zu treten. Sollte sie dereinst den Sieg über die Weisheit der Vorzeit davon tragen, so würde sie unter allen Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens in Europa vielleicht die stärkste seyn.

Eine Folge oder eine Anwendung von jener Handelspolitik war das Kolonialsystem der Europäischen Seemächte,⁵⁵⁾ ein System, welches seine Abkunft auch durch den Geist der Zwietracht und des Machtneides, der in ihm lebt, beurkundet. Jedoch, seitdem sich die Britischen Kolonien in Nordamerika, die Spanischen und Portugiesischen in Südamerika von dem Mutterlande losgerissen haben, ist auch dieses System theils schon verfallen theils seinem Falle nahe, hat also der Friedenszustand von Europa auch diesen einst so mächtigen Feind kaum noch zu fürchten.

Endlich ist zu dem lachenden Gemälde, welches hier von der Einheit der Europäischen Menschheit, als einer einzigen bürgerlichen Gesellschaft, entworfen worden ist, noch der Zug hinzuzufügen,

55) Vgl. oben Bd. II. das XVte Buch, das erste Hauptstück.

dafs in den neueren Zeiten durch den kunstmäfsigen Bau der Strafsen, durch die Verbesserung des Postwesens und durch die Dampfschiffahrt das Reisen in dem Grade erleichtert worden ist, dafs der Raum immer mehr die scheidende und vereinzelnde Kraft verliert, welche ihm an sich beywohnt.

Welche Folgen würde für den Friedenszustand von Europa eine Erfindung oder eine Entdeckung haben, die den Krieg weit mörderischer und zerstörender machte, als er jetzt schon ist? z. B. die Erfindung oder Einführung des Dampfgeschützes? — Die Erfindung des Schiefspulvers verminderte die Zahl der Kriege. Denn nun wurde bald dem »Faustrechte« Einhalt gethan.

D a s
DREYSSIGSTE BUCH VOM STAATE
oder
DER REGIERUNGSLEHRE ZEHNTES BUCH.

Das Weltbürgerrecht.

E I N L E I T U N G.

Der menschliche Verstand, damit er sich finden (orientiren) lerne, sondert die Gesteine, die Pflanzen, die Thiere nach Klassen, nach Familien, nach Gattungen und Arten. Dieses Ursprungs ist z. B. der Begriff der Menschengattung oder der Menschheit — der Einheit der Menschen kraft ihrer physischen Beschaffenheit, der Begriff, welcher der Anthropologie d. i. der Lehre von der Natur des Menschen und der Geschichte der Menschheit als einer Darstellung der physischen Ursachen, aus welchen die Verschiedenheiten und die Schicksale der Menschengattung abzuleiten sind, zum Grunde liegt.

Verschieden von dem Begriffe, obwohl ihm nahe verwandt, ist die Idee der Menschheit, die Vorstellung von der Einheit oder Gemeinschaft,

welche unter den Menschen nach praktischen Gesetzen bestehn soll. Diese Vorstellung beruht auf dem Grundsatz, daß ein jeder einzelne Mensch auch das Interesse der Menschengattung als das seine betrachten und zu befördern suchen soll. Die Pflichten, die sich aus diesem Grundsatz ergeben, kann man weltbürgerliche oder kosmopolitische Pflichten nennen.

Von einer Art dieser Pflichten handelt das Weltbürgerrecht, (das *jus cosmopoliticum*,) derjenige Theil des Rechts, welcher die Gemeinschaft, die unter den Menschen, als solchen, bestehn soll, gegen die Verschiedenheit der Staaten in Schutz nimmt. — Das Weltbürgerrecht fügt zu den Rechten des Menschen nicht etwa eine neue Art von Rechten hinzu; es betrachtet die Rechte, die dem Menschen, als solchem, zustehn, nur in einer neuen und eigenthümlichen Beziehung. Zwar ist das Recht der Menschen schon seinem Wesen nach weltbürgerlicher Art d. i. es steht ihnen überall und zu allen Zeiten zu. Aber das Recht eines jeden einzelnen Staates hat allemal in so fern eine antikosmopolitische Grundlage oder Tendenz, als es das Recht eines besonderen Vereines ist, und zwar eines Vereines, welcher unter anderem die gemeinsame Vertheidigung gegen auswärtige Feinde bezweckt. Wenn auch dieser Verein am Ende nur ein Mittel ist oder seyn soll, die Idee einer das gesamte Menschengeschlecht umfassenden Gesellschaft zu verwirklichen, so wird doch über den besonde-

ren und näher liegenden Zweck nur zu leicht der allgemeine und entferntere vergessen, oder so kann man doch im Drange der Umstände genöthigt seyn oder genöthiget zu seyn glauben, jenem eine Ausdehnung zu geben, mit welcher dieser unvereinbar ist. So groß ist die Versuchung oder so gebietherisch sind die Umstände, daß in dem Rechte der Staaten das egoistische Princip von jeher die Oberhand über das kosmopolitische behauptete. Schon deswegen also ist das Weltbürgerrecht der Darstellung nicht unwerth, weil es an oft verkannte Wahrheiten erinnert, an Grundsätze, welche wieder mit anderen, z. B. mit denen des Völkerrechts, in einem wesentlichen Zusammenhange stehn. Ueberdies aber führt die Aufgabe des Weltbürgerrechts zu der weiteren Aufgabe: In welchem Verhältnisse stehen das egoistische und das kosmopolitische Princip des Staatenrechts zu einander?

Man arbeitet an einem Unternehmen desto freudiger, je gewisser man des Erfolges seyn kann. Daher die Versuche, welche man gemacht hat, die Menschheit im Ganzen als begriffen in einem steten und stetigen Fortschreiten zu einem der Idee der Menschheit entsprechenden Zustande darzustellen. Allein, so wie die Geschichte diesen Versuchen keinesweges das Wort spricht, so verliert sich auch der Plan, eine Geschichte der Menschheit in diesem Geiste zu bearbeiten, in eine Region, in welcher die Selbstständigkeit der Individuen, der

einzelnen Menschen und Völker, untergeht.¹⁾ Ueber das Unbegreifliche beruhiget man sich am besten durch das Unbegreifliche.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Grundsätze des Weltbürgerrechts.

Die Grenzen, welche die Länder und Völker von einander scheiden, sind in weltbürgerlicher Hinsicht gleich als ein Netz zu betrachten, welches die Menschen auf den Erdboden gelegt haben, damit sie, zu Massen vereinigt, desto leichter eine einzige Gesellschaft bilden könnten. Die Mehrheit der Staaten soll die Menschen nur sondern, nicht scheiden. Ein jeder einzelne Staat hat den Rechtsschutz, den er den Staatsgenossen gewährt, auch

1) Man kann die Geschichte der Menschheit nach einem doppelten Plane bearbeiten; entweder so, daß man die Schicksale der Menschengattung aus physischen Ursachen, oder so, daß man sie aus Endursachen, (aus den Zwecken der Vorsehung,) abzuleiten versucht. Nach dem ersteren Plane sind z. B. Herder's Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit ausgearbeitet; der andere Plan scheint dem Werke Vico's zum Grunde zu liegen: Grundzüge einer neuen Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker. A. d. Ital. übers. von Weber. Lpz. 1821. 8. S. auch Kant's Abh. Die Weltgeschichte in weltbürgerlicher Hinsicht. — Der letztere Plan verleitet unausbleiblich zur Aufstellung der willkührlichsten Hypothesen. So ist z. B. behauptet worden, daß die Kultur von Osten nach Westen zu fortschreite! Sind denn in der Geschichte der Menschheit nur die Völker Vorderasiens und die Europäischen zu berücksichtigen?

auf die Einheit der menschlichen Gesellschaft auszudehnen.

Daher soll einem jeden Staate das Recht der Auswanderung und das der Einwanderung heilig seyn. Diesen Rechten gebührt sogar, wegen der Mannigfaltigkeit ihrer Folgen und Beziehungen, unter allen den Rechten, welche dem Menschen, als einem Weltbürger, zustehn, die erste Stelle. Ueberdies, wenn der Staat ein Auswanderungsverboth erläßt oder auch das Auswandern nur bedeutend erschwert, so verwandelt er sein Gebieth in ein großes Gefängniß; und dem unschuldig Gefangenen ist vieles erlaubt, was sonst widerrechtlich ist. Wo dagegen das Auswandern frey steht, sind allemal die Klagen über die Verfassung oder über die Regierung weniger gerecht und daher weniger zu fürchten; *patet exitus*. Wer z. B. eine Vorliebe für die republikanische Verfassung hat, braucht sich nur in Amerika anzusiedeln.²⁾ Ande-

2) Amerika ist für Europa in so fern von großem Werthe, als es denen eine Zuflucht darbiethet, welche sich in die in Europa bestehenden Verhältnisse nicht schicken können oder nicht schicken wollen. Diesen seinen Werth hat es schon in früheren Zeiten bewährt, als es den wegen ihres Glaubens verfolgten Engländern eine Freystätte darboth. Aehnliches ist in unsern Tagen geschehn. Vor einigen Jahren wurde in dem Kongresse der vereinigten Staaten von Nordamerika der Vorschlag gemacht, den Einwanderungen gewisse Schranken zu setzen. In dem Kongresse wurde gegen diesen Vorschlag besonders das geltend gemacht, daß die Einwanderer im Dureschnitte Gesinnungen hegten, welche dem Geiste der Verfassungen der V. St. vorzüglich entsprächen. Der Vorschlag wurde verworfen.

rerseits wendet ein Staat, welcher das Einwandern gestattet, das Mittel im Großen an, durch welches die Natur die einzelnen Geschlechter vor Einseitigkeit und Entartung bewahrt. Doch häufiger ist das Inland den Ausländern, als das Ausland den Inländern verschlossen worden, sey es, daß man Einwanderungsverbothe leichter aufrecht erhalten konnte oder daß sie dringlicher zu seyn schienen.

Dem Rechte der Aus- und Einwanderung nahe verwandt ist das Recht, ins Ausland und im Auslande zu reisen, sich also im Auslande vorübergehend aufzuhalten. Auch für die, welche zu verschiedenen Stämmen, Nationen oder Völkern gehören, ist persönlicher Verkehr, — als die Bedingung des Waarentausches, so wie aus andern Gründen, — ein so dringendes Bedürfnis, daß dieses Recht kaum irgendwo gänzlich verkannt wird, daß sich vielmehr aus der Anerkennung dieses Rechts oft noch andere Einrichtungen und Gewohnheiten, die weltbürgerlichen Geistes sind, wie z. B. das Recht der Gastfreundschaft,³⁾ entwickeln. Andererseits aber sind der Beziehungen, in welchen dieses Recht steht, und der Verhältnisse, durch welche die Ausübung desselben erleichtert oder erschwert wird, so viele, daß gerade dieses Recht

3) Vgl. *J. Ph. Tomasini de tesseris hospitalitatis liber singularis. In J. Gronovii thes. Graec. Antiqu. Vol. IX. Lugd. Bat. 1701. fol.* — Merkwürdig ist die Achtung, mit welcher bey so vielen ungebildeten Völkern der Gast behandelt wird.

in den verschiedenen Staaten auf das verschiedenste modificirt, hier mehr dort weniger begünstiget oder in seiner Wirksamkeit gehemmt ist. Stämme, die selbst ein Wanderleben führen, (z. B. die Beduinen,) sind fast immer gegen Reisende feindselig gesinnt. Sie rauben aus Armuth oder weil sie auf ihren Zügen unaufhörlich mit andern Stämmen zu kämpfen genöthiget sind. Jedoch auch Völker, welche nicht nur feste Wohnsitze haben, sondern auch schon in einem hohen Grade civilisirt sind, scheuen zuweilen den Verkehr zwischen dem In- und Auslande, so daß er bey ihnen, (wie z. B. bey den Chinesen,) auf die Grenze des Landes beschränkt ist; sey es aus Furcht vor feindlichen Einfällen oder um den Gefahren vorzubeugen, welche der Verkehr mit dem Auslande für die Unveränderlichkeit ihrer Sitten und Gebräuche haben könnte. In den Europäischen Staaten beruhen die Einschränkungen, welchen man das in Frage stehende Recht unterworfen hat, auf andern Gründen. Die Polizey bewacht mit verdachtsamen Auge die Fremden, die ins Land kommen, in einigen Staaten selbst die Inländer, die ins Ausland reisen. Eine neue Veranlassung zu dieser Wachsamkeit lag in den Unruhen und Zerwürfnissen, durch welche in den neueren Zeiten die Verfassungen mehrerer Europäischen Staaten erschüttert worden sind, und schon in der Verschiedenheit der Grundsätze, auf welchen die Verfassungen dieser Staaten beruhen. Man trug nicht ohne Grund Bedenken, die Unzufriedenen des

Auslandes bey sich aufzunehmen oder politischen Meinungen, welche mit dem Rechte des Landes unvereinbar wären, den Eingang zu bahnen. Zugleich aber ist in Europa das Reisen durch so viele Mittel und Anstalten erleichtert worden, dafs die weltbürgerlich – persönliche Freyheit der Europäer, ungeachtet jener Einschränkungen, dennoch dormalen gröfser, als in irgend einer früheren Periode der Geschichte, ist. Die gröfsere Sicherheit, deren man auf Reisen geniefst, die Fortschritte, welche der Strafsenbau in der Theorie und in der Praxis gemacht hat,⁴⁾ die Erfindung der Dampfschiffahrt, die Einführung der Eilwägen, die Handbücher für Reisende, verdienen auch in weltbürgerlicher Hinsicht eine Lobrede. Und zu wie manchen neuen Hoffnungen berechtigt z. B. die schon versuchte Anwendung der Dampfmaschinen auf das Fortkommen zu Lande und selbst die noch vernachlässigte Kunst des Schwimmens in der Luft?

Die Gesetze, welche der Staat über die Rechte der Fremden erläfst, haben kraft der Grundsätze des Weltbürgerrechts die Ausländer den Inländern dem Rechte nach gleichzustellen. / Gesetze / also, welche z. B. die Fremden von der Erwerbung des Eigenthumes oder eines Unterpfandrechtes an Grundstücken ausschliessen, oder welche die Frem-

4) Vorzüglich die Englischen Schriftsteller (Mac Adam) verdienen über den Wegbau zu Rathe gezogen zu werden. Doch Meister in dieser Kunst waren nur die Römer.

den für unfähig erklären, einen letzten Willen zu errichten oder eine Erbschaft zu erwerben, oder welche Erbschaften und Vermächtnisse, die ins Ausland gehn, einem Abzuge unterwerfen, oder welche in einem Gante den inländischen Gläubigern ein Vorzugsrecht vor den auswärtigen einräumen, verstossen insgesamt gegen die Grundsätze des Weltbürgerrechts. Selbst die Gesetze sind mit diesem Rechte unvereinbar, welche den Fremden die Erwerbung des Staats- oder Gemeindebürgerrechts schlechthin versagen, wenn auch, unbeschadet des Weltbürgerrechts, die Aufnahme der Fremden in den Staats- oder Gemeindeverband von besonderen Bedingungen und zwar von solchen Bedingungen abhängig gemacht werden kann, welche für die Tauglichkeit und für die Würdigkeit zur Aufnahme Bürgerschaft leisten.⁵⁾ Weit eher verdienen die Gesetze Billigung, welche zum Vortheile der Fremden eine Ausnahme von dem gemeinen Rechte machen, z. B. die Gesetze, welche dem Richter gestatten, Fremde, die erst vor Kurzem das Land betreten haben, wenn sie sich einer nicht an sich, sondern nur nach dem positiven Rechte strafbaren Handlung schuldig machen, mit einer milderen Strafe zu belegen, oder das Englische Gesetz, nach welchem ein Fremder, der

5) Diese Bedingungen beruhen alsdann auf einem allgemeinen Rechtsgrunde. Sie sind nicht *privilegia odiosa*, sondern *jura singularia*. Dasselbe gilt von den Gesetzen, welche die Fremden Schulden halber zu verhaften gestatten.

einen Rechtsstreit mit einem Engländer hat, verlangen kann, daß das Schwurgericht zur Hälfte aus Fremden bestehe. Ein Volk ehrt sich selbst, wenn es die Fremden als Gäste behandelt. Horaz weiß den Kaukasus nicht schauerlicher zu beschreiben, als indem er ihn den unwirthbaren oder ungastlichen nennt. (*Inhospitabilis Caucasus.*)

Endlich, auch die Freyheit des Waarenverkehrs und die Freyheit des geistigen Verkehrs ⁶⁾ zwischen dem In- und dem Auslande stehen unter dem Schutze des Weltbürgerrechts. Sogar darf dieses Recht seinem ganzen Umfange nach in dem Grade mehr und mehr anerkannt zu werden hoffen, in welchem die Freyheiten, die Erleichterungen und Begünstigungen zunehmen, welche dem einen und dem andern Verkehre zu Theil werden. So wesentlich hängt der Waaren- und der geistige Verkehr zwischen dem In- und dem Auslande mit andern weltbürgerlichen Einrichtungen und Freyheiten zusammen; so sehr erweitern beyde den Gesichtskreis der Menschen; so mannigfaltig verschlingen sie die Interessen der Menschen in einander. Der heutige Zustand von Europa biethet eine Menge Erschei-

6) So entsprechen z. B. dem Geiste des Kosmopolitismus in dieser Beziehung: Gelehrtenvereine, (Akademien der Wissenschaften,) in welche sowohl Aus- als Inländer aufgenommen werden, Zusammenkünfte unter den Gelehrten verschiedener Länder und Nationen, die Freyheit, auswärtige Universitäten zu besuchen, die Schutzbriefe, welche Schiffen, die zu einer Entdeckungsreise bestimmt sind, ertheilt werden.

nungen dar, welche in der vorliegenden Beziehung zu den stolzesten Hoffnungen berechtigen. Eine Erscheinung dieser Art ist z. B. die, daß die Idee eines unter allen Europäischen Völkern bestehenden literarischen Vereines immer mehr und mehr ins Leben tritt.

ZWEYTES HAUPTSTÜCK.

Von dem Verhältnisse zwischen dem kosmopolitischen und dem egoistischen Principe der Staatskunst.

Dem kosmopolitischen Principe der Staatskunst entgegengesetzt ist das egoistische, der Grundsatz, daß ein Volk, damit es seine Eigenthümlichkeiten desto treuer bewahren könne und desto eifriger zu bewahren geneigt sey, den Verkehr zwischen dem In- und dem Auslande möglichst zu verhindern oder zu erschweren, also gleichsam eine Welt für sich zu bilden habe.

So wie das kosmopolitische Princip allein den Grundsätzen des Rechts entspricht, so steht ihm auch in der Regel der Vortheil des Staates zur Seite. Wenn anders die Entwicklung der Anlagen des Menschen von seinem Zusammenleben mit andern Menschen abhängt, von den Gelegenheiten, welche der Mensch hat, von andern zu lernen, von der Möglichkeit, sich mit Andern zu vergleichen, von der Nothwendigkeit, mit Andern zu wetteifern,

von der Freyheit, diejenigen gesellschaftlichen Verbindungen zu knüpfen, welche seinen Neigungen oder seinen Kenntnissen und Fertigkeiten am meisten entsprechen, so kann ein Volk, (denn dieses besteht aus einzelnen Menschen,) nur unter der Bedingung, daß es den Grundsätzen des Weltbürgerrechts huldiget, seine Kraft und mithin seine Macht vollständig entwickeln und immer höher steigern. Besonders dem Interesse der Europäischen Völker entsprechen die Grundsätze dieses Rechts. Denn sie sind zugleich Stützen des Europäischen Völkerrechts. Und verdanken wohl die Europäischen Völker das Uebergewicht, das sie über alle andere Völker des Erdbodens, die nicht Europäischer Abkunft sind, behaupten, der Nationalität ihrer Kultur?

✓ Zwar scheint eine Gesetzgebung, welche den Grundsätzen des Weltbürgerrechts huldiget, das Interesse des Staates in so fern zu gefährden, als sie den Nationalstolz, die Vaterlandsliebe, die Anhänglichkeit an die heimischen Einrichtungen und Gewohnheiten zu gefährden droht. Jedoch, außerordentliche Fälle ausgenommen, ist die Gefahr mehr scheinbar, als wirklich. Man kann das Land seiner Väter noch immer hochschätzen, wenn man auch aufgehört hat, es zu überschätzen. Auch da gedeihen jene politischen Tugenden, wo das Volk, wenn es sich mit andern vergleicht, neue Ursachen findet, mit seinem Zustande zufrieden zu seyn. Auf jeden Fall dürfte es zur Beseitigung des vorliegenden Einwandes genügen, theils die Bedingungen

zu erschweren, unter welchen Fremde das Staatsbürgerrecht erwerben können, theils den verschiedenen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft in dem Verhältnisse mehr oder weniger Einfluß auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten einzuräumen, in welchem sie durch ihr Standesinteresse mehr oder weniger an das Land gefesselt sind. Die Kapitalisten sind gebohrne Weltbürger; ihr Wahlspruch ist: *Omnia mea mecum porto!* Am schwersten ist es den Grundeigenthümern oder den Besitzern großer Gewerbsanstalten, den Wanderstab zu ergreifen oder sich sonst den Schicksalen des Landes zu entziehen.

Aus anderen und besonderen Gründen ist die Vorschrift des Weltbürgerrechts, welche den Handelsverkehr zwischen dem In- und dem Auslande frey zu lassen gebiethet, für unvereinbar mit dem Interesse des Staates erklärt worden. Jedoch von dieser Einwendung an einem andern Orte.

Die Gesetzgebung eines Volkes kann ihrem ganzen Inhalte und Zusammenhange nach in dem Grade eines antikosmopolitischen Geistes seyn, daß der Versuch, sie mit den Grundsätzen des Weltbürgerrechts in Uebereinstimmung zu setzen, auf eine gänzliche Umgestaltung des gesamten Rechtszustandes des Volks hinauslaufen muß, ja daß man von der Strenge des antikosmopolitischen Principes selbst in einzelnen Beziehungen nicht abweichen kann, ohne die Fortdauer des Ganzen und mit ihr die Selbstständigkeit des Volkes zu gefährden.

Eine Gesetzgebung dieser Art war die Spartanische. Schon deswegen, weil sie die Banden, welche die Mitglieder eines und desselben Geschlechts an einander fesseln, fast gänzlich gelöst, eine jede Beschäftigung, als die mit den Waffen und mit den Angelegenheiten des Staates, den Spartanern untersagt, die Heloten, (die Ureinwohner des Landes,) einer kaum menschlichen Knechtschaft unterworfen, den Grund und Boden nach einer unabänderlichen Regel vertheilt und überhaupt nicht nur die öffentlichen sondern auch die heimlichen Verhältnisse gegen einen jeden Wechsel möglichst gesichert hatte. Denn eine jede Gesetzgebung, welche die Menschen der Menschheit entfremdet oder sie in einen Kreis einengt, den sie nicht überschreiten dürfen, ist ihrem Wesen, so wie ihren Folgen nach eine antikosmopolitische. Ueberdies aber war den Spartanern nicht verstattet, ins Ausland zu reisen; Fremde durften sich nur auf eine besondere Veranlassung und nur für eine bestimmte Zeit im Lande aufhalten; da nur Münzen von Eisen in Umlauf, die Gewerbe auf die unentbehrlichsten Bedürfnisse beschränkt und für diese hinreichend waren, so konnte ein Handelsverkehr mit dem Auslande um so weniger statt finden. Diese Verfassung mußte in ihren Grundfesten erschüttert werden, so wie die Spartaner Eroberungen machten. ⁷⁾

7) Daher vielleicht die Maxime, welche Lykurg eingeschärft haben soll, daß man nicht zu oft und nicht zu lange

Denn durch Eroberungen werden Einzelne gehoben und bereichert; ein Staat, der Eroberungen macht, hört eben deswegen auf, ein geschlossener und verschlossener zu seyn. Schon der glückliche Ausgang der Kriege, welche Sparta mit den Messeniern führte, noch mehr aber der Oberbefehl über die Staaten Griechenlands, zu welchem Sparta durch den Peloponnesischen Krieg gelangte, wurde der Spartanischen Verfassung verderblich. Vergeblich wurde der Oligarchie, die sich nun bildete, das Ephorat, eine Behörde, welche mit Venedigs Staatsinquisitoren verglichen werden kann, entgegengesetzt. Epitadeus, selbst einer der Ephoren, erwirkte sogar ein Gesetz, welches einem jeden Spartaner gestattete, frei über sein Vermögen zu verfügen; vielleicht in der Absicht, die Spartanische Verfassung auf eine zeitgemäße Weise umzugestalten. Den entgegengesetzten Weg schlugen Agis und Kleomenes ein; sie versuchten, die altspartanische Verfassung gewaltsam wiederherzustellen. Doch was sich nicht erhalten konnte, als es bestand, kann nicht wieder ins Leben gerufen werden, nachdem es abgestorben ist.⁸⁾ Ein anderes Beyspiel einer Verfassung, welche, ihrem Wesen

dasselbe Volk bekriegen dürfe; obwohl die Griechischen Schriftsteller dieser Maxime den Grund unterlegen, daß sonst die Spartaner dem Feinde das Kriegshandwerk lernen könnten.

8) Die Beweisstellen zu der über die Spartanische Verfassung angeführten Thatsachen s. in Manso's Sparta. Lpz. III. Bde. 4800. ff. 8.

nach antikosmopolitisch, den Verkehr zwischen dem In- und dem Auslande möglichst zu verhindern hat, damit sie sich halten könne, biethet China dar. Wenn, wie in China, ein jedes Verhältniß, ein jedes Gewerbe, an eine genau bestimmte und unabänderlich feste Regel gebunden ist, wenn, wie in demselben Lande, das Volk an dem Bande des kindlichen Gehorsams geleitet werden soll, wie könnte man da das Weltbürgerrecht in irgend einer seiner Beziehungen bekräftigen, ohne eine Quelle des Lebens und der Beweglichkeit zu eröffnen, welche die tode Regelmäßigkeit des ganzen Verfassungsgebäudes gefährden würde? Jedoch die in kosmopolitischer Hinsicht auffallendste Erscheinung ist das Volk Israel. Die Juden, über die ganze Erde zerstreut, sind überall in mehr als einem Sinne nur Weltbürger; und gleichwohl steht ihr Gesetz mehr, als das Gesetz irgend eines andern Volkes der Vorzeit oder der Gegenwart, mit den Grundsätzen des Weltbürgerrechts in Widerspruch.⁹⁾

9) »*Moses, quo sibi in posterum gentem firmaret, novos ritus contrariosque caeteris mortalibus indidit. Profana illic omnia, quae apud nos sacra; rursum concessa apud illos quae nobis incesta.*« Tacit. histor. V, 4. Vgl. über den antikosmopolitischen Geist der Mosaischen Gesetzgebung: J. D. Michaelis Mosaisches Recht.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Das Christenthum.

Der Mensch vereinigt in sich zwey auf den ersten Blick unvereinbare Eigenschaften; er ist ein geselliges und zugleich ein ungeselliges Geschöpf. Es scheint eben sowohl Plan der Natur zu seyn, die Menschen zu einander zu gesellen, als sie von einander getrennt zu halten. Wenn die Natur die Menschen zu Familien, zu Stämmen und Nationen vereinigt hat, so sind doch alle diese Vereine zugleich so viele Bündnisse gegen alle die, welche nicht in dem Vereine stehn. Wenn die Natur, indem sie keinem Theile der bewohnbaren Erde Alles schenkte oder Alles versagte, die Menschen zu einem friedlichen Handelsverkehre aufgefordert hat, so hat sie doch, indem sie die Theilung der Erde den Menschen überliefs, diese Aufforderung in eine Loosung zum Kriege verwandelt. Auch das ist zweifelhaft, ob die Menschen erfinderischer gewesen sind in Mitteln, einen friedlichen Verkehr unter einander zu unterhalten, oder in Mitteln, einander zu bekriegen. Zum Glück fördert der Krieg zugleich die weltbürgerlichen Interessen der Menschheit.

Schon wegen dieses Zwiespaltes zwischen der geselligen und der ungeselligen Natur des Menschen, wegen des Kampfes, zu welchem er die Menschen gegenseitig aufreizt, würden die Grundsätze des

Weltbürgerrechts nur ausnahmeweise Eingang finden können. Ueberdies aber stehen diese Grundsätze mit der Idee eines einigen Gottes, mit der Idee einer allen Menschen gemeinschaftlichen höheren Bestimmung in einem so genauen Zusammenhange, oder sie können doch, um sich geltend zu machen, des Beystandes dieser Ideen so wenig entbehren, daß sie kaum anders, als unter dem Schutze eines Volksglaubens, welchem jene Ideen zum Grunde liegen, ins Leben treten können.

Die drey Religionslehren, welche dermalen die meisten Jünger zählen, — die Bramalehre,¹⁰⁾ das Christenthum und die Lehre Mahomed's, — sind insgesamt monotheistisch. Aber nur das Christenthum ist eine weltbürgerliche Religion. Nur dem Christenthume liegt die Idee des höchsten Wesens zum Grunde, daß Gott der Vater aller Menschen sey. Nur das Christenthum stellt die Menschen ihren Pflichten, Ansprüchen und Hoffnungen nach einander gleich. Nur das Christenthum ist weder auf Menschen von einer bestimmten Abkunft, noch auf einen bestimmten Nationalcharakter, noch auf eine bestimmte Oert-

10) Es ist hier nicht der Lehre der Buddhisten Erwähnung geschehn, theils weil diese Lehre nur ein Zweig oder eine Verbesserung der Bramalehre zu seyn scheint, theils weil sie ihrem Inhalte nach noch weniger bekannt ist. (Erst die neuerlich übersetzten heiligen Bücher der Cingälesen haben mehr Licht über diese Lehre verbreitet.) Jedoch ist so viel gewiß, daß sie den Kastenunterschied nicht kennt oder aufhob. In so fern ist sie allerdings weltbürgerlicher, als die Bramalehre.

lichkeit berechnet. Dagegen mögte es schwer seyn, zu entscheiden, ob die Bramalehre mehr, oder ob mehr die Lehre Mahomed's mit den Grundsätzen des Kosmopolitismus in Widerspruch stehe. (Wie wunderbar, daß das Christenthum zuerst bey einem Volke geprediget wurde, dessen Gesetze und Meinungen im höchsten Grade antikosmopolitisch waren!)

Wenn man den Europäischen Völkern und den Völkern Europäischer Abkunft das Lob ertheilen darf, daß sie sich, mit andern Völkern verglichen, durch Weltbürgersinn und durch die Anerkennung der Grundsätze des Weltbürgerrechts auszeichnen, so verdanken sie diesen Vorzug, wenn auch nicht ausschliesslich, doch zu einem bedeutenden Theile dem Christenthume. Denn nicht nur ist der weltbürgerliche Charakter der gesamten Europäischen Kultur eine Frucht des Christenthumes, nicht nur stiftete die christliche Kirche den Verein, welcher unter den Europäischen Völkern fortdauernd besteht, sondern es hat diese Kirche noch überdies auf mehr als eine Weise die Sache des Kosmopolitismus besonders und unmittelbar in Europa gefördert; z. B. durch die Wallfahrten und durch die Kreuzzüge, zu welchen sie die Gläubigen aufforderte, durch den Schutz, welchen sie den Pilgern angedeihen liefs, durch die Wohlthätigkeitsanstalten, (die Hospitäler,) welche sie für die Aufnahme hilfsbedürftiger

Fremdlinge stiftete, durch die Sicherheit und die Aufmunterungen, welche sie dem Handel gewährte,¹¹⁾ durch Missionsanstalten.

Dabey that jedoch das Christenthum den Eigenthümlichkeiten der verschiedenen Europäischen Nationen keinesweges Eintrag. (Der wahre Kosmopolitismus mildert und veredelt nur die Liebe, mit welcher der Mensch sein Vaterland und seine Nation umfassen soll.) Die Verfassung der Kirche schloß sich überall an die Verfassung des Staates an. Wenn die Kirche in den Verfassungen der Staaten Deutschen Ursprungs so manche Veränderungen verursachte oder veranlafte, so trat auch, und nicht weniger, der entgegengesetzte Fall ein. Warum gestaltete sich z. B. die Hierarchie der Lateinischen Kirche so ganz anders, als die der Griechischen Kirche? Entwickelte sich das Pabstthum aus dem ursprünglichen Rechte der Kirche oder aus dem Rechtszustande der Völker Deutschen Ursprungs?

Man kann die Frage aufwerfen: In welchem Verhältnisse stehen die Rechtsgrundsätze der ka-

11) Der Gottesfriede, welchen die Päbste, eine altdeutsche Sitte erneuernd, vgl. *Taciti German. c. 40*, wirkten, (zuerst Calixtus II. im J. 1119. vgl. Du Mont T. I. P. I. p. 65.) kam vorzüglich den Kaufleuten zu statten. — Kirchliche Feste, der Ablass, (*indulgentiae*,) der an gewissen Orten an bestimmten Tagen zu erhalten war, veranlafte Messen, Dult e.

tholischen, in welchem die Rechtsgrundsätze der protestantischen Kirche zu dem Interesse des Kosmopolitismus? Jedoch zur Beantwortung dieser Frage werden Untersuchungen über den rechtlichen Charakter dieser Kirchen vorausgesetzt, welche erst in den folgenden Büchern dieses Werkes angestellt werden können.

INHALTSANZEIGE

DER REGIERUNGSLEHRE ACHTES BUCH.

(XXVIII.)

*Von den Verhältnissen unter Völkern, welche im Stande
der Natur leben.*

	Seite
Einleitung. - - - - -	5
Erstes Hptst. Von den ursprünglichen Gütern eines Volkes. - - - - -	18
Zweytes Hptst. Von den Rechten der Völker an Sachen. - - - - -	33
Drittes Hptst. Von den Vertragsverbindlichkeiten.	48
Viertes Hptst. Von dem Zusammenhange des Familienrechts mit dem VR. - - - - -	57
Fünftes Hptst. Von dem Vermögen eines Volkes.	64
Sechstes Hptst. Von den gütlichen Verhand- lungen unter Völkern. - - - - -	67
Siebentes Hptst. Vom Kriege. - - - - -	90
Erste Abth. Von dem Uebergange aus dem Frie- denszustande in den Kriegszustand. - - - - -	94
Zweyte Abth. Von dem Kriegsrechte und von der Kriegskunst. - - - - -	98
Dritte Abth. Von der Wiederherstellung des Friedens. - - - - -	158

NEUNTES BUCH.

(XXIX.)

Von der Vereinigung der Völker zu einem Völkerstaate.

	Seite
Einleitung. - - - - -	172
Erste Abth. Das Recht eines VSt. - - -	181
Zweyte Abth. Von dem Europäischen VSt.	
Erster Abschn. Die Perioden der Geschichte die-	
ses Staates. - - - - -	202
Zweyter Abschn. Friedenshoffnungen. - -	247

ZEHNTES BUCH.

(XXX.)

Das Weltbürgerrecht.

Einleitung. - - - - -	254
Erstes Hptst. Grundsätze des Weltbürgerrechts.	257
Zweytes Hptst. Von dem Verhältnisse zwischen	
dem kosmopolitischen und dem egoistischen Prin-	
cipe der Staatskunst. - - - - -	264
Drittes Hptst. Das Christenthum. - - -	270



NEUNTES BUCH.

(XXIX.)

Von der Vereinigung der Völker zu einem Völkerstaate.

	Seite
Einleitung. - - - - -	172
Erste Abth. Das Recht eines VSt. - - -	181
Zweyte Abth. Von dem Europäischen VSt.	
Erster Abschn. Die Perioden der Geschichte die-	
ses Staates. - - - - -	202
Zweyter Abschn. Friedenshoffnungen. - -	247

ZEHNTES BUCH.

(XXX.)

Das Weltbürgerrecht.

Einleitung. - - - - -	254
Erstes Hptst. Grundsätze des Weltbürgerrechts.	257
Zweytes Hptst. Von dem Verhältnisse zwischen	
dem kosmopolitischen und dem egoistischen Prin-	
cipe der Staatskunst. - - - - -	264
Drittes Hptst. Das Christenthum. - - -	270

Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Vierzig Bücher vom Staate

Bd.: 4,1

Stuttgart [u.a.] (1829)

Pol.g. 1003 s-4,1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10928958-6